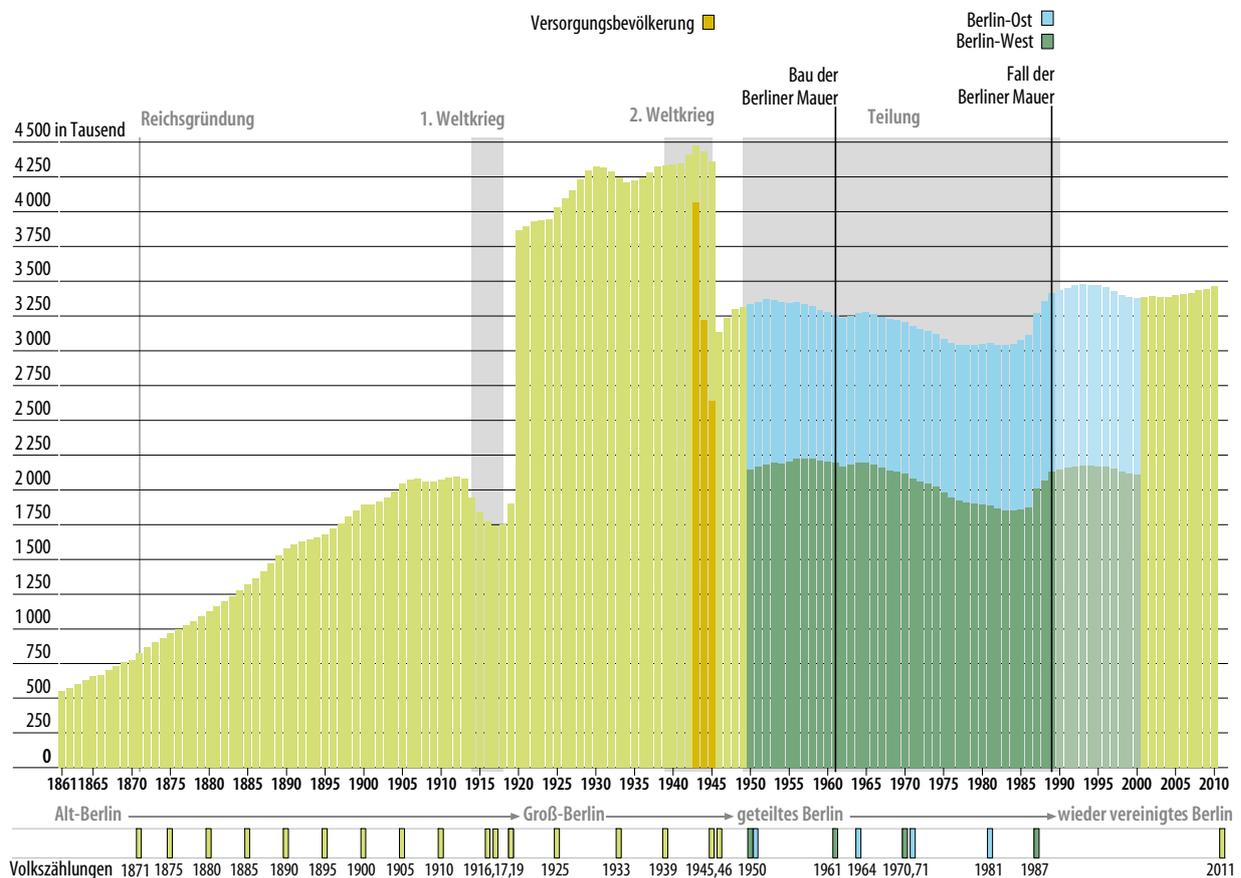


Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

1+2 2012

Entwicklung der Bevölkerung in Berlin 1861 bis 2010



berliner statistik 150 jahre

150 Jahre amtliche Statistik in Berlin
Geschichte der Fachprogramme

Volkszählungen in Berlin seit Bestehen
des Statistischen Amtes der Stadt Berlin

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung
und zum Abgeordnetenhaus von Berlin
zwischen 1862 und 2011

„Elektronengehirne“ in der amtlichen
Statistik von Berlin

Stadtgebiet und Gliederungen

Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes

Direktoren des Statistischen Amtes Berlin
1862 bis 2012

Streiflichter und Persönlichkeiten
zur Geschichte der Statistik
in Berlin vom Ende des 17. Jahrhunderts
bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
6. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2012
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

berliner statistik **150**
jahre

Vorwort, Geleitwort ─ 2

150 Jahre amtliche Statistik in Berlin ─ 4

Geschichte der Fachprogramme ─ 18

**Volkszählungen in Berlin
seit Bestehen des Statistischen Amtes
der Stadt Berlin** ─ 36

**Wahlen zur Stadtverordneten-
versammlung und zum
Abgeordnetenhaus von Berlin
zwischen 1862 und 2011** ─ 58

**„Elektronengehirne“
in der amtlichen Statistik von Berlin** ─ 66

Stadtgebiet und Gliederungen ─ 76

**Fortschreibung
des Bevölkerungsbestandes** ─ 88

**Direktoren des Statistischen Amtes Berlin
1862 bis 2012** ─ 93

**Streiflichter und Persönlichkeiten
zur Geschichte der Statistik in Berlin
vom Ende des 17. Jahrhunderts
bis zum Anfang
des 20. Jahrhunderts** ─ 96

Karte

**Bezirk Zehlendorf von Berlin
1920 bis 2000**
─ 3. Umschlagseite

Karte

**Bezirk Spandau von Berlin
1920 bis 2000**
─ 4. Umschlagseite

Vorwort

Seit 150 Jahren gibt es die amtliche Statistik für die Stadt Berlin. Am 8. Februar 1862 ist das Statistische Bureau der Stadt Berlin als das erste rein städtestatistische Amt Deutschlands gegründet worden. Es wurde zum Vorbild für den Aufbau statistischer Ämter in anderen Städten und trug wesentlich zur Entwicklung der Statistik bei. Unter wechselnden Namen war das Amt zunächst für Alt-Berlin tätig, von 1920 bis 1948 für das erweiterte „Groß-Berlin“. Mit der politischen Teilung Berlins im Jahre 1948 teilte sich auch die amtliche Statistik. 1951 wurde der Westteil zum Statistischen Landesamt Berlin und 1960 der Ostteil zur Bezirksstelle Berlin der Staatlichen Zentralverwaltung der Statistik der DDR. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 war das Statistische Landesamt Berlin für ganz Berlin tätig. Mit der Fusion der Berliner und Brandenburger Statistik entstand Anfang 2007 das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Afs).

Das Afs ist daher mit drei wesentlichen statistischen Aufgabenbereichen betraut. Es ist Statistisches Landesamt sowohl für Berlin als auch für Brandenburg und Kommunalstatistisches Amt für die Stadt Berlin. Diese drei Tätigkeitsfelder haben ganz eigene Ursprünge und historische Entwicklungen. Die komplexe Vorgeschichte des Afs zeigt sich auch darin, dass vor einem Jahr zwei weitere Jahrestage zu begehen waren, nämlich 60 Jahre Statistisches Landesamt Berlin (1951–2011) und 20 Jahre Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) Brandenburg (1991–2011).

Die Beiträge in der Jubiläumsausgabe der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg beschäftigen sich vorrangig mit der Geschichte des Amtes und der Berliner Statistik. Mit der Entwicklung des Amtes wird zugleich auch ein Stück Zeitgeschichte dargestellt. So hatten zeitgeschichtliche Ereignisse wie die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin, der Zweite Weltkrieg, die Teilung und Wiedervereinigung Berlins häufige und starke Auswirkungen auf das Arbeitsgebiet des Amtes.

Das Bestreben, die statistischen Erhebungen den sich permanent wandelnden wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Gegebenheiten anzupassen, stellt die amtliche Statistik vor immer neue organisatorische und methodische Herausforderungen. Das aktuell wichtigste Ereignis für die amtliche Statistik ist der Zensus 2011 – die moderne Volkszählung. Die Umstellung von der traditionellen Volkszählung auf einen registergestützten Zensus zeigt deutlich den Paradigmenwechsel, der große Anforderungen an die amtliche Statistik stellt. Der Zensus 2011 liefert erstmals einheitliche und regional tiefgegliederte statistische Daten zur Demographie, Erwerbstätigkeit, Bildung und Religion der Bevölkerung sowie über Haushalte, Gebäude und Wohnungen für das seit mehr als 20 Jahren wiedervereinigte Deutschland und damit auch für die Metropolregion.

Das hier vorgelegte Sonderheft ist all jenen gewidmet, die sich dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg verbunden fühlen, insbesondere den ehemaligen und heutigen Amtsangehörigen zur Erinnerung an ihre Tätigkeit im Amt und als Dank für ihre verantwortungsbewusste Mitarbeit.



Ulrike Rockmann
Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg



Berlin, Mai 2012

Geleitwort

150 Jahre ist es her, seit in Berlin das erste rein städtische Statistische Amt gegründet wurde. In der preußischen Verwaltung war der Wert der Statistik früh erkannt worden. Der Berliner Magistrat bewies seinen Weitblick, indem er - im Bewusstsein der Unentbehrlichkeit einer übersichtlichen statistischen Darstellung der kommunalpolitischen und verwaltungstechnischen Vorgänge für sein eigenes politisches Handeln - ein unabhängiges „Statistisches Bureau“ einrichtete, das den damals noch neuen wissenschaftlichen Methoden verpflichtet war.

Das Berliner Statistische Amt erwarb in den folgenden Jahren einen guten Ruf als Vorreiter der Städte- und Kommunalstatistik sowie in der wissenschaftlichen Entwicklung ihrer Methoden. Nun kann es bereits auf eine 150-jährige ununterbrochene statistische Darstellung der Berliner Bevölkerung und anderer wichtiger Tatbestände zurückblicken, aber es wurde auch von den Umbrüchen der deutschen Geschichte gezeichnet. Die deutsche Teilung spaltete auch das Berliner Statistische Amt. Erst mit der Wiedervereinigung konnte endlich für ganz Berlin eine Statistik aufgebaut werden, die den Grundsätzen der Neutralität, der Objektivität und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit unter Wahrung des Statistikgeheimnisses und des Datenschutzes folgt.

Die amtliche Statistik war in der Geschichte Vorreiter in der Anwendung der Methoden der elektronischen Datenverarbeitung. Von der Einführung der Hollerithmaschinen zur Volkszählung 1910 bis zum heutigen Angebot von Datenerhebungen über das Internet und der Präsentation der Ergebnisse in Webbasierten Datenbanken war das Berliner Statistische Amt immer beispielhaft in der Anwendung von IT-Technik in der Verwaltung.

Heute ist die Berliner Statistik Teil des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Die Länder Berlin und Brandenburg wirken zusammen in der Bereitstellung eines leistungsfähigen zentralen Informationsdienstleisters. Die Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts garantiert für die Einhaltung der Gebote der Neutralität, Unabhängigkeit und Wissenschaftlichkeit.

Der ständig wachsende Informationsbedarf der modernen Dienstleistungsgesellschaft mit weltweiten Verflechtungen stellt heute hohe Anforderungen an die amtliche Statistik, die über den Stadtstaat und den Bund hinaus statistische Ergebnisse auch an die EU und internationale Stellen weitergibt.

Das 150-jährige Jubiläum ist für mich eine willkommene Gelegenheit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Statistik meinen aufrichtigen Dank für ihre Einsatzbereitschaft und die erbrachten Leistungen auszusprechen. Damit verbunden sind der Wunsch und die Hoffnung, dass es dem Amt für Statistik gelingen möge, die Zukunft ebenso erfolgreich zu meistern wie die vergangenen 150 Jahre.



Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport



150 Jahre amtliche Statistik in Berlin

berliner statistik **150**
jahre

Die Geschichte der amtlichen Statistik in Berlin ist eng verwoben mit der Entwicklung Berlins als Gemeinwesen und damit mit allen wechsellvollen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ereignissen des 19. und 20. Jahrhunderts in Deutschland. Berlin war am Anfang des 19. Jahrhunderts Residenzstadt der Preußischen Könige, seit 1809 selbständige Stadt in Preußen, seit 1871 Reichshauptstadt und Residenzstadt des Deutschen Kaisers, ab 1918 Reichshauptstadt der Weimarer Republik, wurde 1920 zu Groß-Berlin erweitert, kam 1933 unter nationalsozialistische Stadtverwaltung, wurde 1945 unter Besatzungsstatut der Alliierten des 2. Weltkriegs in vier Sektoren geteilt. Der sowjetische Sektor wurde Hauptstadt der DDR, die westlichen Sektoren Land der Bundesrepublik Deutschland. 1990 wurde Berlin wieder vereinigt und im Jahr darauf wurde der erste Gesamtberliner Senat gewählt und Berlin Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Und doch wurde in Berlin seit nunmehr 175 Jahren die städtische Statistik in einer ununterbrochenen institutionellen Kontinuität von amtlichen Stellen unterschiedlichster Art ausgeübt. Da in Berlin alle territorialen Funktionsebenen der Verwaltung unter allen politischen Herrschaftssystemen nebeneinander residierten, war auch die amtliche Statistik in allen Funktionsebenen örtlich vertreten. Zunächst wird deshalb ein Überblick über die Entwicklung der verschiedenen Institutionen der amtlichen Statistik in der Stadt gegeben, bevor die Geschichte des im engeren Sinn für Berlin zuständigen Amtes rekonstruiert wird.

Kurzer Überblick über die Statistischen Ämter in Berlin bis 1934

„Das Wort ‚Statistik‘ hat seinen Ursprung im Deutschland des 18. Jahrhunderts und bezeichnete eine deskriptive und nichtquantitative ‚Staatenkunde‘ oder ‚Staatswissenschaft‘, einen Bezugsrahmen und eine Nomenklatur, die den Fürsten zahlreicher deutscher Staaten von Universitätsgelehrten vorgelegt wurde.“¹ In Preußen beschäftigten sich mit Statistik einerseits Gelehrte und interessierte Laien – wie der Pfarrer Süßmilch (1707–1767), dessen Werk „Die Göttliche Ordnung“ die Demographie mit begründete –, andererseits aber auch die königliche Regierung und ihre Bürokratie, die geheim und ausschließlich für den eigenen Gebrauch Informationen sammel-

te, vornehmlich um die Armee zu organisieren und Steuern einzutreiben. Anfang des 19. Jahrhunderts wurden in Preußen die ersten Ansätze gemacht, um die verschiedenen statistischen Aktivitäten der feudalen Bürokratie zu bündeln.

Mit der Gründung des **Preußischen Königlichen Statistischen Büros** beginnt die Geschichte der amtlichen Statistik als Institution in der Stadt Berlin. In der Kabinettsorder vom 18. Mai 1805 des preußischen König Friedrich Wilhelm III. spiegelt sich deutlich das von Anfang an bestehende Spannungsverhältnis von Statistik als Wissenschaft und als Herrschaftswissen der Verwaltung:

„Das neuerlich von dem Geheimen Rat Registrator Krug herausgegebene Werk über den preußischen Nationalreichtum stellt aus den verschiedenen, von den Behörden angefertigten statistischen Tabellen den Zustand des Nationalvermögens dar.

Seine Königliche Majestät von Preußen finden es wichtig, die aus diesen statistischen Tabellen genommenen Darstellungen zu berichtigen und jährlich fortzuschreiben, um die Veränderungen, so vorgehen, zu übersehen. Zu diesem Ende wollen Sie bei dem Kommerzial-, Fabriken- und Accisedepartement, wo es am zweckmäßigsten und ohne bleibende Kosten nur mit einem geringen temporären Zuschuß geschehen kann, ein Bureau errichten lassen, worin alle, bei den verschiedenen Departements und Behörden des General-Directorii und des schlesischen Finanzministeriums, imgleichen bei den Spezialdepartements geführten statistischen Tabellen vereinigt und zu einem Ganzen bearbeitet werden sollen.“²

Leopold Krug wurde zum ersten Leiter berufen und mit ihm begann die Reihe der Leiter Statistischer Ämter, die auch in der wissenschaftlichen Welt viel beachtete Beiträge lieferten. Eigenständige Statistische Ämter deutscher Länder wurden in der Folge auch in Bayern (1808), Württemberg (1820), Hannover (1848) und Sachsen (1849) errichtet.³

In den Anfangszeiten war die Arbeit des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus auf die Sammlung von Verwaltungsunterlagen und ihre Aufbereitung zu Tabellen konzentriert. Statistische Erhebungen wurden zuerst als Zählungen der Bevölkerung 1810 und 1843 durchgeführt, zwischenzeitlich wurden die Unterlagen der Polizei herangezogen⁴.

1805

1 Desrosières, A. (2005): „Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise“; Berlin, Heidelberg 2005, S. 200.

2 Königlich Preussisches Statistisches Bureau (1905): „Das Königlich Statistische Bureau im ersten Jahrhundert seines Bestehens 1805 bis 1905. Erster Teil der Festschrift“; S. 5.

3 Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (2005): „200 Jahre brandenburgisch-preussische Statistik“; Potsdam 2005, S. 16.

4 Statistisches Landesamt Berlin (1962): „100 Jahre Berliner Statistik, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes“; Berlin-Schöneberg 1962, S. 17.

1809 Mit der Steinschen Städteordnung von 1809 wurde auch die Stadt Berlin eine politische Körperschaft mit Selbstverwaltung und der Berliner Magistrat erhielt weitere Rechte eingeräumt. Obwohl das königliche statistische Bureau von Anfang an für die Beteiligung des Berliner Magistrats an der Durchführung der Zählungen eintrat, fand die praktische Arbeit vornehmlich bei den Polizeibehörden statt, was 1852 schließlich sogar zur Einrichtung eines eigenen Statistischen Bureaus im königlichen Polizeipräsidium von Berlin führte. Der Berliner Polizeipräsident war ein Organ des Landes Preußen und unterstand dem Innenministerium und war somit keine städtische Körperschaft.

1852 Im Zuge der Ausdifferenzierung der Verwaltungen im preußischen Staat nahm der Berliner Magistrat eine zunehmend selbstbewusste Rolle als Kommunalverwaltung ein. In einem Antrag des Bürgermeisters Naunyn an den Magistrat heißt es 1856:

„Immer allgemeiner und lebhafter wird das Bewußtsein, daß die genaue und zuverlässige Kenntniß der Verhältnisse des Lebens, der thatsächlichen Wirkungen der von der Gesetzgebung und von der Administration ergriffenen Maßregeln die sicherste Grundlage für jeden Fortschritt in der einen wie der anderen abgiebt, daß ohne eine solche Grundlage die mit der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten betrauten Behörden mehr oder weniger im Dunkeln tappen, und die Erfolge ihrer Wirksamkeit vom Zufall oder einer glücklichen Inspiration mehr abhängen, als von einer der wirklichen Bedürfnisse sich klar bewussten Einsicht. (...) Was uns aber fehlt, ist die Vereinigung dieses zum Theil in verschiedenen Bureaus zerstreuten Materials, ist die volle Verwertung desselben, welche nur dann – und auch dann nur sehr allmählich – möglich wird, wenn die Bearbeitung der Lokal-Statistik Berlins concentrirt wird, (...) da die Arbeiten des bei dem Polizei-Präsidium bereits ins Leben getretenen statistischen Amtes den an eine Statistik der Kommunalverwaltung zu machenden Ansprüche nicht genügen können“⁵, möge der Magistrat ein städtisches statistisches Bureau einrichten.

1862 Am 8. Februar 1862 konnte das **Statistische Bureau Berlin** seine Tätigkeit aufnehmen.

Mit der Gründung des ersten städtestatistischen Amtes vor 150 Jahren beginnt auch die Geschichte des mehrstufigen Verwaltungsaufbaus der amtlichen Statistik, in dem Ämter der Kommunen (Städte und Landkreise), der Länder und später auch des Deutschen Reichs nebeneinander bestanden.

Im Herzogtum Hessen wurde 1860/61 eine „Centralstelle für die Landesstatistik“ gegründet, aus der 1929 das „Hessische Landesstatistische Amt“ hervorging; das Statistische Landesamt Bayern führt seine Vorläufer bis ins Jahr 1808 zurück.

1861 wurde in Bremen ein „Provisorisches Bureau für die allgemeine Staats- und Städtestatistik“ gegründet, das gleichzeitig staatliches Amt war und

aus dem später das Statistische Landesamt Bremen hervorging. Das Berliner Amt sah sich demgegenüber jedoch immer als das erste rein städtestatistische Amt in Deutschland an.

Auf der kommunalen Ebene wurden eigene Statistische Ämter in den selbstständigen Städten Charlottenburg 1897, Schöneberg 1902, Deutsch-Wilmersdorf 1905, Rixdorf (heute Neukölln) 1911 und Spandau 1918 gegründet. Hier wurden statistische Arbeiten teilweise nur innerhalb der Verwaltung verlagert, teilweise aber auch als neue öffentliche Aufgaben geschaffen. Diese Städte sollten mit der Bildung von Groß-Berlin 1920 eingemeindet und die Ämter zusammengelegt werden.

Das **Königlich Preußische Statistische Bureau** als statistisches Amt des Königreichs Preußen bestand von 1805 bis 1934. Sein Zuständigkeitsbereich erweiterte sich mit den machtpolitischen Eroberungen und Erweiterungen Preußens. Es erlebte seine Blütezeit unter Prof. Dr. Ernst Engel, der seit 1860 die wissenschaftliche und die praktische Entwicklung der amtlichen Statistik national und international beispielhaft vorantrieb. Er wurde vor allem wegen seiner Arbeiten über Familienbudgets und wegen der Formulierung einer Elastizitätsrelation, des „Engelschen Gesetzes“ bekannt, gemäß dem sich mit steigendem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel zugunsten der Ausgaben für Dienstleistungen verringert. Sein Wirken im Verein für Socialpolitik und seine reiche wissenschaftlich-publizistische Tätigkeit brachten ihn in Gegensatz zur protektionistischen Politik Bismarcks, so dass das preußische Innenministerium 1882 seinen vorzeitigen Abgang erzwang⁶. Im Jahr 1905 wurde das Königlich Preußische Statistische Bureau genau hundert Jahre nach seiner Gründung in **Preußisches Statistisches Landesamt** umbenannt. Das Amt konnte aber seine frühere Bedeutung nicht mehr erreichen. „In dem Maße, wie eine einheitliche deutsche Wirtschaft entstand, verloren die rein preußischen Zahlen an Bedeutung und Wert“⁷.

1872 Im Jahr 1872 wurde das **Kaiserliche Statistische Reichsamt** für das Deutsche Reich gegründet. Es führte u. a. die Arbeiten des Centralbureaus des Zollvereins fort. Die Entwicklung des statistischen Programms und damit die Tätigkeit der Statistischen Ämter der Länder und der großen Städte wurden zunehmend von den Zentralbehörden des Deutschen Reiches bestimmt. Die Planung und Durchführung von Landes- und Kommunalstatistiken blieb hingegen in der Verantwortung der Länder und Gemeinden.

Mit der Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes wurde die für die deutsche Statistik bis heute charakteristische föderale Form mit einem Reichs- bzw. Bundesamt und den Landesämtern eingeführt. Es entstand im Folgenden neben der direkt vom Kaiserlichen Statistischen Amt durchgeführten zentralen Reichsstatistik die reichsweit von den Landesämtern erhobene föderierte Reichsstatistik, bei der dem Kaiserlichen Statistischen Amt nur die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse oblag. Beispiele für die föderierte Reichsstatistik waren die Volkszählungen, die Statistik der Bevölkerungsbewegung und Viehzählungen. Beispiele für die zentrale Reichsstatistik waren die Statistik des auswärtigen Handels sowie der gemeinschaftlichen Zölle und Steuern. Neben den

5 Statistisches Landesamt Berlin (1962), Facsimileeinlage zw. S. 24 und 25.

6 Desroières, A. (2005), S. 204.

7 Saenger, K. (1934/35): „Das Preußische Landesamt 1805 – 1934. Ein Nachruf“; Allgemeines Statistisches Archiv 24 (1934/35), S. 452.

zentralen und föderierten Reichsstatistiken gab es noch Statistiken, die von den Ländern nach freiem Ermessen durchgeführt wurden. Das Programm der föderierten Reichsstatistik wurde bis 1914 auf etwa 100 Statistiken ausgedehnt.

1914 Im Ersten Weltkrieg seit 1914 wurde die statistische Arbeit stark eingeschränkt. Im Kaiserlich Statistischen Reichsamt sowie in vielen Landesämtern herrschte Personalmangel. Die in den Kriegsjahren durchgeführten Zählungen bezogen sich hauptsächlich auf die Verwaltung des Krieges, unter anderem die Lebensmittelrationierung und die Berufs- und Betriebsaufnahme. Der Umbruch 1918/19 infolge der Kriegsniederlage war eine tiefe politische Zäsur, bedeutete aber keine Veränderung der Organisation der statistischen Ämter.

Nach der Gründung der Weimarer Republik kam es zu wichtigen Veränderungen und Innovationen in der amtlichen Statistik Deutschlands. Die Wirtschaftsstatistiken gewannen nach und nach an Bedeutung, bedingt durch die drängenden Probleme auf den Gebieten der Reparationen, der wirtschaftlichen Strukturbrüche und der heftigen Konjunktur- und Beschäftigungsschwankungen. Die neue Konjunkturforschung benötigte sehr viele zusätzliche Daten.

Die 1933 nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten beschlossene Aufhebung der Ländersouveränität führte zu einer stärkeren Verlagerung statistischer Arbeiten von den Ländern auf das Reich. Das Preußische Statistische Landesamt wurde – im Unterschied zu den anderen Statistischen Landesämtern – sogar am 1. Oktober 1934 aufgelöst und in das Statistische Reichsamt integriert. Hier allerdings wanderte im Zuge der zunehmenden Bewirtschaftung und der

Kriegswirtschaft ein Teil der Aufgaben des Reichsamtes an andere Dienststellen und Organisationen ab (Wirtschaftsministerium, Verbände der Wirtschaft). Jedenfalls kam es im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung auch in der amtlichen Statistik zu einer beträchtlichen Zentralisierung.

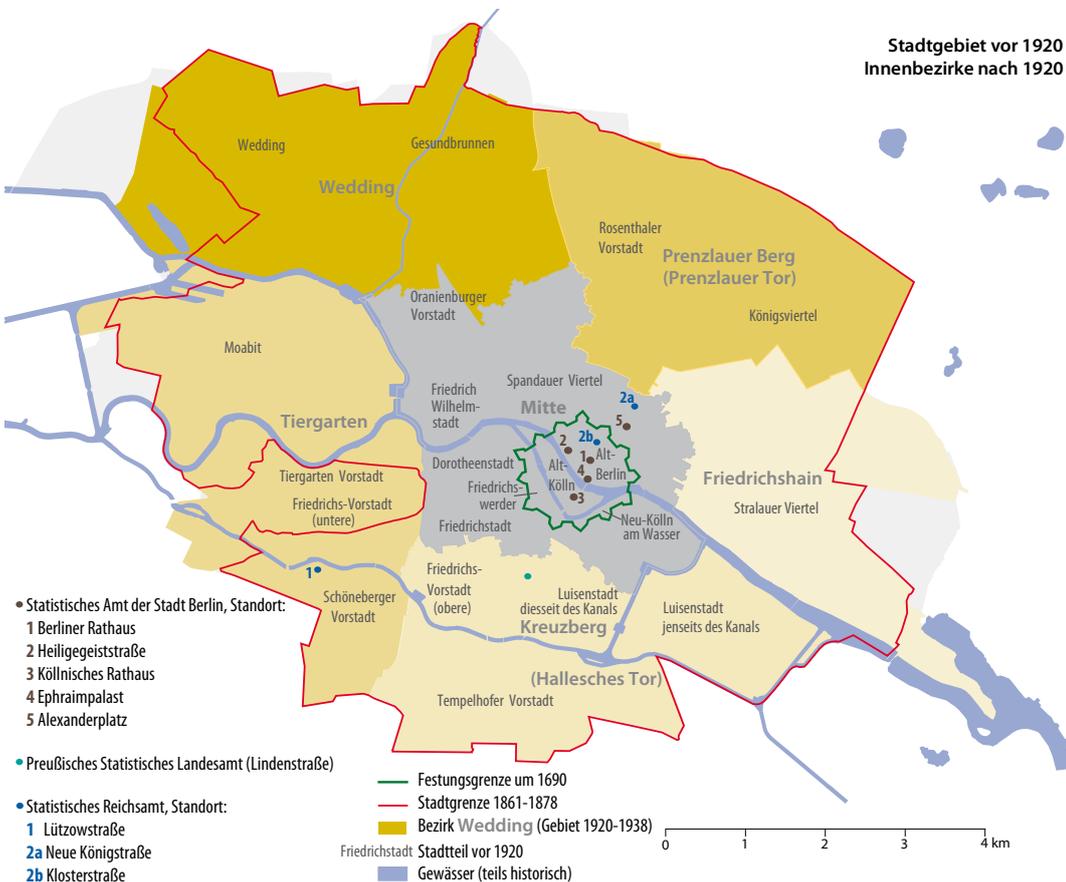
Für Deutschland insgesamt wurde die verfassungsmäßige Dreiteilung in Kommunal-, Länder- und Bundesstatistik erst im Jahre 1990 wieder hergestellt.

Bis 1934 aber residierten in der Stadt Berlin alle drei institutionalisierten Ebenen der amtlichen Statistik zusammen. „Das Statistische Reichsamt residierte am südlichen Tiergartenrand (1), das preußische Statistische Amt in der Lindenstraße (2). Das Statistische Amt der Stadt Berlin vollzog zwischen 1862 und 1925 in Berlin-Cölln die Wanderung vom Berliner Rathaus (3) über das Haus Heiligegeistgasse 11 (4) und das Cöllnische Rathaus (5) in das Ephraimpalais, Poststraße 16 (6). Dann aber, 1925, ließ es sich im Haus Alexanderstraße 46-48 (später: Alexanderplatz 7) nieder. Seine Unterkunft lag im 4. Stock des sogenannten Engelhardt-Hauses, des vormaligen Grand Hotels.“⁸

Die Geschichte der Berliner Kommunalstatistik bis 1945

Der Magistrat von Berlin hat am 8. Februar 1862 für die später „Alt-Berlin“ genannte Gemeinde ein selbstständiges Statistisches Bureau im alten Berliner Rathaus errichtet. Es gab bereits seit vielen Jahrzehnten statistische Bereiche in verschiedenen Teilen der Verwaltung. Mit diesem Schritt wurde, vergleichbar zu den Statistischen Bureaus der Staaten, nur ein Teil dieser Tätigkeiten fachlich konzentriert und mit einem gewissen öffentlichen Charakter versehen,

1862



⁸ Dorothea Zöbl (2003): „Das Statistische Reichsamt als Akteur des „Zuges nach Westen“; Mitteilungen 1/2003 des Vereins für die Geschichte Berlins.

d. h. Ergebnisse waren von da an nicht mehr ausschließlich interne Verwaltungsunterlagen, sondern sie wurden teilweise auch veröffentlicht. Die organisatorische Personalausstattung des Büros war anfangs noch sehr schwach, es wurde nicht gleich auf Dauer eingerichtet und Herrmann Schwabe, der von Anfang an in dem Büro wirkte, wurde erst 1865 als erster Direktor des Berliner Statistischen Amtes eingesetzt.

1865

Über die Schwierigkeiten der Anfänge schrieb Schwabe 1867 als Einführung einer Veröffentlichung:

„Der abnorme Zustand der Berliner Verwaltung, welche durch Gesetz, Vertrag, Privatindustrie und Herkommen in die verschiedensten Hände übergespielt worden ist, erschwert ungemein das Zusammenfassen einer Localstatistik. Die wichtigsten Materialien für die Statistik liegen theils in den Händen des Magistrats, theils des Polizeipräsidiums, so die der Bevölkerung; andere, so die der Pflasterung, und der damit zusammenhängenden Materialien über die Höhenlagen der Straßen etc. liegen theils in den Händen des Magistrats, theils bei der Ministerialbaucommission, und so geht es bei jeder Frage weiter. Die Bemühungen, namentlich zunächst mit dem Polizeipräsidium eine Vereinbarung über die Verarbeitung des beiderseitigen Materials herbeizuführen, mußten während des Krieges eingestellt werden. Die nachstehende Statistik legt dafür Zeugniß ab, in wie weit es dem Statistischen Bureau bisher gelungen ist, Material für eine Localstatistik von Berlin zusammenzubringen.“⁹

Die Überlegungen, die zur Gründung des „Statistischen Bureaus“ 1862 geführt hatten, gehören noch heute zu den Grundsätzen der Berliner Statistik: Unabhängigkeit von anderen Verwaltungsdienststellen, Beteiligung der Bürger an den statistischen Erhebungen, Orientierung des Erhebungsprogramms an den Aufgaben der von der Verwaltung zu leistenden öffentlichen Dienste sowie rationelle Nutzung der in anderen Verwaltungen vorhandenen Informationen für statistische Zwecke. Schwabe selbst gibt zwei Hauptaufgaben an: Die Statistik einer großen Stadt hat „diejenigen Punkte anzudeuten und hervorzuheben, auf die die Verwaltung loszusteuern hat, um die Bewegung zu leiten“ sowie als Mittel zu dienen, „um die Erfolge ergriffener Verwaltungsmaßregeln in Zahlen darzulegen“.

Schwabe legte einen 24 Kapitel umfassenden Plan der Themen der kommunalen Statistik vor, dem in Grundzügen heute noch die Kapiteleinteilung der Statistischen Jahrbücher der amtlichen Statistik entspricht¹⁰. Gleichzeitig entwickelt er eine Heuristik, die zeigt, dass es den Statistikern, zumal denen im 19. Jahrhundert, von Anfang an um weit mehr als das bloße Sammeln von Zahlen ging:

„Die einzelnen Tabellen über das Geschlecht, die Altersklassen, die Consumption der wichtigsten Lebensmittel, die Wohnungsverhältnisse, die Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Bevölkerung werden ein Bild von der *physischen Beschaffenheit* der Berliner Bevölkerung geben.

Aus dem Glaubensbekenntnis, dem Schulbesuch, dem Aufwand für das Unterrichtswesen, den Fortbildungsschulen, dem Literaturzustand etc. werden sich auf die *geistige Beschaffenheit* Schlüsse ziehen lassen.

Die Zahl der unehelichen Geburten, der Concubinate und wilden Ehen, die Prostitution, die Ehescheidungsklagen, die Selbstmorde, die Criminalität, der Hang zum Verbrechen, die Rückfälligkeit werden über die *sittliche Beschaffenheit* der Bewohner berichten.

Aus der Betrachtung der Bevölkerung nach Berufsklassen, nach Verheiratheten und Unverheiratheten, nach den Arbeiterverhältnissen, dem Armenwesen usw., wird sich ergeben, wie es um die *soziale Beschaffenheit* der Bevölkerung steht.

In dem Umfang und der Zunahme der Naturkräfte, die im Dienst des Menschen zur Arbeit verwendet werden, Dampf, Wasser, Wind, Thierkräfte etc. wird man einen guten Maßstab gewinnen, um *die Fortschritte der Künste, der Gewerbe und des Wohlstandes* merken zu können, Fortschritte, die Macht und Reichtum bringen, wie sie ohne den Gebrauch dieser Kräfte nicht zu erreichen wären.“¹¹ (Hervorhebungen im Original)

Dieser Plan zeichnete zu seiner Zeit ein Idealbild, dass noch viele Jahrzehnte bis zu seiner Verwirklichung benötigte. Bis in das 20. Jahrhundert hinein beruhte die Veröffentlichungstätigkeit der Statistischen Ämter wesentlich auf den Pionierleistungen und dem persönlichen Eifer ihrer Direktoren. Die verfolgten Themen waren breit gestreut, besonders intensiv widmete man sich dem Armenwesen und den gesundheitlichen Verhältnissen. Besonders letztere wurden in einer später nicht mehr erreichte Detailliertheit durchleuchtet und analysiert.

Am 31. Dezember 1870 hat der Magistrat die „Instruktion für die städtische Deputation für Statistik“ beschlossen, in welcher die Zuständigkeiten des Magistrats, der Deputation sowie des **Statistischen Bureaus** abgegrenzt wurden. Im Jahre 1872 wurde das Statistische Bureau als Einrichtung auf Dauer anerkannt. Erst Ende 1875 gingen die bevölkerungsstatistischen Unterlagen vom Königlichen Polizeipräsidium auf das Statistische Bureau über. 1881 wurde das **Statistische Bureau** in **Statistisches Amt** der Stadt Berlin umbenannt.

1881

Das Statistische Amt der Stadt Berlin bestand durchgehend 83 Jahre bis 1945. Es hatte in dieser Zeit eine bemerkenswerte organisatorische Beständigkeit, die sich auch darin ausdrückt, dass insgesamt nur sechs Amtsleiter in dieser langen Periode tätig waren:

1865 – 1874 Prof. Dr. Hermann Schwabe,
1875 – 1902 Prof. Dr. h.c. Richard Böckh,
1903 – 1906 Prof. Dr. Ernst Hirschberg,
1907 – 1923 Prof. Dr. Heinrich Silbergleit,
1923 – 1943 Dr. Oskar Büchner,
1943 – 1945 Dr. Oskar Kürten.

Mit deutlichem zeitlichem Abstand wurden in den größeren Nachbargemeinden von Berlin, die später dann zu Groß-Berlin eingemeindet wurden, die oben schon erwähnten Statistischen Ämter gegründet. Bereits im Vorfeld der Bildung von Groß-Berlin gab es im Bereich der Statistik eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, um vergleichbare Ergebnisse darstellen zu können. So wurden bei der Volkszäh-

⁹ Statistisches Bureau der Stadt Berlin (1867): „Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalender und Statistisches Jahrbuch 1867“; Erster Jahrgang; Verlag J. Guttentag; Berlin, S. 237.

¹⁰ Silbergleit, H. (1912): Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862–1912 S. 7f.

¹¹ Silbergleit, H. (1912), S. 10 f.

1910 lung im Jahr 1900 in Berlin und 23 Nachbargemeinden die gleichen Erhebungsbögen und Zusatzfragen verwendet. Ab dem Jahre 1910 gab das Statistische Amt der Stadt Berlin die Zeitschrift *Groß-Berlin* und Statistische Berichte unter Mitwirkung der Statistischen Ämter von Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Rixdorf/Neukölln heraus.

Grafische Aufbereitungen von Tabellen wurden damals noch kaum gefertigt. Dennoch leistete man auch auf diesem Gebiet Pionierarbeit, indem große Schautafeln vorzugsweise für die Internationalen Kongresse für Hygiene und Demographie, die Berliner Gewerbeausstellung 1896, die Pariser Weltausstellung 1900, die Allgemeine Städtebauausstellung in Berlin 1910 u. v. m. erstellt wurden.

Auch für die Organisation der Kommunalstatistik in Deutschland engagierte sich das Amt frühzeitig:

„Daß das Statistische Amt der Stadt Berlin von Anfang an seine Arbeiten durch ständige enge Fühlungnahme mit den anderen vorhandenen städtischen und staatlichen statistischen Ämtern, auch solchen aus dem Auslande, zu befruchten bestrebt war, versteht sich von selbst. So war es auch der Leiter des Berliner Amtes, der im Jahre 1879 die Direktoren der damals bestehenden 12 deutschen städtestatistischen Büros, ‚einem seit Jahren geäußerten Wunsche entsprechend‘, zu einer Konferenz in Berlin zusammenrief. Aus diesen Konferenzen, die bald zu einer ständigen, jährlich wiederholten Einrichtung wurden, ging dann bekanntlich der ‚Verband der deutschen Städtestatistiker‘ hervor, der durch Austausch von Erfahrungen, gemeinsame Vorbereitung neuer Aufgaben und Sicherung der Vergleichbarkeit der in den verschiedenen Städten gewonnenen Ergebnisse die deutsche Städtestatistik ganz wesentlich gefördert hat.“¹²

1914 Die enge Einbindung der amtlichen Statistik in die jeweiligen politischen Verhältnisse tritt 1914 wieder deutlich hervor. Schon kurz vor dem Beginn des 1. Weltkriegs führten die Statistischen Ämter die vom Reichstag angeordnete allgemeine Bestandsaufnahme über Brotgetreide und Mehl durch, das Berliner Amt untersuchte den Brotverbrauch in ausgewählten Beamten- und Arbeiterhaushalten.

„In dem Buche ‚Berlin im Weltkrieg, Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit‘ (Berlin 1921) heißt es hierüber: ‚Die Vorbereitung der Versorgungsregelung mit Brot und Mehl, die zuerst die neuen, volkswirtschaftlich nicht erprobten Wege einschlug, wäre ohne das Dasein des Städtischen Statistischen Amtes nicht so reibungslos gelungen. Ja, seine Tätigkeit wurde für ganz Deutschland grundlegend, da ihm zuerst zuverlässige Zahlen über die für die menschliche Ernährung verbrauchten Brotkörnmengen verdankt wurden (...) Erwähnenswert ist ferner die Tätigkeit des Statistischen Amtes für die ‚Abteilung für Brotversorgung‘, bei deren Organisation ein Ausschuß mitwirkte, in dem auch das Statistische Amt vertreten war. ‚Aus dem Schoße dieser Kommission ging‘ nach ‚Berlin im Weltkriege‘, die Idee der Brotkarte hervor, als deren Vater man den Oberbürgermeister von Berlin bezeichnen darf (...) Nach der Einführung der Brotkarte war das Statistische Amt vor allem bemüht, die abgelieferten Brotkartenabschnitte zu ermitteln und auf Grund der abgelieferten Brotkartenabschnitte die verbrauchten Brotmengen festzustellen.“¹³

Am 27. April 1920 trat das Gesetz zur Schaffung einer neuen Stadtgemeinde, das Gesetz über die Bildung von Groß-Berlin, in Kraft. Damit war die Voraussetzung geschaffen zur einheitlichen statistischen Erfassung und Darstellung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in dem gesamten Gebiet der neuen Einheitsgemeinde. Im Oktober 1920 wurde eine Geschäftsanweisung für das Statistische Amt der Stadt Berlin – in der erweiterten Abgrenzung – erlassen, die am 1. Juli 1921 in Kraft trat. Zu diesem Datum entstand das neue Statistische Amt der Stadt Berlin durch Integration der Statistischen Ämter von Schöneberg, Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln und Spandau.

Der durch die zunächst nur halbherzige Auflösung dieser Ämter entstandene Verwaltungswirrwarr sollte durch eine Statistische Ordnung 1922 beseitigt werden. Auch hier wurde wieder das Ideal einer zentralisierten ausgelösten städtischen Statistik beschworen, um dann doch wieder wichtige Bereiche, wie die Finanz- und Steuerstatistik herauszulösen und der Finanzverwaltung zu übertragen. Ähnliches galt für den überwiegenden Teil der Wohlfahrtsstatistik und der Gesundheitsstatistik.

Im Herbst 1923 wurde die Volkswirtschaftliche Abteilung des Magistrats in das Statistische Amt eingegliedert.

Die 1920er Jahre waren durch mehrere einschneidende Personalabbaumaßnahmen gekennzeichnet. 1924 schrumpfte das Amt von 99 Kräften auf 53, bis 1930 stieg die Anzahl wieder bis 74, wurde nach nochmals bis auf 47 reduziert und bis 1937 wieder auf 58 ausgebaut¹⁴.

1933 Die „Machtergreifung“ Adolf Hitlers führte 1933 zur Machtübernahme der Nationalsozialisten und zum Ende der Demokratie in Deutschland und Berlin. Am 14. März stellte der preußische Innenminister und Ministerpräsident Hermann Göring (NSDAP) dem gewählten Oberbürgermeister Heinrich Sahn einen „Staatskommissar für die Hauptstadt Berlin“ zur Seite, der die faktische Machtausübung in Berlin übernahm. Allen kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten wurden die Mandate aberkannt. Vor den Toren der Stadt in Sachsenhausen bei Oranienburg wurde für die inhaftierten Gegner des Regimes das erste Konzentrationslager im Berliner Raum eröffnet. Die ersten organisierten Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte fanden statt. Die Nationalsozialisten veranstalteten „wider den undeutschen Geist“ eine Bücherverbrennung auf dem Platz vor der Alten Bibliothek (heute Bebelplatz). 1934/35 wurden alle gewählten Gremien der Stadt aufgelöst. Die Verwaltung wurde „gleichgeschaltet“: Rund 1300 Beamte, jeder dritte Angestellte und jeder zehnte Arbeiter wurden entlassen. Im Dezember 1935 trat der nur noch formal amtierende Oberbürgermeister Heinrich Sahn zurück.

Im Jahr 1937 wurde das Amt in **Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin** umbenannt. Im selben Jahr wurde das Berliner Amt 75 Jahre alt.

¹² Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin (1937): 75 Jahre Berliner Statistik, S. 38.

¹³ ebd. S. 40

¹⁴ ebd. S. 55

„In der Festschrift zu diesem Anlass heißt es: ‚Auch der durch die Steinsche Städteordnung zur Geltung gebrachte Grundsatz der Selbstverwaltung und die Mitwirkung der Bürgerschaft an der Verwaltung bedingen die Öffentlichkeit der Ergebnisse der Statistik, soweit nicht in einzelnen Fällen höhere Interessen des Gemeinwohls einer allgemeinen Bekanntgabe der Zahlen entgegenstehen. In solchen Fällen wird das Statistische Amt eine Form der Verbreitung finden müssen, die Kenntnis der statistischen Ergebnisse auf einen engeren Kreis von an der Verwaltung beteiligten Persönlichkeiten und Dienststellen beschränkt. Statistische Ergebnisse waren also nur noch eingeschränkt zugänglich, kommendes Unheil zeichnete sich bereits ab. Später verbot der Nationalsozialismus der Presse jede Entnahme von Zahlen aus amtlichen Quellen.“¹⁵

In der Festschrift von 1937 werden aus antisemitischer Staatsräson die Namen der ehemaligen Direktoren Hirschberg und Silbergleit verschwiegen. Es galt nun „im Sinne der nationalsozialistischen Einstellung neue Gesichtspunkte für die Auswertung und Beurteilung der Ergebnisse zu gewinnen und die Statistik so zielbewusst in den Dienst der Aufbauarbeit zu stellen. So erhielt, entsprechend der Auffassung, daß der Mensch das wertvollste Gut der Volksgemeinschaft ist, auch die Bevölkerungsstatistik wieder größere Bedeutung. Bereits die Mitte 1933 durchgeführte Volkszählung wurde im Sinne dieser neuen Gesichtspunkte ausgewertet. Desgleichen wurde auch die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie der Beobachtung der Zu- und Fortzüge größere Aufmerksamkeit zugewendet. Verschiedene Änderungen des Feststellungsverfahrens gaben die Möglichkeit, die Vorgänge auf diesem Gebieten noch eingehender als bisher zu erfassen, wobei, soweit möglich, auch auf die gesonderte Ermittlung der Juden sowohl im Bevölkerungsbestand wie im Bevölkerungswechsel Bedacht genommen wurde. Auch die Auswirkung der von der Regierung und Stadtverwaltung getroffenen bevölkerungspolitischen Maßnahmen (Gewährung von Ehestandsdarlehen, Ehrenpatenschaften, Zugangssperre für Hausgehilfinnen und Unterbindung des Zuzugs von Arbeitskräften u.a.) galt es, teilweise in Zusammenarbeit mit den bei anderen Dienststellen der Hauptverwaltung bestehenden statistischen Stellen, zahlenmäßig zu verfolgen.“¹⁶

Noch offensichtlicher wurde die Funktion der amtlichen Statistik im Nationalsozialismus im Statistischen Reichsamt in Berlin.

„Die Abteilung VII ‚Industrielle Produktionsstatistik‘ wurde 1938 auf zwei Jahre vom Statistischen Reichsamt abgetrennt und in ein ‚Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung‘ verwandelt. Äußerlich blieb zwar fast alles beim Alten – Personal, Dienstaufsicht und die Diensträume in der Klosterstraße. Aber in dem neuen Reichsamt entstanden doch, während in der deutschen Industrie die Rüstungsproduktion

auf vollen Touren lief, eine Reihe von Arbeiten, von denen das Statistische Amt nichts mehr erfuhr und die nur für die Behörden des Vierjahresplanes und das Reichswehrministerium bestimmt waren.“¹⁷

Bedauerlicherweise kam es, beispielsweise aus Anlass des 100-jährigen Berliner Jubiläums 1962 – zu einem Zeitpunkt, da noch eine weitgehende personelle Kontinuität bestand – nicht zu einer umfassenden historischen Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1945 im Hinblick auf die innere Personalpolitik und die Art und Weise der Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen. Das Bekunden in der Festschrift 1962, es habe zwischen 1933 und 1945 „keinen Mißton“ im Amt gegeben und der verständnissinnige Hinweis: „Freilich konnten diejenigen Mitarbeiter nicht gefördert werden, die ihre Einstellung zur NSDAP nicht in der damals für notwendig gehaltenen Weise bekundet hatten“ kann heute nur als Ausdruck kollektiver Verdrängung gelesen werden, der in Deutschland bis in die 1960er Jahre anhielt. Immerhin hatte das Amt 25 Jahre zuvor sich noch gemeinsam die „verantwortungsvolle Aufgabe gestellt, die Erfahrungen seiner bisherigen Tätigkeit nunmehr für das gewaltige Aufbauwerk des Führers einzusetzen und mitzuwirken an der fortschreitenden Neugestaltung der Reichshauptstadt im Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung“¹⁸.

Als amtliche Statistik diente die Statistik zu jeder Zeit der herrschenden politischen Staatsmacht. Den statistischen Ergebnissen selbst ist nicht ohne weiteres anzusehen, ob beispielsweise die Kategorie „Jude“ eine Gliederung der Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit oder eine Ausgrenzung aus der Volksgemeinschaft mit dem Ziel der „Ausmerzung“ dieser Menschen darstellt. Der amtliche Statistiker selbst kann sich dabei nicht mit Hinweis auf die Neutralität seiner Erhebung und seiner wissenschaftlichen Methoden aus der Affäre ziehen. Als Teil des politischen Machtssystems trägt auch er eine ethische Verantwortung für die Verwendung seiner Arbeit. Eine gesetzliche Regelung der fachlichen Unabhängigkeit der Statistik wurde erst mit der Einführung des Bundesstatistikgesetzes 1953 erreicht, eine Selbstverpflichtung zur fachlichen Unabhängigkeit der statistischen Stellen gegenüber anderen politischen und Verwaltungsstellen erst mit dem Verhaltenskodex europäischer Statistiken 2006 beschlossen.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden die Arbeiten des Amtes auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft umgestellt, die Veröffentlichungen weitgehend eingestellt. Am 24. April 1945 ist der Sitz des Amtes vollständig zerstört worden.

1945

Nachkriegszeit und Teilung Berlins

In den vier Besatzungszonen wurden von Anfang an in den jeweiligen Militärbehörden statistische Abteilungen eingerichtet, in denen auch deutsche Fachleute tätig waren. Daneben wurden oberhalb der kommunalen und Länderebene – wo meist durchgehend Statistische Ämter bestanden – erst nach und nach neue Einrichtungen geschaffen, und zwar aufgrund der jeweiligen Gegebenheiten und politischen Ziele der Besatzungsmächte auf verschiedenen Wegen. Da insbesondere größere Teile der britischen und sowjetischen Zone zum ehemaligen Land Preußen gehört

¹⁵ zitiert nach Elsner, E.: „Macht und Zahl. Die Mächtigen, das Recht und die Statistik“; Hrsg. ÖTV, Stuttgart o. J. S. 36.

¹⁶ Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin (1937) S. 86.

¹⁷ Statistisches Bundesamt (1956): Festschrift 1956. Kleine Chronik des Statistischen Bundesamtes“ S. 32.

¹⁸ Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin (1937) S. 86.

hatten – für das seit 1933 kein eigenes Statistisches Amt neben dem Reichsamte mehr existierte –, konnte hier weniger an vorhandenen Landesämtern angeknüpft werden als in der amerikanischen Zone. Allerdings waren Teile des Statistischen Reichsamtes auch über Nord-, West- und Süddeutschland verstreut, da das Amt im letzten Kriegsjahr nicht fachlich, aber räumlich dezentralisiert wurde (Bildung von Außenstellen).

Für die sowjetische Besatzungszone (SBZ), das Gebiet der späteren DDR, wurde bereits am 19. Oktober 1945 auf der Grundlage des Befehls 105 des Marschalls Shukow „für die Bearbeitung und Auswertung statistischer Erhebungen und für die Gewinnung statistischer Unterlagen“ die **Deutsche Zentralverwaltung für Statistik** in der sowjetischen Besatzungszone mit Sitz in Berlin gegründet. Damit erhielt das **Statistische Zentralamt** die Rechtsgrundlage als oberste statistische Behörde in der sowjetischen Besatzungszone. Den Kern dieser Behörde bildeten die in Berlin verbliebenen Teile des vormaligen Statistischen Reichsamtes.

Im Jahr 1946 wurde in Minden das Statistische Amt der britischen Besatzungszone gegründet. In der US-amerikanischen Zone wurden im Einklang mit den dort vertretenen Prinzipien des föderalen staatlichen Aufbaus Statistische Landesämter errichtet, deren Arbeiten von einem Statistischen Ausschuss beim Länderrat der amerikanischen Besatzungszone in Stuttgart koordiniert wurden. Mit dem Zusammenschluss der britischen und amerikanischen Besatzungszonen (zur so genannten Bizone) wurde das **Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes** errichtet (1948), aus dem nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (1949) das **Statistische Bundesamt** – rechtsförmlich erst 1950 – hervorging.

In Berlin gab es unterhalb der Ebene der zunächst gemeinsamen Verwaltung der vier Besatzungszonen („Sektoren“), die Mitte 1945 eingerichtet wurden, die deutsche Stadtverwaltung („Magistrat“) für ganz Berlin.

1946 Nach Beendigung der Kämpfe um Berlin wurden dem Statistischen Amt am 19. Mai 1945 Diensträume in der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße 50, der späteren Liebknechtstraße, zugewiesen. Das Amt führte wieder die Bezeichnung **Statistisches Amt der Stadt Berlin**, ab September 1946 die Bezeichnung **Statistisches Amt von Groß-Berlin**.

1947 Nachdem die in Berlin verbliebenen Teile des ehemaligen Statistischen Reichsamtes zum **Statistischen Zentralamt – Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone** – umgegründet waren, gingen die bis dahin von diesem Amt in der Klosterstraße für die Stadtverwaltung durchgeführten Arbeiten im Oktober 1945 auf das Statistische Amt der Stadt über. Ende 1945 wurde das Amt mit der Durchführung einer einheitlichen Einwohnererfassung und der Einrichtung einer Einwohnerkartei in den Bezirksämtern beauftragt. Im Frühjahr 1946 übertrug der Magistrat dem Statistischen Amt die Geschäfte eines Hauptwahlamtes. Der Magistrat hat im Juni 1947 die Richtlinie für Statistik und Wahlwesen beschlossen und das Statistische Amt zur Zentralstelle für alle Angelegenheiten der Statistik, der Einwohnererfassung und des Wahlwesens inner-

halb von Groß-Berlin bestimmt. Das Amt erhielt die Bezeichnung **Hauptamt für Statistik und Wahlen**.

Schon im Januar 1947 erschien das erste Heft der Zeitschrift „Berliner Statistik – Mitteilungen aus Verwaltung und Wirtschaft“, mit dem das Amt die vor dem Krieg in 16 Jahrgängen herausgegebenen „Berliner Wirtschaftsberichte“ fortsetzte. In der Einführung beschreibt der erste Direktor des Amtes, Dr. Treitschke, das Spannungsverhältnis, mit dem Statistische Ämter zu jeder Zeit konfrontiert waren und sind: „Um allen diesen gesteigerten Ansprüchen an die Statistik gerecht werden zu können, bedarf es einer entsprechend weitgehenden Eingliederung des statistischen Dienstes in die städtische Verwaltung, die dem Statistischen Amt die Möglichkeit gibt, unter Vermeidung jeglicher Doppelarbeit alles erreichbare statistische Material rasch und vollständig zu erlangen, und die ihm zugleich eine sichere Gewähr für eine einwandfreie Beschaffenheit dieses Materials bietet. Nur dann wird das Statistische Amt als die zentrale statistische Auskunftsstelle alle gewünschten Auskünfte zu geben oder zu besorgen in der Lage sein. Zu diesem Zweck ist es vor allem erforderlich, daß das Statistische Amt die zentrale Stelle für alle statistischen Arbeiten innerhalb der Stadtverwaltung wie innerhalb des Berliner Stadtgebietes überhaupt ist. (...)“

Die vorstehend genannten Grundsätze sind nun bereits in einer Rundverfügung des Oberbürgermeisters vom 25. Juli 1945 über die Zuständigkeitsregelung für statistische Arbeiten in Kraft gesetzt worden. Es hat sich indessen gezeigt, daß sie noch nicht ausreichen, um zu verhindern, daß sich immer noch zahlreiche unberufene Stellen in der Verwaltung mit statistischen Arbeiten befassen, und daß dabei nicht selten Erhebungen ohne die erforderliche statistisch-fachliche Vorbereitung unternommen werden. Unnötige Doppelarbeit, vermeidbare Kosten und einander widersprechende Ergebnisse sind die notwendige Folgen einer solchen Zersplitterung der statistischen Arbeiten.“¹⁹

1948 Nach der Spaltung der Berliner Verwaltung im November 1948 im Zusammenhang der verschärften weltpolitischen Ost-West-Konfrontation und der Berliner Blockade verließ der größere Teil der Amtsangehörigen seinen bisherigen Arbeitsplatz im sowjetischen Sektor von Berlin. Sie nahmen dabei soweit möglich ihre Arbeitsmittel und statistischen Unterlagen mit. Die im Ostteil verbliebenen Mitarbeiter führten den Betrieb des Hauptamtes für Statistik und Wahlen weiter, während im Westteil die anderen Mitarbeiter ein Amt unter demselben Namen „fortführten“ oder „aufbauten“, je nach politisch-rechtlicher Sichtweise.

¹⁹ Treitschke, K.: „Das Statistische Amt und seine Stellung in der Verwaltung“; Berliner Statistik, Heft 1/ 1947, S. 2–3.

Statistik in der DDR im Ostteil der Stadt

Die Aufgabe statistischer Erhebungen für die Stadt Berlin und der Aufbereitung der erfassten Daten oblag ab 1947 dem Hauptamt für Statistik und Wahlen, 1950/51 dem Hauptamt für Statistik bei der Abteilung Wirtschaft des Magistrats und danach bis 1953 dem Hauptamt Statistik in der Abteilung Wirtschaftsplanung beim Oberbürgermeister sowie bis 1960 der Abteilung Statistik beim Magistrat von Berlin.

1960 wurde die Abteilung Statistik als selbstständige Einrichtung aus dem Magistrat herausgelöst und der 1952 gegründeten Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR unterstellt.

Die Ost-Berliner Statistik wurde somit nach der territorialen Neugliederung durch Bildung der Bezirke anstelle der Länder zum 1. April 1951 später als die anderen Bezirke zur **Bezirksstelle Berlin der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR (SZS)**. Die amtliche Statistik der DDR wurde zu einer immer wichtigeren Quelle für die Planung und Kontrolle der zentral gelenkten Wirtschaft. Die enge Verbindung zwischen Planung und Statistik zeichnete sich bereits im September 1949 ab, als das Statistische Zentralamt in das Ministerium für Planung eingegliedert wurde. Um den planwirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden, wurde 1950 die Zentralisierung der amtlichen Statistik beschlossen. In Folge dessen kam es zur Unterstellung aller statistischen Dienststellen unter die Leitung des Statistischen Zentralamtes. Dieses hatte von nun an die alleinige fachliche Weisungsbefugnis²⁰. 1956 wurde die SZS als selbstständiges Organ dem Ministerrat unterstellt. 1957 wurde der VEB Maschinelles Rechnen gegründet, der die Mechanisierung und die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in der Statistik vorantrieb. Es wurde ein einheitliches System von Rechnungsführung und Statistik entwickelt, dessen Hauptaufgabe die Bereitstellung von Informationen und Analysen für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft war. Besonders wichtig waren die Erfassung und Aufbereitung von Daten für die Fünfjahrespläne der DDR, die Entwicklung von Datenbanksystemen und standardisierten Primärdokumenten.

„Der innere Widerspruch der Statistik der DDR bestand darin, daß einerseits – und dies durchaus in Übereinstimmung mit den Intentionen der Statistik in der Bundesrepublik Deutschland – ‚die Exaktheit der zu liefernden Angaben‘ sowie die ‚objektive, wahrhaftige Information‘ im Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft gefordert wurde, daß aber auf der anderen Seite statistische Angaben als ‚Waffe der Agitation und Propaganda‘ dienten, indem sie nüchtern und überzeugend demonstrieren, was unter Führung der Partei der Arbeiterklasse durch die eigene Arbeit erreicht wurde“²¹.

Der Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität und dem politischen Anspruch der Statistik führte nicht nur zu einer partiellen einseitigen Auswahl von Daten bei der Außerdarstellung der DDR, zu unregelmäßigen oder fehlenden Veröffentlichungen, wie zum Beispiel zur Zahlungsbilanz, Staatsverschuldung und Einkommensverteilung, er gefährdete auch die Planung der Wirtschaft, da Betriebe und Kombinate aus eigenem Interesse versucht sein können, ‚geschönte‘ Daten ‚nach oben‘ zu liefern.“²²

Die gesammelten statistischen Informationen wurden geheime Staatsangelegenheiten, von denen nur zensierte Ergebnisse an die Öffentlichkeit gelangten. In Bezug auf die Ablauforganisation und die technischen Unterstützung arbeitete dieses Statistiksistem auf hohem Niveau. Inhaltlich wurde auch die Statistik der umfassenden ideologischen Kontrolle unterworfen. In den Lehrbüchern wurde verkündet: „Der Klassencharakter der sozialistischen Statistik ist dadurch gekennzeichnet, das sie den Interessen der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern und aller mit ihnen verbündeten Schichten dient“²³. Abgelehnt wurde die „bürgerliche Statistik“ und selbst ihre Methoden der Mittelwert- oder Indexberechnung. „Wenn also die Politik das Primat über die Statistik besitzt, so ergibt sich für die Mitarbeiter der Statistik die Konsequenz, sich in ihrer gesamten Tätigkeit von den Beschlüssen der Partei und Regierung leiten zu lassen.“²⁴

Die Bezirksstelle Berlin der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik arbeitete freilich nicht mehr wie ein kommunalstatistisches Amt, sondern in einem zentral vereinheitlichten Wirtschaftsplanungssystem. Die Bezirksstelle hatte in Berlin die Kreisstellen (der Stadtbezirke) unter sich und arbeitete nach zentralen Vorgaben am planwirtschaftlichen Berichtswesen. Die SED-Bezirksleitung Berlin hatte den entscheidenden Einfluss, berichtet wurde auch der Bezirksplanungskommission beim Magistrat und weiteren Dienststellen. Eine Zusammenarbeit mit dem Präsidium der Volkspolizei ergab sich seit dem Aufbau des Einwohnerdatenspeichers – EDS. Der Leiter der Bezirksstelle nahm am Anfang des Monats regelmäßig an der Tagung des Magistrats zum Tagesordnungspunkt „Planerfüllung des Monats“ teil.²⁵

Es wurden allerdings zumindest in einzelnen Jahren und in unterschiedlicher Aufmachung statistische Angaben über Ost-Berlin erstellt und in Bänden mit Titeln wie „Statistischer Jahresbericht Gross-Berlin, Demokratischer Sektor“, Statistische Taschenbücher „Berlin in Zahlen“ oder „Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin“ zusammengefasst. Hierfür leisteten durchaus auch andere Verwaltungsstellen im Rahmen des „fachlichen Berichtswesen“ Zuarbeit, insbesondere aus dem Schul- und Gesundheitswesen. Interessant

20 Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (2005), S. 31.

21 Donda, A.: „Rechnungsführung und Statistik als Instrument sozialistischer Leitung und Planung“; Wirtschaftswissenschaft, Heft 10, 1979, S. 1231.

22 Evers, K. Hofmeister-Lemke, K. (1987): „125 Jahre Berliner Statistik – Vom Statistischen Bureau zum Statistischen Informationssystem“, Berliner Statistik Monatsschrift 3/87, S. 48.

23 zitiert nach Strohe, H. (1997): „Zwischen Parteilichkeit und Wissenschaft. Zur Statistikausbildung von Wirtschaftswissenschaftlern in der DDR.“ Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 216/3, S. 259.

24 ebd.

25 Trettin, R. (1990/91): „Arbeitsnotizen über die Tätigkeit der Bezirksstelle Berlin der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in den Jahren von 1948/49 bis 1990“. Unveröffentlichtes handschriftliches Manuskript.

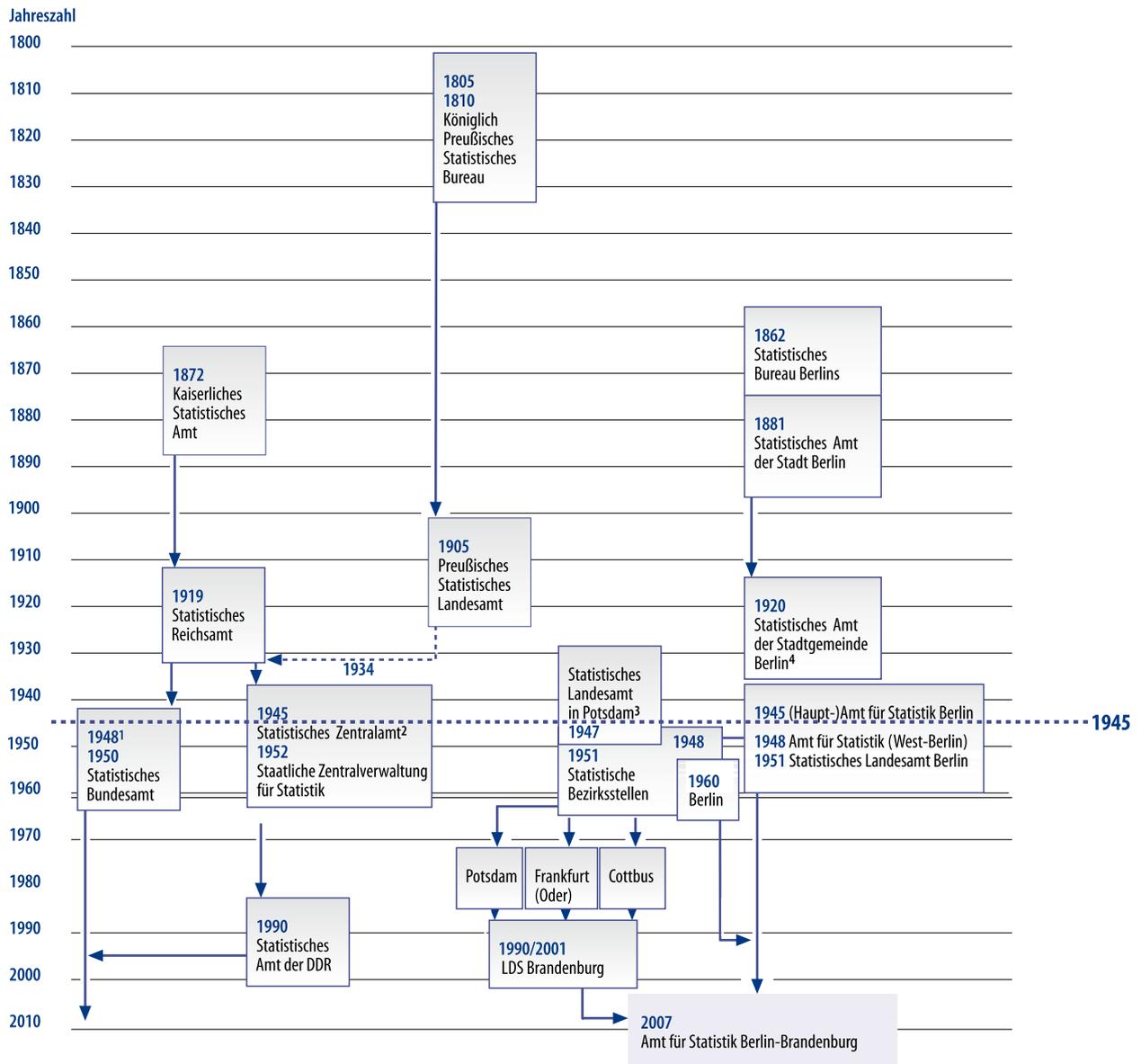
sind die Jahrbücher 1961 bis 1963: Schrittweise wird versucht, zunächst zusätzlich zur traditionellen Jahrbuchgliederung, die politischen Machtverhältnisse und die sozialistische Produktionsweise darzustellen, bis die Ausgabe 1963 umfassend auf eine „den Interessen der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern“ entsprechende klassenmäßige Gliederung umgestellt ist, in der der Aufbau der Sozialistischen Produktionsweise leitendes Kernthema ist und die Bevölkerungsstatistik in den Hintergrund tritt. Dann aber bricht die Veröffentlichung über Jahre hinweg völlig ein und wird erst in den 1970er Jahren zunächst als vervielfältigte Manuskripte schrittweise wieder aufgenommen. Auch soweit diese nicht gleich den Aufdruck „Nur für den Dienstgebrauch“ trugen, waren sie nicht allgemein öffentlich zugänglich.

An eine statistische Darstellung Gesamtberlins war unter den gegebenen politischen Bedingungen nicht zu denken, die beiden Teile der Stadt entwickelten sich faktisch auseinander:

„Wie groß dieser Abstand bereits 1960 war, verdeutlicht die Statistik, die getrennt in West-Berlin (Statistisches Jahrbuch Berlin 1961, hrsg. vom Statistischem Landesamt Berlin) und in Ost-Berlin (Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der DDR Berlin 1961, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Groß-Berlin) veröffentlicht wurde. Die Jahrbücher sind nur noch auf ihre jeweilige Stadthälfte fixiert und vermitteln nur in wenigen Fällen Gesamt-Berlin betreffende Daten. Die Ost-Berliner Statistik erklärt dazu im Vorwort ihr Ziel, dem Benutzer ein umfassendes Bild von der Aufwärtsentwicklung

1961

Organisationsgeschichte der amtlichen Statistik in Berlin und Brandenburg



1 Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 2 Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der SBZ
 3 Land Brandenburg 4 Groß-Berlin

der Hauptstadt Berlin bis Ende 1960' zu vermitteln. Angaben über ‚Gesellschaftliche Organisationen‘, ‚Sozialistischen Wettbewerb‘, ‚Jugendweihe‘ usw. sollen dies belegen, aber auch Daten zur Lebenssituation (Konsumtion, Einkommen, Preise). Ost-West-Vergleiche sind jedoch in vielen Bereichen erschwert oder unmöglich.“²⁶

Das Statistische Landesamt Berlin im Westteil der Stadt

Im Westen Berlins stand nach der Teilung Deutschlands der möglichst enge Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland unter Beachtung der besonderen völkerrechtlichen Lage Berlins nach dem Besatzungsstatut auf der Tagesordnung. Das Besatzungsstatut bezeichnet das 1949 von den drei Westalliierten einseitig erlassene Besatzungsrecht, das nach Verkündung des Grundgesetzes die legislative, exekutive und rechtsprechende Gewalt dem Bund und den Ländern zuwies, jedoch (anfangs umfangreichere) Hoheitsrechte den drei Besatzungsmächten vorbehielt. Mit Inkrafttreten des Deutschlandvertrages und der Pariser Verträge 1955 wurde es aufgehoben, aber für Berlin galten die alliierten Besatzungsrechte fort, die in der „Erklärung über Berlin“ niedergelegt wurden. Berlin (West) wurde insofern eine völkerrechtlich besondere Einheit, die von der Bundesrepublik, von seinen demokratischen Institutionen und von seinen Einwohnern als Land der Bundesrepublik Deutschland verstanden wurde. In diesem neuen Bundesland eigener Art fiel nach Art der Stadtstaaten Bremen und Hamburg kommunale und Landesverwaltung zusammen. Diese verfassungsmäßigen Grundsätze bestimmen dann auch die weitere Geschichte des Verwaltungsaufbaus der amtlichen Statistik in Berlin (West).

Im Jahr 1949 hat das Statistische Bundesamt eine Zweigstelle in Berlin (West) errichtet um damit die Verbindungen von Berlin (West) zum Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik zu bekräftigen. Ein wichtiger Zweck war wohl auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in dem wirtschaftlich isolierten Berlin (West).

Das Hauptamt für Statistik und Wahlen im Westteil wurde bei der Neugliederung der Verwaltung zum 1. April 1951 **Statistisches Landesamt Berlin**; die Bearbeitung des Wahlwesens und der Einwohnererfassung ging auf die Senatsverwaltung für Inneres über. Mit dem Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom Januar 1952 war Berlin ab Juni 1952 verpflichtet, alle Bundesstatistiken durchzuführen. Eine neue Ordnung der Statistik im Land Berlin (Statistische Ordnung) trat am 23. Februar 1953 in Kraft. Das Abgeordnetenhaus übernahm am 16. Oktober 1953 das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Stat-Ges) vom 3. September 1953; es trat rückwirkend zum 25. September 1953 in Kraft. Damit waren im Westteil der Stadt die rechtlichen Grundlagen für eine unabhängige, nach wissenschaftlichen Kriterien arbeitende amtliche Statistik geschaffen, die die Öffentlichkeit und die demokratischen Institutionen mit objektiven Informationen über Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt.

Das Statistische Landesamt trat somit die Nachfolge des Amtes der Stadt Berlin an. Diese Kontinuität kam auch darin zum Ausdruck, dass der 1945 eingesetzte Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. Kurt Treitschke, auch der erste Direktor des Landesamts wurde. Da die verfassungsrechtliche Struktur Berlins eine Einheitsgemeinde vorsieht, Kommunal- und Landesaufgaben also nicht getrennt sind, fielen auch im Statistischen Landesamt Kommunal- und Landesstatistiken zusammen.

Das Landesamt bestand als nachgeordnete Behörde des Senators für Inneres 55 Jahre von 1951 bis 2006. Seine Direktoren waren:

| | |
|-------------|--------------------------------|
| 1951 – 1954 | Dr. Kurt Treitschke, |
| 1954 – 1956 | Prof. Dr. Friedrich Kürbs, |
| 1957 – 1969 | Dipl. Math. Karl Heinz Katsch, |
| 1969 – 1980 | Prof. Dr. Günter Hanisch, |
| 1980 – 2000 | Prof. Günter Appel, |
| 2001 – 2005 | Prof. Dr. Eckhart Elsner, |
| 2005 – 2006 | Prof. Dr. Ulrike Rockmann. |

Die 1950er Jahre waren im West-Berliner Amt mit dem Aufbau der einzelnen Bundesstatistiken ausgefüllt.

Das Statistische Landesamt Berlin übernahm im Frühjahr 1954 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Berlin (West). Die Eigenberechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die für Berlin (West) als einzigem Bundesland in einer eigenständigen Form vollständig erstellt wurde, erlangte eine wichtige Stellung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, die im Verbund der Statistischen Landesämter in Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt und der der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland erstellt wird.

Ab den 1960er Jahren wurde die Entwicklung der amtlichen Statistik vor allem durch den zunehmenden Einsatz der Rechentechnik geprägt. Schnellere Bearbeitung, Prüfung von Bereitstellung der Ergebnisse, aber auch die Ausgabe statistischer Daten in einer auf spezielle Anforderungen zugeschnittenen Kombination, die anschauliche Darstellung statistischer Ergebnisse und die Anwendung sonst wegen hohen Rechenaufwandes kaum zu nutzender mathematisch-statistischer Methoden zur Analyse und Interpretation der Daten waren damit möglich geworden.

Des 100-jährigen Jubiläums der amtlichen Statistik Berlins 1962 wurde im Westen der Stadt gedacht. In der Festansprache des damaligen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Statistischen Gesellschaft Dr. Gerhard Fürst hieß es:

„Jubiläumsfeiern eines Amtes sind Kundgebungen der Tradition und des Stolzes auf die Vergangenheit. Diese Tradition liegt bei Ihrem Amt auf dem Gebiet der Städtestatistik, denn von den 100 Jahren, die wir heute überblicken, waren Sie lange Jahrzehnte ausschließlich ein Städtisches Amt. (...) Nach dem zweiten Weltkrieg sind Sie gegen Ihren Wunsch und Willen als Stadt von der Umgebung isoliert und 1950 zum Statistischen Landesamt eines Bundeslandes geworden. Schon wenn man dieses Wort „Berlin als Bundesland“ nur ausspricht, befindet man sich mitten in der politischen Tragik und Unsicherheit unserer Zeit. Dem Grundgesetz nach sind Sie ein Bundesland

1949

1951

1953

1962

²⁶ Schwenk, H.: „...der Abstand scheint größer zu werden. Berlin 1960 im Spiegel der Statistik“;

<http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt01/0103proi.htm>.

wie jedes andere, aber gewisse Rechte und Pflichten sind noch immer außer Kraft gesetzt, und jedes Gesetz über Statistik bedarf noch einer besonderen Berlinklause, damit es in Berlin Geltung bekommt. Diese politischen Schwierigkeiten werden auch im Statistischen Jahrbuch sichtbar. (...) Wir alle hoffen, daß die Zeiten, in denen wir Tabellen für das Bundesgebiet einschließlich Berlin und ohne Berlin geben müssen, möglichst bald vorbei sein mögen.“²⁷

Die Einbeziehung des Amtes in den Verbund der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik für damals rund 90 laufende Statistiken für Bundeszwecke änderte nichts an den weiter bestehenden kommunalstatistische Arbeiten. Viele dieser Statistiken wurden vielmehr genutzt, um das kommunalstatistische Datenangebot zu erweitern. Hierzu gehörte insbesondere die laufende Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl für die Berliner Bezirke aus dem Material der Bundesstatistik der Bevölkerungsfortschreibung und die Aufbereitung von Wirtschaftsstatistiken für die Berliner Bezirke. Bereits 1960 wurde für kleinräumige statistische Auswertungen die Fläche von Berlin (West) in nahezu 100 Statistische Gebiete eingeteilt. Bei ihrer Bildung wurden unter Berücksichtigung des amtlichen Baunutzungsplans möglichst weitgehend Arbeitsgebiete (Industrieräume, Geschäftszentren) von Wohngebieten getrennt. Diese Neugliederung wurde in Form eines Stadtplans veröffentlicht.

Daneben wurden die rein kommunalstatistischen Aufgaben fortgeführt, wie die Statistik der schulärztlichen und schulzahnärztlichen Untersuchungen, sowie die Statistik der Religionsgemeinschaften, die Sportvereins-, Theater- und eine Reihe weiterer Kulturstatistiken und neue Aufgaben übernommen wie später die Auswertung des Einwohnerregisters und des Kfz-Registers.

„Selbstverständlich hatten sich mit der Wandlung vom städtestatistischen Amt zum Statistischen Landesamt der Zweck der Berliner Statistik sowie Art und Umfang ihrer Arbeiten geändert. Früher bestimmten im wesentlichen die Bedürfnisse der Stadtverwaltung die Arbeiten des Amtes, doch war der Initiative und Weitsicht der leitenden Statistiker trotz des auch damals bestehenden Zwanges, mit den für statistische Zwecke bereitgestellten Mitteln hauszuhalten, ein Spielraum gelassen, der es nach Genehmigung durch die zuständigen Gremien erlaubte, teilweise recht umfangreiche Untersuchungen besonderer Art durchzuführen. Hier sei nur an die zahlreichen ‚zusätzlichen‘ bevölkerungstatistischen Arbeiten unter Böckh erinnert, die ganz zweifellos auf seinen eigenen Forscherdrang zurückzuführen waren. Die Tatsache, daß das Amt früher einen großen Einfluß darauf ausübte, welche Arbeiten in Angriff genommen und wie sie durchgeführt werden sollten, erklärt sich daraus, daß es in dieser Zeit bei der Berliner Städtestatistik um die Frage ging, welche Zahlen der Verwaltung und anderen Konsumenten zu liefern seien, um auf den verschiedensten Gebieten neue Erkenntnisse zu gewinnen und namentlich um die Durchführung besonders dringlicher Vorhaben der Berliner Verwaltung zu fördern. Die Bundesstatistik muß dagegen nach einer Standardisierung ihres Programms trachten, weil die Wünsche der verschiedenen Konsumenten der amtlichen Statistik mit den zur

Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sowie der personellen und technischen Kapazität der statistischen Länder in Einklang gebracht werden müssen. So kommt es, daß die heute in Berlin geführte Statistik gegenüber früher zwar vertieft und erweitert ist, daß sie aber unbeweglicher erscheint. (...) Bei dem Gewicht der umfangreichen Bundesstatistik müssen die landes- und kommunalstatistischen Vorhaben in den Hintergrund treten, trotzdem ist die Zahl der außerhalb der Bundesstatistiken vom Berliner Amt zu leistenden statistischen Aufgaben noch erheblich. Auch die Sonderuntersuchungen und die im Wege der Amtshilfe für andere Verwaltungsstellen durchzuführenden Arbeiten sind beträchtlich.“²⁸

In der Monatsschrift „Berliner Statistik“ wurden laufend wichtige Ergebnisse der amtlichen Statistik in Aufsätzen dargestellt. Sie erschien fortlaufend von Januar 1947 bis Dezember 2006, als sie in die „Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg“ aufging.

Auch die traditionellen Kontakte zur Wissenschaft wurden wieder aufgenommen. Die Beziehungen zwischen dem Statistischen Amt Berlins und der Universität waren schon frühzeitig recht eng. Von 1881 bis 1920 hat gewissermaßen eine Personalunion zwischen dem Amt und der Vertretung der Statistik an der Universität insofern bestanden, als der damalige Leiter Professor Dr. Richard Böckh an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität Vorlesungen über die allgemeine Theoretische Statistik und über angewandte Statistik gehalten hat. Ab Sommersemester 1960 wurden Lehrveranstaltungen von den Direktoren und Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes Berlin an der Freien Universität (FU) und später auch an der Technischen Universität (TU) durchgeführt. Zu dem für Volkswirte obligatorischen Vorexamen in Statistik an der FU wurden Beisitzer aus der statistischen Praxis herangezogen.

In den 1970er Jahren wurde ein IT-Instrumentarium für Datenhaltung, Auswertung und Darstellung aufgebaut, das der amtlichen Statistik eine neue Dimension erschloss. 1970 hatte der Berliner Senat in einem Bericht über längerfristige Planungen und über moderne Planung der Stadtentwicklung seine Absicht erklärt, auch in Berlin (West) die für den Planungs- und Entscheidungsbereich notwendigen Informationen verstärkt mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung zu Verfügung zu stellen. Eine Projektgruppe Datenbank des Statistischen Landesamtes und des Landesamtes für elektronische Datenverarbeitung erstellte ein Konzept für den Aufbau einer Struktur- und Planungsdatenbank²⁹. 1974 erhielt das Statistische Landesamt Berlin durch Senatsbeschluss den Auftrag zur Verbesserung der Information von Wirtschaft, Wissenschaft, Parlament, Öffentlichkeit und Verwaltung mit modernen Datenverarbeitungs- und Übertragungstechniken unter Beachtung des Datenschutzes ein Instrumentarium aufzubauen, mit

1974

²⁷ „100-Jahr-Feier des Statistischen Landesamtes Berlin“; Berliner Statistik 1/1962, S. 32.

²⁸ Statistisches Landesamt Berlin (1962): „100 Jahre Berliner Statistik. Festschrift“ S. 150 f.

²⁹ Appel, G.: „Errichtung einer Struktur- und Planungsdatenbank für Berlin (West)“, Berliner Statistik Monatsschrift 3/74, S. 50–55.

dessen Hilfe Planung, Analyse und Kontrolle erleichtert werden sollte. Hierfür wurden ein modulares Statistisches Informationssystem und eine Struktur- und Planungsdatenbank aufgebaut, wobei erstmals automatisierte IT-Verfahren für Zeitreihentabellierung und Prognoserechnungen entwickelt wurden und erste automatisierte Grafikdarstellungen über einen Plotter erfolgten. Hierdurch erhielt insbesondere die Kommunalstatistik eine völlig neue IT-Grundlage.

1976 Ende 1976 beauftragte die Senatsdirektorenkonferenz die Planungskommission mit der Regionalisierung einer Bevölkerungsprojektion, die auf der Basis eines Gutachtens des DIW vom Senat zur Planungsgrundlage erklärt war. Hierfür wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe aus Vertretern der Senatoren für Inneres, Bau- und Wohnungswesen und Wirtschaft sowie des Statistischen Landesamtes bei der Planungsleitstelle der Senatskanzlei gebildet. Während die Vertreter der einzelnen Ressorts die Vorgaben und die zu berücksichtigenden Randbedingungen erarbeiteten, übernahm das Statistische Landesamt die Aufbereitung der Datenbasis, die Verfahrensentwicklung und die technische Durchführung der Berechnungen sowie die Ergebnisdarstellung.³⁰

In enger Zusammenarbeit mit den bezirklichen Planungsbeauftragten wurde eine regionalisierte Bevölkerungsprognose für die Berliner Bezirke errechnet, die auf der Zeitreihenanalyse von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen sowie auf prognostizierten Fortzugs- und Zuzugsanteilen der Bezirke beruhte.

Ein räumliches Bezugssystem für die Kommunalstatistik wurde erstmals aus der Volkszählung 1950 entwickelt, als für jeden Bürger anhand seiner Anschrift über ein Verzeichnis neben dem Bezirks- und dem Ortsteilschlüssel auch die dazugehörigen Blocknummern festgestellt, signiert und abgelocht wurden. Aber erst mit der Gebäude und Wohnungszählung (GWZ) 1968 wurde das Verzeichnis der Adressen als sogenannte Straßendatei auf Datenträger geführt, womit die Zuordnungen dann maschinell erfolgen konnten. Ein fortlaufender Änderungsdienst an der Straßendatei wurde ab 1971/72 eingeführt.³¹ Das Verfahren wurde im Landesamt für elektronische Datenverarbeitung mit allen betroffenen Verwaltungen zusammen erarbeitet, also neben dem Statistischen Landesamt, der Senator für Bau- und Wohnungswesen, der Senator für Finanzen, die Oberfinanzdirektion, der Senator für Schulwesen, die Wasserwerke, die Entwässerungswerke, die Stadtreinigung, die Feuerwehr, das Fernmeldeamt 3, Gasag und Bewag, die Kriminalpolizei und das Kommando Schutzpolizei. Die Straßendatei als Kern des Regionalen Bezugssystems³² wurde im Statistischen Landesamt zentral für alle Verwaltungen geführt und wurde außer für statistische Zwecke vor allem verwendet vom Einwohnermeldewesen für die Zuordnung zu Bezirken

beim Lohnsteuerkartendruck und für die Zuordnung der Wahlberechtigten zu Wahlkreisen und Stimmbezirken sowie beim Druck der Wählerlisten und Wahlbenachrichtigungskarten, von den Bezirksämtern zur Einteilung der Wahlkreise und Stimmbezirke, zum Senator für Schulwesen zur Einteilung der Einschulungsbereiche, vom Senator für Bau- und Wohnungswesen für stadtplanerische und verkehrsplanerische Zwecke und für vieles mehr.

Die computergestützte Kartierung von Daten auf Basis topographischer Bezugsräume konnte ab 1976 zum jeweils aktuellen Stand unter Einsatz des Programms SYMAP auf Siemens- und IBM Rechenanlagen durchgeführt werden³³.

Die 1980er Jahre waren vom Ausbau des IT-Instrumentariums, der Entwicklung eines modernen Datenbank- und Metadatensystems und vor allem den mehrfachen Ansätzen zur Volkszählung und der damit schließlich zusammenhängenden Einführung der PC-Technik geprägt.

Die Wende: Einführung der Bundesstatistiken – Übergangszeit

Aufgrund der politischen Veränderungen in der DDR wurden, 1989 beginnend, der Kontakt und die Zusammenarbeit der amtlichen Statistik in Ost und West ausgebaut. Infolgedessen wurde im März 1990 die Arbeitsgruppe „Deutsche Statistik“ im Statistischen Bundesamt gegründet. Ziel dieser Gruppe war es, die DDR bei der Einführung eines Statistik-Systems zu unterstützen, das den Anforderungen einer sozialen Marktwirtschaft gerecht werden sollte. Im selben Monat erfolgte die Umbenennung der SZS in Statistisches Amt der DDR mit direkt unterstellten Statistischen Bezirks- und Kreisämtern.

Am 20. Juli 1990 wurde das erste und einzige „Gesetz über die amtliche Statistik der DDR“ (Statistikgesetz der DDR – StatG) beschlossen. Dieses Gesetz definierte die amtliche Statistik für die Zwecke der Republik, die Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren hat. Zudem wurden Rechtsvorschriften für die Vorbereitung und Durchführung von amtlichen Statistiken sowie Vorschriften für Geheimhaltung und Datenschutz festgelegt. Das Gesetz legte fest, dass das Statistische Amt der DDR eine Oberbehörde mit Verwaltungsunterbau in den Ländern und den Kreisen war. Laut Statistikgesetz der DDR musste die Anpassung der amtlichen Statistik an die Bundesstatistik der BRD und an die geltenden EU-Statistiken erfolgen. Die Anpassung beinhaltete auch die Vergleichbarmachung und Rückrechnung aller wichtigen statistischen Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR.

Besondere Bedeutung hatte die Umstellung beziehungsweise der Neuaufbau der Wirtschaftsstatistiken, da das zentralistische Wirtschaftssystem der DDR auf anderen Statistiken, Erhebungen sowie

1989

1990

30 Stark, U.; Wolpert, E.; Köpke, H.: „Abstimmungsprozess und Ergebnisse einer regionalstatistischen Bevölkerungsprognose für Berlin (West) 1977/78“; Berliner Statistik Monatsschrift 10/78, S. 206–221.

31 Tuchscherer, C.: „Zur regionalen Differenzierung statistischer Daten und ihrer tabellarischen Darstellung“; Berliner Statistik Monatsschrift 6/76, S. 146–151.

32 Evers, K.: „Das Regionale Bezugssystem (RBS) als Instrument zur Bereitstellung von Planungsinformationen und als Dienstleistung für die Berliner Verwaltung“; Berliner Statistik Monatsschrift 9/80, S. 188–199.

33 Klein, W.: „Möglichkeiten kartographischer Darstellung regionalstatistischer Daten mit Hilfe der EDV“; Berliner Statistik Monatsschrift 10/76, S. 246–266.

Methoden basierte als eine Marktwirtschaft. Für die Bevölkerungsstatistik gab es hingegen bereits frühzeitig übereinstimmende Eckzahlen. Bevölkerungsstand sowie Gliederung konnten unmittelbar mit den bundesdeutschen Ergebnissen verglichen und zusammengefasst werden.

Im Oktober 1990 wurde auf Grundlage des Einigungsvertrages vom 28. September 1990 das Gemeinsame Statistische Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (kurz: GeStAL) gebildet. Dieses Amt bestand, bis die funktionsfähigen Statistischen Landesämter errichtet waren. Trotz der weitgehend identischen Konstellation des Ersatzes der DDR-Statistiken durch die Bundesstatistiken war Berlin aufgrund seiner besonderen völker- und staatsrechtlichen Lage nicht am GeStAL beteiligt.

Mit der am 3. Oktober 1990 hergestellten staatlichen Einheit Deutschlands wurde die letzte Etappe der DDR-Statistik beendet. Das System von Rechnungswesen und Statistik der DDR wurde außer Kraft gesetzt. Der Einigungsvertrag enthielt zudem Anweisungen zur Durchführung bestimmter zusätzlicher Statistiken in den neuen Bundesländern, um den wirtschaftlichen Ist-Zustand besser beurteilen und das Beitrittsgebiet als solches weiter statistisch darstellen zu können, insbesondere auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im Zuge der Vereinigung wurden neben dem vereinten Berlin am 14. Oktober 1990 auf Grundlage des „Ländereinführungsgesetzes“ die bekannten fünf Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gebildet. Das Statistische Amt der DDR wurde aufgelöst und viele der Mitarbeiter in das Statistische Bundesamt eingegliedert. Ab Januar 1991 wurden alle Statistiken in der ehemaligen DDR vollständig als Bundesstatistiken durchgeführt. Insgesamt war eine weitgehende Vergleichbarkeit der statistischen Daten von Ost und West erreicht worden.

Im Mai 1990 wurde die Bezirksstelle Berlin (Ost) umbenannt in **Statistisches Amt der Stadt Berlin** (der traditionelle Name für die Berliner Kommunalstatistik). Die Kreisstellen in den Stadtbezirken im Ostteil wurden geschlossen, die Mitarbeiter überwiegend übernommen. Nach dem Einigungsvertrag ist das **Statistische Landesamt Berlin** zum 3. Oktober 1990 für die Durchführung der amtlichen Statistik in der ganzen Stadt Berlin zuständig geworden, ebenso nach der Herstellung der Gesamtgemeinde Berlin für die Durchführung der Berliner Kommunalstatistik. Das nur wenige Monate alte Statistische Amt der Stadt Berlin (Ost) wurde als Zweigstelle Alexanderplatz in das Statistische Landesamt integriert, 114 Mitarbeiter wurden dabei übernommen. Gleichzeitig wurden die Bundesstatistiken auch für den Ostteil der Stadt eingeführt, sowie die zusätzlichen Erhebungen für das Beitrittsgebiet.

Das Statistische Landesamt Berlin residierte ab 1950 in Schöneberg in der Salzburger Straße 21 bis 25 (Nordsternhaus) und ab 1967 am Fehrbelliner Platz 1 in Wilmersdorf. Die Ost-Berliner Mitarbeiter hatten somit vorübergehend ihren Arbeitsplatz in West-Berlin, bis 1995 alle zusammen in das Bildungs- und Verwaltungszentrum, Alt-Friedrichsfelde 60, nach Lichtenberg in den Osten Berlins umzogen.

Die Gründung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der amtlichen Statistik begann bereits im Vorfeld der Volksabstimmung vom 5. Mai 1996 über den Zusammenschluss der Länder Berlin und Brandenburg. Es gab rege Kontakte zwischen den Statistikern beider Länder. Schließlich ging es ja darum, Überlegungen anzustellen, wie die statistischen Einrichtungen beider Länder nach einer erfolgreichen Volksabstimmung zusammengeführt werden könnten – wozu es dann aufgrund des negativen Volksabstimmungsergebnisses bekanntlich nicht gekommen ist.

Damit im Zusammenhang begann 1995 die Herausgabe von Gemeinschaftsveröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg und des Statistischen Landesamtes Berlin, welche den Gesamtraum Berlin und Brandenburg betrachteten.

Neue Dynamik erhielt die Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen erst mit den Planungen der Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, beide statistische Einrichtungen zu einem gemeinsamen Amt zusammenzulegen. Bei der organisatorischen Struktur der gemeinsamen Einrichtung haben die Landesgesetzgeber neue Wege beschritten. Das Statistische Landesamt Berlin war eine nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Inneres, der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg war als Eigenbetrieb des Landes organisiert. Nunmehr wurde aus dem Statistikteil des Brandenburger Landesbetriebes und dem Statistischen Landesamt Berlin eine selbständige Anstalt öffentlichen Rechts gegründet. Für die Wahl dieser Rechtsform sprach eine Reihe von Gründen, die mit der erforderlichen Neutralität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit der Statistik zusammenhängen. Vorüberlegungen in diese Richtung finden sich schon in einem Gutachten der Bundesregierung von 1988, in dem Prof. Dr. Gerhard Seegmüller ausführt:

„Das Wesentliche an der amtlichen Statistik ist ihre jeweilige wissenschaftliche Erkenntnisleistung und nicht der erfolgreiche Abschluss des zugehörigen, Zubringerdienste leistenden Verwaltungsvollzuges. Im Übrigen wird Verwaltung vom Bürger eher misstrauisch betrachtet als überzeugend dargelegte wissenschaftlich belegte Erkenntnis. Daher muss sich die amtliche Statistik in erster Linie als vertrauenswürdige, aktive wissenschaftliche Führungsinstitution präsentieren, die in statistischer Theorie und auch der Verfahrenspraxis voll akzeptiert auf der Höhe der Zeit steht. Ein Statistisches Amt muss als unabhängige, offene Informationszentrale in der Gesellschaft anerkannt sein. (...) Das Bundesstatistikgesetz spricht in §1 explizit den wissenschaftlichen Charakter der amtlichen statistischen Tätigkeit an. Auch daraus lässt sich die praktische Unmöglichkeit ableiten, diese Tätigkeit mit dem üblichen Verwaltungsvollzug inhaltlich und organisatorisch zu vermengen. (...) Die Akzeptanz der amtlichen Statistik bei der Bevölkerung ist um so eher möglich, je größer die Autonomie des Statistischen Landesamtes gegenüber der allgemeinen staatlichen Verwaltung ist. Ihre Unabhängigkeit sollte mindestens den Grad haben, wie

1996

sie Rechnungshöfe für sich beanspruchen. Diese andere Organisationsform muss aktiv vertreten werden. Notfalls ist eine Korrektur überkommener Strukturen erforderlich. Eine deutlich abgehobene Neupositionierung der amtlichen Statistik ist der Sache dienlich, jede sich dazu bietende Chance sollte im Interesse eines wohlverstandenen Fortschritts wahrgenommen werden.“³⁴

Beginnend im Jahr 2005 bereiteten verschiedene Arbeits- und Projektgruppen und ab 2006 ein Aufbaustab die Gründung dieses neuen Amtes vor. Der Staatsvertrag wurde von beiden Ländern am 13. Dezember 2005 unterzeichnet und die Gründung des Amtes als Anstalt öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2007 festgelegt. Zum Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) wurde Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann berufen.

2007

Mit der Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs auf zwei Länder, einem Stadtstaat und einem Flächenland, wurden nach Staatsvertrag gleichwohl auch alle bisherigen Aufgaben der neuen Anstalt öffentlichen Rechts übertragen, das heißt auch die kommunalstatistischen Aufgaben für Berlin. Das machte es erforderlich, fortan die kommunalstatistischen Aufgaben in einem eigenen Referat zu konzentrieren und über die Aufgabendurchführung eine Servicevereinbarung mit der Senatsverwaltung für Inneres abzuschließen, die in Berlin die Zuständigkeit für diese bezirksübergreifenden Aufgaben hat.

Eine wesentliche Erweiterung und Neuaustrichtung der kommunalstatistischen Aufgaben für Berlin brachte die 2008 vom Berliner Senat beschlossene Rahmenstrategie zur Sozialraumorientierung. Hier wurden dem AfS Berlin-Brandenburg der Aufbau und die Durchführung des fachlich abgestimmten Datenpools übertragen. Dazu wird im Berliner Landesnetz der Datenbestand für alle sozialraumorientierten Planungen der Bezirke und des Landes Berlin bereitgestellt. Die Einteilung des Stadtgebietes in Statistische Gebiete wurde durch die umfassende Gliederung der Lebensweltlichen Planungsräume (LOR) abgelöst.

2008

In den vergangenen fünf Jahren wurden die Durchführung der amtlichen Statistik für Berlin und Brandenburg sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse vereinheitlicht. Unterschiede gibt es weitestgehend nur dort, wo die Länderstatistiken für Berlin und Brandenburg voneinander abweichen bzw. dort, wo die Datenlage oder die unterschiedlichen Erfordernisse eines Stadtstaates und eines Flächenlandes anderes verlangen.

Die letzten Jahre waren durch den zunehmenden Einsatz des Internets zur Verbreitung statistischer Daten, die Nutzung von Verwaltungsdaten für die Gewinnung statistischer Ergebnisse anstelle der Direktbefragung und die Bereitstellung anonymisierter Daten für die Zwecke der Wissenschaft geprägt.

Hierfür haben die Statistischen Landesämter 2002 ein gemeinsames Forschungsdatenzentrum gegründet. Dieses eröffnet der Wissenschaft neue Zugangsmöglichkeiten zu anonymisierten und nicht anonymisierten Mikrodaten.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg knüpft an eine frühe Tradition der Berliner Kommunalstatistik an, indem es wieder verstärkt Berichte zu wesentlichen Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Berlins herausgibt. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungen erscheinen regelmäßige Berichte zur Bildung in Berlin und Brandenburg, zu Gleichstellung von Frauen und Männern (Genderbericht), zur Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, zu Armut und Sozialer Lage (Sozialbericht) sowie zu Nachhaltigkeitsindikatoren und Umweltgerechtigkeit (in Vorbereitung).

Spätestens seit dem Jahr 2008 ist das Internet das Hauptverbreitungsmedium für die Statistischen Ergebnisse. Nennenswerte Druckauflagen gibt es nur noch für Veröffentlichungen von besonderer Bedeutung wie die Statistischen Jahrbücher. Um den „Mehrwert“ für den Nutzer statistischer Daten möglichst groß zu halten, werden alle Statistischen Berichte sowohl als pdf- als auch als xls-Datei zum kostenfreien Download bereitgestellt.

Dazu tritt seit Dezember 2011 die Bereitstellung von Statistiken im Statistischen Informationssystem StatIS Berlin-Brandenburg, das es allen Nutzern ermöglicht, sich im Internet statistische Ergebnisse aus einer Datenbank über einen interaktiven Auswahlprozess anzeigen zu lassen und bei Bedarf in gängigen Formaten herunterzuladen. Zu den ersten Angeboten gehört, neben Bundesstatistiken für Berlin und Brandenburg, auch das Einwohnerregister von Berlin, das in allen statistischen Merkmalen auf Basis der automatisch anonymisierten Einzeldatensätze in der tiefen regionalen Gliederung der „Lebensweltliche orientierten Räume (LOR)“ auswertbar ist. Auch Bundesstatistiken, wie der Mikrozensus und die Bevölkerungsstatistiken, werden in kommunalstatistisch nutzbaren räumlichen Gliederungen angeboten. Die Nutzung neuester Datenbank- und Netztechnologien und die entsprechende Ausrichtung der Prozessabläufe im fusionierten Amt ermöglichen es heute, den Auftrag der amtlichen Statistik umfassend umzusetzen: Den ganzen Informationsgehalt von statistischer Erhebungen und Verwaltungsregistern allen Nutzern unbeschränkt und ungefiltert unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung zur Verfügung zu stellen.

2011

Autor: Peter Lohauß

34 Seegmüller, G.: „Die Stellung eines statistischen Landesamtes und seiner Datenverarbeitung in der Öffentlichkeit und innerhalb

der staatlichen Einrichtungen“; Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 8/88, S. 320 f.

Geschichte der Fachprogramme

berliner statistik **150**
jahre

Die Geschichte der Fachprogramme ist in den statistischen Veröffentlichungen des jeweiligen Amtes, in diesem Falle des Berliner, gut nachvollziehbar. Besonders ist dies anhand der Inhalte der Statistischen Jahrbücher erkennbar. In den vergangenen 150 Jahren sind eine hohe Anzahl interessanter Bücher entstanden, eine fast vollständige Sammlung dieser Veröffentlichungen befindet sich in der Bibliothek des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Die amtliche Statistik in Berlin vor der Gründung des städtischen Statistischen Bureaus am 8. Februar 1862

In einer Sekundärquelle¹ ist unter der Überschrift „Kreisstatistischer Dienst vor hundert Jahren“ ein sehr aufschlussreicher Bericht zu den Anfängen einer einheitlichen Gliederung „der statistischen Berichte der Landräte an das Preußische Innenministerium“ enthalten. In diesem Fall allerdings aus der Sicht der in der sowjetischen Besatzungszone aufzubauenden Kreisstatistikstellen.

1832 verfasste demnach der Preußische Innenminister ein „Circular-Reskript“ (amtlicher Bescheid, Erlass, Verfügung) an alle „Königlichen Regierungen“ und „Oberpräsidenten“. Dieser Mustervortrag umfasste 16 Punkte eines jeden Kreises:

- Größe und Bodennutzungsarten,
- Zahl der Städte-, Land- und Pfarrgemeinden und der Kirchengebäude der verschiedenen Religionen,
- Zahl der männlichen und weiblichen Bevölkerung sowie deren Verteilung auf die Städte und das platte Land sowie auf die Quadratmeile,
- Zahl der öffentlichen und privaten Gebäude, letztere unterteilt nach Wohn-, Fabrikgebäude, Mühlen, Ställe und Scheunen,
- Viehstand nach den einzelnen Gattungen,
- Zahl der Gewerke und deren Zustand,
- Militärverhältnisse,
- Betrag der Steuern (Grund-, Klassen- und Gewerbesteuer),
- Gemeinde-Abgaben und Zustand des Kommunalen-Rechnungswesens,
- Zahl der Schulen (höhere elementare und wissenschaftliche Anstalten), Zahl der Kinder und der Lehrer,
- Ausgeführte Kommunal-Bauten und deren Kosten,
- Feuerversicherungswesen,
- Wegebauten und deren Kosten,
- Vorgekommene Verbrechen,
- Zustand der Landwirtschaft und deren Kulturzweige,
- stattgefundenen Gemeinheitsteilungen.

Dieser Erlass zeigte, da er nur empfehlenden Charakter hatte, keine Wirkung.

21 Jahre später, also 1859, wurde er dann angeordnet. Weitere drei Jahre später legte man den zeitlichen Rahmen der Datenlieferungen auf einen Turnus von drei Jahren fest, wobei das letzte Jahr das der letzten amtlichen statistischen Zählung sein sollte. Die Veröffentlichung sollte im Kreisblatt oder vorzugsweise als gesonderter Abdruck erfolgen. Der 12 Druck-Seiten umfassende Erlass enthielt einen Anhang mit nunmehr von ehemals 16 auf 25 erhöhten Hauptpunkten der Gliederung:

- Territorium,
- Physiographische Skizze,
- Klimatische Verhältnisse,
- Bevölkerung,
- Abzüge und Zuzüge der Bevölkerung,
- Eheliche und Geburtenverhältnisse,
- Gesundheits- und Sterblichkeits-Verhältnisse,
- Wohnplätze,
- Gebäude,
- Grundeigentum,
- Ackerbau, Viehzucht und Forstwirtschaft,
- Bergbau und Hüttenwesen, Fabrikindustrie und Handwerk,
- Handel und Verkehr,
- Land- und Wasserstraßen,
- Verhältnisse der arbeitenden Klassen, Abwehr der Verarmung,
- Wohltätigkeit und Armenpflege,
- Polizei- und Gefängniswesen,
- Sanitäts-Anstalten,
- Kirchliche Angelegenheiten,
- Unterrichts-Angelegenheiten,
- Zivil- und Kriminaljustiz,
- Militär-Verhältnisse,
- Staats- und Provinzial-Abgaben,
- Kreis-Verwaltung und Kreis-Haushalt,
- Gemeinde-Verwaltung und Gemeinde-Haushalt.

Die Durchsetzung dieses Erlasses gelang ebenfalls nicht, er ruhte infolge des Krieges 1870/71. Nach dem 1. Weltkrieg gab es in Preußen ein einziges Statistisches Kreisamt – im Kreis Teltow.

Am 16. März 1962, genau 37 Tage nach der Aufnahme der Tätigkeit des Statistischen Bureaus, schlug der erste Leiter, Herrmann Schwabe, dem Magistrat eine 24 Kapitel mit 108 Abschnitten umfassende Systematik vor. Diese lehnte sich eng an die im Jahre 1855 auf

¹ Statistische Praxis 3. Jahrgang, 1948, 10 S.: 157 – zitiert nach Dr. R. Jaeckel, Statistik und Verwaltung, Verlag von Gustaf Fischer, Jena 1913.

dem Internationalen Statistischen Kongress geführten Diskussionen über die Statistik der Großstädte an:

- Stadtgebiet,
- Bevölkerung,
- Gebäude,
- Landwirtschaft und Viehzucht,
- Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei,
- Bergbau und Hüttenwesen,
- Handel und Industrie,
- Verkehr,
- Öffentliche Bauten und Bauwesen,
- Geld- und Kreditinstitute,
- Versicherungswesen,
- Preise und Konsumtion,
- Arbeitende Klasse und Arbeitsverhältnisse,
- Soziale Selbsthilfe,
- Öffentliche Wohltätigkeit und Armenhilfe,
- Gemeindeverfassung und Verwaltungsorganisation,
- Sicherheitspolizei und Gefängniswesen,
- Öffentliche Gesundheit und Gesundheitspflege,
- Kirche und Gottesdienst,
- Schule und Unterricht,
- Künste und Wissenschaften,
- Presse und Literatur,
- Zivil- und Kriminalrechtspflege,
- Finanzen, Steuern, Stadtschulden.

Das erste Statistische Jahrbuch

Statistische Erhebungen für Berlin sind weit zurückliegend nachweisbar (vergleiche hierzu den Beitrag von J. Wilke, Seite 96 ff.). Im Spandauer Stadtarchiv sind beispielsweise folgende Dokumente archiviert²:

- von 1790: Anfertigung und Einreichung der Fabriktabellen,
- von 1802–03: Viehstand- und Produktentabelle,
- von 1849: Aufnahme und Einsendung statistischer Bogen.

Sicher ist, dass das Statistische Landesamt Berlin am 8. Februar 1862 als „Statistisches Bureau“ gegründet wurde. Nicht ganz so sicher ist hingegen, welches das erste Statistische Jahrbuch war. Es gibt zwei Möglichkeiten:

- Berlin und seine Entwicklung. Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik. Berlin 1874 – 7. Jahrgang Berlin und seine Entwicklung,
- Berliner Gemeindekalender und Städtisches Jahrbuch für 1867, Erster Jahrgang; herausgegeben vom statistischen Bureau der Stadt.

Ersteres Werk ist der erste Jahrgang unter diesem Titel, aber auch gleichzeitig der „7. Jahrgang des Werkes Berlin und seine Entwicklung“. Herausgegeben wurde es vom „Director des statistischen Bureaus der Stadt Dr. H. Schwabe“.

Der Berliner Stadt- und Gemeindekalender ging inhaltlich über ein statistisches Jahrbuch hinaus. Neben den „Bestimmungen und Verordnungen, welche

für das gesamte Verkehrsleben der Stadt in geistiger, socialer und geschäftlicher Beziehung von Bedeutung sind, wurden die communalen Eintheilungen und die in der Gemeinde=Verwaltung beschäftigten Personen mitgeteilt“. Außer „einer Statistik und Chronik der Stadt war eine Reihe wissenschaftlicher Abhandlungen, welche gerade in dem betreffenden Jahre für das städtische und Gemeindeleben von Wichtigkeit und besonderem Interesse sind,“ enthalten.

Die Daten wurden nicht selbst erhoben, sondern von den „betreffenden Behörden“ mehr oder weniger freiwillig mitgeteilt. 1867 stand eine „Uebereinkunft“ vor ihrem „Abschluß“.

Als Vorläufer dieser Veröffentlichungen sind bereits vor der Gründung des Statistischen Büros einzuordnen:

- Mitteilungen der statistischen Bureau's in Berlin, Berlin 1852, Fünfter Jahrgang 1852,
- Jahresbericht des Statistischen Amtes im Königlichen Polizei-Präsidio zu Berlin für das Jahr 1853,
- Berliner Statistisches Jahrbuch enthaltend den Bericht des statistischen Amtes im Königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin für das Jahr 1854.

Diese drei Bände liegen in der Bibliothek des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg vor, allerdings ist der Bestand nicht vollständig. Aus den Vorworten beider Statistischen Veröffentlichungen ist ersichtlich, dass zu den „Mitteilungen“ mindestens vier Vorläufer existieren und zum „Jahresbericht“ ein Vorläufer.

Ziel der Statistischen Berichte und damit der gesamten statistischen Arbeit in Berlin war, „eine möglichst vollständige Statistik von Berlin“ vorzulegen³. Dabei wurde bereits auf die Besonderheiten der großen Städte hingewiesen und somit auf städtetatastische Belange der Großstädte – in unserem Falle Berlins.

Politische Veränderungen

In den vergangenen 150 Jahren ergaben sich eine Reihe politischer Umwälzungen, die nur kurz zusammengefasst werden können, um sie dem Leser in Erinnerung zu rufen. Die amtliche Statistik sollte ja immer bemüht sein, die gesellschaftlichen Prozesse objektiv zu beobachten. Sie kann sich einerseits nie ganz diesen Veränderungen entziehen, sollte aber auch durch eine Feinsteuerung der Fachprogramme Brüche in der Erhebungsmethodik weitestgehend vermeiden.

Zeittafel der wichtigsten politischen Veränderungen in Deutschland 1862 bis 2012

| | |
|-----------|--|
| 1862..... | Kaiser Wilhelm I. und Bismarck |
| 1871..... | Deutsches Reich |
| 1888..... | 3-Kaiser-Jahr, Wilhelm I., Friedrich III., Wilhelm II. |
| 1914/19.. | 1. Weltkrieg |
| 1933..... | Machtergreifung der Nationalsozialisten |
| 1939/45.. | 2. Weltkrieg |
| 1948..... | Währungsreform (1949 Teilung Deutschlands) |
| 1961..... | Mauerbau |
| 1990..... | Deutsche Wiedervereinigung |

In der Festschrift zu 100 Jahre Berliner Statistik vom Januar 1962⁴ werden sechs Phasen der Berliner Statistik definiert, die sich zwangsweise auch etwa an den politischen Rahmen – allerdings mit einem gewissen Zeitversatz – anlehnen:

- „1. Die amtliche Statistik in Berlin vor der Gründung des städtischen Statistischen Bureaus am 8. Februar 1862

² Mitteilung per E-Mail von Prof. Dr. Elsner vom 16.2.2012.

³ Berliner Stadt- und Gemeindekalender und Städtisches Jahrbuch 1867, S. IV.

⁴ 100 Jahre Berliner Statistik, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes. Inhaltsverzeichnis

2. Der Aufbau des Statistischen Bureaus (1862 bis 1874)
3. Die klassische Zeit der Berliner Statistik (1875 bis 1920)
4. Das Groß-Berliner Statistische Amt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges (1920 bis 1945)
5. Die Groß-Berliner Statistik vom Kriegsende bis zur Spaltung Berlins (1945 bis 1948)
6. Die West-Berliner Statistik (1948 bis heute [1962])
Folgende Ergänzungen und Fortschreibungen scheinen aus heutiger Sicht angebracht:
6. Die West-Berliner und die Ost-Berliner Statistik (1948 bis 1990)
7. Die wiedervereinigte Berliner Statistik (1990 bis 2007)
8. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007 bis jetzt [2012]).“

Inhaltliche Gliederungen

In den „Mitteilungen der statistischen Bureau's in Berlin, Berlin 1852, Fünfter Jahrgang 1852“ ist folgende Gliederung des „Fachprogrammes“ erkennbar:

- Kleinkinderbewahr=Anstalten, Seite 1–14,
- gezählte Dampfmaschinen, Seite 14–47,
- Fürstentümer Hohenzollern=Hechingen und Hohenzollern=Siegmaringen, Seite 47–65,
- Ländlicher Erwerbsverhältnisse, Seite 65–85,
- ertheilte Jagdscheine, Seite 85–94,
- Privat=Irren=Anstalten, Seite 94–132,
- Marktpreis bei Kartoffeln und Getreide, Seite 132–153,
- Ein= und Auswanderungen, Seite 153–165,
- Vermehrung der Einwohnerzahl Berlins, Seite 165–172,
- Bremischer (Schiff) Handel, Seite 172–212,
- Fabrikationsverhältnisse der amtlich aufgenommenen Gewerbetabelle, Seite 212–270,
- wahrscheinliche Mittelsätze des auskömmlichen Unterhalts einer ländlichen Arbeiterfamilie, Seite 270–323,

- Irren=Heilanstalten, Seite 328–332,
- Geborene, Getraute und Gestorbene, Seite 332–355,
- Kameralistische Literatur, Seite 355–392.

Durch die fortlaufende Schreibweise der Texte mit eingebetteten Tabellen überlappen sich die Seitenzahlen der einzelnen Kapitel – ein Seitenumbruch am Ende eines jeden Kapitels findet nicht statt, es wird fortlaufend geschrieben. Der gesamte statistische Umfang beläuft sich damit auf 392 Seiten. Eine detaillierte Aufteilung ist aus der Abbildung 1 ersichtlich. Die noch sehr groben Strukturen eines zukünftigen Fachprogrammes mit einem Anteil der Bevölkerungsstatistik von 10,6 %, der Wirtschaftszweige Gewerbe, Handel, Landwirtschaft mit fast 41 % und des sozialen Bereiches von beachtlichen 34,6 % sind erkennbar. Eine untergeordnete Rolle spielte das Regionale mit 4,5 % – in diesem Fall nur auf zwei kleine Regionen beschränkt. Es handelt sich aber immerhin um das „Stammland seiner erlauchten Ahnen“ – des Königs Friedrich Wilhelm IV. (Herrschaft von 1840 bis 1861, genannt „Der Romantiker auf dem Thron“)⁵.

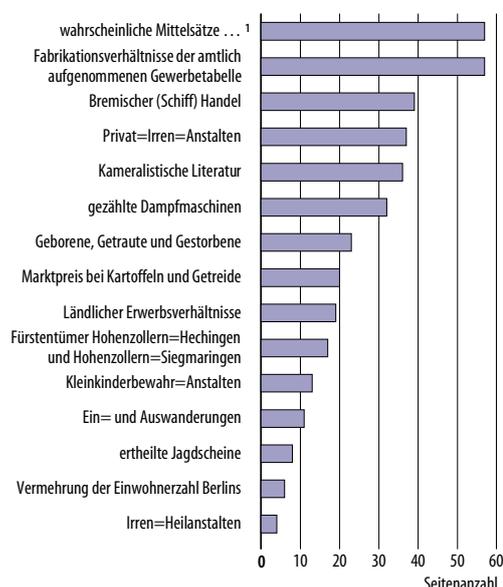
Ein Vorwort der Herausgeber ist nicht vorhanden. Bemerkenswert ist weiterhin, dass in den ersten Statistischen Jahrbücher die Kommentierung überwog und keine Grafiken enthalten waren. Allerdings muss man den kommentierten Tabellen eine gute Struktur beschreiben, wenn auch die Gestaltung nicht immer optimal ist. So passiert es häufig, dass Tabellen durch Seitenumbrüche geteilt werden. Was sicherlich der Kontingierung der Druckbögen und damit dem zu Verfügung stehenden Geld geschuldet war. Sehr häufig sind auch Tabellen in den Text eingebunden, ähnlich den heutigen Texttabellen.

In dem zeitlich folgenden „Jahresbericht des Statistischen Amtes im Königlichen Polizei-Präsidio zu Berlin für das Jahr 1853 und des Berliner Statistisches Jahrbuch enthaltend den Bericht des statistischen Amtes im Königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin für das Jahr 1854“ sind dann kurze Vorbemerkungen der Herausgeber enthalten. Sie verweisen darin auf den Abdruck der Berichte in „O. Hübners Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, Leipzig“. Inhaltlich wird wiederholt auf die bei neuen Projekten üblichen Anlaufschwierigkeiten hingewiesen: „Da es aber weder in unserer Absicht, noch in unserer Macht liegt, jetzt schon eine Gesamtstatistik von Berlin zu geben, (...) so kann ein vollständiges Bild der gegenwärtigen Zustände der Preußischen Hauptstadt nur durch Anschauung und Vergleich der Materialien, welche die einzelnen, einander ergänzenden Jahresberichte bringen, gewonnen werden“.

Ein Novum für die damalige Zeit stellt die Schriftform der beiden Bücher dar. Es ist die auch international verwendete Antiqua – nicht die, damals für deutsche Texte noch übliche Frakturschrift –, in der noch die vorhergehende Veröffentlichung erfolgte. Die Herausgeber waren jetzt Dr. E. H. Müller und Dr. F. C. Schneider, (1853) bzw. Dr. F. C. Schneider (1854), gegenüber Dr. F. W. C. Dieterici (1852).

Das beim Polizei-Präsidium zu Berlin bestehende statistische Amt existierte seit zwei Jahren und hatte

Abb. 1 Mitteilungen der statistischen Bureau's in Berlin, Berlin 1852, Fünfter Jahrgang 1852



1 ... des auskömmlichen Unterhalts einer ländlichen Arbeiterfamilie

⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Hohenzollern>, am 23.1.2012, 12:32 Uhr

entsprechend bereits zwei „Berliner Statistische Jahrbücher“ (1852 und 1853) herausgegeben.

Im Jahre 1854 ist das Profil des Programms schon wesentlich deutlicher ausgeprägt. Auf 274 Seiten werden 26 Kapitel (im 1854er Jahrbuch waren es noch 32) abgehandelt. Im Einzelnen:

- Witterung u. a. Seite 1–6,
- Bevölkerung, Seite 6–40,
- Wohnungen, Seite 40–43,
- Nahrungsmittel, Seite 43–58,
- Schankstätten, Seite 58–59,
- Brennmaterialien, Seite 59–60,
- Städtische Gasbeleuchtung 60–61,
- Post-Verkehr, Seite 61–63,
- Öffentliches Lohn-Fuhrwesen, Seite 63–73,
- Schifffahrt, Seite 73–76,
- Güter-Verkehr der Eisenbahn, Seite 76–93,
- Handel und Gewerbe, Seite 93–108,
- Geld-Institute, Seite 108–121,
- Versicherungs-Anstalten, Seite 121–134,
- Wohltätigkeits-Anstalten, Seite 134–170,
- Kommunal-Armenwesen, Seite 170–180,
- Medicinalwesen, Seite 180–225,
- Unterrichtswesen, Seite 225–229,
- Zeitschriften, Seite 229,
- Militär-Ersatz-Aushebungen, Seite 229–231,
- Steuer-Verhältnisse, Seite 231–249,
- Stadthaushalt, Seite 249–255,
- Polizeiwesen, Seite 255–257,
- Rechtspflege, Seite 257–259,
- Gefängnisse, Seite 259–274,
- Feuersbrünste, Seite 274–281.

Der Aufbau des Statistischen Bureaus (1862 bis 1874)

„Berlin und seine Entwicklung – Gemeinde=Kalender und städtisches Jahrbuch von 1867“

Aus dem Inhaltsverzeichnis ist schon ersichtlich, dass es sich um ein Nachschlagewerk für die gehobenen Bürger der Stadt mit „allem Wissenswerten zur inneren Organisation“ handelte. Auch ein Hinweis auf das verspätete Erscheinen, weil noch eine wichtige Abhandlung über die „Cholera=Epidemie von 1866“ aufgenommen werden sollte, fehlte nicht. Da Berlin nicht genügend Geld hatte, gab es der Direktor auf eigne Kosten und Risiko heraus. Er hatte aber Vereinbarungen mit dem Magistrat zur Abnahme einer Mindestmenge getroffen. Das Inhaltsverzeichnis gliederte sich wie folgt:

- A. Kalendarium, Genealogie Geschäfts= und Auskunfts=Kalender,
- B. Die Gemeindeverwaltung von Berlin,
- C. Abhandlungen
Berliner Chronik 1866
Alphabetisches Namens=Verzeichnis.

Insgesamt enthielt das Werk 304 Seiten. Der Statistische Teil umfasste „nur“ 75 Seiten in 17 Kapiteln und war wie folgt gegliedert:

- Stadtgebiet, Witterungsverhältnisse, Seite 171,
- Grundeigentum, Capitalwerth und Belastung des Grundeigentums, Besitzerwechsel, Seite 172–179,
- Bevölkerung, Seite 179–188,

Abb.2 **Berlin und seine Entwicklung – Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik 1867 bis 1870**



Quelle: Berlin und seine Entwicklung Statistisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik – Fünfter Jahrgang, 1871

- Landwirtschaft und Viehzucht cfr.⁶ Jahrgang III,
- Hüttenproduktion in Mineralien und Metallen, Seite 188–189,
- Die Neubauten, Seite 189–191,
- Handel und Industrie, Seite 191–208,
- Verkehr, Seite 208 –209,
- Versicherungswesen, Seite 209–213,
- Preise und Consumption, Seite 213–216,
- Wohlfahrtspflege und sociale Selbsthilfe, Seite 216–227,
- Armenwesen, Seite 227–235,
- Polizei= und Gefängnißwesen, Seite 235–236,
- Die Schulen und der Unterricht, Seite 236–239,
- Kirchen und Gottesdienst cfr. Jahrgang III,
- Kunst, Literatur und Presse, Seite 239–240,
- Arbeitende Klassen, Seite 240,

Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik 1874

Dieses „Städtische Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik“ ist der 1. Jahrgang und gleichzeitig der 7. Jahrgang „Berlin und seine Entwicklung“.

Im Vorwort bedankte sich der Direktor des Statistischen Bureaus der Stadt, Dr. Hermann Schwabe, folgendermaßen: „Neben den Behörden, Vereinen und Beamten, welche hier mich durch Mittheilungen unterstützten, habe ich dem königl. Stadtgericht, so-

6 cfr. lat.: [man] vergleiche

wie den Berliner Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaften für die interessanten Mitteilungen meinen Dank auszusprechen.“ Hier hat sich sogar der Besitzer verewigt: „Fahrsulke Mitglied des königl. Statistischen Bureaus“.

Der Inhalt war dann auch – wie bei den Vorläufern – dreigeteilt:

- I. Abhandlungen,
- II. Statistik von Berlin,
- III. Berliner Chronik.

In den 73 Seiten der Abhandlungen gab es sechs längere Abhandlungen über:

- Die Krisis der Berliner Weberei – 13 Seiten,
- Die Bewegung der Arbeitslöhne im Baugewerbe zu Berlin – 14 Seiten,
- Das Nomadenthum der Berliner Bevölkerung – 7 Seiten,
- Volkspychologische Spiegelbilder aus Berliner Annoncen – 15 Seiten,
- Die Colonie Friedenau – 6 Seiten,
- Einblicke in das innere und äußere Leben der Berliner Prostituierten – 13 Seiten.

Alle sechs Beiträge bestanden aus sehr unterschiedlichen Textumfängen, die mit wenigen bis sehr vielen Tabellen untersetzt waren. Eine Grafik zum „Nomadenthum“ war auch vorhanden – in sieben „Miethwertklassen (von 1 bis über 1000 Thaler) war der Anteil der Umzüge als Maß für das Nomadenthum“ beschrieben.

Aus heutiger Sicht beachtenswert: 1871 wurde eine statistische Erhebung zur Prostitution durchgeführt. Das Statistische Amt entwickelte dazu ein Zählblatt (Erfassungsbogen) mit 25 Fragen und insgesamt 103 Merkmalen. Von den geschätzten 14 000 Prostituierten waren allerdings nur 2249 mit der Polizei in Berührung gekommen und letztlich wurden 2224 Zählblätter erfasst.

Die eigentliche Statistik von Berlin gliederte sich in 15 Punkte auf 69 Seiten. Hier überwogen die Tabellen, die durch umfangreiche Kommentierungen ergänzt wurden:

- Stadtgebiet, Seite 74–75,
- Grundeigentum, Seite 75–79,
- Bevölkerung, Seite 79–86,
- Landwirtschaft und Viehzucht, Seite 86–87,
- Handel und Industrie, Seite 88–95,
- Verkehr, Seite 96–105,
- Versicherungswesen, Seite 101–105,
- Preise und Consumtion, Seite 106–107,
- Wohlfahrtspflege und sociale Selbsthilfe, Seite 107–117,
- Armenwesen, Seite 117–127,
- Rechtspflege, Polizei- und Gefängnißwesen, Seite 127–134,
- Die Schulen und der Unterricht, Seite 134–141,
- Kirchliche Statistik (evangelische Kirche), Seite 141,
- Kunst, Literatur und Presse, Seite 141–145,
- Steuern, Seite 145–150.

Die klassische Zeit der Berliner Statistik (1875 bis 1920)

1875 bis 1878 Richtungsstreit

Zwischen 1875 und 1878 fand offensichtlich infolge des plötzlichen Todes des ersten Direktors Dr. Hermann Schwabe – am 19. Oktober 1874 – eine Auseinandersetzung um die weitere inhaltliche Gestaltung der Statistischen Jahrbücher statt. Im Juni 1875 wurde Dr. Richard Böckh Direktor des „Berliner Statistischen Bureaus.“

Schwabe hatte noch den „ersten Jahrgang des Berliner Jahrbuches für Volkswirtschaft und Statistik“ und gleichzeitig den 7. Jahrgang Berlin und seine Entwicklung im Februar 1874 herausgegeben. Als Herausgeber des 2. bzw. 8. Jahrganges im September 1875 ist Dr. jur. & phil. Huppe genannt, obwohl Dr. Böckh bereits als Direktor fungierte. Dr. Böckh war dann der Herausgeber des 3. Jahrganges im Februar 1877, bei dem auch erstmalig der Hinweis auf „Berlin und seine Entwicklung“ fehlt. Der „Doctor der Staatswissenschaften und der Rechte Siegfried Huppe“ starb am 26. September 1878 im Alter von 33 Jahren. Bis zum Eintritt Dr. Böckhs in das Direktorenamt hatte er die „interimistische Leitung des Bureaus“ inne.

In seinem 1879er Vorwort stellt Dr. Böckh dann die Verdienste des „Magistrats=Assessors Dr. Ernst Bruch“, der im Oktober 1873 die Leitung des Statistischen Bureaus der Stadt Bresslau übernahm und am 10. September 1878 – im Alter von 39 Jahren – verstarb, für die Berliner Statistik heraus.

Die Verluste an wichtigen Personen waren gerade in einer Phase des Entstehens, der Findung und Festigung des Statistischen Bureaus und dessen Veröffentlichungen schwere Schicksalsschläge für den neuen Direktor. Er charakterisierte Dr. Schwabes Vorzug in der Richtung als philosophisch popularisierende Darstellung. Dr. Huppe versuchte dann, den gesamten statistischen Stoff in eine systematische Form zu bringen. „So erwuchs ihm unter der Hand eine zweite Statistik, welche er unter dem Namen der Volkskunde oder Demologie (...) in einer ähnlichen und gleich umfassenden Gliederung dem ersten Theile anschloss“. Damit wurden in zwei Jahrgängen jeweils zwei Statistiken veröffentlicht. Diese Entwicklung wurde von Dr. Böckh nicht weiter betrieben. In einer weiteren Polemik widmete er sich dann der Berliner Bevölkerungsentwicklung, die Dr. Huppe für den 1. Juli 1875 auf eine Million prophezeit hatte. „Nicht auf die Zahl der Einwohner, sondern auf ihre Wohlfahrt kommt es an, die Statistik hat die Fortschritte derselben zu beschreiben und – noch viel wichtiger – auch ihre Rückschritte.“

Insgesamt wechselte das Statistische Jahrbuch vom ersten bis zum zehnten Jahrgang fünf Mal den Titel. Ab der Ausgabe 1878 hieß es fortan bis zum 34. Jahrgang, der 1920 mit den Statistiken der Jahre 1915 bis 1919 sowie Teilen von 1920 herausgegeben wurde, Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Dr. Böckh bemerkte dazu: „(...) so liegt der Grund dieser Aenderung nicht in einer Aenderung des Inhaltes selbst, sondern nur in dem Wunsche des He-

erausgebers, den Titel dieses Jahrbuches mit seinem Inhalt in Uebereinstimmung zu bringen.“⁷:

1. lfd. Nr. (1867) Berliner Gemeindekalender und Städtisches Jahrbuch (1. Jahrgang),
2. lfd. Nr. (1868) Berliner Gemeindekalender und Städtisches Jahrbuch – Berlin und seine Entwicklung (2. Jahrgang),
3. bis 6. lfd. Nr. (1869 bis 1872) – Berlin und seine Entwicklung – Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik (3. bis 6. Jahrgang),
7. bis 9. lfd. Nr. (1874 bis 1877) – Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik – Berlin und seine Entwicklung (1. bis 3. bzw. 7 bis 9. Jahrgang Berlin und seine Entwicklung),
10. lfd. Nr. (1878) – Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin (4. Jahrgang).

Dr. Böckh war von 1875 bis 1902 Direktor des Berliner Statistischen Amtes. Sein Verdienst ist es, dass er den gesamtheitlichen Zusammenhang – die Einheit von „Beobachtungs=Einheiten (Individualitäten) und Beobachtungs=Kreisen (Gesamtheiten)“ – erkannte und für die Berliner Statistik umsetzte und sie entsprechend den laufenden Erkenntnissen weiter entwickelte.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1882

Im Vorwort beschwert sich der Herausgeber Dr. Richard Böckh zuallererst über ungedruckt gebliebene Seiten aus dem vorigen Jahrgang. Das Manuskript sei aus Kostengründen auf „28 Normalbogen (gleich ungefähr 15 Druckbogen)“ begrenzt worden.

Das seit 1875 festgehaltene Programm wurde im Wesentlichen beibehalten, aber um die Volkszählung 1880 und einige weitere Statistiken („Wohnverhältnisse, Gewerbe, Sterblichkeitsrechnungen, Invaliditätsversicherung, Gewerkeverein, Irrenanstalten u.a.“) erweitert. Längere Ausführungen beanspruchte die Reaktion auf einen „frechen Angriff“ von antisemitischer Seite gegen das Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin und gegen einige Veröffentlichungen, die mit den amtlichen Zahlen arbeiteten. Gegenüber „den zahlreichen Artikeln, welche in der Tagespresse ihren Platz finden, in denen mitunter unrichtige Data gegeben, noch öfter unrichtige Folgerungen gezogen werden, (...)“ lässt er unter Hinweis darauf, „(...) wo der Redakteur kein Fachmann ist, (...)“ Milde walten. Aber auch der Umgang von Journalisten mit dem veröffentlichten statistischen Material wurde gerügt. „Die ganze Schilderung, auf die Unterhaltung des lesenden Publikums richtig berechnet, enthält nicht absolut Unwahres, aber ebensowenig kann man sagen, daß sie ein zutreffendes Bild von der Bevölkerung unserer Großstadt giebt, (...)“. Es ging dabei um einen Artikel „Selbstmord und die moderne Civilisation“ und speziell um die „pikanten“ Aussagen zur „Berliner Berufsverteilung“ in der elften Ausgabe „Unserer Zeit, Jahrgang 1881“.

Inhaltlich ergibt sich eine klare Gliederung. Die Tabellen sind in deren Kommentierungen eingebettet; insgesamt sind es 294 Seiten mit 12 Kapiteln:

- Bevölkerung, Seite 1–65,

- Naturverhältnisse, Seite 65–75,
- Grundbesitz und Gebäude, Seite 75–94,
- Oeffentliche Fürsorge für Straßen und Gebäude, Seite 94–110,
- Handel und Industrie, Seite 110–153,
- Preise, Consumption, Verkehr, Seite 153–173,
- Versicherungswesen und Anstalten für Selbsthülfe, Seite 173–195,
- Armenwesen, Wohltätigkeit und Krankenpflege, Seite 195–227,
- Polizei, Rechtspflege, Gefängnisse, Seite 227–234,
- Anstalten und Vereine für Unterricht und Bildung, Seite 234–266,
- Religionsverbände, Seite 266–270,
- Oeffentliche Lasten und Rechte, Seite 270–294.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1891

„Im Auftrage des Magistrats herausgegeben von R. Böckh Director des Statistichen Amtes der Stadt Berlin“, so die offizielle Bezeichnung. Im Vorwort weist Dr. Böckh darauf hin, dass durch die „Einführung des Etatjahres“ die Statistik seiner Zeit „schwer geschädigt und verwirrt worden ist“, ebenso auch schon auf die Unvereinbarkeit von Aktualität und Genauigkeit der „regelmäßigen Veröffentlichungen, die anderen Ressorts entnommen wurden“. Gelobt wird an anderer Stelle die „Zusammenarbeit mit dem Königl. Polizei=Präsidium bei den Sterblichkeitsberechnungen“.

Auf 425 Seiten sind wieder umfangreich kommentierte Tabellen zu finden, die sich in die folgenden Abschnitte gliedern:

- Bevölkerung, Seite 1–98,
- Naturverhältnisse, Seite 98–111,
- Grundbesitz und Gebäude, Seite 111–136,
- Oeffentliche Fürsorge für Straßen und Gebäude, Seite 136–152,
- Gewerbeverhältnisse und Arbeitslohn, Seite 152–176,
- Preise, Consumption, Verkehr, Seite 176–209,
- Versicherungswesen und Anstalten für Selbsthülfe, Seite 209–257,
- Armenwesen, Wohltätigkeit und Krankenpflege, Seite 257–318,
- Polizei, Rechtspflege, Gefängnisse, Seite 318–339,
- Anstalten und Vereine für Unterricht und Bildung, Seite 339–377,
- Religionsverbände, Seite 377–388,
- Oeffentliche Lasten und Rechte, Seite 388–425.

Gegenüber 1882 hat sich der Abschnitt Handel und Industrie mit 40 Seiten in Gewerbeverhältnisse und Arbeitslohn mit 30 Seiten verändert.

Die Erhebungen erfolgten fast ausschließlich durch Befragen und Zuarbeiten von Vereinen, Privatanstalten und öffentlichen Anstalten sowie der Kirchengemeinden, aber auch von vielen Behörden und der städtischen Verwaltung.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1900 bis 1902

Diese Ausgabe beginnt mit einem Rückblick auf die bisherigen Veröffentlichungen, auch seitens des „inzwischen eingegangenen statistischen Amtes des königlichen Polizei-Präsidiums“. Der neue Direktor und Herausgeber des Jahrbuches Prof. Dr. Ernst Hirschberger macht im Vorwort klar, dass er den innerhalb der letzten 25 Jahren von 198 auf 750 Seiten

⁷ Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, Viertes Jahrgang, S. III, Vorwort des Herausgebers.

Abb. 3 Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 1924 bis 1932



Quelle: Jahrbuch 1933, S. 293

des vorherigen Jahrganges gestiegen Umfang verkleinern möchte und gleichzeitig die Aktualität und Pünktlichkeit zu steigern gedenke. Dazu sollte die Vereinsstatistik beschränkt werden und aus anderen Veröffentlichungen (z.B. Reichsbank, Privatbanken) übernommene Statistiken entfallen. Letztlich waren die „beschreibenden Texte, die für das Verständnis der Tabellen nicht unbedingt erforderlich waren, mit einem schnellen Erscheinen des Jahrbuches nicht gut vereinbar“. Auch sie entfielen, stattdessen sollten „besondere Hefte mit wissenschaftlichen Aufsätzen“ neu herausgegeben werden. Erweitert wurde die „Grundstücks-, Finanz-, Markt und Sozial-Statistik“.

Im Vorwort ist nachzulesen, dass ein eigenes Statistisches Amt des Magistrates vorläufig am 8. Februar, definitiv 1865, eingerichtet wurde. Dieses Amt begann mit der Herausgabe von Jahrbüchern. „Das vorliegende Werk erscheint unmittelbar vor der Tagung des Internationalen Statistischen Instituts in Berlin“ 1903.

Da es sich um eine erweiterte Dreifach-Ausgabe (1900 bis 1902, zum Teil auch 1903) handelte, ist der Umfang von 702 Seiten – erstmals nur Tabellen mit z.T. umfangreichen Fußnoten – recht respektabel:

- Stand und Bewegung der Bevölkerung, Seite 1–172,
- Naturverhältnisse, Seite 173–196,
- Grundbesitz und Gebäude, Seite 197–234,
- Öffentliche Fürsorge für Straßen und Gebäude, Seite 235–250,
- Gewerbeverhältnisse und Arbeitslöhne, Seite 251–278,
- Märkte, Preise, Konsumtion, Verkehr, Seite 279–346,
- Versicherungswesen und Anstalten für Selbsthilfe, Seite 347–414,

- Armenwesen, Wohltätigkeit und Kranken- und Gesundheitspflege, Seite 415–500,
- Polizei, Rechtspflege, Gefängnisse, Seite 501–548,
- Anstalten und Vereine für Unterricht und Bildung, Seite 549–606,
- Religionsverbände, Seite 607–630,
- Öffentliche Lasten und Rechte, Seite 631–692,
- Graphische Darstellungen am Schluss des Buches (3).

Durch die ausschließliche Verwendung von Tabellen sind die Seitenumbrüche durch die einzelnen Kapitel zwingend erforderlich. Damit ergibt sich ab der jetzigen Ausgabe eine definiert-festliegende Seitenanzahl pro Kapitel. Neu sind ein Unterabschnitt Märkte, Gesundheitspflege und drei grafische Darstellungen am Ende des Buches. Seit dem Jahre 1895 ist auch ein alphabetisches Register vorhanden.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 1916

Durch den 1. Weltkrieg war das Statistische Amt „durch militärische Einziehung von Mitarbeitern schwer getroffen“, stellt der Direktor Prof. Dr. Heinrich Silbergleit im Vorwort des 33. Jahrganges fest. Auch von Heldentod war dabei die Rede. Erweitert wurde die Bevölkerungsstatistik, besonders um die Berliner Vororte, die Sterblichkeitstabellen, Haushaltungs- und Wohnstatistik, Preisstatistik und Wahlen. Eine Besonderheit waren die umfangreichen, über 200 Seiten starken, Nachträge. „Wo neuere Angaben im Hauptteil Aufnahme noch nicht finden konnten, sind sie in den Ergänzungen nachgeholt“.

Auf beachtlichen 1211 Seiten boten sich dem Leser:

- Stand und Bewegung der Bevölkerung, Seite 3–222; (Ergänzungen, Seite 973–1056),
- Naturverhältnisse, Seite 223–259; (Ergänzungen, Seite 1056–1069),
- Grundbesitz und Gebäude, Seite 260–322; (Ergänzungen, Seite 1069–1091),
- Öffentliche Fürsorge für Straßen und Gebäude, Seite 323–342; (Ergänzungen, Seite 1092–1101),
- Gewerbeverhältnisse, Seite 343–384; (Ergänzungen, Seite 1101–1108),
- Märkte, Preise, Verbrauch, Verkehr, Seite 385–510; (Ergänzungen, Seite 1109–1118),
- Versicherungswesen und Anstalten für Selbsthilfe, Seite 511–584; (Ergänzungen, Seite 1119–1136),
- Armenwesen, Wohltätigkeit und Kranken- und Gesundheitspflege, Seite 585–700; (Ergänzungen, Seite 1137–1169),
- Polizei, Rechtspflege, Gefängnisse, Seite 701–712; (Ergänzungen, Seite 1170–1180),
- Anstalten und Vereine für Unterricht, Bildung und Leibesübungen, Seite 753–884; (Ergänzungen, Seite 1181–1183),
- Religionsverbände, Seite 855–886; (Ergänzungen, Seite 1184),
- Öffentliche Lasten und Rechte, Seite 887–974; (Ergänzungen, Seite 1184–1195),
- Ergänzungen, Seite 973–1196, mit insgesamt 29 Berichtigungen.

Bis auf die 29 Berichtigungen und die umfangreichen Ergänzungen – sicherlich allesamt den Kriegswirren geschuldet – ist inhaltlich nichts wesentlich Neues erkennbar.

Das Groß-Berliner Statistische Amt bis zum Ende des 2. Weltkrieges (1920 bis 1945) Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin 1924

Nach dem 1. Weltkrieg erfolgte 1921 eine „Umordnung der Statistik Groß-Berlins“. Der Direktor des Amtes war nun Dr. Oskar Büchner. Zuvor waren die „Groß-Berliner Gemeinden zur neuen Stadt Berlin“ zusammengeschlossen worden. Berichtet wurde „im wesentlichen über dieselben Gegenstände der letzten Ausgabe vom Juli 1920 (über die Jahre 1915 bis 1919) nur mit einem wesentlich auf die Bedürfnisse beschränkten Umfang“. Der Umfang verminderte sich von 935 auf 122 Seiten und das Format von 230 x 150 auf 210 x 130. Allerdings wurde auch die Schrift verkleinert, sodass der Inhalt einer Seite etwa gleich bleiben konnte. Erschwernisse traten besonders durch Schwierigkeiten „der Stoffsammlung aus den 20 neuen Verwaltungsbezirken, die sich z.T. noch in der Umbildung befanden, weitestgehenden Personalabbau, Zuweisung neuer Arbeitsgebiete und die in der stärksten Inflationszeit nur mit Mühe durchgesetzte Bewilligung der Druckkosten“. Neu war, dass für den Gebrauch der inneren Verwaltung Wochen-, Monats- und Vierteljahresberichte erarbeitet wurden und mit den Mitteilungen eine neue Veröffentlichungsreihe begonnen wurde, in die sich das „Statistische Taschenbuch“ einordnen sollte.

1924 und 1926 (1. und 2. Ausgabe) trug das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ den Namen „Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin“.

Das Taschenbuch der Stadt Berlin von 1924 mit 111 Seiten statistischen Tabellen und 19 Kapiteln war wie folgt gegliedert:

- Geografische Lage und Witterung, Seite 1,
- Bevölkerung, Seite 2–10,
- Wohnungen und Bautätigkeit, Seite 11–17,
- Öffentliche Anlagen und Straßen, Seite 18,
- Grundbesitzwechsel, Seite 19,
- Landwirtschaft und Viehhaltung, Seite 20–22,
- Märkte und Schlachtungen, Seite 23–26,
- Preise und Lebenshaltungskosten, Seite 27–32,
- Gewerbe, Seite 33–36,
- Arbeitnehmerfürsorge, Seite 37–45,
- Geld und Kreditwesen, Seite 46–48,
- Verkehr, Seite 49–68,
- Unterricht und Bildung, Seite 69–77,
- Gesundheitspflege, Seite 78–86,
- Wohlfahrtspflege, Seite 87–92,
- Polizei und Rechtspflege, Seite 93–94,
- Finanzen und Grundbesitz, Seite 95–100,
- Werke, Seite 101–107,
- Wahlen, Seite 108–111.

Auffallend ist, dass eine Industrierhebung nicht stattfand. Der Abschnitt Werke umfasste fast ausnahmslos Städtische Werke (Strom-, Gas und Wasserversorgung, Feuerwehr, Straßenreinigung). Der Inhalt war also wesentlich gekürzt, da er auf andere Hauptnutzer zugeschnitten wurde, die Verwaltung bekam ihre Informationen auf direktem Wege. Allerdings ist trotz der veränderten Abschnittsbezeichnungen deren Inhalt nur unwesentlich verändert worden. Die

Abb. 4 Berlin in Zahlen – Kleines Berliner Taschenbuch, Einbandgestaltung von 1930



erste Ausgabe des Statistischen Taschenbuches umfasste im Wesentlichen das Jahr 1922. In den folgenden Büchern wurden dann die Jahre 1923 und 1924 abgehandelt. „Die vom Beirat eingesetzte Taschenbuchkommission, die aus dem leider zu früh verstorbenen Vorsitzenden des Bezirksamtes Kreuzberg, Bürgermeister Dr. Kahle, dem stellv. Vorsitzenden des Bezirksamtes Wedding, Stadtrat Dr. Rieß, Stadtrat a. D. Dr. Stolt und Stadtrat Dr. Badke-Charlottenburg bestand, hat die Taschenbucharbeiten wiederum durch wertvolle Ratschläge bereichert.“⁸

Insgesamt fand mit der Ausgabe des ersten Statistischen Jahrbuches nach dem 1. Weltkrieg eine Fortsetzung der durch den Krieg unterbrochenen Berichterstattung statt. Gleichzeitig war der „Zusammenschluss der Groß-Berliner Gemeinden zur neuen Stadt Berlin“ auch statistisch zu vollziehen. Dem wurde durch eine umfangreiche unterjährige Herausgabe statistischer Veröffentlichungen entsprochen. Ab Januar 1923 erschienen „Monatsberichte“, seit März 1923 „Vierteljahresberichte“, ab November „Wirtschaftsstatistische Wochenberichte“ und ab März 1924 in freier Folge „Mitteilungen“.

Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin 1930

„Der neue 6. Jahrgang des Statistischen Jahrbuches ist wiederum an Umfang erheblich (um 56 Seiten) gewachsen“, es sind jetzt wieder alles in allem stolze 368 Seiten. Im Vorwort erklärt Dr. Büchner auch, dass einige Übersichten wegen Einstellen der Ermittlung der Zahlen oder weil es einmalige Erhebungen waren, ausfallen. Neben einigen neuen Tabellen zu Land- und Forstwirtschaft, Preisen und Verbrauch, Löhnen, Verkehr sowie Kirchensteuersätzen wurden die „Ergebnisse der Reichsgebrechlichenzählung sowie eine Erhebung über Geschlechtskranke neu aufgenommen“. Ebenfalls neu eingefügt wurde ein

⁸ Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin, 2. Ausgabe 1926, Berlin 1926, Otto Stollberg, Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin SW 68, Vorwort Dr. Büchner.

Anhang „Berlin und Brandenburg“, der auch fortan mit wechselnden Inhalten beibehalten werden sollte. Seit 1929 wurde dem Jahrbuch eine sehr kleine Broschüre (in der Brust- oder Hosentasche zu tragen) „Berlin in Zahlen – Kleines Berliner Taschenbuch“ mit dem wichtigsten Zahlenmaterial von 1929 beigelegt. Im Einzelnen war die folgende Gliederung vorhanden:

- Geografische Lage und Witterung, Seite 1,
- Stadtgebiet, Seite 2–3,
- Bevölkerung, Seite 4–36,
- Grundstücke, Wohnungen und Bautätigkeit, Seite 37–52,
- Öffentliche Anlagen, Straßen und Brücken, Seite 53–54,
- Landwirtschaft und Viehhaltung, Seite 55–60,
- Märkte, Schlachtungen und Verbrauch, Seite 61–65,
- Preise und Lebenshaltungskosten, Seite 66–79,
- Handel und Gewerbe, Seite 80–118,
- Geld und Kreditwesen, Seite 119–128,
- Löhne und Gehälter, Seite 129–133,
- Sozialversicherung, Seite 134–140,
- Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, Seite 141–144,
- Verkehr, Seite 145–180,
- Unterricht und Bildung, Seite 181–210,
- Religionsgemeinschaften, Seite 211–213,
- Gesundheitspflege, Seite 214–242,
- Allgemeine Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt, Seite 243–278,
- Rechtspflege und Polizei, Seite 279–304,
- Werke und Betriebe, Seite 305–321,
- Finanzen und Steuern, Seite 322–335,
- Beamtenstellen der Stadtverwaltung, Seite 346,
- Wahlen, Seite 347–352,
- Anhang. Berlin und Brandenburg, Seite 353–358.

Auf 23 Abschnitte und 358 Seiten war die Darstellung inzwischen angewachsen. Zwei Karten zu den Verwaltungseinheiten Berlins und Brandenburgs ergänzten die umfangreichen Tabellen. Im Abschnitt Finanzen und Steuern war eine Auflistung aller Gemeindesteuern und deren Berechnung für das Rechnungsjahr 1929 angegeben. Es wurden damals Grundvermögen-, Grunderwerb-, Wertzuwachs-, Gewerbe-, Wanderlager-, Schankerlaubnis-, Hunde-, Pferde-, Motorboot-, Bier- und Vergnügungssteuern erhoben.

Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin 1936

In diesem Band – es war der 12. Jahrgang des Statistischen Taschenbuches – war eine Jahresübersicht der Jahrgänge 1 bis 10 (also von 1925 bis 1934) enthalten. Daraus ist ersichtlich, dass die Gliederung und damit das Fachprogramm im Wesentlichen konstant gehalten wurde. In den einzelnen Kapiteln gab es besonders bei den Kapiteln „XIV. Verkehr“, „XVII. Gesundheitspflege“, „XIX. Rechtspflege und Polizei“ sowie „XX. Werke und Betriebe“ größere inhaltliche Erweiterungen. In einem Anhang wurden ab der 6. Ausgabe „I. Berlin und Brandenburg“ sowie „II. Internationale Übersichten“ veröffentlicht.

Weiterhin ist eine Zusammenstellung der Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin enthalten. Danach erschienen seit 1924:

1. Berliner Wirtschaftsberichte – bis Ende 1925 wöchentlich, bis 15. April 1931 vierzehntäglich, dann halbmonatlich. „Vom 1. April bis 12. Januar 1930 Beilage zum berliner Amtsblatt“;
2. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin (die beiden ersten Ausgaben: Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin);
3. Kleines Berliner Taschenbuch (vor 1931: Berlin in Zahlen);
4. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin. Mit insgesamt 21 Nummern, die zu den Zählungen 1925 und 1933 durch 9 bzw. 10 weitere Hefte untersetzt waren;
5. Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin (seit 1923);
6. Graphisch-statistische Darstellungen von Berlin. Das betraf allerdings nur zwei Veröffentlichungen: Gebiet und Siedlungen (Januar 1926) und Grundstücke, Wohnungen und Haushaltungen (Mai 1930);
7. Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis März 1924). Mit insgesamt 9 Veröffentlichungen zu den verschiedenen Erhebungen von Allgemeiner Verwaltung (Heft 1) über Wohlfahrtswesen (Heft 4) bis Verkehrswesen, Werke Betriebe und Gesellschaften (Heft 8)
8. Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924–1927 (1. April 1924 bis 31. März 1928) mit 9 Veröffentlichungen.

Des Weiteren ist eine „Zusammenfassung der Veröffentlichungen der Großberliner Statistischen Ämter (bis 1920)“ enthalten, und zwar seit der Gründung des Statistischen Amtes 1862, unterteilt nach:

- Statistisches Amt der alten Stadt Berlin und
- Statistische Ämter der Vororte.

Zum Ersteren sind insgesamt 17 periodische Veröffentlichungen aufgelistet:

- I. Wochenberichte seit 1872 bis 50. (L.) Jahrgang 1920 (als Beilage zum Communalblatt – später Gemeindeblatt),
- II. Monatsberichte seit 1873 bis 48. Jahrgang 1920,
- III. Jahresberichte über die Bewegung der Bevölkerung (seit 1869) mit 6 Einzelheften unterschiedlicher Beobachtungszeiträume und Inhalte,
- IV. Jahresberichte über besondere Erkrankungen und Sterbefälle mit 4 Einzelheften,
- V. Ehescheidungen mit 3 Heften,
- VI. Jahresberichte wegen Bettel und Obdachlosigkeit,
- VII. Statistische Jahrbücher (seit 1867) – bis 1875 unter wechselnden Titel,
- VIII. Übersichten aus Berliner Statistiken mit Auszügen aus den Statistischen Jahrbüchern von 1903 bis 1908/12,
- IX. Volkszählungen von 1861, 1864, 1867, 1871, 1875, 1880, 1905, 1910,
- X. Lohnverhältnisse – 2 Hefte,
- XI. Arbeitskrankenversicherung – 5 Hefte,
- XII. Arbeitsmarkt – 2 Hefte,
- XIII. Wohnungsmarkt und Bautätigkeit – seit 1899 jährlich,
- XIV. Wirtschaftsstatistik – 3 Hefte unterschiedlichen Inhaltes, darunter seit 1891 Jahreszusammenstellungen über die Groß- und Kleinhandelspreise,

- XV. Berliner Statistik – 4 Hefte u. a. zum Milchverbrauch, Personenverkehr von 1896 bis 1902, Wohnungsleerstand und -neubauten (seit 1900 alljährlich), Lohnermittlungen und Haushaltsrechnungen der minderbemittelten Bevölkerung (im Jahr 1903 und Finanzstatistiken der Stadt Berlin und der benachbarten Gemeinden (1906),
- XVI. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin – mit 3 Heften,
- XVII. Groß Berlin: Statistische Monatsberichte unter Mitwirkung der Statistischen Ämter von Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Wilmersdorf, (5 Jahrgänge 1910 bis 1914).

Die Veröffentlichungen der Statistischen Ämter der Vororte sind weniger umfangreich, unterscheiden sich jedoch von Ort zu Ort beträchtlich. Interessanter sind allerdings die hier angegebenen Gründungsjahre der Statistischen Ämter:

- Charlottenburg – Gründungsjahr 1897,
- Neukölln (bis 1912 Rixdorf) – Gründungsjahr 1906,
- Berlin Schöneberg (bis 1911 Schöneberg) – Gründungsjahr 1902,
- Berlin-Wilmersdorf (bis 1904 Deutsch Wilmersdorf) – Gründungsjahr 1905,
- Spandau – Gründungsjahr 1919.

Statistisches Jahrbuch der Reichshauptstadt Berlin 1939, Berlin 1943

Der Inhalt umfasste im Wesentlichen das letzte Vorkriegsjahr 1938. Die Arbeiten waren 1939 mit Kriegsbeginn eingestellt worden, dann aber aufgrund des fortgeschrittenen Arbeitsstandes – die Tabellen lagen als Manuskript vollständig vor und waren zum größten Teil bereits gesetzt – mit großer Mühe und enormer zeitlicher Verspätung fortgesetzt. Zum ersten Mal war die Neugliederung der Bezirke entsprechend der Verwaltungsbezirksgrenzen vom 1. April 1938 angegeben. Die Zählungen des Jahres 1939 waren weitestgehend berücksichtigt.

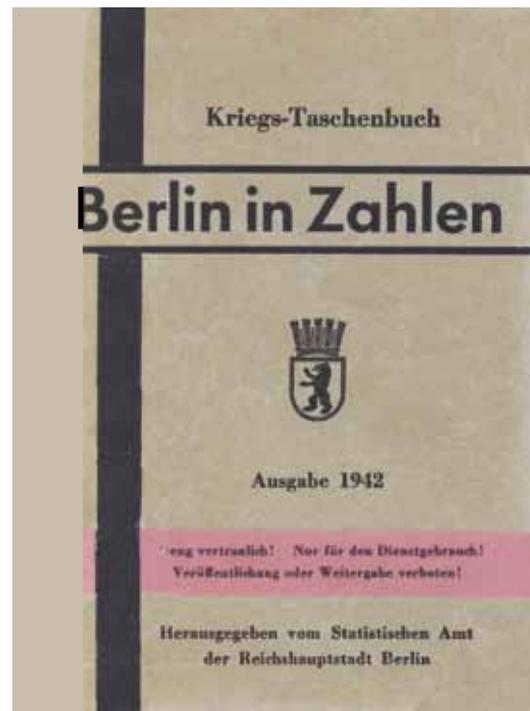
Es erschienen im Laufe des 2. Weltkrieges noch zwei weitere Ausgaben des Taschenbuches „Berlin in Zahlen“ für 1939 und 1942, „dessen letztere allerdings nur für den Dienstgebrauch bestimmt ist“, und zwar „streng vertraulich“!

Kriegs-Taschenbuch Berlin in Zahlen 1942

Die Kriegsausgabe des Taschenbuches „Berlin in Zahlen“ war wie gesagt streng vertraulich und nur für den Dienstgebrauch bestimmt. Ein erheblicher Teil des Inhaltes konnte mangels vorhandener Unterlagen, fehlendem Personal und Papierknappheit nicht bearbeitet werden. Die „Zusammenstellung der Kriegswirtschaftszahlen im Vergleich zum letzten Vorkriegsjahr“ wurde neu aufgenommen, ebenso sind hier die Hauptergebnisse der großen Zählungen vom Mai 1939 enthalten. Es war die 13. und damit letzte Ausgabe des Taschenbuches „Berlin in Zahlen“. 1945 – nach dem Kriegsende – wurde es dann mit dem 14. Jahrgang fortgesetzt:

- Allgemeines, Seite 9–14,
- Kriegs-Wirtschaftszahlen, Seite 15–27,
- Ergebnisse der Zählung vom 17. Mai 1939, Seite 28–64,
- Stadtgebiet, Seite 65–72,

Abb. 5 **Kriegs-Taschenbuch Berlin in Zahlen 1942**



- Bevölkerung, Seite 73–84,
 - Grundstücke und Wohnungen, Seite 85–94,
 - Landwirtschaft, Seite 95–117,
 - Versorgung, Preis, Seite 118–127,
 - Verkehr, Seite 128–142,
 - Arbeitseinsatz und soziale Fürsorge, Seite 143–152
 - Gesundheit, Seite 153–157,
 - Unterricht, Bildung, Seite 158–162.
- Das im Format wesentlich verkleinerte Heft (auf 150 x 110 mm) enthielt keine Abbildungen. Der Umfang von 162 Seiten und 12 Kapiteln war kriegsbedingt stark geschrumpft.

Die Groß-Berliner Statistik vom Kriegsende bis zur Spaltung Berlins (1945 bis 1948)

Berlin in Zahlen Taschenbuch 1945, herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin

Mit diesem Taschenbuch fand der Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg statt. Sämtliche Unterlagen des Statistischen Reichsamtes und auch anderer Behörden der Stadt waren durch Brände zerstört oder durch Verlagerungen abhanden gekommen. Die Stadt war ein Trümmerfeld, die Verwaltung in vier Besatzungszonen unterteilt und nach der Einstellung der Kampfhandlungen nicht sogleich arbeitsfähig. Ziel dieser Ausgabe war es, die Zeit von 1925 bis zum Ende des 2. Weltkrieges abzubilden. Ein umfangreiches geschichtliches Kapitel „Berlin als Weltstadt vor dem Kriege“ war den statistischen Tabellen vorangestellt.

Erst Mitte des Jahres 1949 erschien die Fortsetzung „Berlin in Zahlen 1945 bis 1947“. Wie der Oberbürgermeister Reuter im Geleitwort ausführte, liegt dieser späte Termin „(...) allein an der Spaltung der städtischen Körperschaften begründet“. Es gelang in relativ kurzer Zeit die statistische Arbeit neu zu beginnen und besonders den Anschluss der Daten, die aus vielen anderen Quellen organisiert werden mussten,

Abb. 6 Berliner Stadtbezirke 1956



an den Vorkriegsstand zu erreichen. Allerdings sind gegenüber den vorherigen Inhalten keine allzugroßen Veränderungen erkennbar – von dem Kriegs-Taschenbuch einmal abgesehen.

Die Teilung der Stadt spiegelte sich allerdings auch schon in der amtlichen Statistik, die Verwaltungen waren ja bereits seit 1948 geteilt. Bis zum Mauerbau sollten noch 13 Jahre vergehen:

- Groß Berlin, Seite 1–6,
- Bevölkerungsstand, Seite 7–29,
- Bevölkerungsbewegung, Seite 30–43,
- Erwerbstätigkeit, Seite 44–61,
- Arbeitszeit, Arbeitsverdienst, Seite 62–76,
- Landwirtschaft, Versorgung, Preise, Seite 77–94,
- Wohnungswesen, Baugewerbe, Seite 95–109,
- Wirtschaft, Seite 110–133,
- Güterbewegungen, Seite 134–146,
- Verkehr, Seite 147–162,
- Geld- und Kreditwesen, Seite 163–183,
- Gesundheitswesen, Seite 184–195,
- Sozialversicherung, Seite 196–200,
- Öffentliche Fürsorge, Seite 201–219,
- Schul- und Bildungswesen, Seite 220–233,
- Rechtspflege, Polizei, Seite 234–244,
- Werke, Betriebe, Seite 245–252,
- Finanz- und Steuerwesen, Seite 253–261,
- Wahlen, Seite 262–269,
- Witterung, Seite 270–271.

Die West-Berliner und die Ost-Berliner Statistik (1948 bis 1990)

1948 erfolgte infolge des 4-Mächte-Status und des „Kalten Krieges“ die Trennung der Verwaltungen Berlins in West (englische, amerikanische, französische Zone) und Ost (sowjetische Zone). Für das Statistische Amt galt selbiges.

In Berlin-West war es ein Amt, das im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland seine Auf-

gaben wahrnahm und im Übrigen aufgrund der Insellage der Stadt eine sehr umfangreiche Förderung aller Institutionen erhielt. Neben der Erfüllung der zentral für die Bundesrepublik erforderlichen statistischen Aufgaben bekam das Amt in Zusammenarbeit mit der Verwaltung alle erforderlichen Freiheiten und Unterstützung.

In Berlin-Ost wurde die amtliche Statistik hingegen nach sowjetischem Muster praktisch aus dem Nichts neu organisiert.

Berlin-West Berlin in Zahlen 1950 Taschenbuch, herausgegeben vom Hauptamt für Statistik und Wahlen der Stadt Berlin

1950 gab das „Hauptamt für Statistik und Wahlen“ dann die 16. Ausgabe des Taschenbuches „Berlin in Zahlen“ heraus. Im Vorwort zeigte der Direktor Dr. Treitschke die Schwierigkeiten bei der „Beschaffung des Zahlenstoffs“ durch die Währungsumstellung und die damit verbundene zeitweilige Doppelwährung, Blockade sowie Spaltung der Verwaltungen, auf. Jedem Abschnitt waren nun „textliche Vorbemerkungen vorangeschickt“. Obwohl man bemüht war, die Entwicklungen für Groß-Berlin abzubilden, musste man sich sehr oft auf „West-Berlin“ beschränken.

Inhaltlich ist besonders bemerkenswert, dass eine Industrierichterstattung in der heute noch üblichen Form erfolgte. In die laufenden Tabellen waren insgesamt 32 Schaubilder eingebunden. Der Gesamtumfang lag bei 287 Seiten, das Format blieb gegenüber der 1945er Ausgabe unverändert.

Seit 1951 wurde dann wieder ein Statistisches Jahrbuch herausgegeben. „Weil seit Herbst 1951 statistische Unterlagen für den sowjetischen Sektor Berlins nicht mehr zur Verfügung stehen, konnten für das

Jahr 1952, wie schon im Vorjahr, nur West-Berliner Ergebnisse der Berliner Statistik mitgeteilt werden⁹“.

Statistisches Jahrbuch Berlin 1952

Seit 1952 erschien ein Statistisches Jahrbuch. Im Vorwort der 1953er Ausgabe hieß es: „Die gleiche Gliederung wie in der vorherigen Ausgabe erleichtert den Vergleich mit früheren Zeiten“. Gleichzeitig erfuhren die Inhalte natürlich weitere Ergänzungen, beispielsweise zu der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1950. „Der Abschnitt Preise und Preisindexziffern wurde entsprechend dem großen Interesse, das die Öffentlichkeit an allen Preisfragen nimmt, erheblich erweitert“. Das gleiche galt für das „West-Berliner Schulwesen“, das neu geordnet wurde. Als nicht beständig erwies sich hingegen „die Aufnahme der an der Berliner Börse gehandelten Aktien sowie eine Darstellung der Hypotheksbewegung“.

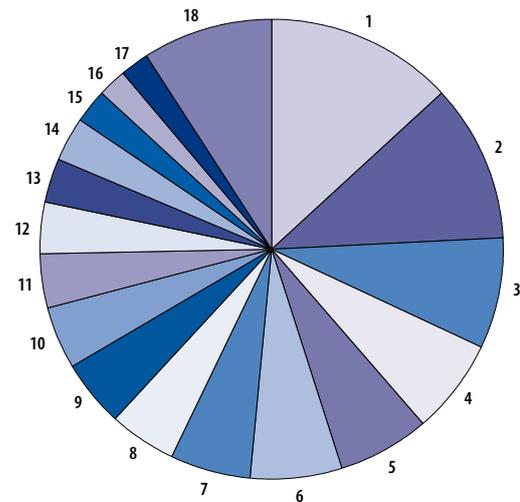
Ab 1958 wurde eine zusammenfassende Übersicht der wichtigsten statistischen Berichtsmerkmale über die letzten fünf Jahre auf 3 Seiten dem immer umfangreicheren Tabellenwerk vorangestellt. Regelmäßig war eine Karte mit den Berliner Stadtbezirken enthalten.

Statistisches Jahrbuch Berlin 1980

Das Statistische Jahrbuch Berlin von 1980, die Zahlenangaben von 1979 enthaltend, brachte es auf 465 Seiten mit insgesamt 27 Kapiteln. Auf ein Vorwort wurde verzichtet und im Wesentlichen das damals für alle bundesdeutschen Landesämter angewendete Standardprogramm veröffentlicht:

- Zusammenfassende Übersichten, Seite 11–15,
- Berlin nach Bezirken Übersichtskarte, Seite 16,
- Allgemeine Angaben, Seite 17–20,
- Gebiet und Bevölkerung, Seite 21–49,
- Bevölkerungsbewegung, Seite 51–71,
- Gesundheitswesen, Seite 72–85,
- Unterricht, Bildung und Kultur, Seite 86–144,
- Religionsgemeinschaften, Seite 145–146,
- Rechtspflege, öffentliche Sicherheit, Seite 147–167,
- Wahlen, Seite 168–173,
- Erwerbstätigkeit, Seite 174–182,
- Wirtschaft und Berufsverbände, Seite 183–184,
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Seite 185–200,
- Unternehmen und Arbeitsstätten, Seite 201–207,
- Produzierendes Gewerbe und Handwerk, Seite 208–257,
- Bautätigkeit und Wohnungen, Seite 258–264,
- Handel und Gastgewerbe, Seite 266–297,
- Verkehr, Seite 298–314,
- Geld und Kredit, Seite 315–325,
- Öffentliche Sozialleistungen, Seite 326–349,
- öffentliche Finanzen, Seite 350–384,
- Preise, Seite 386–405,
- Löhne und Gehälter, Seite 406–424,
- Versorgung und Verbrauch, Seite 424,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Seite 425–437,
- Umweltschutz, Seite 438–443,
- Zahlen für Ost-Berlin, Seite 1–24.

Abb. 7 Inhaltliche Gewichtung des Statistischen Jahrbuches Berlin-West 1980



| | | |
|----|---|--------|
| 1 | Unterricht, Bildung und Kultur..... | 13,1 % |
| 2 | Produzierendes Gewerbe und Handwerk.... | 11,1 % |
| 3 | öffentliche Finanzen..... | 7,8 % |
| 4 | Handel und Gastgewerbe..... | 6,7 % |
| 5 | Gebiet und Bevölkerung..... | 6,4 % |
| 6 | Löhne und Gehälter..... | 6,4 % |
| 7 | Zahlen für Ost-Berlin | 5,6 % |
| 8 | Bevölkerungsbewegung..... | 4,7 % |
| 9 | Rechtspflege, öffentliche Sicherheit..... | 4,7 % |
| 10 | Preise..... | 4,4 % |
| 11 | Verkehr..... | 3,8 % |
| 12 | Land- und Forstwirtschaft, Fischerei..... | 3,6 % |
| 13 | Gesundheitswesen..... | 3,1 % |
| 14 | Öffentliche Sozialleistungen..... | 3,1 % |
| 15 | Geld und Kredit..... | 2,4 % |
| 16 | Erwerbstätigkeit..... | 2,0 % |
| 17 | Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.... | 2,0 % |
| 18 | Sonstige | 9,1 % |

Das „Statistische Jahrbuch 1990 Berlin des Statistischen Landesamtes“ enthält dann zwei Hinweise: „Die Angaben gelten soweit nicht anders vermerkt für Berlin (West). (...) Aber im nächsten Jahr wird es – nach dem Kriege erstmals wieder – ein Statistisches Jahrbuch für Gesamt-Berlin geben“.

Berlin-Ost

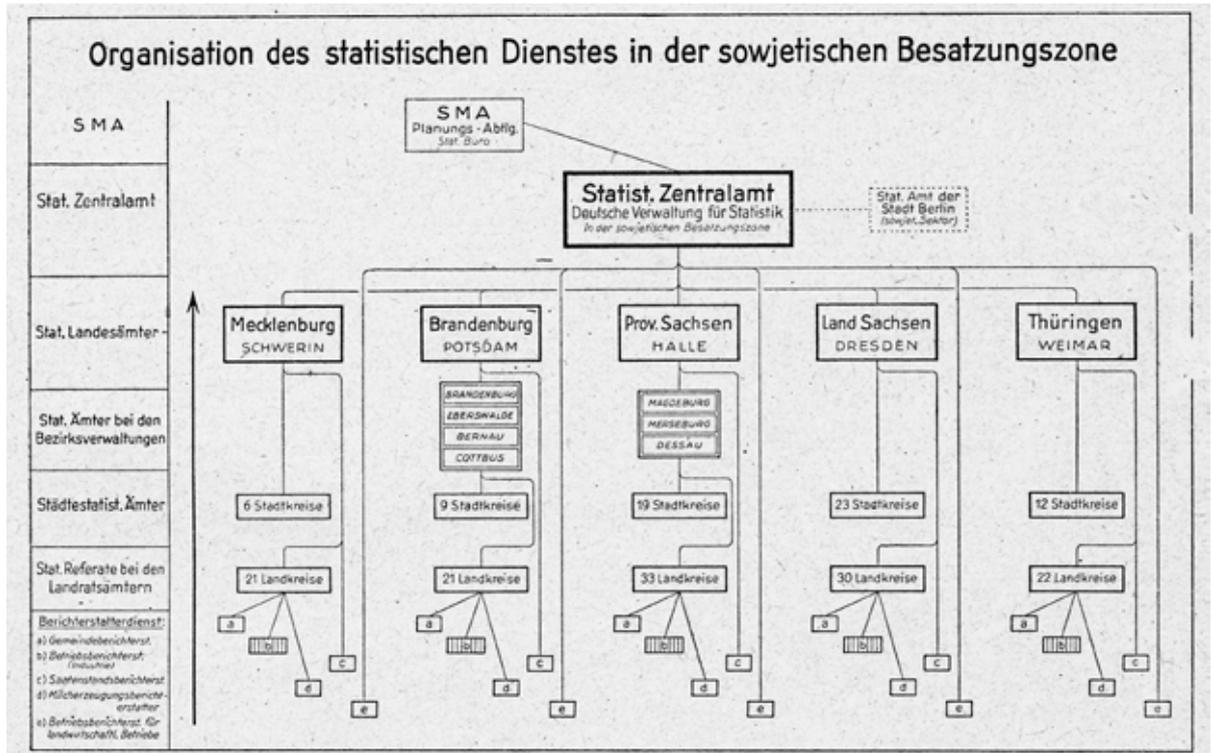
„Nach dem 2. Weltkrieg schuf man in der sowjetischen Besatzungszone 5 Statistische Landesämter und ein Statistisches Amt der Stadt Berlin (sowjet. Sektor), 7 Statistische Ämter bei den Bezirksverwaltungen, 57 Städtestatistische Ämter und 103 Statistische Referate bei den Landratsämtern“.

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Groß Berlin

In Berlin-Ost wurde die Bezirksstelle von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, wie alle anderen Länder der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls, gesteuert. Fachliche Sonderaufgaben waren schwer möglich und konnten nur auf „höhere“ Weisung ausgeführt werden. Das Fachprogramm war für alle 4 Länder, später für die 15 Bezirke, einheitlich durch die Zentrale vorgegeben. Jeder Bezirksstelle war die entsprechende Anzahl der Kreisstellen zugeordnet. Zeitweise waren die 11 Statistikstellen der Berliner Stadtbezirke in die Bezirksstelle integriert und diese hatte ihren Sitz im Gebäude der Zentralver-

⁹ Statistisches Jahrbuch Berlin 1953, Vorwort, Der Senator für Inneres, Dr. Müller.

Abb. 8 Organisation des Statistischen Dienstes in der sowjetischen Besatzungszone



Quelle: Statistische Praxis 1946 I S. 13

waltung für Statistik der DDR – eine Zentralisation, die in den anderen 14 Bezirken nicht vorgenommen wurde. Insgesamt gaben die einzelnen Bezirksstellen von 1956 bis 1982 eigene Statistische Jahrbücher mit teilweise unterschiedlichen Bezeichnungen (Jahrbuch, Jahresbericht, Taschenbuch) sowie Druck- und Bindequalität heraus.

Der Statistische Jahresbericht 1956 – Groß Berlin Demokratischer Sektor – war von der Abteilung Statistik bei Magistrat von Groß-Berlin herausgegeben, der Verlag nannte sich VEB Deutscher Zentralverlag Berlin. Folgende inhaltliche Gliederung ist gegeben:

- Politisch-geographisch-ökonomische Übersicht, Seite 1–6,
- Produktionsverhältnisse, Seite 7–10,
- Gebiet und Bevölkerung, Seite 11–16,
- Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle, Seite 18–21,
- Kultur, Unterricht, Erziehung, Sport, Seite 23–40,
- Gesundheit und Sozialwesen, Seite 41–46,
- Volksvertretungen, Seite 47,
- Arbeitskräfte und Löhne, Seite 48–63,
- Industrie (ohne Bauindustrie), Seite 64 –130,
- Bauindustrie, Seite 133–146,
- Handwerk und Kleinindustrie, Seite 150–171,
- Land und Forstwirtschaft, Seite 172–206,
- Verkehr (einschließlich Schifffahrt), Seite 208–209,
- Binnenhandel, Seite 210–218,
- Kommunalwirtschaft, Seite 222–228,
- Spareinlagen, Haushalt, Seite 230–236.

Die mit Vorbemerkungen versehenen 16 Abschnitte enthielten 14 Grafiken, darunter eine Energiebilanz.

1959 taucht dann im „Statistischen Taschenbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin die Staatliche Zentralverwaltung für

Statistik Bezirksstelle Groß-Berlin“ auf. Bis dato hatte die Ost-Berliner-Statistik einen Sonderstatus, indem sie dem Statistischen Zentralamt direkt unterstellt war und keinen Landes- oder später Bezirksstellenstatus mit nachgeordneten Kreisämtern hatte. Es war nach dem Vorwort die dritte Ausgabe des Taschenbuches, hatte auf seinen 240 Seiten aber ein dem Statistischem Jahrbuch ähnelnden Inhalt. Auffallend ist die ab jetzt erfolgte wesentlich stärkere Ideologisierung: „In den einzelnen Abschnitten wird deutlich sichtbar, wie die Werktätigen Berlins unter Führung der Partei der Arbeiterklasse auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet die Beschlüsse des V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verwirklichen und die Aufgaben des Siebenjahrplanes erfüllen“. Offensichtlich war dies auf den avisierten Nutzerkreis – die DDR-Bevölkerung – zugeschnitten. Angaben zu Berlin-West waren ebenfalls, wenn auch im geringen Umfang, enthalten, „(...) wobei die periodischen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Berlin („Statistisches Jahrbuch Berlin“, „Berliner Statistik“) entweder unmittelbar als Quellen oder als Grundlage für erforderliche Umrechnungen dienen“.

Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1963

Ab 1961, dem Jahr des Mauerbaus, gab die „Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Groß-Berlin, ein Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin“ heraus. Die fachliche Gliederung ließ mit der Beschränkung auf vier Bereiche eine straffe zentrale Organisation erkennen. Im 1963er Vorwort waren keine politischen Formulierungen enthalten, man konzentrierte sich

„noch“ auf die Darstellung des Inhaltes. Gegenüber den vorhergehenden Jahrbüchern wurde der „Aufbau wesentlich verändert“, um einige Statistiken erweitert und mit einer „erhöhten Anzahl von Grafiken“ versehen:

- Übersicht über Volksvertretung, Gebiet und Bevölkerung, Seite 1–4,
- Volkswirtschaftliche Gesamtübersichten
Produktionsverhältnisse, Seite 5–8,
Arbeitskräfte, Seite 9–28,
Sozialistischer Wettbewerb, Seite 29–31,
Arbeitseinkommen, Lebenshaltungskosten,
Reallohn, Seite 31–34,
Haushalt des Magistrats, Spareinlagen und
Versicherungen, Seite 35–39,
- Wirtschaftsbereiche
Industrie, Seite 39–144,
Bau, Seite 145–157,
Handwerk, Seite 157–174,
Land und Forstwirtschaft, Seite 175–201,
Verkehr, Seite 201–217,
Handel, Seite 217–248,
- Nichtmaterielle Bereiche
Volksbildung, Kultur, Sport, Seite 249–274,
Gesundheit und Sozialwesen, Seite 275–287,
Kommunalwirtschaft, Seite 287–295,
- Bevölkerung
Bevölkerungsstruktur und -entwicklung,
Seite 295–300,
Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle,
Seite 301–332,
Erkrankungen und Todesursachen, Seite 333–343,
Nationale Front und gesellschaftliche
Organisationen, Seite 343–348,
- Anhang
Geographische und meteorologische
Angaben, Seite 349–358,
Vergleichende Darstellungen der Hauptstadt mit
den Bezirken und mit Städten der Deutschen
Demokratischen Republik, Seite 359–369,
- Sachregister.

Gegenüber den zu der Zeit im Westteil der Stadt erfolgten Darstellungen dominieren im Ostteil die Wirtschaftsbereiche, und nur fünf Seiten waren der Nationalen Front und gesellschaftlichen Organisationen – als typisch-sozialistische Statistik-Bestandteile – gewidmet. Es gab „vergleichende Darstellungen der Hauptstadt mit den Bezirken der DDR“ und ebenso „mit Städten der DDR“.

Das Statistische Jahrbuch 1972 trägt in einem Exemplar den Stempelaufdruck „als Manuskript gedruckt“ und ist als Vorbereitung für die Herausgabe des seit 1963 nicht mehr erschienenen Statistischen Jahrbuches der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik gedacht. Gedruckt ist es auf sehr schlechtem starken Papier mit auf der Schreibmaschine bearbeiteten Metallfolien. Nachdruck auch auszugsweise war nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Seit 1967 erfolgte die Herausgabe eines Bevölkerungsstatistischen Jahrbuches der Hauptstadt Berlin: „Bevölkerungsstatistische Zahlen bilden eine wichtige Grundlage für wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitskräfteplanung, der Versorgung der Bevölkerung, des Bildungswesens und des

Gesundheitswesens“. Mit diesem speziellen Jahrbuch, dem weitere jährliche Ausgaben ab 1968 teilweise als „Jahresbericht – Teil Bevölkerung“ folgten, „wurde versucht, die wesentlichen statistischen Angaben über die Bevölkerungsentwicklung in der Hauptstadt Berlin nach 1945 zusammenhängend darzustellen“.

Statistisches Jahrbuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1982 – nur für den Dienstgebrauch

Im Vorwort dieses Jahrbuches befand sich ein kleiner Absatz zum Fachprogramm: „Das Kennziffernprogramm des Jahrbuches entspricht einem in allen Bezirken der Republik einheitlich zugrunde gelegten Rahmenprogramm. Es ist im wesentlichen analog dem Aufbau des Statistischen Jahrbuches der Deutschen Demokratischen Republik gegliedert und methodisch mit dem darin enthaltenen Angaben in Übereinstimmung gebracht“:

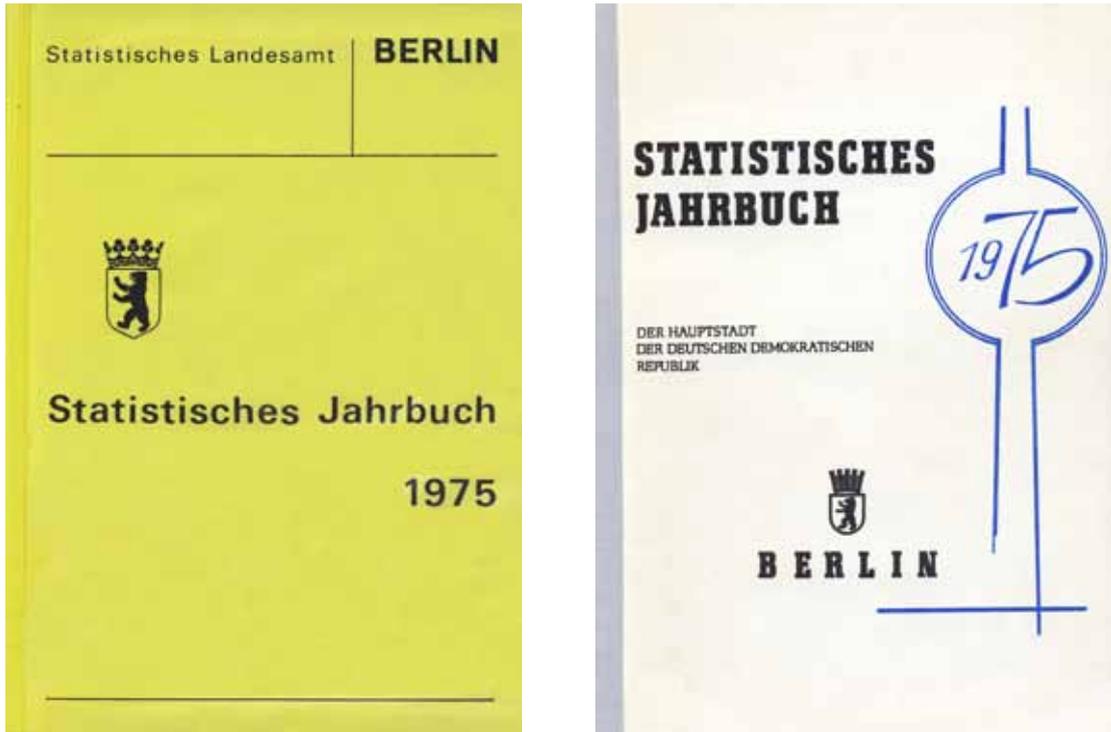
- Geographische und Meteorologische Angaben, Seite 1–8,
- Gebiet und Bevölkerung, Seite 9–28,
- Volksvertretung und gesellschaftliche Organisationen, Seite 29–37,
- Berufstätige, Seite 39–62,
- Investitionen und Grundmittel, Seite 63–69,
- Industrie, Seite 71–98,
- Bauwirtschaft, Seite 99–108,
- Handwerk, örtliche Versorgungswirtschaft, Seite 109–122,
- Land- und Forstwirtschaft, Seite 123–134,
- Verkehr- Post- und Fernmeldewesen, Seite 135–144,
- Binnenhandel, Seite 145–151,
- Bildungswesen und Kultur, Seite 153–177,
- Sport und Erholung, Seite 179–188,
- Gesundheit und Sozialwesen, Seite 189–200,
- Haushalt, Spareinlagen und Versicherung, Seite 201–204,
- Stadtbezirksübersichten, Seite 205–238,
- Bezirksvergleiche, Seite 243–267.

In den jeweiligen Abschnitten waren insgesamt 27 Abbildungen enthalten. Gegenüber der 1963 erschienenen Veröffentlichung war der Umfang um ein Viertel gekürzt und grundsätzlich neu gegliedert. Neu eingefügte bzw. separat ausgewiesene Abschnitte waren Sport und Erholung und die Stadtbezirksübersichten. 1982 wurden die Veröffentlichungen der Statistischen Jahrbücher in allen Bezirksstellen eingestellt. Sicherlich führte Ressourcenmangel, ableitbar aus der sich im Zeitverlauf verschlechternden Druck- und Papierqualität, zu diesem Schritt. In den Statistischen Jahrbüchern der Deutschen Demokratischen Republik wurden stets umfangreiche Statistiken zu den einzelnen Bezirken veröffentlicht.

Vergleich der Statistischen Jahrbücher Berlin-West – Berlin-Ost

Für den Vergleich der beiden Statistischen Jahrbücher wurde der Jahrgang 1975 ausgewählt, weil zu diesem Zeitpunkt die Entwicklung des Fachprogrammes in beiden Statistischen Ämtern gefestigt und somit ein relativ stabiler Zustand, der sich in beiden Veröffentlichungsreihen widerspiegelt, geschaffen war. Letztlich ist die Wahl genau des Jahrganges 1975 mit den 1974er Statistiken zufällig.

Abb. 9 Statistische Jahrbücher 1975 Berlin-West und Berlin-Ost



Es fällt bei beiden Jahrbüchern schon allein die äußere Aufmachung auf: zum einen ein gelber Plaste- und zum anderen ein weißer Papiereinband, ebenso die Heftung – Leim gegen Klammer – und nicht zuletzt der Umfang, 455 bzw. 247 Seiten statistische Informationen. Natürlich sind die Titel auch unterschiedlich – Statistisches Landesamt Berlin, Statistisches Jahrbuch 1975 und Statistisches Jahrbuch 1975, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin. Sogar das Berliner Wappen war unterschiedlich gestaltet. Insgesamt hat das Berlin-Ost-Jahrbuch 60% der Seiten des Berlin-West-Jahrbuchumfanges. Bei der Anzahl der Tabellen beträgt das Ost-West-Verhältnis 225 zu 844, mithin 0,27 : 1 oder etwa ein Viertel Berlin-Ost/Berlin-West.

Schwieriger gestaltet sich dann der inhaltliche Vergleich, er beschränkt sich auf die einzelnen Bezeichnungen und den Umfang der Kapitel. Bei 11 Kapiteln, die in der Berlin-West-Statistik 249 Seiten und in der Berlin-Ost-Statistik 174 Seiten beinhalten, kann in etwa eine inhaltliche Gleichläufigkeit, die sich natürlich im Detail stärker unterscheiden wird, erkannt werden. „Bei Vergleichen mit den Zahlen für Berlin (West) ist zu beachten, daß die Statistik der DDR teilweise andere Bezeichnungen und Gruppierungen als die der Bundesrepublik einschl. Berlin (West) benutzt und daß auch hinter gleichen Bezeichnungen andere Begriffe stehen können. Aus Platzgründen muß hier auf eine Erklärung der begrifflichen Unterschiede verzichtet werden. Sie ist im Sonderheft 94 der Berliner Statistik zu finden (...).“¹⁰

Bei 15 Berlin-West-Kapiteln auf 206 Seiten und 7 Berlin-Ost-Kapiteln mit 97 Seiten kann keine Übereinstimmung erkannt werden.

Auf eine Auszählung der einzelnen Merkmale mußte aus verständlichen Gründen verzichtet werden, diese wäre aber nicht minder interessant.

Die wiedervereinigte Berliner Statistik (1990 bis 2007)

Statistisches Jahrbuch Berlin (Ost) 1990

In einer Auflage von 1000 Exemplaren, mit dem Redaktionsschluss 31. Juli 1991 – einem Monat nach der Währungsunion –, wurde dieses Nachschlagwerk vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegeben. Im Vorwort wurden die Ziele genannt: „(...) um die Gesamtsituation in Berlin (Ost), d.h. die gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale sowie ökologische Situation besser zu verstehen, (...) um Schlußfolgerungen für die künftige Entwicklung in diesem Teil Berlins schnell und vielfältig reifen zu lassen“.

Inhalt und Umfang der Statistiken entsprechen im Wesentlichen dem letzten Jahrbuch aus 1982. Neu sind die Abschnitte „Umweltschutz“ mit 8 Seiten, „Wahlen“ mit 6 Seiten und „Rechtspflege“ mit 5 Seiten. Entfallen lassen hatte man die nicht mehr zeitgemäßen Abschnitte „Volksvertretung und gesellschaftliche Organisationen“ sowie die DDR-Bezirksvergleiche und Berliner Stadtbezirksübersichten.

Im September 1990 erschien als „Manuskriptdruck ein Sozialreport Ost-Berlin – Daten und Fakten zur sozialen Lage. Herausgegeben vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften und vom Statistischen Amt der Stadt Berlin“. In 16 Kapiteln wurde im Stil eines Statistischen Jahrbuches von „Ost-Berlin und seinem Umland, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalte, Umwelt, Verkehr, Bildung, Kultur, Kriminalität (einschließlich Drogen- und Alkoholabhängige), Kirchen und Wahlen“ berichtet. Es erfolgte also schon eine Orientierung auf das bundesdeutsche Fachprogramm.

¹⁰ Statistisches Jahrbuch 1975, Statistisches Landesamt Berlin, Kulturbuch-Verlag, S. 2.

Statistisches Jahrbuch 1993

Im Impressum dieses Jahrbuches stand erstmalig: „Bemerkungen: Die Angaben gelten, wenn nicht anders vermerkt ist, für ganz Berlin“. Damit war nun auch aus den Jahrbüchern ersichtlich, dass die Wiedervereinigung der beiden Berliner Statistikämter vollzogen war. In der vorangestellten Übersicht waren die Zahlen von 1990 bis 1992 – allerdings mit häufig fehlenden Berlin-Ost-Werten bis 1991 – wiedergegeben. Insgesamt betrug der Umfang 481 Seiten. Er sollte sich mit den folgenden Jahrbüchern nochmals nicht unbeträchtlich erweitern. Beispielsweise war im darauf folgenden Jahr 1994 bereits ein Umfang von 635 Seiten erreicht. Es wurden „Ergebnisse von EU-, Bundes-, koordinierten Länder-, Landes- und Kommunalstatistiken veröffentlicht, die das Statistische Landesamt durchgeführt hat. Sie werden ergänzt durch Angaben anderer Stelle“. Im Einzelnen waren 23 Kapitel mit den folgenden Inhalten vorhanden:

- Zusammenfassende Übersichten, Seite 17–23,
- Berlin nach Bezirken Übersichtskarte, Seite 24,
- Allgemeine Angaben, Seite 25–32,
- Gebiet und Bevölkerung, Seite 33–100,
- Bevölkerungsbewegung, Seite 101–116,
- Gesundheitswesen, Seite 117–141,
- Unterricht, Bildung und Kultur, Seite 142–196,
- Religionsgemeinschaften, Seite 197–198,
- Rechtspflege, öffentliche Sicherheit, Seite 199–217,
- Wahlen, Seite 218–229,
- Erwerbstätigkeit, Seite 230–245,
- Wirtschaft und Berufsverbände, Seite 246–247,
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Seite 248–265,
- Unternehmen und Arbeitsstätten, Seite 268–282,
- Produzierendes Gewerbe und Handwerk, Seite 283–329,
- Bautätigkeit und Wohnungen, Seite 230–355,
- Handel und Gastgewerbe, Seite 356–387,
- Verkehr, Seite 388–415,
- Geld und Kredit, Seite 416–424,
- Öffentliche Sozialleistungen, Seite 425–459,
- Öffentliche Finanzen, Seite 460–486,
- Preise, Seite 487–505,
- Löhne und Gehälter, Seite 506–531,
- Versorgung und Verbrauch, Seite 532–539,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Seite 540–555,
- Umweltschutz, Seite 556–481.

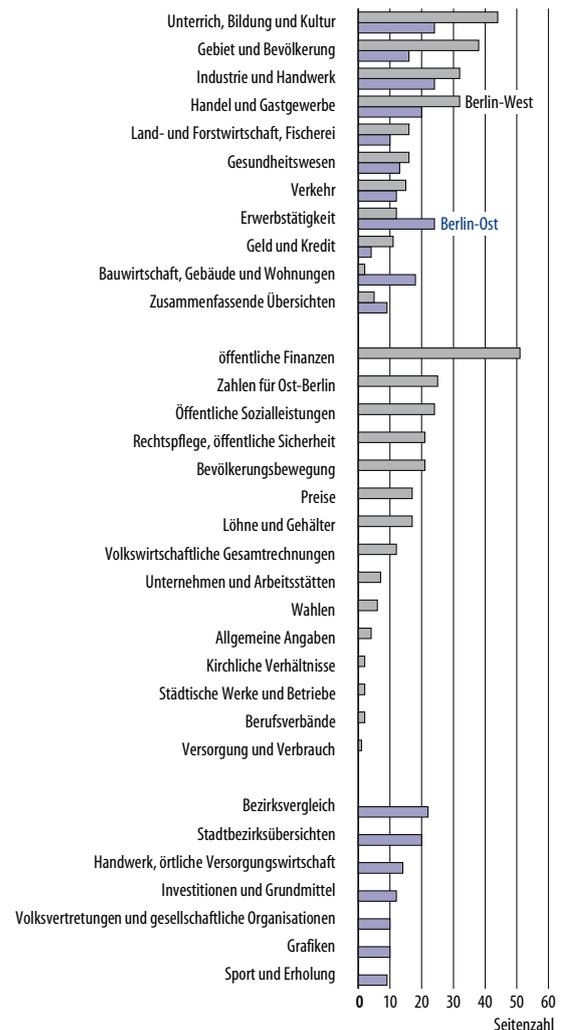
Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007 bis heute)

Statistisches Jahrbuch Berlin 2011

Das vorerst letzte Statistische Jahrbuch ist das von 2011, in 23 Abschnitten auf 561 Seiten. Seit 2008 sind zwischen den Statistischen Jahrbüchern Berlins und Brandenburgs „Bezüge durch Querverweise hergestellt,“ sodass man die Region Berlin-Brandenburg in ihrer Gesamtheit besser erfassen kann. Beide Jahrbücher erscheinen zeitgleich und haben sich seit der Bildung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg am 1. Januar 2007 inhaltlich und gestalterisch immer mehr angenähert:

- Allgemeine Vorbemerkungen, Seite 8,
- Geografische und meteorologische Angaben, Seite 9–16,
- Gebiet und Bevölkerung, Seite 17–66,

Abb. 10 Inhaltlicher Vergleich der Statistischen Jahrbücher Berlin-West und Berlin-Ost 1975



- Erwerbstätigkeit, Seite 67–92,
- Wahlen, Seite 93–107,
- Bildung und Kultur, Seite 108–174,
- öffentliche Sozialleistungen, Seite 175–216,
- Gesundheitswesen, Seite 217–246,
- Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Seite 247–270,
- Bautätigkeit und Wohnen, Seite 271–286,
- Umwelt, Seite 287–324,
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Seite 325–338,
- Produzierendes Gewerbe und Handwerk, Seite 339–362,
- Handel, Gastgewerbe und Tourismus, Seite 363–372,
- Verkehr, Seite 373–386,
- Dienstleistungen, Seite 387–392,
- Aus- und Einfuhr, Seite 393–404,
- Unternehmen und Arbeitsstätten, Seite 405–422,
- Preise, Seite 423–438,
- Verdienste und Arbeitskosten, Seite 439–466,
- Einkommen und Ausgaben privater Haushalte, Seite 467–486,
- Öffentliche Finanzen und Steuern, Seite 487–516,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Seite 517–542,
- Großstadtvergleich, Seite 543–546,
- Anhang, Seite 547–554,
- Sachregister, Seite 555–561.

Das Fachprogramm und die gesellschaftlichen Veränderungen

Zweifelsohne erfolgten durch die beiden Weltkriege und verursacht durch die Berliner Teilung/Wiedervereinigung die wichtigsten politischen Veränderungen – sie nahmen fraglos wesentlichen Einfluss auch auf das Fachprogramm der amtlichen Statistik. Ein herausragender Einfluss war schon allein durch die starke Begrenzung der menschlichen und materiellen Ressourcen und durch die teilweise Veränderung der inhaltlichen Schwerpunkte infolge der beiden Kriege gegeben. Aber auch die Veränderungen infolge der Teilung, weniger bei der Wiedervereinigung, führten zu einer Überprüfung und damit einhergehenden teilweisen Veränderung der Programme. Fast unmerklich blieb hingegen der Einfluss der politischen Machthaber auf die Inhalte der statistischen Erhebungen und ihrer Darstellung in den Jahrbüchern.

So klagten die Direktoren in den jeweiligen Vorworten über diverse materielle und organisatorische Schwierigkeiten. Was auch dazu führte, dass mehrere Jahrgänge der Statistischen Jahrbücher zusammengefasst werden mussten, gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang erschienen, die Seitenzahl entwickelte sich demzufolge stark schwankend.

Insgesamt wurde der Umfang der Statistiken beständig erweitert, was sicherlich auf das stark steigende Informationsbedürfnis sich erweiternder Interessentenkreise und mit dem steigenden Bedarf an zuverlässigen Zahlen zurückzuführen ist.

Als relativ konstant ziehen sich durch die 150-jährige Geschichte der Berliner Statistik die Abschnitte

- Bevölkerung,
- Rechtspflege,
- Geografische und meteorologische Angaben,
- Soziales und
- Wahlen,

wobei beständige Erweiterungen des Erhebungsumfanges die Regel sind – ausgenommen natürlich die Kriegszeiten.

Wesentliche inhaltliche Veränderungen erfuhren hingegen die Abschnitte

- Unternehmen und Gesamtwirtschaft,
- Bau,
- Religion,
- Öffentliche Aufgaben,
- Geld- und Kreditwesen und
- Versicherungen.

Bemerkenswert ist hierbei, dass einige Abschnitte im Laufe der Zeit weitestgehend verschwanden – Religion, Geld und Kreditwesen und Versicherungen –, auch weil sie durch andere Institutionen übernommen wurden bzw. weil sie seit Beginn der Erfassung Sekundärerhebungen waren. Andere hingegen expandierten teilweise sehr stark und mussten dabei auch mehrfach konzeptionell verändert werden – Unternehmen, Gesamtwirtschaft, öffentliche Aufgaben. Diese Abschnitte, die sich um die heutigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gruppieren, haben sicherlich die größten Veränderungen erfahren, unter anderem deshalb, weil sie für die Konjunkturbeobachtung immer mehr Bedeutung erlangten.

Abb. 10 Statistische Jahrbücher 2011 Berlin und Brandenburg



Versuch einer Zusammenfassung

Bei einem Vergleich der Inhalte der Statistischen Jahrbücher über einen Zeitraum von mehr als 150 Jahren ist Folgendes erkennbar:

- Die allgemeinen Anforderungen – zuletzt im § 1 des Bundesstatistikgesetzes¹¹ formuliert – an die amtliche Statistik haben sich im Laufe der Entwicklung nicht wesentlich verändert. Allerdings ist eine deutliche Abkehr vom Herrschaftswissen der „Wilhelminischen Zeit“ und der DDR-Zeit und die Hinwendung zu einer transparenten Behörde erfolgt.
- Der Umfang der statistischen Erhebungen hat sich im Laufe der Zeit sehr vergrößert.
- Von ursprünglich bei anderen Ämtern erfragten, dann zusammengefasst und kommentierten, Daten wurde zu einem straff organisierten und gesetzlich angeordneten Erhebungsprogramm, das immer mehr internationale Vereinheitlichung erfuhr, übergegangen.
- Relativ zeitig (im Zeitraum 1900 bis 1903) wurde die Kommentierung der veröffentlichten Tabellen aufgegeben, um die Daten aktueller anbieten zu können. Ebenso ging man 20 Jahre später dazu über, den jeweiligen Nutzern gesonderte, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene, Berichte unterhalb der jährlichen Periodizität eines Jahrbuches bereitzustellen.
- Zwar führten im betrachteten Zeitraum die drei kriegerischen Ereignisse zu einer Umfangs-Vermin-derung der Daten, nicht aber zu wesentlichen Veränderungen der fachlichen Inhalte. Die während des 2. Weltkrieges aufgetretenen umfangreichen Datenverluste konnten durch das „Engagement der Beschäftigten“ und durch eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Berliner Verwaltungen im Westteil der Stadt ausgeglichen werden.
- Politische Entscheidungen (zu Territorien, Verwaltungen, Gesetzesänderungen, u. a.) haben seit Beginn der statistischen Erhebungen die Vergleichbarkeit der „langen Reihen“ wesentlich beeinflusst. Schon frühzeitig ist die Rede davon, dass die Statistik durch meist fiskalische Eingriffe „schwer geschädigt und verwirrt worden ist“. Ebenso sind Auseinandersetzungen zur Frage der journalistisch-volkstümlichen und damit unexakten Darstellung statistischer Sachverhalte und Daten überliefert.
- Einzelne Persönlichkeiten vermochten insbesondere in den Anfangszeiten der amtlichen Statistik im 19. Jahrhundert die statistische Arbeit zu beschleunigen und ihr somit wesentlich Impulse zu geben, weil sie die erkannten Probleme – auch aufgrund ihrer lange gesammelten Erfahrungen – konsequent umsetzten.
- Letztlich ist das statistische Fachprogramm durch die Informationsbedürfnisse der Nutzer bestimmt, es ändert sich allerdings nur allmählich. Die Grundbedürfnisse der Menschen – Wohnen, Ernährung, Arbeit und daraus abgeleitet die Bevölkerungsstatistik zeichnen sich durch eine hohe Bedeutung und Kontinuität aus.

¹¹ Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I, S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I, S. 2246) geändert worden ist.

Autor: *Jürgen Hübner*

Volkszählungen in Berlin seit Bestehen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin

berliner statistik **150**
jahre

In diesem Jahr (2012) besteht die amtliche Statistik von Berlin 150 Jahre. Da die praktische Durchführung von Volkszählungen (VZ) ein wichtiges Tätigkeitsfeld der städtischen Statistik war und ist – die praktischen Arbeiten für den Zensus 2011 dauern in diesem Jahr noch an – erscheint es angebracht, in diesem Heft auf die Geschichte der Volkszählungen in Berlin einzugehen. In dieser spiegelt sich die wechselvolle Geschichte der Stadt und ihrer amtlichen Statistik wie in einem Brennglas. Die Volkszählungen waren durchgehend staatliche Aufgaben, also solche des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, an deren Durchführung die Länder- und Gemeindeebene beteiligt wurde. In diesem Beitrag stehen die Berliner Beteiligung daran und ggf. auch Berliner Besonderheiten im Mittelpunkt der Darstellung.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin war seit seiner Gründung im Jahr 1862 an der praktischen Durchführung der reichs- und später bundesweiten Großzählungen wesentlich beteiligt. Auf die wechselvolle Organisationsgeschichte der amtlichen Statistik in Berlin wird im ersten Beitrag in diesem Heft eingegangen. Hier ist nur darauf hinzuweisen, dass die Stadt Berlin bis zur Bildung von Groß-Berlin im Jahre 1920 wesentlich kleiner war als danach. Dementsprechend war auch das räumliche Tätigkeitsfeld der amtlichen Statistik auf das später Alt-Berlin genannte Gebiet begrenzt. Allerdings gab es seit der Zeit um 1900 eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden, die aber zu keinen gemeinsamen Statistiken führte.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin war für die Reichszählungen bis zum Zweiten Weltkrieg tätig, auch noch 1946 für die gemeinsame Volkszählung in allen vier Besatzungszonen und Sektoren Berlins. Nach der politischen Teilung Deutschlands und Berlins im Jahre 1948 wurden die Großzählungen seit 1950 getrennt in West und Ost durchgeführt (übrigens noch inoffiziell in Teilen abgestimmt) – und zwar von den jeweiligen Statistischen Ämtern für die beiden Teile Berlins. Nach den grundlegenden politischen Festlegungen der frühen fünfziger Jahre wurde der westliche Teil der Berliner Statistik 1951 zum „Statistischen Landesamt Berlin“ (im Sinne eines Landesamtes in der Bundesrepublik Deutschland) und der östliche Teil der Berliner Statistik 1960 zur „Bezirksstelle Berlin“ der zentralstaatlichen Statistik der DDR. Von beiden Einrichtungen wurden die jeweiligen Großzählungen ihrer Gesamtgebiete bis zur politischen Wende 1989/90 durchgeführt.

In diesem Beitrag werden vier historische Perioden betrachtet:

- die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg,
- die Zwischenkriegszeit,
- die Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der Teilung Deutschlands (1990) und
- die Zeit nach der Wende.

Der Begriff Volkszählungen wird sowohl für eine demographische Zählung im engeren Sinn verwendet als auch für die Gesamtheit der Großzählungen, wovon hier verstanden werden:

- Volkszählungen i. e. S.,
- Volks- und Berufszählungen,
- Gewerbe- bzw. Arbeitsstättenzählungen,
- Gebäude- und Wohnungszählungen.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Volkszählungen i. e. S. und die Volks- und Berufszählungen; auf die anderen wird nur eingegangen, um den jeweiligen Kontext zu verdeutlichen. Ein knapper Gesamtüberblick über die o. g. Großzählungen seit der Reichsgründung vor fast anderthalb Jahrhunderten wird in Abbildung 1 gezeigt. Der Überblick über die separaten Entwicklungen in der BRD und der DDR wird weiter unten gegeben.

Mit der ersten gesamtdeutschen Volkszählung im Jahre 1867 war das erste System der modernen Volkszählung entstanden. Einheitliche Vorschriften für die Durchführung und Auswertung der Volkszählungen wurden allerdings erst mit der Reichsgründung 1871 geschaffen.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches fanden erstmals 1871, seit 1875 regelmäßig alle fünf Jahre Volkszählungen statt, zuletzt 1910. Aus rechtlich-politischen Gründen, die mit der Finanzverfassung des Reiches zusammenhingen, wurden die Volkszählungen jeweils zum Stichtag 31. Dezember durchgeführt. Nach der Zählung von 1910 gab es infolge des Ersten Weltkrieges bis 1933 lediglich eine reguläre Volkszählung im Jahre 1925. Die in den Jahren 1916, 1917 und 1919 durchgeführten Volkszählungen dienten fast ausschließlich militärischen und rüstungswirtschaftlichen Zwecken, sodass sie kaum bevölkerungsstatistischen Wert besitzen.

Neben und ganz unabhängig von den fünfjährigen Volkszählungen wurden seit 1882 in unregelmäßigen Abständen selbstständige Berufszählungen durchgeführt, kombiniert mit Gewerbe- bzw. seit 1939 Arbeitsstättenzählungen, meist auch mit Landwirtschaftszählungen, um ein umfassendes statistisches Bild der Bevölkerung und der Wirtschaft zu gewinnen. Seit der Zwischenkriegszeit fanden

gleichzeitig auch Volkszählungen, meist auch Gebäude- und Wohnungszählungen, statt. Derartige Großzählungen wurden mit mehr oder minder großen Zeitabständen während der Zeit des Deutschen Reiches (1871–1945) und der Bundesrepublik Deutschland (1948–1990) durchgeführt.

Die erste Folge von Volks- und Berufszählungen sowie Arbeitsstättenzählungen im Deutschen Reich fand in den Jahren 1882, 1895 und 1907 statt, die zweite in den Jahren 1925, 1933 und 1939.

Gegenstand des folgenden Beitrages bzw. der Dokumentation sind wesentliche Aspekte der Erhebung, Erfassung, Verarbeitung und Veröffentlichung der Daten in den jeweiligen Zählungen:

- die rechtlichen Grundlagen und die Rolle der Einwohnerregister und anderer Register,
- die Erhebungsorganisation und die Erhebungsdokumente,
- die Veröffentlichung der Ergebnisse.

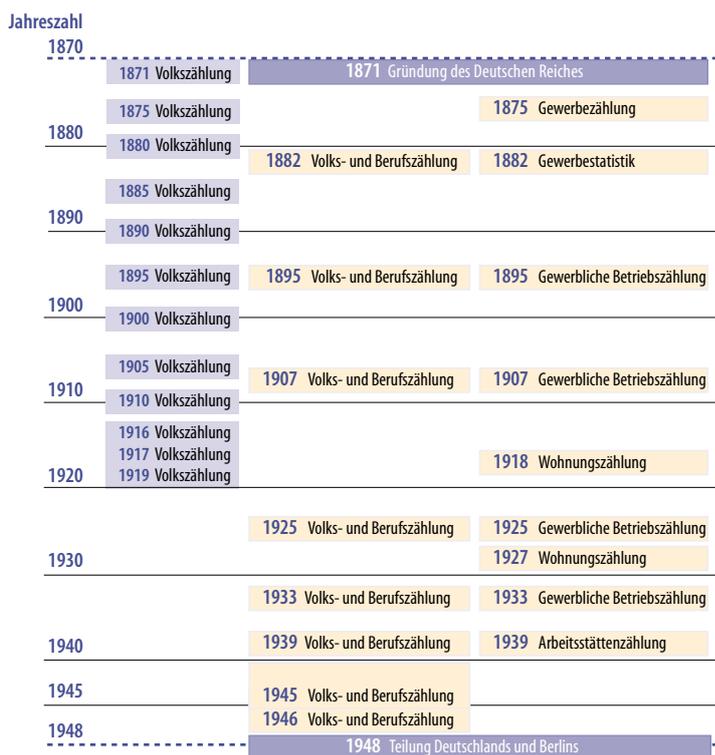
Eine ausführliche Darstellung der in den Volkszählungen erhobenen Merkmale findet sich in [1]. Auf die Technik der Datenerfassung und -verarbeitung wird gesondert eingegangen.

Da die praktische Beteiligung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin an diesen Zählungen in den drei bislang erschienenen Jubiläumsbänden ([2], [3], [4]) ausführlich beschrieben wurde, werden im Folgenden die entsprechenden Teile aus den drei Bänden für die Zählungen bis 1939 wiedergegeben. In dem Jubiläumsband 1961 wird das Zählungsjahr 1950 kaum erwähnt, 1961 sehr knapp. Deshalb wird die Darstellung mit Auszügen aus der Monatsschrift „Berliner Statistik“ für die folgenden Zählungen bis 1987 fortgesetzt. Für den Ostteil Berlins bzw. die DDR ist in vergleichbarer Weise verfahren worden. Eine eigenständige, darüber hinausgehende Darstellung hätte ein eigenes Quellenstudium erfordert, das nicht möglich, aber auch nicht erforderlich war, weil der Stoff in den vorhandenen Texten adäquat aufgearbeitet ist. Als geschichtliche Dokumente sind die Zitate weitgehend im Original wiedergegeben.

Volkszählungen bis zum Ersten Weltkrieg

Die erste Volkszählung für das Deutsche Reich fand im Jahre 1871 statt. Die Darstellung in diesem Teil beschränkt sich auf die Berliner Beteiligung an dieser und den folgenden reichsweiten Großzählungen. Die eigenen Berliner Zählungen (und Erweiterungen der reichsweiten Zählungen), in welchen vielfach neue Konzepte und Praktiken zur Erfassung der sich in der Industrialisierung entfaltenden neuen sozialen Verhältnisse und Problemlagen entwickelt wurden, die auch wegweisende Beispiele für andere Länder und Staaten gaben, sind in der angegebenen Literatur ausführlich gewürdigt. Es ist hier dennoch auf

Abb.1 Überblick der Volkszählungen im Deutschen Reich



die Vorgeschichte der Berliner Volkszählungen einzugehen, die bis zur Gründungsphase des Amtes zurückreicht und die für die spätere Ausgestaltung der Reichszählungen erhebliche Bedeutung hat.

„Den Bemühungen des (...) Stadtverordneten Dr. S. Neumann ist es zu danken, wenn bei der (...) Volkszählung von 1861 die kommunale Mitwirkung mehr als bisher in den Vordergrund trat, wie er es auch war, der den Weg zur Ausnutzung der Zählungsmaterialien für kommunale Zwecke zeigte und eine noch heute (...) mustergültige Wohnungs- und Haushaltungsstatistik schuf mit allen Unterscheidungen, deren die moderne hygienische und sozialpolitische Forschung für ihre Zwecke bedarf.“ ([2], S. 27)

„In der Grundstücks-Kontrollliste zu der polizeilichen Haushaltungsurliste, in welche jede zur Haushaltung gehörige Person einzutragen war, schuf Neumann die Grundlage für eine besondere Kommunalstatistik der Bevölkerung wie der Wohnungen, und sein klassischer Bericht über die Berliner Volkszählung vom 3. Dezember 1861 ist als der Ausgangspunkt aller späteren im Laufe der Jahrzehnte vom städtischen Statistischen Amt vorgenommenen Untersuchungen zur Grundstücks- und Wohnungstatistik anzusehen. Auch die folgende Volkszählung von 1864, die wiederum »auf der populären Grundlage der freiwilligen und gemeinnützigen Mitwirkung der Einwohnerschaft« unter der gemeinschaftlichen Leitung des Königlichen Polizeipräsidiiums und der Kommunal-Behörde ausgeführt worden ist, wurde wesentlich von Neumann ohne jede Mitwirkung des damals schon bestehenden städtischen Statistischen Bureaus geleitet, und wieder war es Neumann, der auch diesmal die eingehende, textlich wie tabellarisch mustergültige Bearbeitung der Ergebnisse ausführte.“ ([2], S. 27 f.)

„Wenige Jahre nach seiner Gründung, im Jahre 1867, erwuchs dem Statistischen Büro allerdings eine besondere Aufgabe in der Durchführung einer Volkszählung. In Berlin hatte erstmals im Jahre 1810 eine Volkszählung stattgefunden. Während der folgenden Jahrzehnte wurden statt durch eigentliche Zählungen die Bevölkerungszahlen durch Fortschreibung auf Grund der bei den Polizeirevieren vorhandenen Unterlagen über Geburt und Tod, Zuzug und Fortzug ermittelt. Eine eigentliche Zählung fand erst wieder im Jahre 1843 statt; weitere folgten in den Jahren 1846, 1855, 1861 und 1864. Die Durchführung und Bearbeitung lag in allen Fällen in der Hand der Polizei; nur bei der Durchführung der letzten beiden Zählungen hatte die Stadtverwaltung mitgewirkt.“ ([3], S. 31)

Die Volkszählung am 3. Dezember 1867

„Bei der Volkszählung am 3. Dezember 1867 wirkte erstmals das Statistische Bureau mit (...). Da sich die bei den vorangegangenen Zählungen in Berlin eingeführten Neuerungen bewährt hatten, bediente man sich auch jetzt wieder der ehrenamtlichen Zählungsrevisoren usw.; diesmal wurden annähernd 8500 Ehrenämter vergeben, darunter waren allein 6685 Zählungsrevisoren, die abermals ohne besondere Schwierigkeiten für diese Aufgabe gewonnen werden konnten. Ebenfalls hielt man am Grundsatz der Selbsteintragung durch die Haushaltsvorstände fest. Aber diese Erhebung unterschied sich doch in mancher Hinsicht von den früher durchgeführten Volkszählungen. Zunächst waren die Spannungen, die auf die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Gemeindebehörden und dem Polizeipräsidium bisher oft nachteilig eingewirkt hatten, geringer geworden, sodass nun nicht nur bei der Durchführung der Zählung, sondern auch bei der Bearbeitung der Ergebnisse ein engerer Kontakt zwischen den genannten Stellen zustande kam. Zum erstenmal stellte das Statistische Bureau die von der Staatsregierung verlangten Tabellen auf; diese Arbeit war bis dahin vom Polizeipräsidium erledigt worden. Da diese Ergebnisse aber wieder nicht die gemeindlichen Bedürfnisse befriedigten, wurde das Zählungsmaterial nach Ablieferung der »staatlichen« Tabellen für die lokalen Zwecke noch einmal verarbeitet. ([4], S. 37) Hierbei wurde auf die Möglichkeit Rücksicht genommen, die neu zu erstellenden Tabellen mit den Ergebnissen der Zählung von 1864 zu vergleichen, insbesondere mit den ausführlichen wohnungsstatistischen Angaben. Außerdem wurde Wert auf die Ausweisung bevölkerungsstatistischer Daten gelegt. Einen Fortschritt bedeutete hier die vollständige Erfassung der ortsanwesenden Bevölkerung. Das Verfahren der Zählung der Militärbevölkerung wurde verbessert: jetzt wurde nicht wie bisher die gesamte Militärbevölkerung von der Zählung durch die Ortsbehörden ausgeschlossen, sondern nur noch der Teil dieses Personenkreises, der in von der Militärverwaltung ressortierenden Gebäuden wohnte. Damit fiel die grundsätzliche Trennung der Militärbevölkerung von der Zivilbevölkerung fort. Von den 1867 gezählten rund 700000 Einwohnern Berlins gehörten immerhin 22000 zur Militärbevölkerung, davon waren 18500 aktive Militärpersonen und 3500 Angehörige. Ferner wurden Tabellen zusammengestellt, die einen

Einblick in die Gliederung der Erwerbstätigen nach Berufs- und Erwerbsklassen vermitteln sollten.

Die Angaben der Haushaltslisten wurden auf einzelne für je eine Person bestimmte Zählblättchen, die sogenannten Zählungskarten, übertragen, und mit deren Hilfe wurden nach entsprechender Sortierung die Tabellen erstellt.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1867 wurden von Schwabe bearbeitet und erschienen mit einem »Bericht der städtischen Volkszählungs-Commission über die Ausführung der Zählung« sowie einer Sammlung von 24 graphischen Darstellungen, die Schwabe in seiner Vorrede als eine nicht unwesentliche Erweiterung des Berichts bezeichnet. Er fügte hinzu, dass sie zu Detailstudien anregen, die Statistik populärer machen und ihr eine ästhetische Färbung geben sollten. Er stellte sogar den Programmpunkt der nächsten Tagung des Internationalen Statistischen Kongresses, »La méthode graphique dans la statistique est éminemment propre a populariser et a vulgariser la science«, diesem Ergebnisband voran.

Der dreijährige Turnus, in dem die Volkszählungen vorgenommen worden waren, wurde durch den Krieg von 1870/71 zerstört. Aber noch in dem Jahre, in dem der Frieden geschlossen wurde, führte man die erste Nachkriegsbestandsaufnahme der Bevölkerung durch. Im übrigen war man nach der Reichsgründung nicht mehr in dem Maße an die Innehaltung des alten Turnus gebunden, entfielen doch nun die erwähnten finanzpolitischen Rücksichten im Hinblick auf den Anteil Preußens an den Zollvereinseinnahmen.“ ([4], S. 38)

Die Volkszählung am 1. Dezember 1871

„Auch die folgende Volkszählung vom 1. Dezember 1871, die erste nach Begründung des Reiches, wurde noch von Schwabe durchgeführt und bearbeitet. Sie besitzt in erhebungstechnischer Hinsicht eine besondere Bedeutung durch die in Preußen zum ersten Mal zur Anwendung gelangte Individual-Zählkarte anstatt der Haushaltsliste von 1867. Noch früher bestand in Preußen die Urliste für die einzelnen Grundstücke, die nur in Berlin mit Rücksicht auf die Selbstzählung durch die Haushaltsvorstände schon 1861 durch die Haushaltsurliste und die schon erwähnte »Grundstücks-Controlliste« ersetzt wurde.“ ([2], S. 29)

„Beim Zählgeschäft wirkten auch diesmal ehrenamtliche Kräfte mit, und zwar 7000 Zählungsrevisoren und 2000 Distriktskommissare. (...) Das Fragenprogramm wies abermals einige Erweiterungen gegenüber den vorangegangenen Zählungen auf. So wurde auf der Grundstückskarte zusätzlich nach den bebauten Grundstücken mit Garten gefragt. Weitere neue Fragen betrafen den Geburtsort und die Dauer der Anwesenheit der Bevölkerung sowie den Schulbesuch. Wiederum beschäftigte man sich eingehend mit den Wohnungen. Auf einer besonderen Karte für die Wohnverhältnisse wurde u.a. nach den nicht heizbaren Zimmern, nach den Wohnungen mit WC und nach solchen mit Geschäftsräumen gefragt. Der Begriff Haushalt wurde neu festgelegt: die Haushaltung war nun nicht mehr mit Wohngemeinschaft oder Wohnungsgenossenschaft im weiteren Sinne, die alle in einer direkt ermietheten

Wohnung wohnenden Personen umfaßt, identisch, vielmehr wurden jetzt z.B. Haushalte, die zu zweit oder zu mehreren in einer Wohnung lebten, gesondert als solche gezählt. Außerdem galten einzeln lebende selbständige Personen, die eine besondere Wohnung innehatten und eine eigene Hauswirtschaft führten, ebenfalls als Haushaltung.“ ([4], S. 40)

„Unter dem Titel »Die Königliche Haupt- und Residenzstadt Berlin in ihren Bevölkerungs-, Berufs-, und Wohnungsverhältnissen, Resultate der Volkszählung, Volksbeschreibung vom 1. Dezember 1871« erschien Schwabes Bericht im Jahre 1874, wenige Monate vor seinem Tode.“ ([2], S. 29)

Die Volkszählungen von 1875 bis 1900

„Diese Volkszählung [von 1875] war die zweite nach der Gründung des Kaiserreichs und fand im ganzen Deutschen Reich statt. Auf Grund eines Beschlusses des Bundesrates wurde u.a. bestimmt, daß die ortsanwesende und die Wohnbevölkerung ermittelt werden sollten. Für Preußen gaben das Ministerium des Innern und das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Anweisungen für die nachgeordneten Behörden heraus. Die »Instruktion für die Behörden« behandelte das Zählungsverfahren, die Zählungskommissionen, die Einteilung der Gemeindegebiete in Zählbezirke, die mit den freiwilligen Zählern zusammenhängenden Fragen sowie die Obliegenheiten und die Befugnisse der Ortsbehörden.“ ([4], S. 64)

„Für die Bearbeitung der Volkszählung wurde vom Statistischen Bureau eine besondere Abteilung gebildet, die in einer im Heiligegeist-Hospital gelegenen Wohnung untergebracht war. Sie begann ihre Arbeiten mit sechs Hilfskräften, deren Zahl später auf 39 stieg. Außerdem waren dort einige ständige Kräfte des Statistischen Bureaus in Überstunden tätig. Vorbereitend war eine regionale Einteilung des Stadtgebietes vorgenommen und Grundstücksverzeichnisse waren aus dem Mietsteuerkataster angefertigt worden.

Folgende Zählpapiere wurden benutzt:

- Haushaltsverzeichnis
- Zählkarte der Anwesenden
- Fragebogen über Gewerbebetriebe
- Kontrollliste
- Übersicht der allgemeinen Ergebnisse der Volkszählung nach Zählbezirken
- Wohnungskarte
- Grundstückskarte
- Polizeilicher Hauszettel
- Grundstücksverzeichnis für das Polizeirevier
- Anweisungen und sonstige Formulare

Zur Gewinnung der Zähler wurden den Bezirksvorstehern Listen zur Entgegennahme von Zählermeldungen zugesandt, außerdem erstreckte sich die Werbung auf 25 Staatsbehörden, die Gymnasien und die höheren Lehranstalten – zur Gewinnung der Lehrer – sowie auf die Bezirks- und sonstigen Vereine. (...) Insgesamt waren 2359 Distriktskommissare und 10350 Zählungsrevisoren tätig; auf einen Zählbezirk kamen durchschnittlich 1,7 Häuser mit 20,7 Haushaltungen und 93,6 Einwohnern.

Bei der Beschreibung der Durchführungsarbeiten wird erwähnt, daß das Statistische Bureau bei der

Zählung von 1875 das erste Mal versuchte, Arbeiten gegen Akkord verrichten zu lassen. So wurden zur Vervollständigung der Wohnungsangaben Recherchen vorgenommen, für die je 3 Pfennige gezahlt wurden.“ ([4], S. 65)

„Die Ergebnisse erschienen in 4 Heften, die umfangreiche textliche Ausführungen und Tabellenteile enthielten. Berlin hatte damals 964000 Einwohner. Im ersten Heft waren Angaben über Stand, Zunahme und Dichtigkeit der Bevölkerung, über Grundstücke und ihre Eigentümer, Sterblichkeit in den Häusern, Versorgungseinrichtungen, ferner über Haushalte, Wohnungen, Gebäude, Hausgärten und öffentliche Anlagen enthalten. Außerdem war diesem Heft ein Verzeichnis der bebauten Grundstücke beigegeben. Das zweite Heft umfaßte weitere Angaben über Wohnungen, ihren Mietwert, ihre Bewohner und Haushalte. Die Bevölkerung nach Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Konfession, Zuzugszeit und Geburtsland wurden im dritten und die Berufs- und Gewerbeverhältnisse im vierten Heft behandelt. Den Inhaltsverzeichnissen folgten die Bezeichnungen der Tabellen mit kurzgefaßten Hinweisen auf die Hauptergebnisse in französischer Sprache, vermutlich um den Vergleich mit ausländischen Zahlen zu erleichtern. Der Volkszählungsbericht von 1875 enthielt auch einige graphische Darstellungen.“ ([4], S. 65 f.)

„Der erste von Böckh herausgegebene Volkszählungsbericht (...) ist als Standardwerk in die Geschichte der Berliner Statistik eingegangen und war Jahrzehnte hindurch maßgebend für die Gestaltung der Veröffentlichungen von Zählungsergebnissen in der gesamten amtlichen Statistik. Tatsächlich hob sich dieses Werk in seinem Umfang und in seiner sachlichen Durcharbeitung von den bisherigen Veröffentlichungen dieser Art merklich ab, weil Böckh das gewonnene Zahlenmaterial mit einer bis dahin nicht erreichten Gründlichkeit, Vielseitigkeit und mit der ihm eigenen Gedankentiefe behandelte. Bezeichnend für diesen Band sind die mannigfaltigen, den Gegenstand nach verschiedenen Richtungen hin beleuchtenden Zahlenreihen, die Vergleiche und das Inbeziehungsetzen von Massen unter Anwendung der richtigen und wissenschaftlichen Methode und schließlich eine Tiefengliederung, die seinem Streben nach einer möglichst weitgehenden Durchdringung des Zahlenstoffs entsprach. Die Ergebnisse der Volkszählung wurden nicht als für sich in der Zeit hängende Zahlen hingenommen, sondern er brachte sie in Zusammenhang mit dem zeitlichen Ablauf des Geschehens, er untersuchte also, in welcher Art die erarbeiteten Zahlen vorhandene Entwicklungsreihen fortsetzten oder ob sich aus jenen Folgerungen für die künftige Gestaltung ergäben.“ ([4], S. 64)

„Durch das Zusammentreffen zweier Volkszählungen im Jahre 1895 wurde das Statistische Amt stark in Anspruch genommen: Am 14. Juni fand nämlich eine Berufszählung und am 2. Dezember die turnusmäßige Bevölkerungs- und Wohnungs-Aufnahme statt. Böckh meinte, die Berufszählung sei nicht weniger eine Volkszählung gewesen, immerhin sei die in Preußen seit 170 Jahren nicht dagewesene Tatsache, daß zwei Volkszählungen durchgeführt wurden, ein Zeichen wachsender Wertschätzung der Statistik, wenn auch gefragt werden müsse, ob die vermehr-

te Belästigung der Bevölkerung dem Nutzen entspreche. Bei der Berufszählung beschränkte sich die Arbeit des Amtes zwar auf die Richtigstellung der Zählungsmaterialien und auf die Ausführung einiger Nebenarbeiten, aber auch diese waren bedeutungsvoll genug, handelte es sich doch um die Auszählung der Entfernung der Wohnung von der Betriebsstätte und um eine nachträglich noch durch Recherchen erweiterte Statistik der Arbeitslosigkeit. Wieder richtete der Magistrat die Bitte an den Minister des Innern, ihm Zusatzfragen zu gestatten und ihm ferner den Druck der Formulare und die Bearbeitung des gesamten Materials gegen Kostenerstattung zu überlassen. Inhaltlich traten bei der Zählung von 1895 Vereinfachungen gegenüber der vorangegangenen dadurch ein, daß nur nach den Ortsanwesenden – und nicht nach den vorübergehend Abwesenden – gefragt wurde; außerdem fielen die Fragen nach der Stellung zum Haushaltsvorstand, nach der Geburtsgemeinde, der Muttersprache und der vorübergehenden Anwesenheit fort. Dagegen wurden die Fragen nach der Arbeitslosigkeit, der militärischen Ausbildung der Landsturmpflichtigen sowie nach den Blinden, den Taubstummen und den Geisteskranken gestellt.“ ([4], S. 66 f.)

„Mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 waren die Grundstücksaufnahme von Ende Oktober und die Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember verbunden. Die Planung und Durchführung dieser Erhebungen sowie ein Teil der Aufbereitung der Ergebnisse fielen noch in die Zeit der Böckhschen Amtsführung. Die abschließende Bearbeitung und die Herausgabe der Ergebnisberichte besorgte aber Böckhs Nachfolger. Zunächst erschienen die Ergebnisse der Grundstücks- und Wohnungsaufnahme, dann die der Bevölkerungsaufnahme, und zwar beide Bände mit den Zahlen für Berlin und für 23 Nachbargemeinden. Zum erstenmal waren auch für diese die Grundstücks- und Wohnungsverhältnisse ermittelt worden. Bei der Zählung von 1900 wurde insofern ein neuer Weg beschritten, als die Grundstückskarten in Berlin und in den Vororten zur Durchführung einer Vorerhebung einen Monat vor dem Termin der eigentlichen Zählung ausgegeben wurden. Neu waren in dem Band über die Grundstücks- und Wohnungsaufnahme z.B. die Angaben über die Ausstattung der Grundstücke mit WC, Gas und elektrischer Leitung sowie über besondere und gemeinschaftliche Klosetts und über den gleichzeitigen Verbrauch von Gas und Elektrizität. Demgegenüber wurden einige bisher übliche Fragen fortgelassen, auch die Haushalte mit Almosenempfängern usw. sowie mit Hausindustriellen und Heimarbeitern wurden diesmal nicht mehr ausgewiesen.“ ([4], S. 67)

Erstmaliger Einsatz der Hollerithschen elektrischen Zählmaschinen bei der Volkszählung 1910

„Silbergleit brachte zunächst die Ergebnisse der Volkszählung von 1905 heraus. Auch diese Erhebung, die noch unter Hirschbergs Amtsleitung durchgeführt wurde, war mit einer Grundstücksaufnahme sowie mit einer Wohnungsaufnahme verbunden. Wie bei der Volkszählung von 1900 führte eine größere Zahl von Vorortgemeinden – diesmal waren es 29 –

die Erhebungen in gleicher Weise wie Berlin durch. Auch Berliner Zusatzfragen wurden erneut gestellt, einige davon bezweckten, die damals besonders interessierenden Beziehungen zwischen Wohnort und Beschäftigungsort (Pendelwanderung) zu ermitteln.

Die Bevölkerung von Berlin wurde wieder mit der – seit 1885 regelmäßig erteilten – besonderen ministeriellen Genehmigung im Statistischen Amt der Stadt Berlin ausgezählt. Die Ergebnisse für die Vororte wurden dagegen im Preußischen Statistischen Landesamt aufbereitet. Die Wohnungs- und Grundstücksaufnahme für Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf bearbeiteten – wie bereits bei der Zählung von 1900 – die Statistischen Ämter dieser Städte, das Charlottenburger Amt übernahm außerdem die Aufbereitung des Materials dieser Erhebungen für die Gemeinden Grunewald, Schmargendorf und Friedenau.

Das erste Ergebnisheft brachte die Zahlen der Grundstücks- und der Wohnungsaufnahme, das zweite die der Bevölkerungsaufnahme. Die textlichen Erläuterungen waren im Vergleich zu denen der vorangegangenen Ergebnisbände weniger umfangreich. Neuartig war die Tabelle über die Berufsgliederung der Bevölkerung unter Berücksichtigung der Stellung der Selbsttätigen im Beruf und im Haushalt sowie der Wohnungsmieten. Der Ergebnisband der Zählungen von 1905 enthielt als wertvolle Beigaben einen Abriß über die Geschichte der Berliner Grundstücks- und Wohnungserhebungen mit synoptischen Darstellungen der Entwicklung dieser Aufnahmen seit 1861 sowie eine Darstellung der Geschichte der Berliner Volkszählungen.“ ([4], S. 78)

„Die Volkszählung am 1. Dezember 1910, der die Grundstücksaufnahme am 15. Oktober 1910 voranging und mit der die Aufnahme der bewohnten Wohnungen und der Haushalte verbunden war, wurde nach gleichen Gesichtspunkten in Berlin und 44 Nachbargemeinden durchgeführt. Bei der Aufbereitung der Ergebnisse wurde zum erstenmal in Berlin die Hollerithsche elektrische Zählmaschine benutzt, und zu diesem Zweck wurden besondere Maschinenkarten (Lochkarten) hergestellt. In den Übersichten der Grundstücksaufnahme wurden eingehendere Angaben als bisher über die Stadtteile gemacht, außerdem wurde die Berichterstattung auf die Art des Grundstückserwerbs (Kauf, Zuschlag bei Zwangsversteigerung usw.) und auf die Hauptbestimmung des Grundstücks ausgedehnt. Der Erhebungsbogen der Aufnahme der bewohnten Wohnungen und der Haushalte enthielt wieder eine Reihe von Berliner Zusatzfragen. Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen war der Zahlenstoff teilweise tiefer gegliedert. Als Merkmal der Wohnungsgröße wurde nicht mehr – wie bisher überwiegend – das heizbare Zimmer, sondern der Wohnraum verwendet; die Räume selbst wurden nach heizbaren, nicht heizbaren Zimmern, Küchen und sonstigen Räumen unterschieden. Die Wohnungen wurden auch nach Mietpreisklassen ausgewiesen. Die Ergebnisse dieser Bevölkerungsaufnahme erschienen infolge des Krieges erst im Jahre 1916. Hierbei wurden auch die Ernährungsverhältnisse der Säuglinge (Muttermilch, Ammenmilch, Flasche) besonders eingehend behandelt. Neu war u.a. die Bearbeitung der Frage des

Herkunftsorts in Verbindung mit der Zuzugszeit. Im Kriege fanden Volkszählungen am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917 statt, gegen Ende des Krieges, am 31. Mai 1918, wurde eine Reichswohnungszählung durchgeführt. Die Hauptergebnisse dieser Erhebungen erschienen in den »Ergänzungen« des Statistischen Jahrbuchs für 1915 bis 1919. Hier wurden auch einige summarische Ergebnisse der ersten Nachkriegserhebung, der Volkszählung am 8. Oktober 1919, veröffentlicht.

Das Statistische Amt führte ferner an jedem 1. Dezember die staatlichen Viehzählungen durch. Nach 12jähriger Unterbrechung wurde am 12. Juni 1907 wieder eine Berufs- und Betriebszählung vorgenommen. Von dem Zählmaterial der Betriebszählung wurden Abschriften für eine besonders eingehende Schilderung des Berliner Gewerbes hergestellt. Die Gewinnung zutreffender Ergebnisse war aber dadurch erschwert, daß die staatlichen Erhebungsbogen die Verhältnisse des Berliner Gewerbes zu wenig berücksichtigten.“ ([4], S. 79)

„Beim Ausbruch des ersten Weltkrieges erwuchsen dem Amt neue Aufgaben, hinter denen die bisherigen mehr und mehr zurücktraten. Vor allem wurde das Amt durch Arbeiten, die mit der Lebensmittelversorgung zusammenhingen, in Anspruch genommen. (...) Wie stark das Amt in die Kriegsaufgaben eingeschaltet war, zeigt sich auch darin, daß es in verschiedenen Ausschüssen der Abteilungen für Brotversorgung sowie für Preiskontrolle vertreten war. Außerdem führte es die zahlreichen vom Reich angeordneten besonderen kriegswirtschaftlichen Erhebungen durch, wie die regelmäßigen Aufnahmen der Getreide- und Mehrvorräte, des Kartoffelverbrauchs, ferner Bestandsaufnahmen über Leder, Häute, Fette, Öle, Hülsenfrüchte, Milch, Zucker, Obst und Gemüse usw. (...) und erst allmählich konnte man wieder das friedensmäßige Arbeitsprogramm aufnehmen. (...) Zunehmende Bedeutung gewann nun erneut die Bevölkerungsstatistik, daneben traten aber sozialstatistische Arbeiten immer mehr in den Vordergrund, wie z. B. Statistiken über Beschäftigungslage, Erwerbslosigkeit, Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsnachweis.“ ([4], S. 82)

Volkszählungen in der Zwischenkriegszeit (Groß-Berlin)

Berlin war von den politischen Wirren und wirtschaftlichen Turbulenzen der Nachkriegszeit bis zur Inflation 1923 besonders betroffen. Hinzu kam die Bildung von Groß-Berlin im Jahre 1920, die auch für die amtliche Statistik den Übergang zu einer neuen Welt bedeutete, in welcher die Einheitsgemeinde Berlin der neue Bezugspunkt und Gesamtrahmen für alle statistischen Erhebungen und Darstellungen wurde, die sich auf Berlin als Stadt und Metropole bezogen.

„Die erste große Bestandsaufnahme der Grundstücke, der Wohnungen, der Bevölkerung sowie der landwirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse der neuen Stadt Berlin erfolgte im Zusammenhang mit den allgemeinen staatlichen Zählungen (Volks-, Berufs- und Betriebszählung) vom 16. Juni 1925. Durch diese Erhebungen wurden zum ersten Male die natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens der Reichshauptstadt genau zahlenmä-

ßig festgestellt. Denn abgesehen von den schon erwähnten, bei den letzten Vorkriegsvolkszählungen vorgenommenen Feststellungen für eine Anzahl von Vororten, die jedoch auf einige wenige Einzelheiten hatten beschränkt bleiben müssen, hatte es sich nicht als möglich erwiesen, zahlenmäßige Unterlagen für das neue Stadtgebiet im ganzen sowie für seine 20 Verwaltungsbezirke nachträglich zu beschaffen. Insbesondere konnten solche für die aus Alt-Berlin gebildeten 6 Innenbezirke nur in den seltensten Fällen beigebracht werden. Aus diesem Grunde kam den Zählungen des Jahres 1925 für Berlin eine besondere Bedeutung zu. Eine die staatliche Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni vorbereitende städtische Grundstücks- und Wohnungsaufnahme wurde am 3. Mai 1925 vorgenommen.“ ([3], S. 71)

Die Volks- und Berufszählung am 16. Juni 1925

„Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925 stellte mit der städtischen Grundstücks- und Wohnungsaufnahme vom 3. Mai 1925 die erste Inventur der neu gebildeten Stadtgemeinde dar. Da sich diese großen Zählungen nicht von einer Stelle aus durchführen ließen, wurde das Zählgeschäft – erstmals für Berlin – dezentralisiert. In den Verwaltungsbezirken wurden Zählungsabteilungen eingerichtet, die alle Arbeiten bis zur Anlieferung der ausgefüllten Zählpapiere nach Anweisungen des Amtes vornahmten. Diesen Stellen waren die Einteilung der Bezirkegebiete in Zählbezirke, die Auswahl, Unterweisung und Beaufsichtigung der Zähler sowie die Vorausfüllung, Verteilung, Einsammlung und Prüfung der Zählpapiere übertragen, ferner stellten sie erste Hauptergebnisse zusammen. Die Zählungen von 1925 wurden durch 19400 ehrenamtliche Zähler mit Unterstützung der staatlichen Polizei und unter Mitwirkung der Hausbesitzer vorgenommen, die verpflichtet waren, die Erhebungspapiere auf ihren Grundstücken auszuteilen und wieder einzusammeln. Die Zählergewinnung stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere weil die Reichs- und Staatsbehörden die Übernahme eines Zähleramtes durch ihre Beamten und Angestellten nicht förderten. An Erhebungspapieren wurden die Haushaltungsliste, der Land- und Forstwirtschaftsbogen und der Gewerbebogen benutzt; dazu kamen die Grundstücksliste und der Wohnungsbogen der Grundstücks- und Wohnungsaufnahme. Städtische Zusatzfragen wurden 1925 nicht gestellt. Die Bevölkerung scheint der damaligen Zählung kein großes Verständnis entgegengebracht zu haben. Ein Zeichen hierfür ist der Umstand, daß die Zählpapiere in hohem Grade schlecht ausgefüllt waren.“ ([4], S. 99 f.)

„Während in der Vorkriegszeit das Statistische Amt der alten Stadt Berlin regelmäßig selbst die weitere Bearbeitung und Aufbereitung der Zählungsergebnisse durchgeführt hatte, mußten diese Arbeiten jetzt aus Ersparnisgründen dem Preußischen Statistischen Landesamt überlassen werden, zumal städtische Zusatzfragen, wie sie früher gewöhnlich hatten gestellt werden können, nicht zugelassen waren. Jedoch konnte das Statistische Amt der Stadt unter Benutzung des durch die Volkszählung erhaltenen Materials einige selbständige Untersuchungen über bestimmte Teilmassen der Bevölkerung vornehmen, so über »Die Insassen des städtischen Obdachs am 16. Juni

1925«, »Die durch Polizeistreifen in der Nacht vom 15. zum 16. Juni 1925 ermittelten Personen«, »Die Schiffsbevölkerung«, »Die Siedlungs-, Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse in der Dragoner-, Grenadier-, Linien-, Rücker- und Mulackstraße«, »Die eingeschriebenen Prostituierten« und über »Die Insassen des Arbeitshauses Rummelsburg.« ([3], S. 72)

„Eine Nutzbarmachung der alljährlich im Oktober stattfindenden Personenstandsaufnahmen für bevölkerungsstatistische Zwecke, vor allem zur Kontrolle der Bevölkerungsfortschreibung, wurde vom Statistischen Amt bereits im Jahre 1921 angestrebt. Aber erst vom Jahre 1923 ab konnte auf Grund dieser Feststellungen unter Mitwirkung der Bezirkssteuerämter die Einwohnerzahl Berlins jährlich ermittelt werden.“ ([3], S. 73)

Die Reichswohnungszählung am 16. Mai 1927

„Auf die städtische Wohnungszählung vom 3. Mai 1925 folgte bereits am 16. Mai 1927 eine Reichswohnungszählung, mit der gleichzeitig eine Feststellung der Zahl der Wohnungssuchenden verbunden wurde. Zwecks Durchführung dieser Wohnungszählung wurden wiederum Zählungsabteilungen in den einzelnen Verwaltungsbezirken gebildet, während die Ermittlung der Zahl der Wohnungssuchenden dem Zentralwohnungsamt im Zusammenwirken mit den Wohnungsamtern der Bezirke übertragen worden war. Die Bearbeitung der Zählpapiere oblag dem Statistischen Landesamt. Im Anschluß an die Ergebnisse dieser Reichswohnungszählung wurde auf Grund der Statistik der Bautätigkeit eine Fortschreibung der Zahl der bebauten Grundstücke, der Wohngebäude und der Wohnungen begonnen.“ ([3], S. 73)

Die Volks- und Berufszählungen am 16. Juni 1933 und am 17. Mai 1939

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1933 fand nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten statt. Obwohl die Zählung in den vorhergehenden Jahren vorbereitet worden war, wurde sie nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten bereits in einigen Aspekten der Durchführung durch die neuen Verhältnisse beeinflusst. Die Zählung war ursprünglich für das Jahr 1930 vorgesehen, wurde aber aufgrund der schlechten Haushaltslage von Kommunen, Ländern und Reich mehrmals verschoben.

„(...) aus Ersparnisgründen konnte (...) diesmal keine Grundstücks- und Wohnungsaufnahme stattfinden. So mußte bei den Vorbereitungsarbeiten zur Ermittlung der Grundstücke auf die Grundstückskartei zurückgegriffen werden, die vom Amt nach der Grundstücksaufnahme von 1925 eingerichtet und durch die Ergebnisse der Baustatistik und der Leerraumzahlung von 1932 auf dem laufenden gehalten bzw. ergänzt worden war. Im übrigen wurden die Ergebnisse der Personenstandsaufnahme vom Oktober 1932 verwendet, aus denen die zu den bebauten Grundstücken gehörenden Haushalte und gewerblichen Betriebe festgestellt wurden. Nach längeren Verhandlungen übernahm die Polizei die Zählung auf den Laubengeländen, auf Rummelplätzen, ferner die der Penner, Vagabunden und ähnlicher obdach-

loser Personen durch Veranstaltung von Razzien; außerdem stellte die Polizei die Zählpapiere den Besitzern der bebauten Grundstücke zu. Die Meldungen zur Übernahme des ehrenamtlichen Zählerdienstes waren zahlreicher als bei der vorangegangenen Zählung. Diesmal meldeten sich 48 300 Personen, von denen 26 500 zur Zählertätigkeit herangezogen wurden. Da diese Zahl erheblich höher war als die entsprechende von 1925, konnte die auf den einzelnen Zähler entfallende Arbeitsleistung wesentlich herabgesetzt werden. An Sonderuntersuchungen wurden 1933 nur bearbeitet, »Entwicklung und Stand der Berliner Behelfsbauten« und »Die Übernachtungsfremden in Berliner Hotels und Pensionen am 16. Juni 1933«. Als »Mitteilung« erschien ein Verzeichnis der Straßen für Verwaltungszwecke unter dem Titel »Die bewohnten Straßen der Stadt Berlin nach Grundstücken, Wohnungen, Haushaltungen und Bewohnern am 16. Juni 1933.« ([4], S. 101)

Bei der Zählung von 1933 schienen die Eingriffe der Nationalsozialisten noch gering; Volkszählungsgesetz (VZG) und Durchführungsverordnung entsprachen weitgehend den Bestimmungen der Zählung von 1925. Die Volkszählung von 1939 wurde direkt in den Dienst der völkischen Politik gestellt – bis hin zur Abgabe von Einzeldaten an die Sicherheitsbehörden. Während für die Volkszählung von 1933 noch die Zweckbindung und die Wahrung des Amtsgeheimnisses ausdrücklich im Volkszählungsgesetz verankert waren und die aus der Zählung gewonnenen Erkenntnisse ausschließlich für statistische Zwecke verwendet werden durften, sah die Durchführungsverordnung für die Volkszählung im Jahre 1939 keine eindeutige Definition der mit der Zählung verbundenen Zwecke vor. Damit ließ sich der Ermessensspielraum für die Verwendung der Daten erheblich erweitern.

„Die Volkszählung vom 17. Mai 1939 erfaßte in einer Sondererhebung erstmals die jüdische Bevölkerung nach den Bestimmungen der »Nürnberger Gesetze« mit Hilfe eines besonderen Fragebogens, einer sogenannten »Ergänzungskarte für Angaben über Abstammung und Vorbildung«. In diese waren einzutragen: Name, Geburtsort, Geburtsdatum sowie die Angaben darüber, ob einer der vier Großeltern »der Rasse nach Volljude war oder ist«. Um möglichem Mißtrauen der Betroffenen vorzubeugen, war die Ergänzungskarte in einem besonderen »Umschlag der Ergänzungskarte« abzugeben. Darauf war in bewußter Täuschungsabsicht ausdrücklich vermerkt: »Dieser Umschlag darf nur von dem dazu berechtigten Statistischen Amt geöffnet werden. Wer den Umschlag unbefugt öffnet, wird wegen Verletzung des Briefgeheimnisses (...) bestraft«. Nun konnte man (...) die Bevölkerung nach Belieben einteilen in Juden mit mindestens drei »der Rasse nach« volljüdischen Großeltern, in Mischlinge 1. Grades mit zwei jüdischen Großeltern und in Mischlinge 2. Grades mit einem jüdischen Großelternanteil.“ ([6], S. 38 f.)

Neben der Frage nach dem jüdischen Glaubensbekenntnis der Großeltern wurden auf der Ergänzungskarte zum Zwecke einer späteren Sonderzählung der Hoch- und Fachschulabsolventen ebenfalls Angaben zur Ausbildung erfragt.

„Die Ergänzungskarte, aber auch die Angaben über die Ausländer auf den Haushaltbogen hatten praktisch vom Stichtag der Zählung (...) an die Begehrlichkeiten der verschiedensten Stellen geweckt. Die Gestapo zum Beispiel, der zum 1. April 1939 die Führung einer Ausländerzentalkartei übertragen worden war, hatte gleich nach dem Austeilen der Papiere die »Anregung« an Bürgermeister und Ländräte gegeben, die Personen mit nichtdeutscher Volkszugehörigkeit aus den Haushaltslisten herauszuschreiben.“ ([7], S. 589)

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges konnte das Statistische Reichsamt Eingriffe der Gestapo in den Ablauf der Volkszählung verhindern, so auch den Zugriff auf die Ergänzungskarten. Die am 6. September 1939 auf Wunsch des Reichsinnenministeriums und des Reichsführers-SS verabschiedete Forderung nach einem Sofortprogramm, das die Aufstellung zweier Sonderkarteien sowie eine beschleunigte Auszählung der Juden und jüdischen „Mischlinge“ verlangte, konnte das Amt nicht abwehren.

„Das Statistische Reichsamt sagte an diesem 6. September 1939 die Anlage von zwei Sonderkarteien zu: einer Ausländerkartei sowie einer Kartei der deutschen Reichsangehörigen fremder Volkszugehörigkeit, kurz Volkstumskartei genannt. Bei beiden Karteien handelte es sich um die namentliche Erfassung der Betroffenen, versehen mit den Adressen und weiteren Merkmalen. ([7], S. 590)

Als Grundlage für den Aufbau dieser Sonderkarteien wurden die im Rahmen der Volkszählung von 1939 ausgegebenen Haushaltslisten und Ergänzungskarten herangezogen. Mit beiden Karteien wollte die Gestapo zuverlässige Unterlagen über die im Reich lebenden fremden Volksgruppen gewinnen. Während bei der Ausländerkartei ausdrücklich nach der Abstammung gefragt wurde, handelte es sich bei der Volkstumskartei um eine aus den Haushaltbogen der Volkszählung von 1939 herausgezogene Kartei über die deutschen Reichsangehörigen fremder Volkszugehörigkeit. In diese Kartei waren alle Reichsangehörigen aufzunehmen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und auf der Haushaltsgeliste eine andere als die deutsche Volkszugehörigkeit eingetragen hatten.

Die Ergänzungskarte und das Meldesystem

Die im Rahmen der Volkszählung von 1939 eingesetzte Ergänzungskarte diente ebenfalls als Grundlage für den Aufbau der Volkskartei.

„Nach Protesten des Statistischen Reichsamtes hatte das Reichsinnenministerium die eigentlich zu einem früheren Zeitpunkt vorgesehene Einführung der Volkskartei auf den August/September 1939 vorschoben. Diese Volkskartei stellte die Ergänzung der alphabetisch geordneten Melderegister dar; sie war nach Jahrgängen geordnet und in erster Linie für militärische Zwecke (Musterung) vorgesehen worden. ([7], S. 592)

„Mit der ersten reichsweit einheitlichen Meldeordnung vom 6. Januar 1938 wurde u. a. eine lückenlose Übersicht der Zu- und Wegzüge angestrebt. Zwar verzeichneten die Melderegister das Religionsbekenntnis, doch den Wunsch nach weiteren Informa-



tionen, etwa über die Fähigkeiten und Ausbildungen, über Sprachkenntnisse oder ob jemand im Besitz eines Führerscheins war, konnten sie nicht erfüllen. (...) Um derartige Informationen in gebündelter Form zur Verfügung zu haben, war im »Altreich« (...) die im Meldegesetz vorgesehene Volkskartei einzuführen (...). ([5], S. 158)

Juden (...) waren auf den Volkskarteikarten mit einem „J“ zu kennzeichnen. In einem nicht veröffentlichten Runderlass des Reichsinnenministeriums vom 15. Februar 1939 zur Einführung der Volkskartei hatte dazu auch gestanden, dass eine „endgültige und vollständige Kennzeichnung (...) erst nach der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Mai 1939 möglich sein werde“. ([7], S. 592 f.)

So wurde die Volkskartei im Zeitraum von April/Mai 1941 bis Ende 1941 mit den aus der Volkszählung von 1939 stammenden Angaben auf den Ergänzungskarten der Juden und jüdischen Mischlinge abgeglichen. Damit stellt die Volkskartei einen weiteren Versuch der Nationalsozialisten zu einer reichsweiten Registrierung der Juden dar.

Volkszählungen seit dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden auf dem verkleinerten Reichsgebiet die bekannten drei bzw. vier Besatzungszonen eingerichtet. Berlin wurde ebenfalls in vier Zonen eingeteilt; die einheitliche Stadtverwaltung blieb aber zunächst erhalten, ebenso das Statistische Amt der Stadt Berlin. Dieses führte im Auftrag der Alliierten in den Jahren 1945 und 1946 einige Zählungen durch.

Nachfolgend werden zunächst diese Zählungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit dargestellt, anschließend die getrennten Zählungen von 1950 bis 1981 bzw. 1987, und zwar für den Westteil Berlins – als Land der Bundesrepublik Deutschland – und für den Ostteil Berlins – als Bezirk der DDR (Abbildung 2).

Volks- und Berufszählung am 12. August 1945

„Drei Monate nach Kriegsende, am 12. August 1945, fand in Berlin eine allgemeine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung statt, die vom ehemaligen Statistischen Reichsamt durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieses Zählungswerkes wurden vom Statistischen Amt der Stadt ausgewertet und veröffentlicht. Sie zeigten die tiefgreifenden Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit, insbesondere die Abnahme der Einwohnerzahl und die Wandlung im Altersaufbau der Bevölkerung. Da die noch ungeklärten Verhältnisse der Nachkriegszeit die Organisation und Durchführung dieser Erhebung erheblich erschwerten, waren ihre Ergebnisse jedoch nur von beschränktem Wert. Um nicht auf die Auszählung durch das ehemalige Reichsamt warten zu müssen, ermittelte das Berliner Amt Anfang Dezember 1945 die Einwohnerzahl Berlins nach dem Geschlecht und dem Alter aus den Angaben der Hauslisten, die für die Ausgabe der Lebensmittelkarten aufzustellen waren. Daran anschließend wurden die Zu- und Abgänge bei der Lebensmittelversorgung in der gleichen Gliederung fortlaufend erfaßt und dabei die zurückgekehrten Evakuierten und Kriegsgefangenen sowie die Personen in Gemeinschaftsverpflegung besonders ausgewiesen. Ergänzend wurden die bei den Bezirksämtern erteilten Genehmigungen zu dauerndem oder befristetem Aufenthalt regelmäßig festgestellt. Ende 1945 wurde das Amt mit der Durchführung einer einheitlichen Einwohnererfassung und der Einrichtung einer Einwohnerkartei in den Bezirksämtern beauftragt.“ ([4], S. 127)

Volkszählung am 29. Oktober 1946

„Die Volkszählung vom 29. Oktober 1946 fand einund-einhalb Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands statt. Das Land war militärisch besetzt und in Besatzungszonen eingeteilt. Innerhalb dieser Zonen und zum Teil durch diese Zonen war die in erster Linie historisch bedingte Verwaltungseinteilung gesprengt; viele der alten deutschen Länder hatten zu bestehen aufgehört; neue Länder waren gebildet worden. Der geographische Begriff, den die vier Besatzungszonen und Groß-Berlin darstellen, war ein neuer, auch in seiner Untergliederung. (...) Die Zählung erstreckte sich auf die amerikanische, britische, französische und sowjetische Besatzungszone sowie Groß-Berlin.“ ([8], Vorwort)

„Die Durchführung der Volkszählung (...) erfolgte in Berlin aufgrund des Gesetzes Nr. 33 des Alliierten Kontrollrats in Deutschland vom 20. Juli 1946 (...) und des Befehls (...) der Alliierten Kommandantur von Berlin. In dem von der Alliierten Kommandantur erlassenen Befehl wurde der Oberbürgermeister von Berlin mit der Durchführung der Zählung in Berlin beauftragt. Neben den von diesem erlassenen Durchführungsbestimmungen für die Zählung oblagen Organisation, Durchführung und Aufbereitung der Volks- und Berufszählung (...) dem Hauptamt für Statistik des Magistrats.“ ([9], S. 85)

„Im Anhang des Gesetzes waren 14 Fragen angegeben, deren Aufnahme in die Erhebungspapiere im gesamten Zählgebiet obligatorisch war. Der Erlaß von Ausführungsbestimmungen war den vier Zonenbefehlshabern, für Berlin der Alliierten Kom-

mandantur, je einzeln, überlassen, die Durchführung der Zählung aber oblag den örtlichen deutschen Behörden.

Diese Durchführung und insbesondere auch die spätere Erstellung der Ergebnisse begegneten außerordentlichen Schwierigkeiten. Eine zentrale statistische Stelle bestand nach dem politischen und militärischen Zusammenbruch Deutschlands nicht mehr. (...) ([10], S. 236)

Die Pläne für die Zählung waren von den Besatzungsbehörden in einem hierfür besonders gebildeten Ausschuß des Kontrollrats vorbereitet worden; deutsche Stellen – und auch nur einzelne – wurden nur zu der Formulierung der Fragen und dem Aufbau der Zählpapiere (also nicht zu dem 14-Fragenprogramm als solchem) gehört. Die erste Zusammenkunft der an der Durchführung der Zählung beteiligten deutschen Zonen- und Landesstatistiker aus den vier Zonen und Berlin kam erst am Tage der Zählung selbst, und zwar auf Einladung des erwähnten Kontrollratsausschusses, zustande. Das war zu spät, um auf eine einheitliche Gestaltung der Zählung in allen Gebieten hinwirken zu können. (...)

Die Erfahrungen bei der Vorbereitung der Zählung führten dazu, daß die beteiligten deutschen Statistiker im Laufe der Bearbeitung regelmäßig zusammenkamen. Schließlich wurde im Winter 1947/48 der »Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946« formell gebildet, mit der Aufgabe, die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 aus den vier Zonen und Groß-Berlin zu Ergebnissen für Deutschland zusammenzustellen und zu veröffentlichen sowie ein »Deutsches Gemeindeverzeichnis« herauszugeben.“ ([10], S. 237)

„Die Zählung war die erste allgemeine Bestandsaufnahme der Bevölkerung nach dem Krieg; durch sie suchte man einen Überblick über die einschneidenden Veränderungen zu gewinnen. Zwar strömten auch weiterhin Flüchtlinge in das Gebiet ein, kehrten Kriegsgefangene zurück und blieb der Ortswechsel innerhalb des Gebietes lebhaft, so daß Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung sich noch fortlaufend änderten. Aber der Zeitpunkt war geeignet, in den Grundzügen einen Zustand festzuhalten, der das Fazit des Krieges darstellte und den zu ordnen, mit dem Ziel, ein wieder lebensfähiges Gemeinwesen zu schaffen, Aufgabe für den Frieden war.“ ([8], Vorwort)

Volkszählungen in Berlin (West)

Umfassende Volkszählungen fanden im Land Berlin (West) als Teile der Zählung in der Bundesrepublik Deutschland statt in den Jahren 1950, 1961, 1970 und 1987. Noch vor der Teilung Berlins (Ost und West) im Jahr 1948, die auch zur Teilung des Statistischen Amtes der Stadt geführt hatte, waren für das erste von der UNO propagierte Weltzählungsjahr 1950 Vorbereitungen begonnen worden. Die Durchführung der Zählungen im Jahr 1950 fand in beiden Teilen Berlins rechtlich, organisatorisch usw. vollständig getrennt statt. Lediglich einige Klassifikationen waren noch harmonisiert. Die Zählungen im geteilten Berlin (1948–1990) waren jeweils integrale Bestandteile der Zählungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Volks- und Berufszählung am 3. August 1950 in Berlin (West)

Zum ersten Mal in der Geschichte der Volkszählungen sah die UNO für das Jahr 1950 eine Weltzählung vor, an der sich alle Mitgliedstaaten, aber auch die vier Besatzungszonen Deutschlands und Groß-Berlin, beteiligen sollten. Hintergrund der Weltzählung war das Bestreben der Vereinten Nationen, in möglichst vielen Ländern der Erde umfassende Volkszählungen zur gleichen Zeit, nach einheitlichen Gesichtspunkten und einem für alle Staaten verbindlichen Mindestprogramm durchzuführen.

„Das Berliner Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nicht landwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950) ist am 3. August 1950 von der Stadtverordnetenversammlung und vom Magistrat angenommen und unter dem 30. August 1950 im Verordnungsblatt Teil I Nr. 55 S. 383 verkündet worden. Obwohl eine gesetzliche Grundlage für die Vorbereitungsarbeiten des Zählungswerks bereits vor Wochen dringend benötigt wurde – die Durchführung der Gebäudevorerhebung im Juni ohne gesetzliche Grundlage stieß verschiedentlich auf Schwierigkeiten –, konnte sie nicht früher beschlossen werden, weil das Berliner Volkszählungsgesetz, insbesondere im Hinblick auf die Kostenregelung, die §§ 2-14 des im Bundesgebiet geltenden Volkszählungsgesetzes für Groß-Berlin für rechtsverbindlich erklären und deshalb den Erlaß des Bundesgesetzes abwarten mußte. Das Zählungsgesetz des Bundes aber ist erst am 27. Juli d. J. verkündet worden (Bundesgesetzblatt S. 335).“ ([11], S. 136)

„Die Zählung sollte ursprünglich am 10. Mai 1950 stattfinden, daher wurden die vorbereitenden Arbeiten zur Volkszählung auf Grund der im Volkszählungsgesetz vorgesehenen Regelung vom Hauptamt für Statistik und Wahlen bereits Mitte vorigen Jahres aufgenommen, nachdem der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung mit Beschlüssen vom 21. und 27. Juli 1949 grundsätzlich entschieden hatten, daß sich Berlin an der von den Vereinten Nationen für das Jahr 1950 vorgesehenen Weltzählung beteiligen werde, und die Mittel für die Vorarbeiten bewilligt hatten.

Bereits im Herbst des Jahres 1948 hatte es sich der für die zusammenfassende Bearbeitung der Volks- und Berufszählung 1946 geschaffene »Ausschuß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung« auf Anregung von Militärregierungen zur Aufgabe gemacht, die Vorbereitungen der Länder für die kommende Zählung für alle vier Besatzungszonen und Groß-Berlin tunlichst zu vereinheitlichen. In gemeinsamen Beratungen bemühten sich die zum Ausschuß gehörenden Fachstatistiker, einen einheitlichen Fragebogen und ein einheitliches Tabellenmindestprogramm wenigstens für die Volks- und Berufszählung aufzustellen. Die Bundesregierung erklärte sich damit einverstanden, daß das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, zu dem inzwischen auch die französische Zone gekommen war, in fachlichen und methodischen Fragen mit dem Statistischen Zentralamt für die sowjetische Besatzungszone unmittelbar verkehre. Daraufhin wurden die vorbereitenden Arbeiten im Rahmen der Tagun-

gen der Volkszählungsreferenten der Statistischen Landesämter fortgeführt.

Um die Durchführbarkeit des Erhebungsverfahrens und die Verständlichkeit der Fragestellung in den Erhebungspapieren zu prüfen, wurde in Berlin – ähnlich wie in einigen Ländern des Bundes – eine Probeerhebung veranstaltet; sie fand in Berlin am 25. November 1949 statt und brachte die vorbereitenden Arbeiten zu einem vorläufigen Abschluß. Die Probeerhebung wurde in je einem Verwaltungsbezirk der drei Westsektoren – Schöneberg, Charlottenburg und Reinickendorf – durchgeführt und erstreckte sich auf insgesamt rd. 380 Grundstücke, 430 Arbeitsstätten und 3 020 Haushaltungen. Die erforderlichen 88 Zähler wurden vom Hauptamt für Statistik und Wahlen und von den Stellen Statistik und Wahlen sämtlicher Bezirksämter gestellt, um so einem möglichst großen Kreis von Angehörigen des statistischen Dienstes Gelegenheit zu geben, praktische Erfahrungen für die Hauptzählung zu sammeln. Die Zählunterweisung konnte sich infolge zeitlicher Schwierigkeiten – die Probeerhebung hatte wegen der für Anfang Dezember vorgesehenen Viehzählung schon vorverlegt werden müssen – nur auf wenige Stunden erstrecken. Wenn auch infolgedessen die Befragten durch die Zähler nicht in dem an sich erwünschten Umfange unterstützt wurden, so konnte jedoch andererseits um so besser beobachtet werden, wie die Erhebungspapiere auch ohne Erläuterung durch die Zähler verstanden wurden. Sowohl in Berlin als auch in anderen Ländern des Bundes ergab sich aus der Probeerhebung die Notwendigkeit, Fragen neu zu formulieren, Anweisungen auf den Zählpapieren zu ändern und Fragebogen drucktechnisch übersichtlicher zu gestalten.

Als nach der Probeerhebung endgültig feststand, daß mit der Verkündung des Zählungsgesetzes vor dem 10. Mai 1950 nicht mehr zu rechnen war und die Zählung daher auf einen späteren Termin verlegt werden mußte, wurde die Verzögerung im Hinblick auf die Erfahrungen, die sich aus der Probeerhebung ergeben hatten und Anlaß für eine ganze Reihe von Änderungen waren, keineswegs als unliebsam empfunden. Der einzige Nachteil, den die Verlegung der Zählung auf den 13. September mit sich brachte, war die Aufgabe eines einheitlichen Zählungstichtages für ganz Deutschland (4 Zonen und Groß-Berlin). Die in der sowjetischen Besatzungszone im Oktober stattfindenden Wahlen zwingen die Länder dieser Zone, die zunächst auch am 13. September zählen sollten, die Aufnahme bereits am 31. August vorzunehmen. Da sich der sowjetische Sektor von Groß-Berlin dem Termin der Ostzolle anschließen muß, ist diese Regelung vor allem für die Stadt Berlin recht unerfreulich, in der nunmehr zwei verschiedene Zählungstermine zur Anwendung kommen.“ ([11], S. 137)

„Der Entschluß Berlins, im Juni 1950 zwecks Gewinnung ausreichender Unterlagen für die eigentliche Zählung im September eine vollständige Gebäudevorerhebung durchzuführen, machte es erforderlich, ab April die vorbereitenden Arbeiten zur Volkszählung in die Bezirke zu verlegen, da in einer Riesenstadt wie Berlin derartig umfangreiche organisatorische und technische Arbeiten nur bei ausreichender Dezentralisation zu bewältigen sind. Zu dem Zweck

wurden in den West-Berliner Bezirken bei den Stellen Statistik und Wahlen besondere Zählbüros eingerichtet. Die finanziellen Grundlagen für die Arbeiten in den Bezirken waren durch den vom Hauptamt für Statistik und Wahlen eingereichten Kostenvorschlag geschaffen worden, der die gesamten voraussichtlich entstehenden Zählungskosten enthielt, und der, soweit er sich auf das Haushaltsjahr 1950/51 bezog, von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Haushaltsplanes 1950/51 angenommen wurde.

Die Organisation für die Volkszählung 1950 ist in der Anweisung für die Stellen Statistik und Wahlen (Zählbüroanweisung) festgelegt, die der Anweisung für die Gemeinden in den übrigen deutschen Ländern entspricht. Danach ist die unmittelbare Durchführung der Zählung Aufgabe der bei den Stellen Statistik und Wahlen der 12 West-Berliner Bezirksämter eingerichteten Zählbüros, die für die gesamte Vorbereitung und Abwicklung des Zählgeschäfts innerhalb der Verwaltungsbezirke verantwortlich sind. Sie sind damit ausführende Organe des Hauptamts für Statistik und Wahlen, das ihnen als zentrale Stelle die erforderlichen Anweisungen für die Vorarbeiten und das Zählgeschäft selbst gibt und den Ablauf der Arbeiten in den Bezirken durch Rundschreiben, die sich aus dem Fortgang der Arbeiten ergeben, leitet.“ ([11], S. 137)

„Grundstücke, die von den alliierten Besatzungsmächten beschlagnahmt sind, werden vom Hauptamt für Besatzungskosten gesondert gezählt. Die auf diesen Grundstücken wohnenden deutschen Personen werden, wenn sie in alliierten Diensten stehen, durch die Stellen erfaßt, die sie bezahlen; soweit sie keine Bezahlung erhalten, werden sie den deutschen Zählungsdienststellen von den deutschen Besatzungsbehörden namhaft gemacht und müssen dann auf dem Postwege zur Ausfüllung der Zählpapiere aufgefordert werden. Auf dem West-Berliner Gelände der ostzonalen Eisenbahn werden die dort befindlichen Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten von West-Berliner Zählern gezählt, sofern es sich nicht um bahntechnische Anlagen handelt, die zentral von der im Ostsektor Berlins liegenden Eisenbahndirektion erfaßt werden.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Zählung infolge der besonderen politischen Lage Berlins ergeben, werden deutlich sichtbar im Verwaltungsbezirk Spandau, dessen Ortsteil Staaken-West den Gemeindegrenzen nach zu West-Berlin gehört, aber zum russischen Interessengebiet erklärt worden ist, während die Gebiete Groß-Glienicke-Ost und Weinmeisterhöhe kommunalpolitisch zum Kreis Osthavelland gehören, jedoch britisches Interessengebiet sind.“ ([11], S. 138)

Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961

„Besonders hohe Anforderungen an das Amt stellt die Bearbeitung der (...) Volkszählung am 6. Juni 1961 in West-Berlin. Dieses zur Weltzählung gehörende Vorhaben umfaßt – ähnlich wie die Erhebung vom Jahre 1950 – außer der Volks- und der Berufszählung eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und einen Verkehrszensus. Ferner wurden auch die bewohnten Gebäude festgestellt. Die Gebäudeliste,

die für die bewohnten Gebäude die notwendigen Unterlagen lieferte, diente zugleich der Ermittlung der Wohnverhältnisse, namentlich was die Ausstattung der Wohnungen anlangte. Obwohl diesmal keine Wohnungszählung mittels besonderer Wohnungsbogen mit der Volkszählung gekoppelt war, werden wertvolle wohnungsstatistische Feststellungen erarbeitet werden können, die vor allem für die Verbesserung des Altwohnungsbestandes nützlich sein können.“ ([4], S. 157)

„Das für die Durchführung der Volkszählung 1961 erforderliche Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus 1962 (Volkszählungsgesetz 1961) wurde am 13. April 1961 verkündet (BGBl. I S. 437). Dieses Gesetz findet gemäß dem Gesetz zur Übernahme des Volkszählungsgesetzes vom 19. Mai 1961 (GVBl. S 625) auch in Berlin Anwendung.

Der Erlaß einer besonderen Durchführungsverordnung zum Volkszählungsgesetz erübrigte sich für Berlin. In einem Schreiben des Senators für Inneres vom 13. März 1961 wurden unter Bezugnahme auf die §§ 7 und 8 des Volkszählungsgesetzes lediglich nähere Anweisungen für die Bereitstellung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes als Zähler für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung gegeben.“ ([12], S. 136)

„Bei der großen Ausdehnung Berlins war es wie schon bei früheren Zählungen notwendig, die umfangreichen organisatorischen und technischen Vorarbeiten und die unmittelbare Durchführung der Zählung selbst in die 12 Verwaltungsbezirke zu verlegen. Zu örtlichen Erhebungsstellen im Sinne des § 7 des Volkszählungsgesetzes wurden die Bezirkseinkwohnerämter (Zählbüros) bestimmt. Sie waren damit für die gesamte Vorbereitung und Abwicklung des Zählgeschäftes innerhalb der Verwaltungsbezirke verantwortlich und arbeiteten nach den fachlichen Weisungen des Statistischen Landesamtes, die in Form von Rundschreiben ergingen oder auf gemeinsamen Besprechungen mündlich erteilt wurden. Es war den Bezirkseinkwohnerämtern vom Statistischen Landesamt freigestellt worden, ihrerseits je nach Bedarf weitere örtliche Zählungsdienststellen einzurichten. Die Mehrzahl der Bezirke machte hiervon Gebrauch, um vor allem während der Zählung selbst von dort aus die Tätigkeit der Zähler zu überwachen, die Zählpapiere auszuhändigen und wieder entgegenzunehmen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Bezirkseinkwohnerämter war die Aufteilung des gesamten Verwaltungsbezirks in einzelne Zählbezirke, in denen der Zähler das Zählgeschäft – Austeilen und Einsammeln der Erhebungspapiere an die Bevölkerung – durchzuführen hatte. Da die Zählbezirke in der Regel etwa 30 bis 40 Haushalte umfassen sollten, ergab sich hieraus für Berlin (West) eine Zahl von rd. 32 000 Zählbezirken.

Bei der Aufteilung des Stadtgebietes in Zählbezirke war eine Reihe von Sonderregelungen zu beachten:

1. Alle Anstalten, ausgenommen kleinere Beherbergungsbetriebe, wie Fremdenheime und Pensionen, waren zu Sonderzählbezirken zu machen, da

dort die Zählung in engster Fühlungnahme mit der Anstaltsleitung mit teilweise anderen Erhebungspapieren als in normalen Haushalten durchzuführen war. Um den Bezirkseinwohnerämtern die Kennzeichnung dieser Sonderzählbezirke zu erleichtern, waren ihnen vom Statistischen Landesamt umfassende Anstaltsverzeichnisse zur Verfügung gestellt worden.

2. Kleingartenkolonien galten ebenfalls als Sonderzählbezirke; sie waren von der Gebäudevorerhebung zu Beginn des Jahres ausgenommen worden, da zahlreiche Wohnlauben erst im Frühjahr für die Dauer des Sommers bezogen werden. Als Zähler waren auf dem meist unübersichtlichen und ausgedehnten Laubengelände die Vorstände der Kolonien oder sonstige besonders ortskundige Personen gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung einzusetzen.
3. Um die Unterkünfte der Bereitschaftspolizei brauchten sich die Zählbüros nicht zu kümmern, da in diesen Unterkünften die Zählung von der Bereitschaftspolizei selbst vorgenommen wurde.
4. Die Durchführung der Zählung in den von den Alliierten Streitkräften in Berlin konfiszierten, requirierten oder angemieteten Gebäuden und innerhalb geschlossener militärischer Anlagen oder Wohnsiedlungen der Streitkräfte hatten die Alliierten selbst übernommen, so daß auch diese Grundstücke aus der Zuständigkeit der örtlichen Zählbüros herauszulassen waren.
5. Auf Grundrücken der sowjetzonalen Reichsbahn gelegene Gebäude, Haushalte und Arbeitsstätten waren wie alle anderen zu erfassen; Arbeitsstätten jedoch nur, sofern es sich nicht um betriebseigene Arbeitsstätten der sowjetzonalen Reichsbahn selbst handelte, wie z.B. Ausbesserungswerke oder Bahnanlagen.
6. Auf eine besondere Erfassung der Schiffsbevölkerung wurde 1961 abweichend von früheren Zählungen verzichtet, da der größte Teil dieser Personen eine Wohnung an Land hat und infolgedessen eine Erfassung über diesen ständigen Wohnsitz für ausreichend angesehen wurde.“ ([12], S. 137)

„Das Amt wurde zur obersten Erhebungsstelle in Berlin bestimmt; es bereitete die Zählung vor, bearbeitet die Zählpapiere und wird die Ergebnisse auswerten. Die Zählung selbst wurde von den Bezirkseinwohnerämtern durchgeführt, die zu diesem Zweck besondere Zählungsdienststellen eingerichtet hatten. Diese teilten die Verwaltungsbezirksgebiete in Zählbezirke ein, regelten den Einsatz der Zähler und überwachten das Verteilen und das Wiedereinsammeln der Zählpapiere; außerdem hatten sie die ausgefüllten Erhebungspapiere vorzuprüfen und ein erstes Ergebnis der Bevölkerungszahl zusammenzustellen. Als eine wichtige vorbereitende Arbeit fertigten die Bezirksämter schon im Oktober 1960 Grundstücksverzeichnisse an, die u.a. als Unterlage für die Zustellung der Gebäudelisten bei der Durchführung der Gebäudevorerhebung dienen.“ (4), S. 157 f.)

„Die bei dem Zählwerk von 1961 verwendeten Erhebungspapiere kamen in einer für die Berliner bisher ungewohnten Form heraus: die Antworten waren – soweit dies möglich war – bereits vorgedruckt und mit Kästchen versehen worden, so daß die zutreffen-

de Antwort nur angekreuzt zu werden brauchte. Diesem Verfahren hatte die Bevölkerung in Probezählungen, die in den Jahren 1959 und 1960 vorgenommen worden waren, zugestimmt. Für die Aufbereitung der Fragebogen ist ein besonderes Zählbüro im sogenannten Bendlerblock, Stauffenbergstraße 11–13, eingerichtet worden. Zahlreiche zusätzliche Arbeitskräfte – in den Monaten des größten Arbeitsanfalles werden es über 200 sein – sind hier damit beschäftigt, die ausgefüllten Erhebungsbogen zu prüfen und sie für die maschinelle Bearbeitung vorzubereiten. Die anzufertigenden Lochkarten werden mit Hilfe einer für die Volkszählungsarbeiten gemieteten modernen elektronischen Datenverarbeitungsmaschine ausgewertet werden.

Der Volkszählung waren bereits zwei zum gesamten Zählwerk gehörende Totalzählungen vorausgegangen, und zwar eine Landwirtschaftszählung am 31. Mai 1960 und eine Handels- und Gaststättenzählung im August und im September 1960.“ ([4], S. 158)

Volks- und Berufszählung am 27. Mai 1970

„Entsprechend den immer rascher sich vollziehenden sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen verlieren Ergebnisse von Zählungen fast ebenso schnell an Aussagekraft. Da der Zeitabstand von der Erhebung bis zur Ergebnisfeststellung bei der Volks- und Berufszählung 1961 für sachlich tiefgegliederte Daten immerhin noch etwa drei Jahre betragen hatte, wurde für die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 eine wesentliche Verkürzung der Aufbereitungszeit als vordringliche Aufgabe angesehen. Dieses Ziel hat das System des Zählwerkes methodisch und technisch-organisatorisch entscheidend beeinflusst. Durch Datenverarbeitungsanlagen sowie die Zerteilung des Zählwerkes in einen repräsentativen (10%) und einen totalen Teil konnte die Dauer der Durchführung und Aufbereitung dieser Zählung gegenüber früheren wesentlich verkürzt werden, obwohl der Fragenkatalog im Vergleich zur Zählung 1961 bedeutend erweitert worden war.

Da erste Volkszählungsergebnisse in regionaler Gliederung bereits vorliegen und die Aufbereitung so weit fortgeschritten ist, daß in den nächsten Monaten weitere Tabellierungen aus dem Volkszählungsmaterial zu erwarten sind, soll hier ein Überblick über den geplanten Inhalt und – soweit möglich – über den Zeitpunkt der Veröffentlichungen gegeben werden. Zunächst soll aber noch ergänzend zu den Ausführungen über das gesamte Zählwerk ein Bericht über Durchführung und Aufbereitung der Zählung vorangestellt werden.“ ([13], S. 185)

„Aufgrund einer Anordnung des Senators für Inneres oblag die technisch-organisatorische Vorbereitung und die unmittelbare Durchführung der Volkszählung den Bezirksämtern. Diese richteten bei ihren Einwohnerämtern Zählungsdienststellen ein, die am 1.10.1969 ihre Tätigkeit aufnahmen. Um eine möglichst vollständige Erfassung aller Haushalte, Personen und Arbeitsstätten zu erreichen, wurde in den Zählungsdienststellen das Gebiet von Berlin (West) anhand der Ergebnisse der Wohnungszählung 1968 und weiterer Unterlagen über die Neubautätigkeit in Zählbezirke (...) eingeteilt, entsprechende Zähl-

bezirksverzeichnisse aufgestellt, die repräsentativen Zählbezirke (...) ausgewählt und die Zählungsunterlagen für (...) ehrenamtliche Zähler – ausschließlich Angehörige des öffentlichen Dienstes (einschließlich Lehrer) – sortiert und gepackt. Die Zähler hatten die Erhebungspapiere (...) einige Tage vor dem Zählungstichtag an die Bevölkerung »ihres« Zählbezirkes auszuteilen, bei Unklarheiten Auskunft zu geben bzw. bei der Beantwortung des Fragebogens behilflich zu sein, die Zählungsunterlagen (...) wieder einzusammeln und die Vollständigkeit der Bogen zu kontrollieren. Für nicht angetroffene Haushalte waren Nacherhebungslisten anzulegen, um eine spätere Befragung zu ermöglichen. Darüber hinaus mußten die Zähler einige Ordnungsangaben aus den Volkszählungsbogen (...) in Zählerlisten bzw. bei Anstalten in die Anstaltslisten übertragen. (...) In den Zählungsdienststellen wurde die Vollständigkeit der Zählungspapiere und die Vollständigkeit der Individualbogen (Volkszählungsbogen und Arbeitsstättenbogen) geprüft und ein weiteres Ordnungspapier angelegt (Bezirksliste). Die kontrollierten Zählungsunterlagen sind von Juli bis Oktober 1970 in Teillieferungen dem Statistischen Landesamt übergeben worden, das bereits im August 1970 mit der weiteren Aufbereitung der Zählpapiere begann. Vorgesehen war auch ein Vergleich der Volkszählungsbogen mit den Einwohnerplatteln (metallische Druckplatten) der Bezirksämter, doch konnte dieses Vorhaben wegen der Überlastung der Zählungsdienststellen nicht durchgeführt werden.“ ([13], S. 185)

„Im Statistischen Landesamt ist nochmals eine Vollständigkeitskontrolle anhand der Ordnungspapiere und eine Vollzähligkeitskontrolle der Angaben auf den Volkszählungsbogen durchgeführt worden. (...) Wichtige fehlende Angaben wurden – soweit möglich – über die Einwohnerplatteln und -karteien der Bezirksämter ergänzt. (...) Im Anschluss daran ist das Volkszählungsmaterial einer umfangreichen maschinellen Plausibilitätskontrolle unterzogen worden. Dabei wurde geprüft, ob die auf dem Volkszählungsbogen eingetragenen Antworten in sich und im Haushaltszusammenhang miteinander in Einklang standen. (...) Nach Abschluss dieser Arbeitsgänge, in denen die Erhebungsunterlagen von über 2 Millionen Befragten und die regionalen Angaben Straße und Hausnummer geprüft und korrigiert worden waren, konnten Anfang 1972 erste Eckdaten für Berlin (West) und die Bezirke vorgelegt werden. (...) Um die Qualität der Erfassung und das Ausmaß der Untererfassung – die auch bei bester organisatorischer Vorbereitung einer Großzählung nicht ganz zu vermeiden ist – quantifizieren zu können, sind bereits kurz nach dem Zählungstichtag erste Kontrollen des Zählungsmaterials vorgenommen worden, die teils bundeseinheitlich, teils nur auf Landesebene durchgeführt wurden.“ ([13], S. 185 f.)

Sofortkontrolle

„Vier Wochen nach dem Zählungstichtag fand in ausgewählten Zählbezirken eine Wiederholungsbefragung statt, bei der die in diesen Zählbezirken wohnenden Personen nochmals die ersten sieben Fragen des Volkszählungsbogens zu beantworten hatten.“ ([13], S. 186)

Merkmalskontrolle

„Mit der Merkmalskontrolle soll anhand eines Vergleichs mit den Angaben der 0.1%-Unterstichprobe des Mikrozensus vom April 1970 die Qualität der Antworten bei einzelnen Fragen geprüft werden.“ ([13], S. 186)

Geburtstagskontrolle

„Um zu überprüfen, ob Personen, die mehrere Wohnsitze angegeben hatten, an jedem dieser Wohnsitze erfaßt, aber nur an dem Wohnsitz zur Wohnbevölkerung gezählt worden sind, von dem aus sie zur Arbeit oder Schule gingen oder – soweit sie weder berufstätig waren noch sich in Ausbildung befanden – wo sie überwiegend lebten, sind von den am 31. eines Monats Geborenen (etwa 2% der Bevölkerung) einige Angaben des Volkszählungsbogens ausgedruckt und um Name und Anschrift ergänzt worden.“ ([13], S. 187)

Kontrolle anhand der Geburten- und Sterbefallzählkarten

„Erfahrungsgemäß sind Neugeborene und Kleinkinder besonders schwer zu erfassen, ebenso Personen, die an oder kurz nach dem Zählungstichtag verstorben sind. Um diese Personengruppe exakt überprüfen zu können, wurde anhand der Geburten- und Sterbefallzählkarten der Standesämter für die zwischen dem 1.1. und dem 26.5.1970 Geborenen und für die zwischen dem 27.5. und dem 30.6.1970 Verstorbenen festgestellt, ob Volkszählungsbogen vorliegen.“ ([13], S. 187)

Eine – geschätzte – Untererfassung von 102 000 Einwohnern konnte – trotz aller Kontrollen – in der Zählung selbst nicht behoben werden. Sie war durch die besonderen politischen Verhältnisse in Berlin (West) verursacht und musste bis 1987 bei der Veröffentlichung aller Bevölkerungszahlen erwähnt werden ([25]).

„Entgegen früheren Erwartungen hatte sich die Veröffentlichung von ersten endgültigen Ergebnissen der Volkszählung 1970 zwar verzögert, jedoch konnte gegenüber der entsprechenden Ergebnisfeststellung von 1961 die Aufbereitung des Volkszählungsmaterials 1970 – trotz umfangreicheren Frageprogramms – um mehr als ein halbes Jahr verkürzt werden. (...) Im Gegensatz zu den vorangegangenen Zählungen wurde 1970 auf eine Veröffentlichung vorläufiger Ergebnisse verzichtet. (...) Die endgültigen Ergebnisse der Volkszählung 1970 sollen zunächst bei geringer sachlicher Differenzierung in tiefer regionaler Gliederung (Bezirke, Statistische Gebiete und Wohnblöcke) ermittelt und veröffentlicht werden, anschließend in tiefer sachlicher Gliederung, jedoch nur – von einigen Ausnahmen abgesehen – für Berlin (West).“ ([13], S. 187)

Volks- und Berufszählung am 25. Mai 1987

Nach den internationalen Vorgaben (UN- und EU-Empfehlungen) hätte nach 1970 die nächste Volkszählung im Jahr 1980 stattfinden sollen. Geplant war sie ursprünglich für 1981. Da sich Bund und Länder jedoch nicht über die Finanzierung (des Aufwandes der Gemeinden) einigen konnten, wurde als nächster Zeitpunkt das Jahr 1983 angesetzt. Diese Zählung

wurde im letzten Augenblick – die Vorbereitungen waren abgeschlossen – vom Bundesverfassungsgericht durch einstweilige Anordnung ausgesetzt.

„Eine solche umfassende statistische Bestandsaufnahme wie die Volkszählung, die genaue Ergebnisse sowohl in sachlich als auch in regional tiefer Gliederung für unterschiedliche Zwecke liefern soll, erfordert eine intensive konzeptionelle und organisatorische und dementsprechend langwierige Vorbereitung. Für die Volkszählung 1961 wurde gut sechs Jahre und für die Volkszählung 1970 rund fünf Jahre vor dem jeweiligen Zählungstichtag mit ersten Überlegungen zum Zählungskonzept begonnen. Bei der Volkszählung 1987 mußte die Dauer der Vorbereitung wesentlich verkürzt werden. Zwar wurde nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts das Erhebungsprogramm der 1983 ausgesetzten Zählung weitgehend übernommen, doch Organisation und Durchführung der Zählung mußten neu durchdacht und grundlegend umgestaltet werden. Mit den zum Schutz des Persönlichkeitsrechts des einzelnen Bürgers zu treffenden Vorkehrungen waren Rahmenbedingungen geschaffen, für deren Umsetzung weder organisatorische Vorgaben noch praktische Erfahrungen bestanden.“ ([15], S. 62)

„Innerhalb der für eine Großzählung äußerst kurzen Vorbereitungszeit von November 1985 bis Mai 1987 waren von den Statistischen Ämtern die Regelungen des Volkszählungsurteils in Verfahrensabläufe umzusetzen, und zwar ohne über Erfahrungswissen zu wichtigen Teilen der Zählung zu verfügen. Bereits Anfang 1986 wurde deutlich, daß allein schon die dem einzelnen Bürger vom Gesetzgeber eingeräumte Möglichkeit, auf verschiedene Arten seine ausgefüllten Erhebungsunterlagen den Erhebungsstellen zukommen zu lassen, die Verwaltung vor sehr schwierige organisatorische Probleme stellen würde. Große Unsicherheiten über die vom Auskunftspflichtigen bevorzugten Rückgabeformen erschwerten die Kalkulationen über Mengengerüste, Personal- und Sachmittel und damit der Kosten der Erhebung überhaupt. In Meinungsumfragen kündigte rund ein Drittel aller erfragten Erwachsenen an, nicht an der Zählung teilnehmen zu wollen, zum anderen wurde ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Zählern deutlich. Damit wurden Erhebungsverfahren, die sich jahrelang in der amtlichen Statistik bewährt hatten, in Frage gestellt. Eigentlich hätte der Zählung jetzt ein Verwaltungsplanspiel mit allen möglichen Alternativen der Reaktionen der Bevölkerung und ihren Auswirkungen auf Qualität und Vollzähligkeit der Erhebung vorausgehen müssen. Dies wurde bundesweit vor allem deshalb unterlassen, weil das Problembewußtsein bei den Verantwortlichen nicht – oder nur ansatzweise – vorhanden war. Daß eine große Zahl von Mahnungen und ein großer Postrücklauf auf der einen Seite und die Forderung nach größtmöglicher Präzision in der Bearbeitung des Einzelfalls auf der anderen Seite unter erheblichem Termindruck später ein fast unlösbares Problem darstellen würde, wurde im Verlauf von Systemanalysen im Statistischen Landesamt bereits 1986 erkannt. Planungen zum Einsatz technikgestützter Verfahren wurden daraufhin mit Nachdruck vorangetrieben.“ ([15], S. 62)

„Als Konsequenz der Testerhebung zur Volkszählung einerseits und der intensiven öffentlichen Debatte über den Nutzen der Zählung andererseits sah sich das Statistische Landesamt im Frühsommer 1986 veranlaßt, die Rahmenbedingungen aufzuzeigen, unter denen der Verpflichtung der Verwaltung zur Durchführung dieser Großzählung nachgekommen werden konnte, ohne das Ziel der Volkszählung, Vollzähligkeit und Vollständigkeit der Erhebung zu erreichen, zu gefährden. Das VZG 1987 zwang mit seinen Bestimmungen die amtliche Statistik, ein Massengeschäft individualisiert zu betreiben. Dies war eine völlig neue Anforderung, auf die der Verwaltungsapparat in seiner bestehenden Form gar nicht zugeschnitten sein konnte. Dem ersten Schritt des Gesetzgebers auf Neuland bei der Erhebung der Daten mußte also der zweite folgen: Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichten, auf der operativen Ebene überhaupt den Intentionen des Gesetzgebers folgen zu können. Die Mengengerüste für die Bewältigung der Aufgaben zeigten, daß 200 000 Gebäudebogen und insgesamt 4,5 Mill. Erhebungsbogen (einschließlich Haushaltsmantelbogen) hereinzuholen und zu bearbeiten waren.“ ([15], S. 64)

„Die Gefahr des Scheiterns der Volkszählung war aus damaliger Sicht zumindest für die großen Städte erheblich. Die Spanne des Widerstandes gegen die Volkszählung reichte von der offenen Verweigerung bis zum sogenannten »weichen Boykott«, nämlich falsch ausfüllen, verzögern, alle Fragen ankreuzen usw. Diese Gefahr wurde durch die vom Gesetzgeber eingeräumte Möglichkeit zur postalischen Rückgabe der Erhebungsbogen noch vergrößert. Die Forderungen nach konsequentem Datenschutz, die Eingang in das Gesetz gefunden hatten, konnten nur mit grundlegenden Änderungen des gesamten Erhebungsablaufs realisiert werden.“ ([15], S. 65)

„In nur 18 Monaten mußten die Statistischen Landesämter eine völlig neuartige Erhebungsorganisation zur Volkszählung – basierend auf den Regelungen des »Volkszählungsurteils« – aufbauen. Die Möglichkeit für den Bürger, seine Unterlagen den Erhebungsstellen auf verschiedenen Wegen zukommen zu lassen, stellte die Verwaltung vor kaum zu lösende organisatorische Probleme. Zeitdruck, fehlendes Erfahrungswissen mit der Durchführung eines derartigen – vom Aufwand her unübersehbaren – Massengeschäfts forderten von den Verantwortlichen größte Flexibilität als Reaktion auf unerwartete Situationen.“

Das Statistische Landesamt Berlin zeigte im Frühsommer 1986 die Rahmenbedingungen auf, unter denen der gesetzlich auferlegten Verpflichtung der Verwaltung zur Durchführung der Volkszählung in Berlin (West) überhaupt nur nachgekommen werden konnte. Die Risiken waren so groß, daß ein Scheitern der Zählung drohte. Beeinflußt wurde der gesamte Erhebungsablauf auch durch die Forderung nach konsequentem Datenschutz.“ ([15], S. 78)

„Die entscheidende Maßnahme, die dann dazu geführt hat, daß in Berlin (West) zum Schluß nur noch 20 000 Erhebungsbogen fehlten, war die PC-Unterstützung in den Ämtern für Volkszählung beim Zählereinsatz, der Rücklaufkontrolle und den Zwangsgeldverfahren. Den Grundsätzen des Datenschutzes

voll entsprechend, wurden 35 000 Zählerdaten verwaltet und rund 900 000 Mahnaktionen gestartet. Obwohl von den Vorgaben her alle Ämter für Volkszählung nacheinander dieselben Arbeiten abzuwickeln hatten, war der Stand der Aufbereitung jeweils völlig unterschiedlich. Die Schwierigkeiten, die Erhebungsbogen vollzählig und vollständig ausgefüllt hereinzuholen, führten zu Engpässen, erheblichen Terminverzögerungen und Koordinierungsproblemen. Zur ordnungsgemäßen Abwicklung aller Aufgaben blieben die Ämter für Volkszählung bis 30. April 1988 bestehen. Nur durch größte Anstrengung aller Beteiligten, den Einsatz neuer Techniken und intensive Öffentlichkeitsarbeit war es gelungen, die Zählung so erfolgreich durchzuführen, daß die Zahl der fehlenden Bogen auf ein Minimum reduziert werden konnte und die Antworten in den Fragebogen von guter Qualität waren.“ ([15], S. 78)

PC-Einsatz zur Durchführung der Volkszählung 1987

„Mit dem 1983 verkündeten Volkszählungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurden für die Arbeit der amtlichen Statistik neue Maßstäbe gesetzt. Die traditionellen Verfahren waren danach nicht mehr anwendbar. (...)

Durch das neue VZG wird das klassische Volkszählungsverfahren, die Kanalisation der Erhebung durch den Unterlagenrücklauf ausschließlich über die Zähler, abgelöst durch ein individualisiertes Rückgabeprinzip. Erstmals können die Befragten wählen, auf welchem Weg und in welcher Form sie die Unterlagen zurückgeben. Weitere wesentliche Punkte des neuen Gesetzes sind die organisatorisch, räumlich und personell abgeschotteten Erhebungsstellen, die getrennt von jeglichen anderen Verwaltungsaufgaben arbeiten müssen, sowie die Verpflichtung der amtlichen Statistik zu umfassender Information der Öffentlichkeit. All diese neuen Aufgabenstellungen sind von der amtlichen Statistik so zu bewältigen, daß der Finanzbedarf für das Projekt Volkszählung kalkulierbar bleibt, Haushaltsansätze eingehalten werden können und Verfahrensabläufe steuerbar bleiben.“ ([14], S. 77 f.)

„Bei der VZ '87 hat sich die Rolle des Zählers im Vergleich zu früheren Volkszählungen insofern gewandelt, als erstmals Unterlagen an ihm vorbei zurück an die Erhebungsstelle gelangen können. Noch für die vom Bundesverfassungsgericht 1983 ausgesetzte Volkszählung waren die Aufgaben des Zählers in seinem Arbeitsbezirk wie folgt festgelegt:

- Die Erhebungsunterlagen an die Auskunftspflichtigen zu verteilen und
- den vollzähligen Rücklauf der beantworteten Fragebogen zu kontrollieren (»Einsammeln der ausgefüllten Unterlagen«).
- Dann waren die entsprechenden Organisationspapiere auszufüllen, die Erhebungspapiere zu ordnen und nach Kontrolle durch Oberzähler in der Erhebungsstelle abzuliefern.

Diese in sich abgeschlossene Aufgabe wird bei der Zählung 1987 nicht mehr bestehen. Stattdessen ist die Zählertätigkeit abhängig von der Reaktion der Auskunftspflichtigen geworden. Zwar muß der Zähler wie bisher versuchen, alle Haushalte und Arbeits-

stätten in seinem Arbeitsbezirk zu erreichen und die Unterlagen persönlich auszuhändigen, dann sind jedoch vom Gesetzgeber die Möglichkeiten vorgesehen, die ausgefüllten Fragebogen

- dem Zähler offen zu übergeben,
- dem Zähler in einem verschlossenen Umschlag zurückzugeben,
- in einem Freiumsschlag an die Erhebungsstelle zu senden,
- persönlich in der Erhebungsstelle abzugeben.

Diese aus dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung resultierende personenbezogene Art der Befragung hat zur Folge, daß die Wahlmöglichkeiten jeder Person innerhalb eines Haushalts zustehen. Die für 1983 geplante Volkszählung sollte noch haushaltsbezogen auf einem gemeinsamen Fragebogen erfolgen, die Zählung 1987 ist dagegen »individualisiert« worden.

Damit wurden nicht nur Aufgaben vom Zähler in die Erhebungsstelle verlagert (Vollzähligkeitsprüfung, Organisationspapiere führen), sondern es kommen zusätzliche Aufgaben in den Erhebungsstellen hinzu, die sich bisher lediglich qualitativ aber kaum quantitativ abschätzen lassen. Ihr Umfang hängt entscheidend davon ab, welche Rückgabewege für die ausgefüllten Erhebungsunterlagen von den Auskunftspflichtigen mehrheitlich gewählt werden.“ ([14], S. 78)

„Bei ersten Systemanalysen dieser neuen Ausgangssituation erwies sich die Rücklaufkontrolle der Erhebungsunterlagen rasch als größtes Problem für die Erhebungsstellen. Die korrekte Verarbeitung des Rücklaufes, die fehlerfreie Erfassung der Außenstände, der Aufbau eines effizienten Mahnverfahrens ist eine derartig komplexe, verwobene Aufgabe, daß die Erledigung auf manuellem Weg unter Zeit- und Kostengesichtspunkten bei der festgelegten Personalkapazität der abgeschotteten Ämter kaum vorstellbar war. (...) Es galt also, die grundsätzlichen Mengenprobleme einer Volkszählung, insbesondere die gegenüber 1970 noch einmal deutlich höhere Zahl der Erhebungseinheiten, das neue Verfahren der individualisierten Rückgabemöglichkeiten, die abgeschotteten Erhebungsstellen und die damit verbundene feste Personalkapazität für die Durchführungsplanung zu berücksichtigen.“ ([14], S. 79)

„Die bisherige Problemschilderung macht deutlich, daß gegen eine rein manuelle Durchführung der Erhebung schon der erhebliche personelle Aufwand mit seinem unvermeidbar hohen Finanzbedarf sprach. (...) In einem nächsten Schritt war nun zu prüfen, welche technische Unterstützung spezieller Arbeitsschritte möglich war. Ein Großrechnereinsatz schied von vornherein aus Gründen der Akzeptanz und der zu fordernden hohen Verfahrenssicherheit aus. (...) Um den Finanzbedarf gering zu halten, die Sicherheit des Verfahrens aber weiterhin zu gewährleisten, ist eine technische Unterstützung der Durchführungsphase notwendig. (...) Auf Basis all dieser Erkenntnisse fiel daher im Statistischen Landesamt die Entscheidung, in den Ämtern für Volkszählung zur technischen Unterstützung Personal-Computer einzusetzen.“ ([14], S. 81 ff.)

„Das Haupteinsatzgebiet der PCs sollte in den Ämtern für Volkszählung die Rücklaufkontrolle für

die Personenbogen sein. (...) Dieses automatisierte Verfahren gestattet es (...), das Mengengeschäft für den Bereich der Volkszählung trotz der vielen individuellen Rückgabemöglichkeiten einheitlich zu bearbeiten. Dadurch wird die Rücklaufkontrolle für den Personenbogen einerseits unabhängig von der Art der Rückgabe und ermöglicht andererseits durch Auswertungen des aktuellen Datenbestandes allen VZ-Verantwortlichen zusätzlich eine Informationsaufbereitung über den jeweiligen Zählungsstand. (...) Durch den Einsatz der PCs für die Rücklaufkontrolle können für jeden Zählbezirk mit größtmöglicher Genauigkeit die eingehenden Personenbogen registriert werden.“ ([14], S. 84)

„Neben der Rücklaufkontrolle für die Personenbogen gehörten die Zähler- und Zählbezirksverwaltung in den Erhebungsstellen und von dort die Kommunikation mit dem Statistischen Landesamt zu denjenigen Organisationsstellen, die durch den PC-Einsatz zu unterstützen waren. (...) Neben der Automatisierung einzelner Arbeitsabläufe galt es, den Informationsaustausch zwischen den Zehldienststellen der Bezirke und dem Statistischen Landesamt einerseits sowie zwischen diesem und dem Statistischen Bundesamt bzw. anderen Landesämtern andererseits sicherzustellen und durch Einsatz moderner Technik zu optimieren.“ ([14], S. 85)

„Angesichts neuartiger Durchführungsprobleme bei der VZ '87 hatte das Statistische Landesamt Berlin erstmals auch für die Erhebungsphase technische Unterstützung einzuplanen. Anzustreben war eine Lösung, die hinsichtlich Akzeptanz, Finanzbedarf, Datenschutz und Verfahrenssicherheit ausgewogen war. Es wurde daher ein PC-Einsatz in den Ämtern für Volkszählung geplant, der total abgeschottet von allen anderen DV-Aktivitäten vor allem die Probleme beim Rücklauf der Fragebogen rationell lösen sollte.“ ([14], S. 90 f).

Volkszählungen in der DDR von 1950 bis 1990

Im Ostteil Berlins wurden im Rahmen der Zählungen für die DDR insgesamt folgende Volkszählungen durchgeführt (jeweils zum genannten Stichtag): 29. Oktober 1946, 31. August 1950, 31. Dezember 1964, 1. Januar 1971, 31. Dezember 1981. Die beiden ersten Zählungen wurden vom Hauptamt für Statistik beim Magistrat durchgeführt. Die Bezirksstelle Berlin fungierte ab 1960 dabei wie die anderen Bezirksstellen der DDR, die Statistikstellen der Stadtbezirke von Berlin wie die Kreisstellen in den anderen Bezirken. Aufgrund der zentralstaatlich organisierten Durchführung der Zählungen durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) gab es keine Berliner Besonderheiten – jedenfalls keine, über die berichtet worden wäre.

„Die in der DDR durchgeführten Volks- und Berufszählungen wiesen, vergleichsweise zur Praxis in der Bundesrepublik Deutschland, einige Besonderheiten auf:

- Bei Volkszählungen in der DDR wurde z. T. ein anderer Begriffsapparat als bei entsprechenden Zählungen in der BRD verwendet.
- Die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu einer Religionsgemeinschaft wurde nur in den Volkszählungen 1950 und 1964 erfaßt.

- In der Volkszählung 1950 erfolgte letztmalig eine Zuordnung der gezählten Bevölkerung nach ihrem Wohnsitz am 01.09.1939 und damit eine Information über Anteile der Umsiedler und Flüchtlinge am Bevölkerungsstand der DDR.

- Bei der territorialen Strukturierung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen der DDR ist zu beachten, daß aufgrund der melderechtlichen Regelungen in den Volkszählungen 1950 und 1964 die vom Wohnsitz der Familie lange Zeit abwesenden Personen (z. B. Studenten) nur an ihrem Aufenthaltsort eine Zählkarte ausfüllten und damit an diesem Ort zur Bevölkerung gezählt wurden. In den Zählungen von 1971 und 1981 erfolgte die amtliche Zuordnung der erfaßten Personen nach dem Ort der Hauptwohnung. Seit 1966 war es in der DDR melderechtlich möglich, neben einer Hauptwohnung eine Nebenwohnung (z. B. Studien- oder Arbeitsort) zu haben (ähnliche Regelungen galten auch für die Volkszählung 1987 im früheren Bundesgebiet).“ ([16], S. 82)

„Die Volkszählungen in der (...) Deutschen Demokratischen Republik (DDR) dienten der stichtagsbezogenen Ermittlung der wichtigsten demographischen, sozialen und ökonomischen Merkmale der Einwohner und der Haushalte. Rechtsgrundlage der Zählungen war das Gesetz über die Durchführung von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR vom 1. Dezember 1967. Die DDR-Volkszählungen von 1971 und 1981 enthalten daher vor allem Angaben zur Struktur der Haushalte, Erwerbsbeteiligung, Berufsstruktur, Gebäude und Wohnungen.“ [17]

Die Volks- und Berufszählung 1950

„Die Volks- und Berufszählung des Jahres 1950 wurde auf Ersuchen des Kontrollrates durch Vertreter beider deutschen Staaten vorbereitet. Eine Kommission erarbeitete das Programm, das von beiden zuständigen Regierungen bestätigt wurde. Der westdeutsche Bundesrat beschloß am 27. Juli 1950 das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe im Jahre 1950 (Volkszählungsgesetz 1950)“ (BGBl. S. 335). Nach diesem Gesetz wurde die Volkszählung am 13. September 1950 im Gebiet der Deutschen Bundesrepublik durchgeführt. In der Deutschen Demokratischen Republik fand das erarbeitete Programm seinen Ausdruck in der „Verordnung über die Durchführung einer Volks- und Berufszählung am 31. August 1950“ vom 25. Mai 1950 (GBl. S. 453). Diese Zählung war gleichzeitig mit einer Zählung der Kleingärten sowie der land- und forstwirtschaftlichen Kleinbetriebe verbunden.“ ([18], S. 22)

„Aufgrund der oben angeführten Verordnung wurden an alle Ausfüllungspflichtigen in der Zeit vom 24. bis 27. August 1950 folgende Erhebungspapiere ausgegeben:

- Haushaltungsliste – für alle Haushaltungen;
- Blauer Fragebogen – für alle nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten;
- Grüner Fragebogen – für alle Kleingärten und land- und forstwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha.

Mit Hilfe vorher geschulter ehrenamtlicher Helfer unter direkter Anleitung der damaligen statistischen Kreis- und Stadtämter wurden die ausgegebenen Erhebungspapiere vom 1. September mittags an wieder eingesammelt und auf die richtige und vollständige Beantwortung der Fragen hin überprüft.“ ([18], S. 22 f.)

„Die 1950 durchgeführte Volks- und Berufszählung stand mit ihren Erhebungsmerkmalen und ihrer Methodik in der Kontinuität der vorangegangenen Volkszählungen in Deutschland, vor allem der letzten gesamtdeutschen Zählung am 29. Oktober 1946. Es ist jedoch nur ein kleiner Teil der gewonnenen Zählungsergebnisse seinerzeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.“ ([19], S. 3)

Volks- und Berufszählung 1964

„Die Volks- und Berufszählung 1964 erfolgte rund dreieinhalb Jahre nach dem Mauerbau. Diese Zählung war in erster Linie als Bestandsaufnahme konzipiert, um die Auswirkungen der massenhaften Abwanderung auf Bevölkerungszahl und -struktur, insbesondere auf die arbeitsfähige Bevölkerung zu ermitteln. Um eine schnelle Ergebnisergebnisgewinnung zu ermöglichen, wurden Kürzungen im Frageprogramm vorgenommen (z. B. Verzicht auf Angaben zur Allgemeinbildung). Die Zählung 1964 unterscheidet sich von den anderen Volkszählungen durch die sehr breite Veröffentlichung ihrer Ergebnisse.“ ([19], S. 3)

„An ihrem Gelingen hatten 360 000 ehrenamtliche Helfer, die örtlichen Staatsorgane und gesellschaftliche Institutionen (...) Anteil. Bereits zwei Monate nach dem Zählungstag konnten die ersten (vorläufigen) Ergebnisse vorgelegt werden. Mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1964 wurde eine seit langem bestehende Lücke im bevölkerungsstatistischen Material geschlossen.“ ([20], Vorwort)

Volks- und Berufszählung 1981

Die Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnraumzählungen in der DDR sind im Wesentlichen nach ähnlichen methodischen und organisatorischen Grundsätzen durchgeführt worden. Eine umfassende Darstellung wird daher am Beispiel der Zählung im Jahre 1981 vorgenommen.

„Die Zählung 1981 umfaßte 2 Erhebungsbereiche:

1. die Volks- und Berufszählung als Einwohnerzählung, die mit der Erhebung bevölkerungs- und insbesondere auf berufs- sowie bildungsstatistischer Angaben verbunden war
2. die Wohnraum- und Gebäudezählung, die neben der Feststellung des Wohnungs- und Gebäudebestandes auch die Gewinnung grundlegender Strukturdaten zum Gegenstand hatte.“ ([16], S. 82 f.)

„Diese Zählung wurde entsprechend dem »Gesetz über die Durchführung der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR vom 1.12.1967« aus fachlichen, organisatorischen und Kostengründen als Mehrzweckerhebung konzipiert. Für die gemeinsame Durchführung der verschiedenen Zählungsteile war aus fachlicher Sicht entscheidend, daß die Ergebnisse auf einen gemeinsamen Stichtag bezogen ermittelt werden konnten. Damit war es möglich, bevölkerungsstatistische mit den gebäude- und wohnraumstatistischen Sachverhalten zu kombinieren. (...)

Die erheblichen organisatorischen Vorteile lagen in der Nutzung der aufgebauten Zählungsorganisation mit über 200 Zählkommissionen, ca. 8000 Organisationsbüros und 400000 Zählern und Zählinstruktoren sowohl für die Volks- und Berufszählung als auch die Wohnraum- und Gebäudezählung. (...)

Der Erhebungsumfang der Volkszählung war sachlich durch die Vorschrift definiert, alle Personen, die ihren ständigen Wohnsitz im Gebiet der DDR hatten, zu erfassen (vgl. §5 Abs.2 im Gesetz von 1967). Einbezogen in die Zählung wurden die Personen am Sitz ihrer Hauptwohnung und, wenn zutreffend, am Sitz ihrer Nebenwohnung(en). Damit basierte der Erhebungsumfang auf der sog. wohnberechtigten Bevölkerung. Die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen beruhte auf der Auszählung der Personen am Ort ihrer Hauptwohnung.

Das auf zeitliche Abgrenzung des Erhebungsumfangs gerichtete Stichtagsprinzip bedeutete für den bevölkerungsstatistischen Komplex der Zählung 1981, daß nur jene Personen zu erfassen waren, die am 31. Dezember 1981 oder früher geboren waren und auch am 1. Januar 1982, 0.00 Uhr, gelebt hatten.

Alle in der Volks- und Berufszählung 1981 zu erhebenden Angaben wurden in einer »Personenzählliste« erfaßt. (...) Der Erhebungsbogen war zweigeteilt, zum einen in den Teil zu Beantwortung der Fragen durch den Bürger und zum anderen in den Teil für die vorzunehmenden Markierungen der Antworten für den rechentechnischen Einleseprozeß.

Es wurden Fragen zu folgenden Sachbereichen gestellt:

- Bevölkerung
- Quellen des Lebensunterhaltes
- Bildung
- Erwerbstätigkeit
- Haushaltszusammensetzung.“ ([16], S. 83 f.)

Erhebungsorganisation

„Mit dem Volkszählungsgesetz war die Verantwortlichkeit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Zählung festgelegt worden (§2 (1) des Volkszählungsgesetzes). In den Bezirken und Kreisen nahmen die Bezirks- bzw. Kreisstellen und die Zählbüros der SZS diese Verantwortung wahr. Entsprechend dem Volkszählungsgesetz stützten sich die Organe der SZS bei der Durchführung der Zählung auf die verantwortliche Mitarbeit der Räte der Bezirke, Kreise, Stadtkreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden sowie der Betriebe und Einrichtungen (§3 des Volkszählungsgesetzes). Die Zählung in den Haushalten mit der direkten Erfassung der Personen, Haushalte, Wohnungen und Gebäude wurde von ehrenamtlichen Zählern und Zählinstruktoren durchgeführt. Jeder Zähler war für die Zählung in einem Zählabschnitt, jeder Zählinstrukteur in einem Zählbereich verantwortlich. Zählabschnitte umfaßten unter Berücksichtigung regionaler Bedingungen in der Regel 18 bis 22 Wohnungen. Bis zu fünf Zählabschnitte bildeten in der Regel einen Zählbereich. Für die Anleitung und Unterstützung der zu jedem Zählbereich gehörenden Zähler war ein Zählinstrukteur verantwortlich.“ ([16], S. 86)

Methodische Probleme der Volks- und Berufszählungen

„Das Frageprogramm und die methodischen Festlegungen der der Zählung entsprachen weitgehend den Empfehlungen der Konferenz Europäischer Statistiker. Problematische Bereiche waren:

Die Staatsangehörigkeit der Einwohner wurde nur bei der Volkszählung 1950 erfaßt. Eine erneute Fragestellung dieser Art wurde aus politischen Gründen bei späteren Zählungen nicht mehr gestellt.

Ein besonderes Problem war für die DDR-Statistik die Erfassung von Beschäftigtenangaben für Armee und Grenztruppen, Polizei und Staatssicherheit, Zoll, Parteien und Massenorganisationen einschließlich Verlage und Druckereien dieser Einrichtungen sowie die Wismut-AG. Dieser sogenannte „X-Bereich“ durfte durch die amtliche Statistik in der Regel in den laufenden Wirtschaftsstatistiken nicht befragt werden. Bei den Volks- und Berufszählungen als Totalerhebung war es jedoch unumgänglich, auch diese Personenkreise mit der Zählung zu erfassen. Damit war man in der Lage, die Zählungsangaben über die wirtschaftlich Tätigen den Angaben aus der entsprechenden jährlichen Berufstätigenerhebung gegenüberzustellen.“ ([16], S. 86)

Aufbau von Einwohnerdatenspeichern und Datenspeicher Wohnungspolitik

„Mit der Anwendung der EDV für administrative Aufgaben der örtlichen Staatsorgane entwickelten sich ab Anfang der achtziger Jahre sukzessive Einwohnerdatenspeicher (EDS) und Datenspeicher Wohnungspolitik (WOPOL) auf der Basis einheitlicher Organisations- und Softwarelösungen. Die SZS hatte hierfür im Auftrag der Regierung sowohl die Entwicklungsarbeiten als auch die Einführung der Datenspeicher und deren Nutzung zu leiten und zu koordinieren. (...) Die SZS ging auf Grund dieser Entwicklung davon aus, daß zukünftig eine traditionelle Zählung nicht mehr zu begründen war. Dementsprechend wurde ab Mitte der achtziger Jahre mit Einsatz größerer personeller und rechentechnischer Kapazitäten auf eine zukünftige registergestützte Volks- und Wohnraumzählung hingearbeitet.“ ([16], S. 98)

Maßnahmen zur Vorbereitung einer geplanten Volks- und Wohnraumzählung zum 31. Dezember 1993 auf der Grundlage von Registern (Registerzählung)

„Im Zusammenhang mit dem Aufbau von Registern und Speichern über die Bevölkerung und Wohnungen wurde seit Mitte der achtziger Jahre an einem Konzept einer zukünftigen Registerzählung zum 31. Dezember 1993 in der DDR gearbeitet. (...) Der Erhebungsbereich sah alle Einwohner vor, die in der DDR mit Haupt- bzw. Nebenwohnsitz gemeldet waren, mit ihren demografischen und familienstatistischen Merkmalen. (...) Der Erhebungsbereich sah den gesamten Wohnungsbestand der DDR vor. Mit dem Beschluß des Ministerrates vom 13. April 1989 wurde deshalb bestimmt, daß bis 1990 mindestens alle Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern und bis 1992 alle weiteren Städte und Gemeinden in den Datenspeicher Wohnungspolitik zu erfassen waren.

Die Technologie der Registerzählung erlaubte die „Kombination der Einwohnerdatenbestände mit den Datenbeständen über Wohnungen durch das Kopplungselement Wohnungsnummer (Wohnungsnummer und die Verschlüsselung der Wohnbezirke/ Ortsteile, Straßen und Hausnummern waren durch Anordnungen der SZS rechtsverbindlich geregelt worden). Ziel war es, mit Stichtag 31.12.1993 zahlenmäßige Informationen für die DDR und ihre regionalen Gliederungen zu ermitteln, wie sie bisher nur durch eine Volks- und Wohnraumzählung ermittelt wurden.

Sie hätte die „Durchführung permanenter Registerzählungen durch periodische Auswertungen des Bevölkerungsregisters in Verbindung mit Realitätsprüfungen der Datenbestände ermöglicht.“ ([16], S. 98 f.)

Allerdings wurden diese Vorbereitungen durch die Wende 1990 hinfällig. Sie wurden eingestellt, da die rechtlichen Regelungen der vereinigten Bundesrepublik eine Weiterführung nicht erlaubten.

Wende und Wiedervereinigung

„Aufgrund der politischen Veränderungen in der DDR wurden, 1989 beginnend, der Kontakt und die Zusammenarbeit der amtlichen Statistik in Ost und West ausgebaut. (...) Am 20. Juli 1990 wurde das erste und einzige »Gesetz über die amtliche Statistik der DDR« (Statistikgesetz der DDR – StatG) beschlossen. (...) Zudem wurden Rechtsvorschriften für die Vorbereitung und Durchführung von amtlichen Statistiken sowie Vorschriften für Geheimhaltung und Datenschutz festgelegt. (...) Mit der am 3. Oktober 1990 hergestellten staatlichen Einheit Deutschlands wurde die letzte Etappe der DDR-Statistik beendet. (...) Ab Januar 1991 wurden alle Statistiken in der ehemaligen DDR vollständig als Bundesstatistiken durchgeführt. Insgesamt war eine weitgehende Vergleichbarkeit der statistischen Daten von Ost und West erreicht worden.“ ([21], S. 26)

Nachdem die Weltzählung 1980 in der alten Bundesrepublik erst auf das Jahr 1981, dann auf das Jahr 1983 verschoben wurde und letztlich erst 1987 stattgefunden hatte und die in der DDR geplante Registerzählung 1993 hinfällig war, war eine Beteiligung am Zensus 1990 nicht möglich. Auf europäischer Ebene war dies unproblematisch, weil der Zensus 1990 nicht verbindlich vorgeschrieben war.

Diskussion hin zum registergestützten Zensus in den neunziger Jahren

„Als Eurostat 1996 mit den Vorbereitungen des Zensus 2001 begann, lehnte die Bundesregierung die Durchführung einer traditionellen Volkszählung aus Kosten- und Akzeptanzgründen ab. Die daraufhin von Eurostat verabschiedeten – nicht rechtsverbindlichen – Leitlinien ermöglichten es Deutschland, für die Zensusrunde 2001 ersatzweise Daten aus vorhandenen Statistiken zu liefern. Die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder entschied sich auch für künftige Zensen gegen eine herkömmliche Volkszählung und forderte, Vorbereitungen zur Durchführung eines registergestützten Zensus zu treffen. Eine von ihr beauftragte Arbeitsgruppe mit Vertretern der Bundesressorts und der Statistischen

Ämter des Bundes und der Länder sollte ein Alternativkonzept entwickeln, bei dem so weit wie möglich auf vorhandene Verwaltungsregister zurückgegriffen wird. Die Arbeitsgruppe legte ihren Bericht 1998 vor. Die Leiter der Statistischen Ämter stellten hierin einleitend fest: »Die amtliche Statistik stellt sich mit diesem Bericht den Herausforderungen und Risiken, die mit einem Paradigmenwechsel von der primärstatistischen Totalerhebung zu einem registergestützten System, vor allem unter dem Aspekt der Datenqualität, verbunden sind«. Die Innenminister und -senatoren begrüßten im November den Methodenwechsel von einer primärstatistischen Erhebung zu einer hauptsächlich registergestützten Datengewinnung. Vor einem solchen Methodenwechsel waren eingehende vorbereitende Verfahrenstests, eine Prüfung der Qualität der relevanten Register sowie der Validität der aus den verschiedenen Quellen gewonnenen Daten erforderlich. Diese Tests ordnete das Zensusvorbereitungsgesetz vom 27. Juli 2001 an. Stichtag der Erhebungen dieses Zensusstests war der 5. Dezember 2001. (...) Das vorgesehene Modell eines registergestützten Zensus musste neben der Durchführbarkeit vor allem daraufhin überprüft werden, ob damit die Aufgaben einer traditionellen Volkszählung erfüllt werden können.“ ([22], S. 321)

Vor einem Methodenwechsel zu einem registergestützten Zensus umfangreiche Tests erforderlich

„Vor einem grundlegenden Methodenwechsel bei der Durchführung von Volkszählungen in Deutschland bedurfte es eingehender vorbereitender Verfahrenstests, einer Prüfung der Qualität der relevanten Register sowie der Validität der aus den verschiedenen Quellen gewonnenen Daten. Ziel des Tests war, sowohl die Durchführbarkeit eines registergestützten Zensus mit den entwickelten Verfahren unter den in Deutschland gegebenen Voraussetzungen zu prüfen als auch die Qualität der zu erwartenden Ergebnisse eines solchen Zensus festzustellen. Im Einzelnen sollten über folgende Sachverhalte zuverlässige Erkenntnisse erlangt werden:

- Qualität der Melderegister im Hinblick auf Über- und Untererfassungen,
- Wirkungsgrad von Verfahren zur statistischen Bereinigung der Melderegister um Übererfassungen und Fehlbestände,
- Unterschiede in den Ergebnissen zwischen einer postalischen Erhebung der Wohnungs- und Gebäudedateien bei den Gebäudeeigentümern und deren Erhebung durch eine direkte Befragung der Haushalte,
- Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verfahrens der maschinellen Generierung von Haushaltszusammenhängen durch kombinierte Nutzung der Melderegisterdaten und der in der Gebäude- und Wohnungszählung erhobenen Daten sowie über die Zuverlässigkeit der Generierungsergebnisse,
- Nutzungsmöglichkeiten und Qualität der Dateien der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Arbeitslose, Personen in Weiterbildung.

Die Konzeption des Zensusstests sah vor, mit Hilfe einer Stichprobe die Register- und GWZ-Daten sowie die hieraus abgeleiteten Ergebnisse der Haushaltegenerierung mit den Ergebnissen einer zum Stichtag durchgeführten Haushaltebefragung zu vergleichen.“ ([22], S. 322)

Zensusstest 2001

„(...) Der Methodenwechsel von einer traditionellen Volkszählung zu einem weitgehend auf Verwaltungsregistern beruhenden Zensus erfordert weitreichende methodische und organisatorische Vorbereitungen. Das in den letzten zehn Jahren entwickelte Modell eines registergestützten Zensus wurde in einem ersten Schritt mit einem Zensusstest mit Stichtag 5. Dezember 2001 überprüft. ([22], S. 327)

„Der (...) gemäß Zensusvorbereitungsgesetz bundesweit durchgeführte Zensusstest umfasste drei Bausteine, die Stichproben unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Umfangs erforderten:

1. Untersuchung der Einwohnerregister auf Personen, die in mehr als einem Melderegister mit alleinigem Wohnsitz oder mit Hauptwohnsitz oder ausschließlich mit Nebenwohnung gemeldet sind (Mehrfachfallprüfung). Hierzu mussten alle rund 14500 Melderegister führenden Stellen Deutschlands Datensätze von Personen mit bestimmten Geburtstagen zur Verfügung stellen (Geburtsstichprobe)
2. Untersuchung der Einwohnermelderegister auf Karteileichen und Fehlbestände sowie auf die Qualität des Datenbestandes für ausgewählte Gebäudeadressen (Registerstichprobe). Bei dieser Adressstichprobe waren bundesweit 570 Gemeinden mit rund 38000 Adressen einbezogen.
3. Erprobung der Verfahren eines registergestützten Zensus (Verfahrenstests), wie die Erhebung von Wohnungsangaben beim Gebäudeeigentümer/-verwalter, die Zusammenführung von Registern und die Generierung von Haushalten. Diese Tests erfolgten ebenfalls auf der Basis einer Adressstichprobe in bundesweit 230 Gemeinden mit rund 16000 Adressen (Unterstichprobe des Registerstests).“ ([22], S. 322)

„Mit diesem Test wurde die Qualität der genutzten Register und der postalischen Befragung von Gebäudeeigentümern zu Wohnungs- und Personenangaben untersucht und festgestellt, ob die Verfahren der Zusammenführung der genutzten Register und der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungserhebung und das Verfahren der Haushaltegenerierung zur Ermittlung von Haushaltsdaten und -strukturen geeignet sind. Dabei wurde untersucht, inwieweit valide Einwohnerzahlen ermittelt und der zensus-typische Datensatz, der Personen mit Haushalten, Wohnungen und Gebäuden verknüpft, erstellt werden kann.“ ([22], S. 327)

„Zentrales Ergebnis des Zensusstests ist, dass ein registergestützter Zensus in Deutschland machbar ist und die vorgesehenen Methoden und Verfahren geeignet sind. Der Zensusstest hat jedoch auch gezeigt, dass die Melderegisterdaten als Grundlage belastbarer amtlicher Einwohnerzahlen überprüft und gegebenenfalls statistisch korrigiert werden müssen.“ ([22], S. 326)

Der Zensus am 9. Mai 2011 – die moderne Volkszählung

„Ziele eines Zensus sind die Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Bereitstellung von Strukturdaten der Bevölkerung, der Haushalte, der Wohnungen und der Gebäude. Wie bei bisherigen Volkszählungen muss für jede als wohnhaft festgestellte Person ein Datensatz erzeugt werden, der die Person einem Haushalt, einer Wohnung und einem Gebäude zuordnet und der kombinierte Auswertungen aus allen Zählungsteilen auch kleinräumig ermöglicht.“

Im Juli 2008 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen erlassen, nach der jeder Mitgliedstaat für die von der Kommission festgelegten Bezugsjahre zur Lieferung vorgegebener Daten verpflichtet ist. Das erste Bezugsjahr ist 2011. Jedem Mitgliedstaat ist es freigestellt, ob er für die Datenermittlung eine herkömmliche Zählung, eine registergestützte Zählung oder eine Kombination beider Methoden – auch ergänzt um Stichprobenerhebungen – durchführt. In Deutschland ist entschieden worden, den Zensus 2011 registergestützt in Kombination mit einer Stichprobenerhebung durchzuführen. Damit unterscheidet sich der Zensus 2011 in Deutschland methodisch grundlegend von allen bisher durchgeführten Volkszählungen. Die gesetzliche Grundlage hierfür wurde vom Bundestag am 24. April 2009 mit der Verabschiedung des Zensusgesetzes 2011 geschaffen; der Bundesrat hat am 15. Mai ebenfalls seine Zustimmung erteilt, die Verkündung im Bundesgesetzblatt stand bei Redaktionsschluss allerdings noch aus. Im Dezember 2007 hat der Deutsche Bundestag bereits das Zensusvorbereitungsgesetz (Zens VorbG 2011) verabschiedet. Damit wurde die rechtliche Grundlage für die konkreten Vorbereitungsarbeiten des Zensus 2011 geschaffen.“ ([23], S. 34)

„Im Mai startet in Deutschland eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung, der Zensus 2011. Die letzten Zählungen haben im Jahr 1987 in den alten Bundesländern und 1981 in der DDR stattgefunden. Der Zensus hat eine zweifache Zielsetzung: Zum einen wird die amtliche Bevölkerungszahl zum Stichtag 9. Mai 2011 festgestellt, zum anderen werden Daten über die Bevölkerungsstruktur, die Haushaltszusammenhänge sowie der Gebäude- und Wohnungsbestand bundesweit flächendeckend ermittelt. Der Zensus 2011 wird erstmals registergestützt durchgeführt und kann somit als »moderne Volkszählung« bezeichnet werden. Anstatt wie früher alle Bürgerinnen und Bürger direkt zu befragen, wird – soweit möglich – auf vorhandene Verwaltungsdaten, insbesondere die Melderegister der Gemeinden, zurückgegriffen. Zur Ermittlung der Daten, für die keine Register in Deutschland existieren, wie z.B. zu Gebäuden und Wohnungen, zum Bildungsstand und zum Erwerbsstatus, aber auch um eine hohe Qualität der amtlichen Einwohnerzahlen sicherzustellen, sind Befragungen bei bundesweit rund 10% der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Die zwei wesentlichen statistischen Erhebungen im Rahmen des Zensus 2011 sind zum einen die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) und zum anderen die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis.“ ([24], S. 22)

„Das Konzept des Zensus 2011 ist sehr komplex. Neben der Nutzung mehrerer Verwaltungsregister, insbesondere der Melderegister, finden ergänzende primärstatistische Erhebungen statt. Außerdem unterscheiden sich die Erhebungsverfahren in Gemeinden über und unter 10 000 Einwohnern.“

Gebäude- und Wohnungsangaben werden im Rahmen einer Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) ermittelt, weil es in Deutschland keine flächendeckend vorhandenen Register hierzu gibt. Die Erhebung erfolgt postalisch bei den Gebäudeeigentümern beziehungsweise -verwaltern, die neben Auskünften zu Gebäuden auch Angaben zu Wohnungen machen müssen. Die Erhebung von Wohnungsangaben beim Gebäudeeigentümer ist bisher nur bei der GWZ 1995 im Beitrittsgebiet erfolgt. Bei allen früheren Zählungen wurden die Wohnungsangaben beim Wohnungsnutzer – Eigentümer oder Mieter – im Rahmen der Befragung vor Ort erhoben. Neben den Gebäude- und Wohnungsdaten werden vom Gebäudeeigentümer erstmalig auch für jede Wohnung die Zahl der darin lebenden Personen und die Namen von bis zu zwei Wohnungsnutzern erfragt. Dies ist erforderlich, um die an der Anschrift gemeldeten und vorhandenen Personen den richtigen Wohnungen zuordnen zu können.

Personenangaben werden grundsätzlich aus Registern und Dateien ermittelt. Die demografischen Daten werden den Melderegistern entnommen. Die erwerbsstatistischen Daten für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, für Arbeitslose und für Personen in Weiterbildung werden aus den Dateien der Bundesagentur für Arbeit, die für Beamte, Richter, Soldaten und Wehrpflichtige aus weiteren Verwaltungsregistern generiert.

Haushaltsdaten werden im Rahmen einer sogenannten Haushaltegenerierung ermittelt. Bei diesem Verfahren werden die in den Melderegisterangaben enthaltenen Hinweise für das Zusammenleben von Personen in Haushalten genutzt, wie zum Beispiel sogenannte Verzeigerungen zwischen Ehegatten oder Eltern mit ihren Kindern, die Angabe »wohnhaft bei ...«, Namensübereinstimmungen bei Familien, Geburts- und früheren Familiennamen oder Übereinstimmungen bei der früheren Wohnadresse. Die Zuordnung der so gebildeten Haushalte zu Wohnungen erfolgt über die Angabe der Wohnungsnutzer in der GWZ. Damit ist die bisher übliche Definition eines Haushalts – nämlich das gemeinsame Wohnen und Wirtschaften – abgelöst durch die ausschließliche Feststellung des gemeinsamen Wohnens. Ermittelt werden also nur noch sogenannte Wohnhaushalte. Nach Zusammenführung aller Angaben aus Verwaltungsregistern und aus der GWZ ergibt sich für jede Person der zensustypische Datensatz, das heißt, jede Person ist einem Haushalt, einer Wohnung und einem Gebäude zugeordnet.“ ([23], S. 34 f.)

„Die Umstellung von einer traditionellen Volkszählung auf einen registergestützten Zensus bedeutet einen Paradigmenwechsel, der große Anforderungen an die amtliche Statistik stellt. Bei früheren Volkszählungen wurde die Vollzähligkeit der Erhebung dadurch sichergestellt, dass das Erhebungsgebiet in eindeutig abgegrenzte Zählbezirke eingeteilt wurde und jeder Zähler bei der Begehung seines Zähl-

bezirks alle Gebäude, Wohnungen und Personen ermittelte. Beim registergestützten Zensus muss die vollzählige Feststellung der Erhebungseinheiten durch die Zusammenführung aller nutzbaren Informationen zentral in den Statistischen Landesämtern erfolgen. Kernstück und zentrales Steuerungsinstrument des komplexen Modells des Zensus 2011 ist das Anschriften- und Gebäuderegister. Es leistet wichtige Hilfsfunktionen für die Prüfung und Speicherung der Daten aller genutzten Register, für die Durchführung und die Ablaufkontrolle aller primärstatistischen Erhebungen und deren Koordination, für die Stichprobenplanung, für die Stichprobenziehung, für die Zusammenführung aller Verfahrensteile sowie für die Auswertung aller Erhebungsteile. Die Vollständigkeit des AGR ist die wichtigste Voraussetzung für die vollzählige Erfassung aller Personen, Haushalte, Wohnungen und Gebäude im Zensus. Daher sind Aufbau und Pflege des AGR die zentralen Aufgaben zur Vorbereitung des registergestützten Zensus. Im AGR sind alle Anschriften zu speichern, unter denen sich Gebäude mit Wohnraum befinden. Für diese sind alle erforderlichen Daten zu ermitteln: Namen und Anschriften der Gebäudeeigentümer, erhebungsorganisatorisch wichtige Angaben zu Gebäuden, Strukturmerkmale für die Stichprobenziehung und Angaben zu Sonderanschriften.“ ([23], S. 39)

Schlussbetrachtung

In der Geschichte der Volkszählungen in Berlin in den vergangenen 150 Jahren spiegelt sich die wechselvolle politische Geschichte sowohl der Stadt Berlin als auch Deutschlands in dieser Zeit wider.

Der sich gegenwärtig noch in der Produktionsphase befindende Zensus 2011 wird erstmalig einheitliche statistische Daten über die Bevölkerung sowie für Wohnungen und Gebäude für das vor über 20 Jahren vereinte Deutschland zur Verfügung stellen, leider nicht durchgehend in regionaler Tiefgliederung (Stichprobenmerkmale). Damit ist endlich der Anschluss an die internationalen Standards gelungen.

Entsprechend den Empfehlungen der Vereinten Nationen, im Abstand von zehn Jahren Volkszählungen durchzuführen, hat die EU in der Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen vom 9. Juli 2008 erstmals alle Mitgliedstaaten verpflichtet, im Jahre 2011 einen Zensus durchzuführen. Die Form der Erhebung (Vollerhebung, registergestützt oder die Kombination von beidem) ist dabei den jeweiligen Ländern selbst überlassen. Künftig wird es in der Europäischen Union alle zehn Jahre einen Zensus geben, den nächsten voraussichtlich im Jahr 2021.

Auswahl der Texte und Bearbeitung: *Kirsten Tag,
Klaus Voy*

Quellennachweis

- [1] Hofmeister-Lemke, Karl-Heinz: Die Volkszählung 1987 in historischer Perspektive – Fragenprogramme der Volkszählungen im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland 1871 bis 1987. In: „Berliner Statistik“, Jahrgang 1987, Heft 7.
- [2] Silbergleit, Heinrich: Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862–1912, Berlin 1912.
- [3] Büchner, Oskar: 75 Jahre Berliner Statistik, Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin (Hrsg.), Berlin 1937.
- [4] Berliner Statistisches Amt (Hrsg.): 100 Jahre Berliner Statistik, 1862 – 8. Februar – 1962, Berlin 1962.
- [5] Wietog, Jutta: Volkszählungen unter dem Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zur Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich. Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 66, Wolfram Fischer (Hrsg.), Duncker & Humboldt, Berlin 2001.
- [6] Elsner, Eckart: Macht und Zahl. Die Mächtigen, das Recht und die Statistik, Statistisches Landesamt Berlin
- [7] Wietog, Jutta: Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich. In: Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 7/2001.
- [8] Eppenstein: Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin, Ausschluß der Deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946 (Hrsg.), Duncker & Humboldt, Berlin 1951.
- [9] Glowinski, Josef: Endgültige Ergebnisse der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 in Berlin. In: „Berliner Statistik“, 2. Jahrgang, Heft 5/6 – Mai/Juni 1948.
- [10] Eppenstein: Deutschlands Bevölkerung. Aus der Volkszählung vom 29. Oktober 1949 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin. In: „Berliner Statistik“, Jahrgang 1949, Heft 10/11.
- [11] Glowinski, Josef: Organisation und Durchführung der Volkszählung 1950 in West Berlin. In: „Berliner Statistik“, 4. Jahrgang, Heft 7 – Juli 1950.
- [12] Glowinski, Josef: Volks- Berufs- und Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961. In: „Berliner Statistik“, Jahrgang 1961, Heft 6.
- [13] Winter, Klaus: Aufbereitung der Volks- und Berufszählung 1970 sowie Feststellung der Ergebnisse und deren Veröffentlichung. In: „Berliner Statistik“, Jahrgang 1972, Heft 5.
- [14] Eichler, Ullrich: PC-Einsatz zur Durchführung der Volkszählung '87. In: „Berliner Statistik“ 4/87.
- [15] Piperow, Christine: Organisation und Durchführung der Volkszählung 1987 in Berlin (West). In: „Berliner Statistik“, Heft 4/89.
- [16] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): DDR-Statistik. Grundlagen, Methoden und Organisation der amtlichen Statistik der DDR 1949 bis 1990. In: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Wiesbaden 1999, Heft 34.
- [17] URL: <http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/volkszaehlung/index.asp> [Stand: 31.01.2012].
- [18] Nultsch, Gerhard: Einige Probleme der Volks- und Berufszählung. Mit internationalen Empfehlungen und Protokollen zur Durchführung von Volks-, Berufs- und Wohnraumzählungen, Statistisches Landesamt (Hrsg.), VEB Deutscher Zentralverlag Berlin, 1957.
- [19] Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): „Berliner Statistik“, Statistische Berichte, Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen in Berlin(Ost) 1950 bis 1981, Berlin 1995.
- [20] Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Volks- und Berufszählung am 31.12.1964. In: Zusammenfassende Darstellung und Materialien zu den Volks-, Berufs-, Wohnraum und Gebäudezählungen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1984.
- [21] Voy, Klaus/Haseloff, Torsten: Organisationsgeschichte des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, Heft 5/2008.
- [22] Heinzel, Annemarie: Volkszählung 2011: Deutschland bereitet sich auf einen registergestützten Zensus vor. In: „Berliner Statistik“, Jahrgang 2006, Heft 7.
- [23] Tuchscherer, Cornelia: Bedeutung des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011 - Arbeiten zum Aufbau auf der Grundlage des Zensusvorbereitungsgesetzes begonnen-. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg 3/09.
- [24] Wenzel, Karsten: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg 2/2011.
- [25] Stowasser, Rolf / Glowinski, Josef: Zur Untererfassung der West-Berliner Bevölkerung in der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung in den Jahren 1968 bis 1971. In: „Berliner Statistik“, Jahrgang 1974, Heft 3.

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zum Abgeordnetenhaus von Berlin zwischen 1862 und 2011

berliner statistik **150**
jahre

Die Jahre 1862 bis 2011

Die 150-jährige Geschichte des Statistischen Amtes Berlin ist eng verknüpft mit der Organisation von Wahlen. Die Aufgaben des Amtes haben sich in dieser Zeit nicht nur auf die Dokumentation der Wahlergebnisse beschränkt, sondern reichten zum Teil weit darüber hinaus.

In diesem Beitrag wird beschrieben, wie und mit welchen Ergebnissen in der Stadt Berlin in den letzten 150 Jahren das städtische Parlament gewählt wurde und dabei auch kurz auf die Beteiligung des Statistischen Amtes eingegangen.

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im Kaiserreich

Kurz zum geschichtlichen Hintergrund: Erstmals 1809 wurde in Berlin eine Stadtverordnetenversammlung gewählt. Im Rahmen der Reformen des Freiherrn von Stein wurde eine neue Städteordnung und damit eine kommunale Selbstverwaltung eingeführt, mit einem – von dem Landesherren unabhängigen – Magistrat als oberstem Verwaltungsorgan und einer Stadtverordnetenversammlung als Volksvertretung ([1], S. 1145). Die Stadtverordnetenversammlung, die am 25. April 1809 erstmals zusammentrat, bestand aus 102 Abgeordneten ([1], S. 1145), die in 102 Wahlbezirken gewählt worden waren. Die Stadtverordnetenversammlung wählte die Mitglieder des Magistrats, wie auch den Kandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters, der aber vom König bestätigt werden musste.

Wahlberechtigt zu dieser „Volksvertretung“ war allerdings nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, und zwar Männer, die Hauseigentum oder ein Jahreseinkommen von mehr als 200 Talern besaßen. Anstelle des Einkommens konnten auch die gezahlten Steuern als Grundlage für die Wahlberechtigung dienen. Frauen und Besitzlose waren von der Wahl ganz ausgeschlossen.

Sowohl die Größe dieses städtischen Parlaments als auch der Wahlmodus und die Wahlberechtigten wurden bis zum Ende des Kaiserreichs 1918 mehrfach gravierend geändert.

Nach der Städteordnung von 1808 [2] galt eine Wahlpflicht. Wer bei der Wahlversammlung unentschuldigt fehlte, konnte sein Stimmrecht verlieren. Die Wahl selbst war geheim. Jeder Stimmberechtigte konnte einen Kandidaten vorschlagen, über den dann nach §94 der Städteordnung jeweils geheim abzustimmen war:

„§94 Über die Wahlkandidaten werden die Stimmen der Reihe nach gesammelt.

Jedes Mitglied erhält ein weißes und ein schwarzes Zeichen, wovon jenes für und dieses wider den Kandidaten gilt. Es geht alsdann ein verdecktes Gefäß herum, in welches von Jedem eins dieser Zeichen geworfen wird. Das zweite Zeichen muss jedes Mitglied in ein anderes verdecktes Gefäß zurücklegen.“

Es handelte sich um eine Personenwahl nach dem Grundsatz der Mehrheitswahl.

Die Stadtverordneten erhielten für ihre Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung keine Entschädigung. Nach §114 der Städteordnung war die Entschädigung sogar ausdrücklich untersagt, da sie einen Mangel an Gemeinsinn verrathen würde [2].

Nach Änderung der Städteordnung im Jahre 1853 war die Wahl nicht mehr geheim [3]. In der Wahlversammlung wurde jeder anwesende Wahlberechtigte aufgerufen, der dann den Namen des Mannes (Frauen waren weiterhin nicht wahlberechtigt und nicht wählbar) rief, für den er, im wahrsten Sinne des Wortes, stimme. Im Jahre 1876 wurde dann festgelegt, dass die Wahl mit Stimmzetteln, statt durch mündliche Abstimmung erfolgt [3].

Als das Statistische Amt 1862 gegründet wurde, war Berlin in 36 Wahlbezirke (vergleichbar mit heutigen Wahlkreisen) eingeteilt – nach Magistratsbeschluss von 1854 aus je drei bis vier aneinanderliegenden Stadtbezirken. Jeder Wahlbezirk hatte entsprechend des 1850 [4] eingeführten Dreiklassenwahlrechts eine erste, eine zweite und eine dritte Abteilung, in dem jeweils ein Stadtverordneter zu wählen war – insgesamt also 108 Personen ([5], S. 13).

Durch das Dreiklassenwahlrecht hatten die Stimmen der einzelnen Wahlberechtigten nicht das gleiche Gewicht. Jeder Wahlberechtigte wurde nach der Höhe seiner geleisteten Steuer in eine von drei Klassen (Abteilungen) eingeteilt. In jeder Klasse wurde die gleiche Zahl an Stadtverordneten gewählt. Die Klassen waren allerdings unterschiedlich groß.

In der ersten Klasse wählten die Wahlberechtigten, die die meisten Steuern zahlten, wobei zu dieser Klasse so viele Wahlberechtigte zugeordnet wurden, bis ihre Steuern ein Drittel des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Die 2. Klasse beinhaltete die Steuerzahler, die das 2. Drittel des Steueraufkommens entrichteten. Der Rest der Wahlberechtigten wählte in der dritten Klasse.

Anstelle der Steuerleistung konnte auf Beschluss der zuständigen Stadtbehörde auch das jährliche Einkommen als Basis herangezogen werden [5].

Die Stadtverordneten wurden für sechs Jahre gewählt, allerdings nicht alle am selben Tag: Alle zwei Jahre fanden regelmäßige Ergänzungswahlen statt, bei denen jeweils ein Drittel der Stadtverordneten gewählt wurde.

Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts gehörten von den Wahlberechtigten zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung in Berlin 3,8 % zur ersten Abteilung, 15,0 % zur zweiten und 81,3 % zur dritten Abteilung. Bei gleicher Wahlbeteiligung hätte damit ein Wähler der ersten Abteilung ein um mehr als 20 Mal so hohes Stimmengewicht gehabt wie ein Wähler der dritten Klasse.

Die Wahlbeteiligung war allerdings in den einzelnen Klassen sehr unterschiedlich; vermutlich aufgrund des unterschiedlichen Stimmengewichtes nahm die Wahlbeteiligung von der ersten Klasse (55,0 %) über die zweite (35,2 %) zur dritten Klasse (13,1 %) stetig ab. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei 18,0 % der Wahlberechtigten.

Schon damals wurde die niedrige und weiter sinkende Wahlbeteiligung beklagt ([5], S. 13) und Änderungen am Wahlverfahren gefordert.

Bezogen auf die Bevölkerungszahl des Jahres 1868 (729 001 Personen) waren nur rund 10 % der Bevölkerung wahlberechtigt und ganze 1,8 % gaben eine Stimme ab.

In den vom Statistischen Büro herausgegebenen Statistischen Jahrbüchern wurde für jede Stadtverordnetenwahl die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Abteilungen dokumentiert, aber erst ab 1909 die Zahl der Stimmen für die einzelnen Parteien. Im Jahre 1868 beauftragte der Magistrat das Statistische Büro, einen umfassenden Bericht der Organisation der Stadtverordneten-Wahlen auszuarbeiten.

Der Bericht kam zu dem Ergebnis, dass folgende juristische Personen zusätzlich in die Wahllisten der ersten Abteilung aufzunehmen sind:

- königlich preußischer Fiskus,
- preußische Hauptbank,
- Berlin-Anhalter und die Berlin-Potsdamer Eisenbahn-Gesellschaft sowie
- Berliner Wasserwerke.

Dies wurde mit entsprechenden Vorschriften in der Städteordnung begründet, die besagten, dass juristische Personen, die mehr Steuern zahlten als die drei Höchstbesteuerten, aufzunehmen seien. Ohne dass auf Datenschutz Rücksicht genommen werden musste, wurden die Höchstbesteuerten übrigens auch benannt:

- Graf von Schaffgotsch (königlicher Kammerherr und Reichstagsabgeordneter),
- geheimer Kommerzienrath Bosig und
- Dr. phil. Strousberg (Rittergutsbesitzer).

Diese vorgeschlagenen Änderungen wurden schon zu den Wahlen im Jahre 1870 umgesetzt. Andere Vorschläge, wie eine Änderung des Zuschnitts der Wahlbezirke, jedoch noch nicht.

In den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes wurde die Tatsache, dass die Wahl nicht gleich war, nicht nur anhand von Zahlen anschaulich dargestellt,

Tab.1 Wahlberechtigte nach Abteilungen bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen 1866 bis 1870

| Jahr ¹ | Wahlberechtigte nach Abteilungen | | | Anteile nach Abteilungen | | | Wahlbeteiligung nach Abteilungen | | | Insgesamt |
|-------------------|----------------------------------|--------|--------|--------------------------|------|------|----------------------------------|------|------|-----------|
| | 1. | 2. | 3. | 1. | 2. | 3. | 1. | 2. | 3. | |
| | Anzahl | | | % | | | | | | |
| 1866..... | 737 | 3 142 | 18 691 | 3,3 | 13,9 | 82,8 | 63,2 | 35,1 | 12,4 | 17,2 |
| 1868..... | 1 011 | 4 472 | 22 059 | 3,7 | 16,2 | 80,1 | 51,8 | 37,1 | 13,5 | 18,7 |
| 1870..... | 999 | 3 303 | 18 579 | 4,4 | 14,4 | 81,2 | 52,2 | 32,8 | 13,2 | 17,8 |
| 1866–1870 | 2 747 | 10 917 | 59 329 | 3,8 | 15,0 | 81,3 | 55,0 | 35,2 | 13,1 | 18,0 |

¹ Es wird hier ein Zeitraum von sechs Jahren dargestellt, da in diesem Intervall alle Stadtverordneten sich einmal der Wahl gestellt hatten. Wie erwähnt wurden die Stadtverordneten jeweils für sechs Jahre gewählt und alle zwei Jahre schied ein Drittel aus.

sondern auch explizit kritisiert: „Die Eintheilung [der Wahlbezirke – Anmerkung des Autors] ist nicht nur der Bevölkerungszahl nach und der Wählerzahl nach überhaupt eine ungleiche, sondern die Ungleichheit des Wahlrechts in den einzelnen Bezirken wird noch dadurch gesteigert, daß innerhalb derselben die Wahl nach den drei Klassen der Steuerleistung erfolgt (...)“ ([6], S. 218).

Durchaus kritisch wurde auch angemerkt, „daß die allgemeine, unsere ganzen sozialen Verhältnisse beherrschende Tendenz, daß der Reichthum sich in immer weniger Händen concentrirt, dem eine immer mehr anwachsende, lediglich von ihrer Arbeit ernährte Bevölkerung gegenübersteht, (...) stark auf die allmähliche Verringerung der höheren und Vergrößerung der dritten Abteilung ein [wirkt]“ ([5], S. 9).

Diese zusätzliche Ungleichheit der Stimmen in den einzelnen Wahlbezirken war ein Resultat der starken und unterschiedlichen Bevölkerungszunahme in den einzelnen Stadtbezirken und Stadtteilen, bei Beibehaltung der einmal festgelegten Wahlbezirke.

Die Größe der Wahlbezirke reichte von nur 558 Wahlberechtigten im 17. Wahlbezirk (ein kurzer Straßenabschnitt der Leipziger Straße im heutigen Bezirk Mitte) bis zu 14 884 im 23. Wahlbezirk (ein größerer Bereich im heutigen Ortsteil Kreuzberg, der folgende Straßen umfasst: Waldemarstraße, Mariannenufer, Bethanien, Engelufer, Köpenicker Straße usw.). Auf einen Stadtverordneten kamen damit im 17. Wahlbezirk 186 Wahlberechtigte und im 23. Wahlbezirk 4 961 Wahlberechtigte. Durch die ungleiche regionale Verteilung kam es interessanterweise auch vor, dass in einigen Wahlbezirken in der zweiten und sogar in der dritten Abteilung weniger Wahlberechtigte auf einen Stadtverordneten kamen als in der ersten Abteilung eines anderen Wahlbezirkes. Die Wähler der dritten Abteilung hatten in diesen Fällen damit ein höheres Stimmengewicht als die Wähler der ersten Abteilung eines anderen Wahlbezirkes, was dem Prinzip des Dreiklassenwahlrechts widersprach.

Das Statistische Amt hatte zur Lösung eine völlige Neueinteilung des Wahlgebietes vorgeschlagen mit 12 etwa gleich großen Wahlbezirken, in denen jeweils 9 Stadtverordnete zu wählen gewesen wären ([5], S. 18). Dieser weitgehende Vorschlag scheint dem Magistrat allerdings zu radikal gewesen zu sein. Stattdessen wurde erstmals bei der Wahl 1880 zur Abmilderung der Ungleichheiten entschieden, die Zahl der Mandate um 18 auf insgesamt 126 zu erhöhen. Einzelne Abteilungen in unterschiedlichen Wahlbe-

Tab.2 **Wahlberechtigte und Wähler bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen 1866 bis 1913**

| Jahr | Wahlberechtigte | Wähler | Wahlbeteiligung | Bemerkung |
|----------|-----------------|--------|-----------------|-----------|
| | Anzahl | | % | |
| 1866 ... | 22 570 | 3 891 | 17,2 | E |
| 1868 ... | 27 542 | 5 148 | 18,7 | E |
| 1870 ... | 22 881 | 4 064 | 17,7 | E |
| 1872 ... | 26 775 | 4 673 | 17,5 | E |
| 1874 ... | 39 464 | 5 567 | 14,1 | E |
| 1876 ... | 53 927 | 6 075 | 11,3 | E |
| 1878 ... | 51 083 | 10 518 | 20,6 | E |
| 1880 ... | 107 879 | 16 032 | 14,9 | E |
| 1882 ... | 88 090 | 18 702 | 21,2 | E |
| 1883 ... | 185 184 | 77 808 | 42,0 | A |
| 1885 ... | 80 805 | 27 819 | 34,4 | E |
| 1887 ... | 81 819 | 27 147 | 33,2 | E |
| 1889 ... | 94 765 | 31 389 | 33,1 | E |
| 1891 ... | 117 185 | 41 179 | 35,1 | E |
| 1893 ... | 111 637 | 31 430 | 28,2 | E |
| 1895 ... | 94 617 | 32 151 | 34,0 | E |
| 1897 ... | 127 046 | 43 934 | 34,6 | E |
| 1899 ... | 141 228 | 50 387 | 35,7 | E |
| 1901 ... | 133 723 | 56 580 | 42,3 | E |
| 1903 ... | 138 551 | 46 169 | 33,3 | E |
| 1907 ... | 149 836 | 64 207 | 42,9 | E |
| 1909 ... | 153 711 | 63 155 | 41,1 | E |
| 1911 ... | 155 287 | 66 310 | 42,7 | E |
| 1913 ... | 159 836 | 65 910 | 41,2 | E |

E – Regelmäßige Ergänzungs- bzw. Ersatzwahlen

A – Wahl aller Stadtverordneten nach Auflösung

wenige Monate später veranlasst, das Stadtparlament aufzulösen [4]. Die anhaltende Diskussion über die ungleiche Verteilung der Wahlbezirke hat sicherlich auch zu diesem Schritt beigetragen. Der König hat dann am 23. April 1883 die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung und eine neue Einteilung aller Wahlbezirke verfügt hat [8].

Am 18. Oktober 1883 wurden alle 126 Stadtverordneten in den neu eingeteilten Wahlbezirken neu gewählt. Von den 126 Sitzen gewannen die Fortschrittlichen 109, die Konservativen und Antisemiten 12 und die Sozialisten 5 Sitze ([9], S. 242).

Die Wahlbeteiligung ist nach der Neueinteilung der Wahlbezirke 1883 deutlich gestiegen und liegt in etwa doppelt so hoch wie in den Jahren davor.

Im Statistischen Jahrbuch von 1916 sind die Ergebnisse der letzten drei Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung vor Zusammenbruch des Kaiserreichs 1918, erstmals aufgeschlüsselt nach Parteien, veröffentlicht.

In der dritten Abteilung, die knapp 80 % der Wahlberechtigten umfasste, wurde völlig anders gewählt als in der ersten und zweiten Abteilung. So kamen die sozialdemokratischen Kandidaten in der dritten Abteilung auf 82,7 % bis 86,2 %; in der ersten und zweiten Abteilung dominierten hingegen die Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei mit 74,5 % bis 98,7 %.

zirken, bei denen die Zahl der Wahlberechtigten am stärksten vom Durchschnitt der Abteilung abwich, bekamen einen oder sogar zwei zusätzlich zu wählende Stadtverordnete hinzu.

Im Statistischen Jahrbuch von 1882 wird diese Maßnahme als unzureichend kritisiert ([7], S. 283): „Eine wirkliche Beseitigung der Ungleichheiten ist allerdings hierdurch nur in geringem Maße bewirkt worden, denn wenn in einem Wahlbezirke zwei Stadtverordnete statt einem gewählt werden, so ist dies keineswegs dem gleich zu achten, wie wenn der Wahlbezirk geteilt und jedem Theile die Wahl eines Stadtverordneten überlassen wäre.“

Politische Gründe haben den konservativen Innenminister

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von 1919 bis 1933

Die erste Wahl zum Berliner Stadtparlament nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs fand am 23. Februar 1919 statt. Trotz der revolutionären Wirren zu Beginn der Weimarer Republik war es eine demokratische Wahl – das Dreiklassenwahlrecht war kurz vorher abgeschafft worden. Erstmals waren auch Frauen wahlberechtigt und wählbar.

Durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes wurde die Wahl vom 20. Juni 1920 für ungültig erklärt (Neuwahlen aufgrund der Wahlordnung vom 10. August 1921 am 16. Oktober 1921) [11].

Bei der Wahl am 23. Februar 1919 gaben nur 57,6 % der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Diese relativ niedrige Beteiligung lässt sich sicher mit einer gewissen Wahlmüdigkeit erklären. Es war die dritte Wahl innerhalb von nur fünf Wochen: Am 19. Januar 1919 hatten die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung stattgefunden, bei der noch 82 % der Berliner Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben und am 26. Januar 1919 war die Preußische Landesversammlung gewählt worden – die Wahlbeteiligung in Berlin lag bei 70,7 % ([12], S. 28).

Insgesamt bestand die Stadtverordnetenversammlung 1919 aus 144 Stadtverordneten. SPD und USPD errangen zusammen 93 Sitze – knapp zwei Drittel der Mandate.

Schon ein Jahr später wurde der Gebietsstand Berlins wesentlich erweitert. SPD und USPD setzten gegen den Widerstand der meisten Abgeordneten der anderen Parteien im Preußischen Parlament das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin durch ([13], S. 162).

Die Einwohnerzahl Berlins verdoppelte sich durch die Eingemeindung von sieben Stadtgemeinden (Charlottenburg, Cöpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Wilmersdorf) sowie von 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken, die Stadtfläche verdreizehnfachte sich sogar (siehe Beitrag „Stadtgebiet und Gliederungen“ von H. Bömermann).

Verdoppelt hat sich auch die Zahl der Wahlberechtigten. Durch das Groß-Berlin-Gesetz war die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten auf insgesamt 225 Stadtverordnete festgesetzt worden. Die Wahlperiode betrug jetzt vier Jahre.

Insgesamt wurde Groß-Berlin in 15 Wahlkreise eingeteilt, die bis auf drei Ausnahmen, und zwar die Wahlkreise X (mit Zehlendorf, Steglitz und Tempelhof), XIII (mit Treptow und Cöpenick) und XV (mit Weißensee, Pankow und Reinickendorf) mit einem der 20 Verwaltungsbezirke übereinstimmten (siehe nebenstehende Tabelle).

| Wahlkreis | Verwaltungsbezirk | Einwohner ¹ |
|-----------|---|------------------------|
| I | Mitte | 292 761 |
| II | Tiergarten | 273 502 |
| III | Wedding | 337 193 |
| IV | Prenzlauer Tor | 311 631 |
| V | Friedrichshain | 326 067 |
| VI | Hallesches Tor | 366 317 |
| VII | Charlottenburg u. s. w. | 324 981 |
| VIII | Spandau u. s. w. | 104 223 |
| IX | Wilmersdorf u. s. w. | 158 005 |
| X | Zehlendorf u. s. w., Steglitz u. s. w., Tempelhof u. s. w. | 239 651 |
| XI | Schöneberg u. s. w. | 222 071 |
| XII | Neukölln u. s. w. | 279 732 |
| XIII | Treptow u. s. w., Cöpenick u. s. w. | 145 947 |
| XIV | Lichtenberg u. s. w. | 182 870 |
| XV | Weißensee u. s. w., Pankow u. s. w., Reinickendorf u. s. w. | 241 582 |

¹ Einwohnerzahlen aus dem vorläufigen Ergebnis der allgemeinen Volkszählung vom 8. Oktober 1919

Tab. 3 Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen 1909 bis 1913

| Jahr | Abt. | Wahlberechtigte | | Wahlbeteiligung | Stimmen für | | | | | |
|----------|------|-----------------|-----------------------------|-----------------|-------------------------|------------------|--------------|------------------|--------------|--------------|
| | | Anzahl | in % aller Wahlberechtigten | | Freisinnige Volkspartei | Sozialdemokraten | Konservative | Soz. Fort-Partei | Bürgerpartei | war. zerspl. |
| % | | | | | | | | | | |
| 1909 ... | 3 | 121 210 | 78,9 | 43,3 | 11,8 | 84,1 | 0,3 | 3,3 | x | 0,5 |
| | 2 | 31 506 | 20,5 | 32,2 | 97,0 | 2,3 | x | x | x | 0,6 |
| | 1 | 995 | 0,6 | 49,6 | 74,5 | x | x | 24,7 | x | 0,8 |
| 1911 ... | 3 | 122 376 | 78,8 | 46,3 | 17,1 | 82,7 | x | x | x | 0,2 |
| | 2 | 32 079 | 20,7 | 29,0 | 94,0 | 2,6 | 3,0 | x | x | 0,4 |
| | 1 | 832 | 0,5 | 46,3 | 98,2 | x | x | x | x | 1,8 |
| 1913 ... | 3 | 126 830 | 79,4 | 44,6 | 13,4 | 86,2 | x | x | x | 0,4 |
| | 2 | 32 236 | 20,2 | 28,0 | 96,5 | 2,2 | x | x | 1,0 | 0,3 |
| | 1 | 770 | 0,5 | 39,9 | 98,7 | 0,3 | x | x | 1,0 | x |

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 1916

Tab. 4 Ergebnisse der Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung 1919 bis 1933

| Wahltag | Wahlberechtigte Anzahl | Wahlbeteiligung | Stimmen für | | | | | | | | |
|-----------------------------|---------------------------|-----------------|-------------|------|------|------|------|------|---------|-------|----------|
| | | | SPD | USPD | KPD | DDP | DNVP | DVP | Zentrum | NSDAP | Sonstige |
| % | | | | | | | | | | | |
| 23.02.1919 ... | 1 389 246 | 57,6 | 31,7 | 33,0 | x | 14,6 | 10,5 | 4,5 | 5,7 | x | x |
| 20.06.1920 ¹ ... | 2 554 147 | 64,7 | 17,2 | 38,4 | x | 7,1 | 11,4 | 16,9 | 3,7 | x | 5,3 |
| 25.10.1925 ... | 2 935 493 | 63,7 | 32,6 | 0,8 | 18,7 | 9,3 | 20,8 | 6,0 | 3,4 | x | 8,4 |
| 17.11.1929 ... | 3 289 182 | 70,3 | 28,4 | 0,2 | 24,6 | 6,0 | 17,6 | 6,7 | 3,6 | 5,8 | 7,1 |
| 12.03.1933 ... | 3 409 726 | 75,9 | 22,0 | x | 19,5 | 2,0 | 12,1 | 0,7 | 4,7 | 38,2 | 0,8 |

Quelle: Die Berliner Wahlen 1946 bis 1971, Sonderheft 233 ([11], S. 92)

Parteien:

| | |
|---------|--|
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| DDP | Deutsche Demokratische Partei – 1933: Deutsche Staatspartei (DStP) |
| DNVP | Deutschnationale Volkspartei – 1933: Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (KFSWR) |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| Zentrum | Zentrumspartei – 1919: Christliche Volkspartei |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |

¹ Durch eine Entscheidung des Obergerichtes wurde die Wahl vom 20. Juni 1920 für ungültig erklärt (Neuwahlen auf Grund der Wahlordnung vom 10.08.1921 am 16.10.1921). [11]

Es galt ein Verhältniswahlssystem, das im Groß-Berlin-Gesetz wie folgt beschrieben war:

„§ 9. (1) Für die Wahl der Stadtverordneten werden Wahlkreise gebildet. (...)

1.

(1) Neben den Wahlvorschlägen für die einzelnen Wahlkreise (Kreiswahlvorschläge) können Wahlvorschläge für die ganze Stadt (Stadtwahlvorschläge) eingereicht werden.

(2) Die Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens hundert im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen, die Stadtwahlvorschläge müssen von mindestens zweihundert in der Stadt Berlin Wahlberechtigten unterzeichnet werden.

(3) Die Kreiswahlvorschläge müssen die Erklärung enthalten, welchem Stadtwahlvorschlag die bei Zuteilung der Stadtverordnetensitze nicht berücksichtigten Stimmen zugerechnet werden sollen (Ziffer 2 Abs. 1).

(4) Will der Wähler seine Stimme zugleich für den zugehörigen Stadtwahlvorschlag abgeben, so muß der Stimmzettel eine Erklärung hierüber enthalten. Fehlt eine solche Erklärung, so darf der Stimmzettel keinem Stadtwahlvorschlag zugerechnet werden.

(5) Eine Verbindung von Wahlvorschlägen ist nur bei den Stadtverordnetenvorschlägen zulässig.

2.

(1) Zur Ermittlung des Wahlergebnisses ist zunächst die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen durch 225 [Anmerkung des Autors: Zahl der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung] (...) zu teilen und auf diese Weise der Wahlquotient festzustellen. Jedem Kreiswahlvorschlag werden soviele Stadtverordnetensitze zugeteilt, als sich die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen durch den Wahlquotienten voll teilen läßt. Die übrigbleibenden Stimmen und die Stimmen eines Kreiswahlvorschlags, für den weniger Stimmen abgegeben sind, als der Wahlquotient beträgt, werden dem entsprechenden Stadtwahlvorschlag angerechnet, soweit eine Anrechnung gemäß Ziffer 1 Abs. 4 zulässig ist.

(2) Auf die Stadtwahlvorschläge werden diejenigen Stadtverordnetensitze, über welche durch die Verteilung auf die Kreiswahlvorschläge nicht verfügt ist, nach den allgemeinen, für die Stadtverordnetenwahlen geltenden Grundsätzen der Verhältniswahl aufgeteilt.

(3) Die Anzahl und die Grenzen der Wahlkreise können durch Gemeindebeschluss abgeändert werden.“

Mit der Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre ging eine zunehmende Politisierung und Radikalisierung der Bevölkerung einher. Dies drückte sich auch in der Wahlbeteiligung aus, die von 63,7 % (1925) über 70,3 % (1929) auf 75,9 % im Jahre 1933 gestiegen war. Die politische Radikalisierung zeigte sich im Stimmenanteil für die NSDAP, die ihren Anteil zwischen 1929 und 1933 mehr als versechsfachen konnte und zur stärksten Partei in der Stadtverordnetenversammlung wurde.

Am 15. Juli 1934, etwas mehr als ein Jahr nach der Machtergreifung Hitlers, trat das Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin in Kraft, mit dem die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst wurde. Es fanden dann erst wieder nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges demokratische Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt.

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung 1946 und 1948

Im Frühjahr 1946 ordnete die Alliierte Kommandantur die ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin an. Mit der Organisation der Wahlen beauftragte der Magistrat der Stadt das Statistische Amt und übertrug ihm die Geschäfte eines „Hauptwahlamtes“ (1947 wurde das Amt dann auch in Hauptamt für Statistik und Wahlen umbenannt).

Die Durchführung der Wahlen im kriegszerstörten Berlin mit einer erst im Aufbau befindlichen Verwaltung stellte eine enorme Herausforderung dar. Die Wahl ging trotzdem reibungslos vonstatten ([14], S. 125).

Insgesamt waren 130 Stadtverordnete für zwei Jahre zu wählen. Die Stadt war in 20 Wahlkreise eingeteilt, wobei jeder Verwaltungsbezirk mit einem

Wahlkreis identisch war. Gewählt wurden nach den Vorschriften der Verhältnis- und Listenwahl [11], S. 13). Es gab keine Sperrklausel. Das Wahlsystem und die Verteilung der Mandate war ähnlich geregelt wie die im Groß-Berlin-Gesetz 1920 beschriebenen Regelungen (siehe oben).

Die Wahlbeteiligung von 92,3 % war die höchste, die je in der gesamten Stadt zu verzeichnen war. Lediglich bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Westteil der Stadt 1958 konnte eine noch höhere Wahlbeteiligung registriert werden.

Am 6. September 1948 verlegte die Stadtverordnetenversammlung unter kommunistischem Druck ihren Sitz in den Westteil der Stadt. Die politischen Ereignisse führten dann zu einer weitgehenden Spaltung Berlins: Nach und nach baute der Magistrat in Berlin-West eine eigene Verwaltung auf.

Die Ende 1948 fällige Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung konnte dann nur im Westteil der Stadt stattfinden, da die sowjetische Besatzungsmacht den Wahlberechtigten des Ostsektors die Teilnahme an der Wahl untersagt hatte. Die SED rief zusätzlich im Westteil der Stadt zum Boykott der Wahl auf und beteiligte sich nicht mit eigenen Kandidaten.

Trotz des Boykott-Aufrufs gaben 86,3 % der West-Berliner ihre Stimme ab.

Durch eine Ergänzung der Wahlordnung (§73 b) war die Verteilung der Mandate für den Fall, dass nur in einem Teil der Stadt gewählt werden kann und aus dem anderen keine Ergebnisse vorliegen, geregelt. Danach sollten die 32 Stadtverordneten der im Ostteil liegenden, an der Wahl durch höhere Gewalt behinderten Wahlkreise ihr Mandat behalten, das sie 1946 auf Kreisebene erhalten hatten. Für die Verteilung der weiteren Sitze wurden von den 130 in Berlin insgesamt zu vergebenden Sitzen diese 32 Sitze (aus dem Ostteil von 1946) abgezogen. Es blieben also 98 Sitze, die entsprechend des Wahlergebnisses im Westteil verteilt wurden, übrig ([11], S. 9).

Tab. 5 Wahlen zum Abgeordnetenhaus¹ von Berlin 1946 bis 2011
Ergebnisse² ausgewählter Parteien

| Jahr | Region | Wahl- | Wähler | Wahl- | SPD | CDU | SED/ DIE LINKE ³ | GRÜNE ⁴ | FDP ⁵ | Sonstige ⁶ |
|----------|-------------|-------------|-----------|-------------|------|------|--------------------------------|--------------------|------------------|-----------------------|
| | | berechtigte | | beteiligung | | | | | | |
| 1946 ... | Berlin | 2 307 122 | 2 128 677 | 92,3 | 48,7 | 22,2 | 19,8 | x | 9,3 | x |
| 1948 ... | Berlin-West | 1 586 461 | 1 369 492 | 86,3 | 64,5 | 19,4 | x | x | 16,1 | x |
| 1950 ... | Berlin-West | 1 664 221 | 1 504 580 | 90,4 | 44,7 | 24,7 | x | x | 23,1 | 7,5 |
| 1954 ... | Berlin-West | 1 694 896 | 1 555 511 | 91,8 | 44,6 | 30,4 | 2,7 | x | 12,8 | 9,5 |
| 1958 ... | Berlin-West | 1 757 842 | 1 632 540 | 92,9 | 52,6 | 37,7 | 2,0 | x | 3,8 | 3,9 |
| 1963 ... | Berlin-West | 1 748 588 | 1 572 027 | 89,9 | 61,9 | 28,8 | 1,4 | x | 7,9 | x |
| 1967 ... | Berlin-West | 1 718 435 | 1 481 674 | 86,2 | 56,9 | 32,9 | 2,0 | x | 7,1 | 1,1 |
| 1971 ... | Berlin-West | 1 652 916 | 1 469 633 | 88,9 | 50,4 | 38,2 | 2,3 | x | 8,4 | 0,7 |
| 1975 ... | Berlin-West | 1 579 924 | 1 387 471 | 87,8 | 42,6 | 43,9 | 1,8 | x | 7,1 | 4,6 |
| 1979 ... | Berlin-West | 1 533 728 | 1 310 553 | 85,4 | 42,7 | 44,4 | 1,2 | 3,7 | 8,1 | 0,1 |
| 1981 ... | Berlin-West | 1 514 642 | 1 291 842 | 85,3 | 38,3 | 48,0 | 0,6 | 7,2 | 5,6 | 0,3 |
| 1985 ... | Berlin-West | 1 507 276 | 1 259 818 | 83,6 | 32,4 | 46,4 | 0,6 | 10,6 | 8,5 | 1,5 |
| 1989 ... | Berlin-West | 1 532 870 | 1 220 423 | 79,6 | 37,3 | 37,7 | 0,6 | 11,8 | 3,9 | 8,7 |
| 1990 ... | Berlin | 2 524 553 | 2 040 709 | 80,8 | 30,4 | 40,4 | 9,2 | 9,4 | 7,1 | 3,5 |
| 1995 ... | Berlin | 2 479 735 | 1 700 000 | 68,6 | 23,6 | 37,4 | 14,6 | 13,2 | 2,5 | 8,7 |
| 1999 ... | Berlin | 2 414 493 | 1 582 407 | 65,5 | 22,4 | 40,8 | 17,7 | 9,9 | 2,2 | 7,0 |
| 2001 ... | Berlin | 2 417 574 | 1 645 673 | 68,1 | 29,7 | 23,8 | 22,6 | 9,1 | 9,9 | 4,9 |
| 2006 ... | Berlin | 2 425 480 | 1 407 754 | 58,0 | 30,8 | 21,3 | 13,4 | 13,1 | 7,6 | 13,8 |
| 2011 ... | Berlin | 2 469 716 | 1 487 487 | 60,2 | 28,3 | 23,3 | 11,7 | 17,6 | 1,8 | 17,3 |

- 1 vor 1950: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung
2 ab 1979: Ergebnisse der Zweitstimmen
3 bis 1958: SED; 1963 bis 1989: SEW; 1990 bis 2001: PDS; 2006: Die Linke.
4 1979 bis 1989: AL; 1990 GRÜNE/AL plus B90/GR
5 vor 1950: LDP
6 1989: einschl. 7,5 % für Republikaner (REP) und 2011: einschl. 8,9 % für Piratenpartei (PIRATEN)

Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Westteil Berlins zwischen 1950 bis 1989

Für die am 3. Dezember 1950 (nur im Westteil) stattfindende Wahl gab es eine Reihe von Änderungen:

- Statt einer Stadtverordnetenversammlung war ein Abgeordnetenhaus zu wählen.
- Die Legislaturperiode wurde auf 4 Jahre verlängert.
- Das Abgeordnetenhaus bestand aus 200 Abgeordneten, von denen nach der aktuellen Bevölkerungszahl 127 auf den Westteil Berlins entfielen. Nur diese Mandate standen zur Wahl – die Wahl im Ostteil und damit die Besetzung der restlichen 73 Sitze galten weiterhin als durch höhere Gewalt verhindert ([11], S. 9).
- Außerdem wurde erstmal eine 5 %-Sperrklausel eingeführt.

Dem 1950 gewählten Abgeordnetenhaus gehörte zusätzlich zu den 127 im Westteil Gewählten, weitere Abgeordnete mit beratender Stimme an, und zwar Personen, die bei den Wahlen 1946 auf Wahlkreisvorschlägen im Ostteil der Stadt gewählt worden waren und die am Wahltag, dem 3. Dezember 1950, noch im Ostsektor ihren Wohnsitz hatten. Insgesamt waren das 19 Personen, von denen 11 auf ihr Mandat verzichteten (einer von der SPD und zehn von der SED) und sieben das Mandat annahmen (fünf von der SPD und zwei von der CDU).

Grundsätzlich musste die Zahl der auf den Westteil Berlins entfallenden Abgeordneten vor jeder Wahl, entsprechend dem Anteil der Einwohnerzahl des Westteils an der Gesamtbevölkerung Berlins, durch Senatsbeschluss festgestellt werden. Vor jeder Wahl musste also die Bevölkerungszahl des Ostteils ermittelt werden, damit im Westteil regulär gewählt werden konnte. Dieses Prinzip, dass die Bevölkerungszahl des Ostteils für die Durchführung der Wahl im Westteil benötigt wurde, blieb so bis zum Ende der Teilung 1989 erhalten.

Auf die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, die nach der Spaltung der Stadt bis zum Ende der DDR im Ostteil abgehalten wurden, wird hier nicht eingegangen, da diese nicht in der dortigen amtlichen Statistik angelegt waren.

Am 1. April 1951 wurde im Westteil Berlins das Statistische Amt der Stadt neu geordnet. Aus dem Hauptamt für Statistik und Wahlen wurde das Statistische Landesamt Berlin. In diesem Zuge wurde auch das Arbeitsgebiet Wahlen (mit Ausnahme der Wahlstatistik) in die Senatsverwaltung für Inneres verlagert. Das Statistische Landesamt blieb aber in der Folgezeit weiterhin wesentlich an der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen beteiligt: So war der Leiter des Amtes bei den Wahlen, die zwischen 1967 bis 1999 stattfanden, als Landeswahlleiter verantwortlich für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung aller politischen Wahlen. Seit 2005 ist die Leiterin des Amtes auch gleichzeitig die stellvertretende Berliner Landeswahlleiterin.

Zur Abgeordnetenhauswahl am 7. Dezember 1958 wurde auf ein kombiniertes Mehrheits- und Verhältniswahlssystem umgestellt, wobei jeder Wähler eine Stimme hatte. Die Mandate wurden ausschließlich nach dem Verhältniswahlssystem verteilt, wohingegen die Bewerber nach dem Mehrheitsystem ausgewählt wurden ([11], S. 22).

Durch das neue Wahlsystem konnte es zu Überhangmandaten kommen, die durch weitere Mandate (Ausgleichsmandate) ausgeglichen wurden. Dadurch waren statt genau 200 Abgeordnete, wie 1950 und 1954, in Gesamtberlin mindestens 200 Abgeordnete zu wählen, davon 120 in Wahlkreisen nach dem Grundsatz der Mehrheitswahl. Entsprechend den Bevölkerungszahlen waren diese Wahlkreise vorher auf die Stadthälften, und da nur im Westteil tatsächlich gewählt werden konnte, hier auf die 12 Bezirke zu verteilen. Bei den Wahlen 1958 bis 1975 war die Zahl der Wahlkreise nach diesen Bevölkerungszahlen auf 80 und die der mindestens zu wählenden Abgeordneten auf 133 bzw. auf 134 festgelegt worden.

Weitere grundsätzliche Änderungen des Wahlsystems traten dann vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus 1979 in Kraft.

Die Änderung war nötig geworden, da zwei parteiunabhängige Wahlkreisbewerber erfolgreich gegen die Nichtzulassung zur Wahl am 2. März 1975 in Zehlendorfer Wahlkreisen vor dem Berliner Verfassungsgericht geklagt hatten. Das Verfassungsgericht erklärte das bis dahin geltende Monopol politischer Parteien bei der Aufstellung von Wahlkreisbewerbern für unzulässig. Die Wahl musste daraufhin im betroffenen Bezirk wiederholt und das Landeswahlgesetz geändert werden.

Die wichtigsten Neuerungen waren:

1. Einführung eines Zwei-Stimmensystems, und zwar einer Erststimme für die Direktwahl eines Bewerbers im Wahlkreis und einer Zweitstimme für die Wahl einer Liste, die maßgebend für die Verteilung der Gesamtsitze im Abgeordnetenhaus auf die Parteien ist.
2. Zulassung von parteiunabhängigen Wahlkreisbewerbern, die mit der Erststimme gewählt werden können.
3. Nichtberücksichtigung von Ausländern bei der Feststellung der auf den Westteil Berlins entfallenden Mindestzahl zu wählender Abgeordneten auf Grundlage der Einwohnerzahl.

Die Zahl der im Westteil Berlins mindestens zu wählenden Abgeordneten sank, aufgrund der unter Punkt 3 genannten Neuerung, von 133 auf 125 und die Zahl der Wahlkreise von 80 auf 79.

Während der Spaltung der Stadt machte ein außerordentlich hoher Anteil der Wahlberechtigten von seinem Wahlrecht Gebrauch: Die Wahlbeteiligung lag mehrfach über 90 % und nur einmal, und zwar am 29. Januar 1989, knapp unter 80 %.

Über die Zeit war ein Wandel des Parteiensystems zu beobachten: So verlor die SPD seit Mitte der 70er Jahre ihre dominierende Rolle; in den 1960er Jahren hatte sie mehrfach die absolute Mehrheit der Stimmen errungen, 1948 und 1963 sogar über 60 % der Stimmen. Im Gegenzug gewann die CDU hinzu und erzielte zwischen 1975 und 1989 die meisten Stimmen. Außerdem konnte sich die Alternative Liste (AL), der Berliner Vorläufer der GRÜNEN, Anfang der 80er Jahre im Parteiensystem etablieren. Die Berliner Politik verwandelte sich von einem Drei-Parteiensystem (SPD, CDU und FDP) zu einem Vier-Parteiensystem (SPD, CDU, FDP und GRÜNE). Bei der Wahl 1989 schaffte dann eine weitere Partei vom rechten

Rand des politischen Spektrums, (DIE REPUBLIKANER – REP), den Einzug ins Abgeordnetenhaus.

Wahlen im wieder vereinten Berlin seit 1990

Nach der Deutschen Vereinigung konnte am 2. Dezember 1990 erstmals wieder nach 1946 in der gesamten Stadt ein gemeinsames Parlament gewählt werden. Die Wahl fand zusammen mit der Bundestagswahl statt.

In der Folge der Vereinigung wurde die Geschäftsstelle des Landeswahlleiters von der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung ins Statistische Landesamt Berlin verlagert, wo sie bis heute ansässig ist.

Wie 1958 festgelegt und seitdem nicht mehr geändert, bestanden das zu wählende Abgeordnetenhaus aus 200 Abgeordneten und das Wahlgebiet aus 120 Wahlkreisen.

In der Vorbereitungsphase zur Abgeordnetenhauswahl am 2. Dezember 1990 kam es mehrfach zu kurzfristigen Änderungen der Rechtsgrundlagen. So entschied zum Beispiel am 29. September 1990 das Bundesverfassungsgericht, dass für diese Wahl eine, für die ehemals getrennten Stadtteile, regionalisierte 5 %-Hürde zu gelten hat. Eine Partei musste danach nicht in der gesamten Stadt mindestens 5 % der Zweitstimmen erringen, um ins Abgeordnetenhaus einzuziehen, wie ursprünglich festgelegt, sondern es reichten mindestens 5 % in einem der beiden ehemals getrennten Stadthälften. Unabhängig davon galt, wie auch bei den Wahlen zuvor, die 5 %-Hürde nicht für Parteien, die mindestens in einem Wahlkreis ein Direktmandat errungen hatten. Sie wären dann ebenfalls entsprechend ihres Zweitstimmenanteils ins Parlament eingezogen. Dieser Fall kam in Berlin bisher allerdings noch nicht vor.

Die Beteiligung bei der 1990er Wahl betrug 80,8 % und war damit etwas höher als knapp zwei Jahre zuvor im Westteil Berlins. Von der regionalisierten 5 %-Hürde profitierten die beiden Parteien, die später zu den GRÜNEN fusionierten: Bündnis 90/Grüne (B90/GR) errang insgesamt, in der gesamten Stadt, 4,4 % der Zweitstimmen, aber übersprang die Hürde, da 9,8 % der Wähler im Ostteil für sie votierten. Die im Westteil kandidierende GRÜNE/AL erzielte insgesamt in Berlin 4,99 % und zog dank 6,9 % im Westteil errungener Zweitstimmen ins Abgeordnetenhaus ein.

In die Volksvertretung wurden damit fünf Parteien gewählt: SPD, CDU, GRÜNE (B90/GR plus GRÜNE/AL), PDS und FDP.

Aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten bestand das erste Gesamtberliner Abgeordnetenhaus aus 241 Personen.

In den folgenden Jahren wurden die Zahl der Mindestmandate und die Zahl der Wahlkreise noch zweimal reduziert, und zwar 1995 auf 150 Mindestmandate und 90 Wahlkreise und 1999 auf 130 Mindestmandate und 78 Wahlkreise.

Zum 1. Januar 2007 wurde das Statistische Landesamt Berlin mit dem Statistikteil des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg zum Amt für Statistik Berlin-Brandenburg fusioniert. Auch nach der Gründung des gemeinsamen Amtes blieb die Leiterin des Amtes die stellvertretende Landeswahlleiterin in Berlin und die Geschäftsstelle des Landeswahlleiters/der Landeswahlleiterin im Amt angesiedelt.

Seit der Vereinigung ist die Wahlbeteiligung tendenziell mit leichten Schwankungen gesunken, auf zuletzt 60,2 % bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011.

Bei dieser bisher letzten Berliner Wahl schaffte eine weitere Partei den Einzug ins Berliner Parlament, und zwar die Piratenpartei, die 8,9 % der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte. Da die FDP an der 5 %-Hürde scheiterte, sind weiterhin im Abgeordnetenhaus von Berlin fünf Parteien vertreten. Ob diese Veränderungen zu einem längerfristigen Wandel des Parteiensystems führen werden oder ein einmaliges Ergebnis bleiben, wie der Einzug der Republikaner ins Berliner Parlament bei den Wahlen 1989, wird die Zukunft zeigen.

Ausblick

Wie die Entwicklung der letzten 150 Jahre gezeigt hat, ist das Wahlsystem ständigen Änderungen unterworfen.

Derzeit werden weitere Reformen des Wahlrechts von den politischen Parteien, aber auch von gesellschaftlichen Gruppen, wie dem Verein „Mehr Demokratie e.V.“, diskutiert. Die Vorschläge reichen von kleineren Eingriffen, wie einer Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre – das von allen derzeit im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, mit Ausnahme der CDU, unterstützt wird – bis hin zu einer grundlegenden Wahlrechtsreform. Das Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen“, das darauf abzielte, wurde jedoch 2010 von der Trägerin abgebrochen. Ziel war die Einführung von 5 Parteistimmen, veränderbaren Parteilisten, Mehrmandatswahlkreisen und einer Ersatzstimme.

Autor: Geert Baasen

Quellennachweis

- [1] Berlin Handbuch, Das Lexikon der Bundeshauptstadt, Herausgeber: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, FAB Verlag, 1992.
- [2] Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie (Städteordnung) vom 19. November 1808.
- [3] No. 11. Provinzial-Correspondenz. Vierzehnter Jahrgang. 15. März 1876, im (Internet unter: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/9838247/2399>)
- [4] Landesarchiv Berlin; A Rep. 000-02-01; Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin; Vorläufiges Findbuch.
- [5] Die Reorganisation der Gemeindegewahlen in Berlin. In: Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik; Herausgeber: Statistisches Bureau der Stadt; Berlin 1871, S. 1–22.
- [6] Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 1878.
- [7] Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 1882.
- [8] No. 42. Provinzial-Correspondenz. Einundzwanzigster Jahrgang. 17. Oktober 1883; im (Internet unter: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/9838247/2399>)
- [9] Die Wurzeln des Bösen. Das Abendland, Neue Folge; Gründerjahre des Antisemitismus: Von der Bismarckzeit zu Hitler von Massimo Ferrari Zumbini, Verlag Klostermann, 2003, Frankfurt am Main, S. 240.
- [10] Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 1916, enthaltend die Statistik der Jahre 1912 bis 1914.
- [11] Die Berliner Wahlen 1946 bis 1971, Sonderheft 233, hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin, 1975.
- [12] Berlin als Hauptstadt der Weimarer Republik 1919–1933 von Otto Büsch, Wolfgang Haus; Walter de Gruyter, 1987.
- [13] Wolfgang Ribbe, Jürgen Schmädede: Kleine Berlin-Geschichte; Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin in Verbindung mit der Historischen Kommission zu Berlin, 3. Auflage 1994.
- [14] „100 Jahre Berliner Statistik. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes“; hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin, 1962.

„Elektronengehirne“ in der amtlichen Statistik von Berlin

Ist [die] Dienststelle [des Fachstatistikers] stark beansprucht – die Regel! – muß er bei der Auswertung der diesem Amt zufließenden Einzelmeldungen mit den darin enthaltenden vielseitigen Angaben ein maschinelles Hilfsmittel einsetzen, das sein psychisches und physisches Können potenziert. (Gast 1957)

berliner statistik **150**
jahre

Vorwort

„Es begab sich aber zu der Zeit ...“ Nicht nur bei solchen Gelegenheiten erweisen sich Rechenhilfen, in mechanischer oder elektronischer Form, als enorme Erleichterung bei der Arbeit der Statistikerinnen und Statistiker. Die Externalisierung von Wissen und Information sowie die „Potenzierung psychischen Könnens“ als Steigerung der geistigen Leistungsfähigkeit hat es dem Menschen unter anderem ermöglicht, als Mängelwesen zu überleben und eine hohe Kulturstufe zu erreichen. Sprache und, damit verbunden, die schriftliche Fixierung gesprochener Sprache gestatten es uns, Erkenntnisse über die Grenzen der eigenen Existenz hinaus zu tradieren und auch späteren Generationen zur Verfügung zu stellen. So müssen Wissenschaftler beispielsweise nicht ein und dieselbe Erfindung immer wieder machen, sondern können auf den Vorarbeiten ihrer Kollegen aufbauen. Nur so können wir auf den Schultern von Riesen stehen.

Ebenso bietet die externe Unterstützung von geistigen Prozessen ungeahnte Vorteile. Fortschritte auf dem Gebiet der Natur- oder der Ingenieurwissenschaften, aber auch auf ganz anderen Gebieten wie etwa des Grafikdesigns oder des Layouts sind ohne äußere Rechenhilfe kaum mehr denkbar. Könnten die dabei benötigten komplexen Prozesse nicht von Maschinen in unglaublich kurzer Zeit durchgeführt werden – müssten wir also alles immer noch im Kopf oder mittels Schreibstift und Papier selbst ausrechnen –, dann hätten wir das Mittelalter möglicherweise immer noch nicht verlassen. Nicht ohne Grund wurden die ersten Großcomputer in den 40er und 50er Jahren des letzten Jahrhunderts erwartungsvoll (aber manchmal auch leicht spöttisch) „Elektronengehirne“ genannt.

Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, bei einem Blick zurück auf 150 Jahre Statistik in Berlin auch die Entwicklung und Verwendung dieser „Rechenknechte“ genauer in Augenschein zu nehmen. Dies gilt umso mehr, als durch die wechselvolle Geschichte Berlins über 40 Jahre lang zwei unabhängig voneinander agierende Statistische Ämter existierten. In diesen, für den Einsatz elektronischer Computer so wichtigen Jahren der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten sich in Ost und West auch unterschiedliche Traditionen und Herangehensweisen, was den Einsatz von Computern in der amtlichen Statistik angeht.

Einführung

Rechenhilfen gibt es in der Geschichte der Menschheit schon relativ lange. Am bekanntesten ist in unseren Breitengraden sicherlich der vor über 2 000 Jahren im indisch-chinesischen Raum entwickelte und auch heute noch in einigen Gebieten der Welt im alltäglichen Geschäft eingesetzte Abakus. Mithilfe kleiner Kugeln oder anderer geeigneter Stellvertreter werden – ausreichend Übung vorausgesetzt – Addition und Subtraktion wesentlich schneller durchgeführt, als dies heute mittels Taschenrechner möglich ist. Der erste Schritt zur Mechanisierung des Rechnens war getan.

Es folgten weitere Schritte: Wilhelm Schickard entwarf und baute wahrscheinlich um 1623 eine Maschine, die nicht nur addieren und subtrahieren, sondern auch multiplizieren und dividieren konnte. Weitere ähnlich leistungsfähige Maschinen folgten: Blaise Pascal, der berühmte französische Mathematiker und Philosoph, entwickelte circa 20 Jahre später seine „Pascaline“. Der deutsche Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz stellte seine Rechenmaschine 1673 der Royal Society in London vor. All diesen Maschinen ist allerdings gemeinsam, dass sie für die tägliche Arbeit nicht geeignet waren: Sei es, weil sie zeitbedingt konstruktiv bedingte Schwächen aufwiesen und so einer Dauerbelastung nicht standhielten – obwohl sie alle voll funktionsfähig waren, wie Nachbauten beweisen –, sei es, weil die damaligen Fertigungsmethoden nicht den Grad an Genauigkeit aufwiesen, der eine fehlerfreie Verwendung über die Zeit sicherstellen konnte. Diese Mankos konnten erst im 20. Jahrhundert wirklich abgestellt werden.

Abb. 1 Abakus

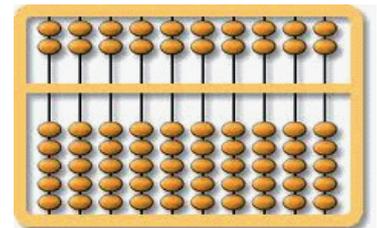


Abb. 2 Schickard-Rechenmaschine



Zahlensysteme

Den entscheidenden Schritt hin zum modernen computergestützten Rechnen und damit zur modernen Statistik, die ohne den Einsatz von Computern gar nicht mehr denkbar wäre, verdanken wir aber ebenfalls dem Universalgenie Leibniz: Er entwickelte das binäre bzw. duale Zahlensystem.

Wir sind heutzutage von der Natürlichkeit des Dezimalsystems überzeugt und hinterfragen es normalerweise nicht. Dieses Zahlensystem besteht aus zehn Ziffern – „0“, „1“, „2“, „3“, „4“, „5“, „6“, „7“, „8“, „9“ – sowie einer Regel, wie daraus komplexere Zahlzeichen generiert werden. Eine Zahl wird dabei verstanden als die Summe der einzelnen Vielfachen von 10. So ist die Zahl 125 die Summe von 100 und 20 und 5. Dies kann man auch schreiben als $(1 \cdot 100) + (2 \cdot 10) + (5 \cdot 1)$ bzw. als $(1 \cdot 10^2) + (2 \cdot 10^1) + (5 \cdot 10^0)$. Jede Zahl lässt sich also darstellen als Summe ihrer verschiedenen Dezimalteile $z_1 \cdot 10^0 + z_2 \cdot 10^1 + z_3 \cdot 10^2 + z_4 \cdot 10^3 \dots$, wobei z_i eine Ziffer des Dezimalsystems und $10^0 = 1$ ist¹.

Nun ist das Dezimalsystem aber nur eines unter vielen Zahlensystemen. Die Babylonier etwa verwendeten als Basis ihres Systems die Zahl 60. Sie hat den Vorteil, durch sehr viele kleinere Zahlen (2, 3, 4, 5, 6, 10, 12, 15, 20 und 30) ohne Rest teilbar zu sein. Bei der 10 gilt dies hingegen nur für die 2 und die 5. Die Basis 60 findet sich heute noch verbreitet bei den Angaben von Kreisgrößen (Teile von 360°).

In unserer täglichen Sprache finden sich Hinweise auf weitere Basen. Erst bei der 13 entsteht der Zahlname „dreizehn“ entsprechend dem Zehnersystem; 11 und 12 weichen in der Wortbildung davon ab. Ein Teenager wird man erst mit 13 Jahren. Diese sprachlichen Hinweise deuten auf die Basis 12 (= Dutzend) hin, die sich auch in Größen wie Schock (= fünf Dutzend) oder Gros (= zwölf Dutzend) findet. Auch die Uhrzeit wird mittels der 12 (modulo 12) angegeben. Wieder ist als Vorteil der 12 deren gute Zerlegbarkeit auszumachen: Sie ist ohne Rest durch 2, 3, 4 und 6 teilbar.

Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu unserem heutigen Zahlenverständnis war die Erkenntnis, dass es sich bei der Null um eine „richtige“ Zahl handelt, mit der man rechnen kann. Im römischen Zahlensystem war kein Zeichen für die Null vorgesehen. Auch bei den Griechen war der dort bereits verwendete kleine Kreis kein Stellvertreter für eine vollwertige Zahl. Das moderne Dezimalsystem wurde erst Anfang des 16. Jahrhunderts in Europa durch den heute sprichwörtlichen Adam Ries(e) populär; in der indischen Mathematik allerdings wurde es schon viel früher eingesetzt.

Der bereits angesprochene Leibniz erkannte jedoch, dass sich nicht nur die 10 als Basis für ein Zahlensystem eignet, sondern jede Zahl, die größer oder gleich 2 ist. Das ‚sparsamste‘ System ist daher das binäre Zahlensystem. In ihm finden nur zwei Ziffern – „0“ und „1“ – Verwendung. Wie im Dezimalsystem ist jede Zahl als Summe von Vielfachen der Grundzahl,

hier also von 2, darstellbar: So stellt sich das dezimale 125_{10} als 1111101_2 dar, das heißt als $1 \cdot 2^6 + 1 \cdot 2^5 + 1 \cdot 2^4 + 1 \cdot 2^3 + 1 \cdot 2^2 + 0 \cdot 2^1 + 1 \cdot 2^0$ ($=64+32+16+8+4+0+1$).

Die Tatsache, dass man in der Theorie nur zwei Ziffern zur Darstellung aller möglichen Zahlen benötigt, kann man sich sehr gut in der Praxis zu Nutzen machen. Man benötigt nur eine Maschine, die zwei Zustände annehmen kann. Sei es nun „Hebel gedrückt“ versus „Hebel nicht gedrückt“, „Loch vorhanden“ versus „Loch nicht vorhanden“ oder „Strom vorhanden“ versus „Strom nicht vorhanden“. Letzteres bildet dann die Grundlage einer elektronischen Rechenmaschine.

Von der Rechenmaschine zum Computer

Der Übergang von einer einfachen Rechenmaschine zu einem Computer im modernen Sinne findet sich bei Charles Babbage und seiner „Analytical“ Engine. Babbage, der neben vielen anderen Aktivitäten 1834 in London die Gesellschaft für Statistik gründete, entwickelte Mitte des 19. Jahrhunderts den Vorläufer des modernen, programmierbaren Computers. Seine enge Mitarbeiterin Ada Lovelace – übrigens die Tochter von Lord Byron – übernahm dabei die Entwicklung der Software und wurde so zur ersten Programmiererin (der Name der Programmiersprache Ada ist als eine Hommage an sie zu verstehen). Leider war auch diese Maschine ihrer Zeit voraus und eine Fertigung übertraf die mechanischen Möglichkeiten der Zeit.

Die Anfänge in der computerunterstützten Statistik – Löcher

Der Zensus in den USA (und in Österreich) im Jahre 1890 gab den Anstoß, die Lochkartentechnik, die bereits an anderen Stellen zur Automatisierung sich ständig wiederholender Prozesse eingesetzt wurde, soweit zu entwickeln, dass sie in der amtlichen Statistik überhaupt sinnvoll eingesetzt werden konnte. Es ist in Anbetracht dieser Mammutprojekte wenig verwunderlich, dass diese Technik in den nächsten Jahrzehnten hauptsächlich in den Statistischen Ämtern Verwendung fand, dort allerdings schnell bei den verschiedensten Aufgaben eingesetzt wurde.

Diese Entwicklung brachte eine neue Form der Arbeitsteilung in Denkarbeit auf der einen und Maschinenarbeit auf der anderen Seite mit sich: Während das Personal in den Fachreferaten sich vollständig der Planung der mechanischen Auswertungen und der wissenschaftlichen Analyse der Auswertungsergebnisse widmen konnte, wurden die Ergebnisse selbst in den mechanischen Bereichen hervorgebracht.

Herman Hollerith (1860–1929) entwickelte aus dem schon unter anderem für Webstühle bekannten Verfahren, gestanzte Karten zur Steuerung gleichförmiger Abläufe zu benutzen, ein Instrument zur Datenspeicherung. Die Grundidee hierbei war, dass nicht nur die Information „Loch“ vs. „Nicht-Loch“ ausgenutzt

Abb. 3 IBM-Standard Lochkarte



¹ Diese einfache, regelgeleitete Darstellungsform ist nicht selbstverständlich. Das römische Zahlensystem basiert auf den Grund-

elementen I (1), V (5), X (10), L (50), C (100), D (500), M (1000). Es ist im Grunde ein additives System, das auf der Zahl 5 aufbaut.

werden sollte, sondern auch der Ort auf der Karte, an dem eine solche Information gespeichert war. So konnte auf binäre Weise zum Beispiel an einer Stelle der Karte das Geschlecht, an einer anderen das Merkmal „verheiratet“ vs. „nicht-verheiratet“ gespeichert werden. Holleriths Karte bot zunächst Raum für 240 mögliche Positionen; die Kapazität einer Lochkarte vergrößerte sich schnell, sehr bald standen 45 Spalten x 12 Positionen (dies entspricht $45 \times 12 \text{ bit}^2$) zur Verfügung. Gängige Karten nach dem IBM-Standard hatten (eigentlich muss es heißen „haben“, denn sie werden immer noch verwendet) 80 Spalten x 12 Zeilen, wobei Mehrfachlochungen (bis zu 6-fach) zugelassen waren. Eine Karte hatte dabei den Speicherplatz von 80 Byte. Ein 8GB-USB-Stick, wie man ihn heute für wenige Euro an jeder Straßenecke kaufen kann, entspricht vom Speicherplatz her also gut 100 000 000 Lochkarten. Aneinandergereiht würden diese etwa 1,6 Mill. Kilometer lang sein und rund 180 Tonnen wiegen. Schon aus ergonomischen Gesichtspunkten sind USB-Sticks Lochkarten also vorzuziehen.

Im Laufe der Zeit wurden durch immer effektivere elektronische Speichermedien Lochkarten überflüssig. Allerdings sind sie immer noch nicht ausgestorben: Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen etwa werden auch gegenwärtig noch Lochkarten verwendet.

In der amtlichen Statistik, in die sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts Einzug gehalten hatten, haben die Lochkarten zu großen Veränderungen geführt. Der Arbeitsablauf musste sich den neuen Möglichkeiten anpassen. Nach den Vorarbeiten (Aufgabenstellung, Definitionen, Erhebungs- und Aufbereitungsplan) und der Beschaffung des Materials (Erhebung) schloss sich nun unmittelbar die von der Automatisierung betroffene Bearbeitung des Materials an. Das hieß Prüfen, Signieren und Lochen, bevor die eigentlichen Sortier-, Rechen-, und Tabellararbeiten beginnen konnten. Den Abschluss bildeten dann natürlich – wie heute – die Veröffentlichung der Ergebnisse und mögliche weitere Auswertungen für verschiedene Zwecke.

Der Einsatz der maschinellen Datenverarbeitung in der amtlichen Statistik wurde im Laufe der Zeit immer umfangreicher. Hierbei gab es in Berlin nicht, wie in anderen Regionen üblich, eine „Zentralstelle Maschinelle Aufbereitung“, sondern mehrere unabhängige Rechenzentren. So war auch das Statistische Landesamt Berlin in dieser Hinsicht eigenständig.

In der Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes von 1962 wird akribisch festgehalten: „Am 1. September 1947 verfügte das Amt bereits über folgende amtseigene Lochkartenmaschinen: 1 Handlocher, 18 Motorlocher, 2 Prüfmaschinen, 7 Sortiermaschinen, 4 Tabelliermaschinen, 2 Summenlocher und 1 Falzmaschine sowie über nachstehende Maschinen, die von der Firma Siemens & Halske gemietet waren: 10 Lochmaschinen, 10 Prüfmaschinen, 2 Sortiermaschinen und eine Tabelliermaschine. Der maschinellen Abteilung gehörten damals 105 Personen an.“ (100 Jahre 1962: S. 122)

Waren allerdings im Jahre 1950 nur eine verschwindend geringe Zahl an Arbeiten nicht-statistischer, sondern verwaltungstechnischer Natur, änderte sich dieses Verhältnis schnell. Auch in der Verwaltung hielt die maschinelle Datenverarbeitung bald Einzug. Schon 1956 stammten mehr als ein Drittel der Arbeiten der maschinellen Datenverarbeitung aus dem nichtstatistischen Bereich.

Und auch hierbei gleicht die damalige Situation der heutigen: Während einfache Arbeiten kostenlos durchgeführt wurden, wurden „in der Regel bei umfangreichen technischen Dienstleistungen die Kosten erstattet“ (Gast 1957: S. 75).

Elektronische Datenverarbeitung

Die Lochkartenmaschinen waren natürlich nur ein erster Schritt auf dem Weg in die elektronische Datenverarbeitung in der amtlichen Statistik, wie wir sie heute kennen. Großrechenanlagen waren in den 1950er Jahren noch nicht flächendeckend anzutreffen. So gab es 1957 in der Bundesrepublik Deutschland gerade einmal zwei Anlagen, eine IBM 705 bei den Farbwerken Hoechst in Frankfurt und eine Univac Fac-Tronic 1 beim Hersteller Remington in Frankfurt.

Das Statistische Landesamt in Berlin-West

Spätestens an dieser Stelle müssen die einleitend angerissenen zwei Entwicklungslinien unterschieden werden. Während in der BRD durch ihren föderalistischen Charakter die Entwicklungen in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich verlaufen sind – auch im Vergleich zum Statistischen Bundesamt –, war die Entwicklung in der DDR eher zentralistisch gesteuert. Für Berlin ergaben sich so nach der Teilung zwei unterschiedliche Stränge, die hier jeweils kurz nachvollzogen werden sollen.

² „bit“ ist die Abkürzung für „binary digit“, zu deutsch also „Binärziffer“ (üblicherweise „0“ und „1“).

Abb. 4 Ein Blick in die Datenverarbeitung



In Berlin-West setzte in den 1950er Jahren langsam der Übergang zur elektronischen, digitalen Datenverarbeitung ein. Das Statistische Landesamt Berlin war hierbei das erste deutsche öffentliche Verwaltungsamt, das die Elektronik-Statistik-Maschine eingesetzt hat.

Im Jahr 1969 wurde für den Bereich Berlin-West das Landesamt für Elektronische Datenverarbeitung (LED) in der Senatsverwaltung für Inneres gegründet, das von nun an auch für die EDV des Statistischen Landesamtes Berlin zuständig war. Eine Zusammenarbeit, die bis heute anhält. Herzstück war Ende der 1960er Jahre die Datenverarbeitungsanlage ICL 1905 von ICT (International Computers and Tabulators bzw. später International Computers Limited) mit einem 64K-Wort-Speicher, die im Zweischichtbetrieb arbeitete. Die Standardprogrammiersprache des LED war COBOL. Die weiteren Maschinen stammten von den Rechenzentren des Landesverwaltungsamtes, des Statistischen Landesamtes und der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen.

Vier Jahre zuvor hatte sich die Berliner Verwaltung für die dezentralisierte Datenerfassung und die Verwendung von Lochstreifen entschieden, ohne dabei die Verwendung von Lochkarten vollständig abzuschaffen. Die damals bereits vorhandene Möglichkeit, Daten auf Magnetbändern zu erfassen, wurde noch nicht angewendet. Auch bei der Volkszählung 1970 wurden noch Lochstreifen verwendet.

Nach und nach wurde der Maschinenpark modernisiert und den steigenden Anforderungen angepasst. Der Preis einer Zentraleinheit des Typs IBM System 370 Model 145 mit 256 KB (!) betrug 5,3 Mill. DM. Ihre monatlichen Wartungskosten schlugen mit ca. 10 000 DM zu Buche. Eine Magnetplatteneinheit kostete monatlichen etwa 18 000 DM (Neupreis: 5,7 Mill. DM). Das komplette System, das üblicherweise nur angemietet wurde, hatte einem Kaufpreis von 23,5 Mill. DM. Anfang der 1970er Jahre endete die „Monokultur“ und es wurden Anlagen von unterschiedlichen Herstellern eingesetzt, darunter zwei Datenverarbeitungsanlagen Siemens 4004/150. Nach und nach wurden auch die schnelleren und effizien-

teren Magnetbänder und -platten als Speichermedien eingeführt.

Die Veränderung und Weiterentwicklung der Hardware ist das äußerlich am besten erkennbare Zeichen des Fortschritts, sowohl auf Seiten der Rechenanlagen bis hin zum PC, als auch bei den Speichermedien.

Aber auch die Arbeitsabläufe wandelten sich immer mehr. Die statistischen Aufgaben und Anforderungen wurden durch den Einsatz von Großrechenanlagen grundlegend umgestaltet. Es gab über die Jahre eine fortschreitende Aufgabenverlagerung auf die Rechenanlagen (beispielsweise bei der Volkszählung 1961), was eine neu gestaltete Aufgabenstruktur mit sich brachte. Das Verhältnis von Fachabteilung und DV-Abteilung wurde neu konzipiert. Wurde „früher“ vorrangig mit Karteikarten oder großen Ausdrucken auf Papier gearbeitet, ergaben sich völlig neue Perspektiven. Eine neue „Entwicklungslogik“ entstand: Zunächst wurden komplexe Tabellen (für Wirtschaftszweige beispielsweise) auf großen Blättern erstellt, später in das Programm Multiplan (ein Vorläufer von Excel) übertragen. Zudem konnten nun mittels der Datenverarbeitungsmöglichkeiten „Wahrscheinlichkeitskontrollen“ (Plausibilisierungen) durchgeführt werden.

Aber auch innerhalb des föderalen Systems „Amtliche Statistik“ ergaben sich durch die neuen Möglichkeiten neue Anforderungen. Die Arbeiten der einzelnen Landesämter und des Bundesamtes mussten untereinander koordiniert werden, denn die amtliche Statistik war und ist in der Bundesrepublik Deutschland ein nicht-zentralistisches, föderal strukturiertes System. Zu diesen Neuerungen zählten die Entwicklung bzw. der Einsatz geeigneter Programmiersprachen (Maschinensprache, Assembler, Fortran, SPLV – ‚Statistisches Problemlöseverfahren‘, in Berlin: Datenbank). Es entstand die Notwendigkeit der Erstellung rechnerübergreifender Programme, die statistische Verbundprogrammierung wurde geboren.

Dabei waren die Rechenzentren (in Deutschland) zunächst den Statistischen Ämtern zugehörig bzw. sind dort entstanden. Sie wurden aber oft, wie bereits erwähnt, von anderen Behörden für Auftragsarbeiten genutzt (in Berlin-West beispielsweise für „Textverarbeitung“ und Layout zum Erstellen von Diagrammen für den Regierenden Bürgermeister). Solche „Fremdarbeiten“ auf den Anlagen wurden nicht immer gerne gesehen. Es begann ein Kampf um Großrechnereinsatz, bei dem ein gewichtiges Argument das oft gehörte „Dafür sind die nicht da!“ aus den zuständigen Abteilungen war. 1956 waren in etwa ein Drittel der auf den Rechnern des Statistischen Landesamtes durchgeführten Berechnungen „Fremdarbeiten“.

Die Ausgliederung der Rechenzentren aus den Statistischen Ämtern geschah, nicht nur in Berlin, erst recht spät; der enge Zusammenhang von Statistik und Datenverarbeitung ist in einigen Ämtern auch heute noch deutlich zu erkennen, bei IT.NRW beispielsweise.

Im LED wurde 1985 – 14 Jahre, nachdem von Texas Instruments und Intel die ersten Mikroprozessoren vorgestellt wurden – ein PC-Team gegründet (von den Kollegen scherzhaft „Spielzeugquäler“ genannt),

Abb. 5 IBM 7070



Abb. 6 PDP11/70 des Amtes 1983



Abb. 7 IBM PC



das unter anderem die Spezifikationen für Arbeitsplatzcomputer festlegte: IBM-kompatibel, Prozessor Intel 8088, 8086, 80186 oder 80286 (bis 25 Mhz), MS-DOS 2.1 (oder höher), 256 MB bis 512 MB RAM, ein Diskettenlaufwerk 5 ¼ Zoll (360 KB), 10-MB-Festplatte sowie jeweils ein paralleler und serieller Anschluss. Vergleicht man diese Angaben mit den heute üblichen – Intel Dual-Core-Prozessor mit 2,4 GHz, Windows XP oder Windows 7, 500 GB Festplatte, DVD-RW-Laufwerk, mehrere USB-Anschlüsse –, dann wird deutlich, wie groß der Fortschritt in gut 25 Jahren war. (Und unsere Kinder und Enkel werden dereinst auch wieder milde über die heutige Technik lächeln.)

Im Jahre 1989, ein Jahr vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, wurden zwei Laserdrucker der Firma Rank-Xerox angeschafft, die dann im Laufe der Zeit um weitere Laserdrucker ergänzt werden.

Abb. 8 Haus der Statistik



Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik in Berlin-Ost

Im Ostteil der Stadt sowie in der gesamten DDR entwickelte sich die Verwendung von Computern in der amtlichen Statistik anders. Während in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik ein föderalistisches Grundkonzept beim Aufbau der amtlichen Statistik zugrunde gelegt wurde, entschied man sich in der sowjetischen Zone bzw. dann in der DDR für eine zentralisierte Struktur. Die sowjetische Militäradministration, der die gesamte Verwaltung im Osten Deutschlands unterstand, befahl am 19. Oktober 1945 (Befehl Nr. 105) die Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone mit Sitz in Berlin; das Statistische Zentralamt war geschaffen. Es gehörte zum Ministerium für Planung. Nachdem das Ministerium für Planung im November 1950 zur Staatlichen Plankommission (SPK) wurde, gehörte ihm das Statistische Zentralamt bis 1952 an. Dann wurde es im September 1952 in Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) umbenannt und war ab 1956 bis zur Vereinigung 1990 ein zentrales Organ des Ministerrates. Neben dem SZS in Berlin existierten 1989 die 15 Bezirks- und 228 Kreisstellen; die ehemaligen Statistischen Landesämter wurden aufgelöst. Als Kernaufgabe des SZS und seiner Teile wurde an erster Stelle die „Statistische Kontrolle über die Erfüllung der Volkswirtschaft in allen ihren Teilen“ genannt. Statistik sollte „zum hocheffektiven Instrument der Plankontrolle und Planabrechnung auf zentraler und örtlicher Ebene sowie in den Betrieben und Kombinat“ werden (Donda 1970: S. 514). Die hierbei entstehenden Berichte waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Die Aufgabe der amtlichen Statistik war somit nicht nur eine beschreibende, sondern gleichzeitig eine kontrollierende.

Zur Umsetzung der hier nur skizzenhaft beschriebenen Aufgaben ist die Unterstützung durch maschinelle und elektronische Datenverarbeitung unerlässlich. Im Jahre 1945 stand jedoch zunächst nur eine zum Teil völlig veraltete Lochkartenanlage zur Verfügung.

Leider war das Verhältnis der DDR-Spitze beziehungsweise der sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler und Politiker zur neuen Technik nicht ungetrübt. Zwar hatte Walter Ulbricht 1956 auf der 3. Parteikonferenz die „Produktion von Elektronenrechenmaschinen sowie die Entwicklung der Halbleitergeräte für verschiedene Zwecke“ gefordert (zitiert nach Rechentechnik DDR), aber in der Sowjetunion galt die Kybernetik, also die Wissenschaft von der Steuerung und Regelung von Maschinen und die damit verbundene Rechentechnik als „reaktionäre Pseudowissenschaft“, die der „imperialistischen Reaktion als ideologische Waffe“ diene. Eine solche Denkweise fördert nicht die eigenständige Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der EDV.

Abb. 9 Robotron EC 1834



Erst mit einer gewissen Verzögerung entstand daher in der DDR eine nennenswerte EDV-Forschungs- und Entwicklungslandschaft, deren Produkte der amtlichen Statistik zur Unterstützung dienen konnten.

1958 nahm der VEB Maschinelles Rechnen seine Tätigkeit auf, die in der Stärkung der Mechanisierung der statistischen Arbeit durch planvollen Einsatz der vorhandenen und den Ankauf neuer Rechenmaschinen bestand. Die Mehrzahl der Erhebungen wurden im Rechenzentrum Statistik der SZS bearbeitet. Ebenfalls 1957 wurde der VEB Elektronische Rechenmaschinen im heutigen Chemnitz gegründet. Der erste in der DDR gebaute elektronische Rechner war zu Beginn der 60er Jahre der volltransistorierte Digitalrechner Robotron 100 (200 Jahre 2005: S. 32 ff.).

Das zunächst eher distanzierte Verhältnis der Staatsvertreter zur EDV änderte sich spätestens mit dem Parteitag der SED 1976, auf dem die Bedeutung der Statistik – und dies hieß nolens volens der EDV – besonders hervorgehoben wurde. Aber schon Mitte der 60er Jahre wurde auch der SED-Spitze deutlich: „Nur mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen lassen sich die komplizierten, vielfältig verflochtenen Beziehungen in unserer Wirtschaft so aufbereiten, daß einwandfrei, vorwärtsweisende Entscheidungen möglich werden. Mit den elektronischen Rechenmaschinen erhält die Planwirtschaft eigentlich erst die notwendige technische Grundlage.“ (zitiert nach Rechentechnik DDR). Aus diesem Grund sollte die SZS auch eine der ersten Stellen sein, die mit solchen Anlagen versorgt würden.

Wie auch im Westen bedeutete die Einführung von Büro- und Personal Computern in den 80er Jahren einen bedeutenden Fortschritt, der die gewohnten Arbeitsgänge stark veränderte.

Bevorzugt zum Einsatz kamen Computer aus heimischer Fertigung des VEB Kombinat Robotron, die allerdings westlichen Modellen nachempfunden waren. Dies waren zunächst 8-Bit PCs mit einer Z80-CPU und CP/M als Betriebssystem. Mit dem EC 1834 kam ein 16-Bit-Rechner zum Einsatz, der IBM-kompatibel war. Der K1840 beruhte sogar auf einem 32-Bit-System und war im Westen unter dem Namen VAX der Firma DEC bekannt.

Gegenwart und Zukunft der siliziumbasierten Unterstützung statischer Arbeiten

Ab 1990 stellt sich die neue Aufgabe, die Datenverarbeitung beider Stadtteile zu vereinigen. Am 15. Juli 1991 wurde die Gesamtberliner Behörde Landesamt für Informationstechnik (LIT) gegründet, die 1998 zum Landesbetrieb für Informationstechnik wurde. Begleitet wurde diese Veränderung durch die Einführung einer ISDN-Vernetzung für Berlin im Jahre 1994 sowie die Verwendung von Glasfaserkabeln seit 1995.

2005 folgte die Umwandlung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit der neuen Bezeichnung IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ). Zwei Jahre später wird das fusionierte Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ebenfalls als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Das ITDZ verantwortet seitdem die gesamte IT-Infrastruktur des Amtes.

Gekennzeichnet war die Gründungsphase der neuen Behörde für Informationstechnik durch einen weiteren Sprung in der Verwendungsmöglichkeit von Computern. Der Fortschritt durch die Einführung von Arbeitsplatzcomputern – im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sind gegenwärtig über 700 PCs im Einsatz – war so groß, dass durch sie eine Verlagerung von IT-basierten Arbeiten in die Fachreferate stattfand. Gab es bis dato eine mehr oder weniger klare Trennung von Erhebung und elektronischer Verarbeitung der Daten durch die Computerspezialisten auf der einen Seite und wissenschaftlicher Analyse der Daten durch die Fachstatistikerinnen und -statistiker auf der anderen, waren die PC mittlerweile so rechenstark, dass sich die Möglichkeit sehr detaillierter Auswertungen durch die einzelnen Fachabteilungen ergab. Die klaren Grenzen zwischen den Computerspezialisten und den Fachstatistikern brachen auf.

Heutzutage gehören die Kenntnisse der Officeprogramme zu den Anforderungen, die in Stellenausschreibungen beinahe nur noch aus rhetorischen Gründen Erwähnung finden, so selbstverständlich sind sie. Auch die Kenntnis von Statistiksoftware wie SPSS, Stata oder SAS wird in einigen Bereichen der amtlichen Statistik immer mehr zur Selbstverständlichkeit.

Fachstatistikerinnen und -statistiker können detaillierte Auswertungen in den eigenen Abteilungen durchführen und sind nur noch in besonderen Fällen auf die Zu- oder Mitarbeit von Computerexperten angewiesen. Allerdings, so muss man an dieser Stel-

Abb. 10 Das Stammhaus des ITDZ



le hinzufügen, ist der Bedarf an Personen, die diese Menge an Computern reibungslos funktionieren lassen, gleichwohl groß.

Neben der gerade beschriebenen Verwendung leistungsstarker Arbeitsplatzrechner ist das hervorstechendste Merkmal im Bereich der amtlichen Statistik und der EDV im Allgemeinen sicherlich die Verwendung des Internets. Die Datenerhebung kann über das Internet stattfinden, das heißt Menschen müssen nicht mehr endlos scheinende Formulare in Papierform ausfüllen und an das Amt schicken beziehungsweise einem sogenannten Erhebungsbeauftragten in die Hand geben. Vielen Nutzern wird diese Erleichterung noch aus dem Zensus 2011 im Gedächtnis sein. Auch die Statistischen Ämter untereinander können – zum Beispiel im Rahmen der Verbundprogrammierung – auf eine Vernetzung ihrer Rechner untereinander zurückgreifen. So kann ein Bundesland Auswertungsleistungen für alle Länder erbringen.

Auch die Datenbereitstellung über das Internet, beispielsweise in Form statistischer Tabellen oder ganzer statistischer Berichte, die man sich als PDF- oder Excel-Dateien herunterladen kann, ist heute üblich und wird von den Nutzern stark nachgefragt.

Die Zukunft liegt aber in der weitergehenden Bereitstellung von bedienerfreundlichen, interaktiven Webangeboten, die dem Nutzer die Möglichkeit bieten, Tabellen nach eigenen Vorstellungen und Wünschen (Merkmalen), idealerweise aus Mikrodaten, zu generieren.

Interaktive Statistik online – StatIS-BBB

War die amtliche Statistik bisher primär eine Dienstleistung an der Gesellschaft und ihren Verwaltungen, wandelt sie sich nun immer mehr zu einer Dienstleistung, die auch die einzelnen Nutzer als Zielgruppe

versteht. So wurde vom Amt für Statistik in diesem Jahr das neue statistische Informationssystem StatIS-BBB im Internet bereitgestellt.

StatIS-BBB bildet das neueste Online-Projekt des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg. Es steht für den ehrgeizigen Versuch, geeignete Statistiken des Amts zusammenzutragen und für die breite Öffentlichkeit online zur Verfügung zu stellen. Das Datenbanksystem ermöglicht tabellarische Auswertungen aus verschiedenen Statistiken in fachlich und regional tiefer Gliederung durch den einzelnen Nutzer, wobei die Bedienung ganz einfach über den Web-Browser erfolgt. Es bietet durch die vielseitigen Kombinationsmöglichkeiten größtmögliche Individualität beim Zusammenstellen von einzelnen Merkmalen. Für jede bisher im System verfügbare Statistik wurden Start- und Standardtabellen geschaffen, die einen ersten Einblick in die Struktur der jeweiligen Datenbank liefern. Die direkte Interaktion mit fein untergliederten Daten bietet eine interessante Möglichkeit zur Datenerkundung (Exploration). Die individuelle Erstellung von aussagekräftigen Tabellen und Grafiken und die jederzeitige Verfügbarkeit der aktuellen Daten unter Berücksichtigung der bestehenden Geheimhaltungsregeln begründet die hohe Flexibilität des Datenbanksystems. Mithilfe des Exports der Datensammlung in andere Formate und Programme (beispielsweise .CSV und Microsoft Excel) ist es möglich, die gewonnenen Informationen in gewohnter Arbeitsumgebung weiter zu bearbeiten. Derzeit können Daten zu sieben Bevölkerungsstatistiken abgerufen werden – Mikrozensus, Bevölkerungsbestand, Außenwanderung, Binnenwanderung, Lebendgeborene, Sterbefälle und Einwohnerregisterstatistik Berlin. Dieses Online-Angebot wird in naher Zukunft durch weitere Statistiken aus allen Bereichen des Amts schrittweise komplettiert.

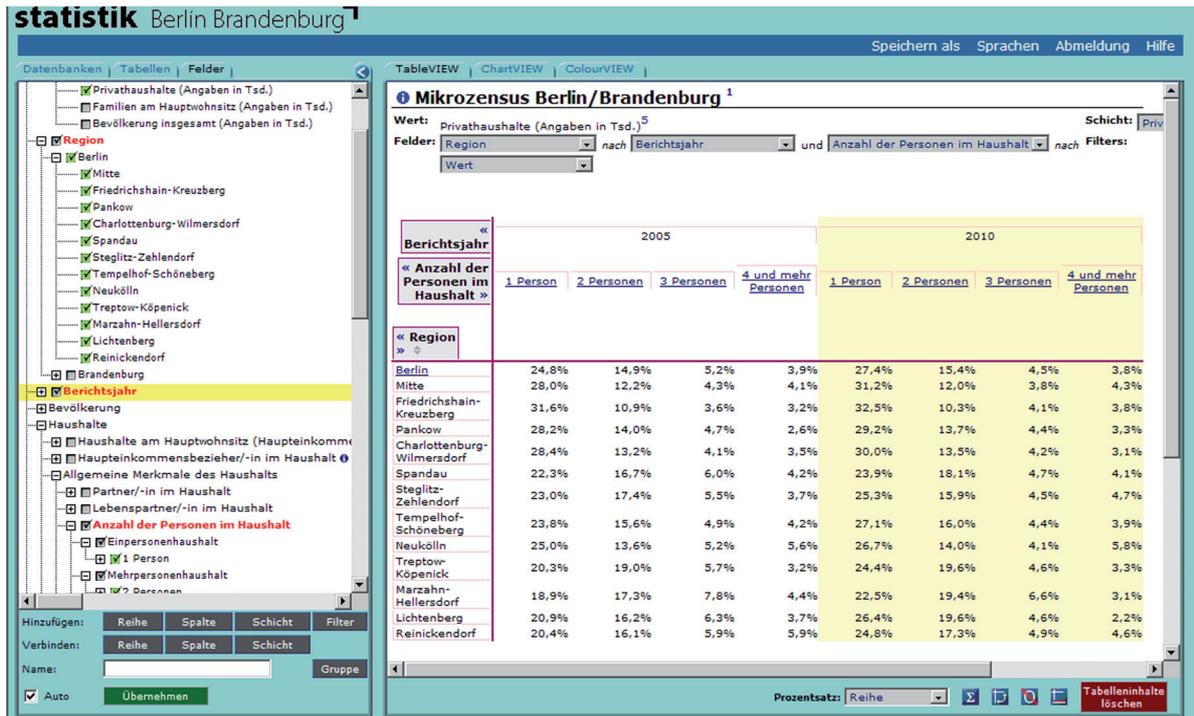
Abb. 11 Starttabelle des Mikrozensus in StatIS-BBB

The screenshot shows the 'statistik Berlin Brandenburg' web application. The main window displays the configuration for the 'Bevölkerungsbestand' table. On the left, a tree view shows the hierarchy of data sources, including 'Bundesland', 'Berlin', 'Brandenburg', 'Stichtag', and 'Geschlecht'. The main area shows the table configuration with 'Bundesland' selected as the primary filter and 'Stichtag' as the secondary filter. The table data is as follows:

| Bundesland | Stichtag | Werte |
|-------------|------------|-----------|
| Bundesland | 31.12.2010 | 3.460.725 |
| Berlin | | 2.503.273 |
| Brandenburg | | |

Below the table, there is a source attribution: 'Quelle: © Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Die Daten entstammen der Bevölkerungsstatistik für Berlin und Brandenburg.' The interface also includes a 'Hauptspalten' section with columns for 'Reihe', 'Spalte', 'Schicht', and 'Filter', and a 'Verbinden' section with 'Name' and 'Gruppe' fields. The bottom status bar shows 'Prozentwerte', 'Zurücksetzen', and 'Tabellensicht ändern' buttons.

Abb. 12 Individuell erstellte Tabelle in StatS-BBB



Das Anwendungsprogramm (App) Lebensräume in Berlin – KIEZ DATEN

Daten für jedermann und die öffentliche, anwenderfreundliche Bereitstellung statistischer und weiterer Daten für alle Nutzer – dies sind Ideen, die mit dem Begriff „Open Data“ verbunden sind, und deren Umsetzung im Amt für Statistik nicht nur genau verfolgt, sondern für den Bereich der amtlichen Statistik aktiv betrieben wird.

Die Möglichkeiten, die eine Georeferenzierung bietet, gehören sicherlich zu den interessantesten Entwicklungsrichtungen. Kleinräumige Daten sollen überall und jederzeit für jedermann verfügbar sein. Das Verknüpfen von verschiedenen Datenquellen schafft neue Möglichkeiten, erfordert aber gleichzeitig ausgefeiltere, automatische Anonymisierungsverfahren, um den Datenschutz zu gewährleisten.

Das Ziel, kleinräumige Daten jederzeit und für eine möglichst große Zahl von Nutzern bereitzustellen, wird auch von der App „Lebensräume in Berlin – KIEZ DATEN“ verfolgt. Sie wurde entwickelt, um statistische Informationen in einer einfachen und übersichtlichen Form interessierten Laien näher zu bringen und ihnen bei alltäglichen Fragen die notwendige Information direkt an (oder besser: in) die Hand zu geben. Sie kann auf allen Geräten eingesetzt werden, die das Betriebssystem iOS verwenden und wird seit Mai 2012 im entsprechenden App-Store kostenlos angeboten.

„Lebensräume in Berlin“ ist aktuell in drei Themenbereiche aufgeteilt und stellt über eine einfach zu bedienende Oberfläche Sozialstrukturdaten (auf Ebene der „Lebensweltlich orientierten Räume (LoR)“ und auf der Bezirksebene), Wahlergebnisdaten (Zweitstimmen der letzten beiden Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf Briefwahlkreis- und auf Bezirksebene)

sowie Bildungseinrichtungen (Darstellung der öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen mit Detailinformation und weiterführenden Links auf die entsprechenden Webseiten) dar.

Abb. 13 Screenshot der App Lebensräume in Berlin



Als typische Zielgruppen der App lassen sich interessierte Laien und Experten, wohnungssuchende Berliner und Neu-Berliner, Immobilienmakler und auch Eltern schulpflichtiger Kinder ausmachen. Die App unterstützt die Ermittlung des eigenen Standortes; somit sind die statistischen Daten für den jeweiligen Standort schnell abrufbar. Geodaten werden verwendet, um Planungsräume und Briefwahlkreise auf den Karten anzuzeigen. Die Auswahl der gewünschten Informationen erfolgt interaktiv über die auf den Karten dargestellten Symbole und Regionen.

Das Konzept einer solchen App, die Daten der amtlichen Statistik mit entsprechenden Karten auf Smartphones und ähnlichen Geräten präsentiert, ist bisher einmalig in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik. Sie setzt – wie das StatIS-BBB – die Idee „Daten für jedermann, jederzeit, überall“ für den hier beschriebenen Rahmen nahezu perfekt um. Dennoch sind beide Lösungen nur erste Schritte auf dem Weg, die Daten der amtlichen Statistik nachfrageorientiert an den einzelnen Nutzer zu bringen.

Autor: Klaus Rehkämper

Folgende Literatur hat direkt oder indirekt Eingang in die Arbeit gefunden:

- 100 Jahre Berliner Statistik, 1862–1962 – Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes. Hrsg.: Statistisches Landesamt Berlin, Berlin-Schöneberg (1962) (zit. als: 100 Jahre).
- 200 Jahre brandenburgisch-preußische Statistik. Hrsg.: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg, Potsdam (2005) (zit. als: 200 Jahre).
- Donda, Arno: Zum 25. Jahrestag der sozialistischen Statistik in der DDR. Statistische Praxis, Heft 10 (1970), S. 513–516.
- Fürst, Gerhard: Maschinenverwendung und Automatisierung in der Statistik. Allgem. Stat. Archiv, Heft 4 (1959), S. 313–315.
- Gast, Dr. Gustav: Das maschinelle Berichtswesen. Berliner Statistik, Heft 2 (1957), S. 71–76.
- Giehl, Rudolf: 30 Jahre elektronische Datenverarbeitung in den Statistischen Landesämtern. Zeitschrift des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenerarbeitung – Bayern in Zahlen, Heft 2 (1994), S. 41–49.
- Giehl, Rudolf: Die Bedeutung der elektronischen Rechenanlagen für die Weiterentwicklung des statistischen Arbeitsprogramms. Allgem. Stat. Archiv, Heft 4, 1959, S. 357–362.
- Hagn, Harald: Das Thüringische Statistische Landesamt (1921–1945). Thüringer Landesamt für Statistik, Statistisches Monatsheft, Heft 12, 1994, S. 13–19.
- Kindelberger, Albert: 25 Jahre staatliche Statistik – eine Chronik, Erster Teil (1945 bis 1954). In: Statistische Praxis, Heft 10 (1970), S. 517–520.
- Koller, Siegfried: Der Einfluß der Automatisierung auf die Aufgabenstellung der Statistik. Allgem. Stat. Archiv, Heft 4 (1959), S. 363–368.
- Szameitat, Klaus; Zindler, Hans-Joachim: Zum Einsatz von Großrechenanlagen in der amtlichen Statistik. WiSta (1958), S. 321–325.
- Szameitat, Klaus: Möglichkeiten und Grenzen der Automatisierung in der Statistik. Allgem. Stat. Archiv, Heft 4 (1959), S. 316–333.
- Über 150 Jahre amtliche Statistik in Mecklenburg-Vorpommern (www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Menue_rechts/Ueber_uns/Historischer_Abriss/150_Jahre_2/index.jsp) (abgerufen am 20.3.2012) (zit. als: Über 150 Jahre).
- Vom Amt zum Unternehmen: 40 Jahre IT-Dienstleistungen für das Land Berlin (www.itdz-berlin.de/unternehmen/40-jahre-it-dienstleistungen-berlin69.html) (abgerufen am 19.3.2012).
- Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR (http://waste.informatik.hu-berlin.de/Diplom/robotron/studienarbeit/files/geschichte/geschichtlicher_verlauf.html) (abgerufen am 20.3.2012) (zit. als: Rechentechnik DDR).
- Zuse, Konrad: Einige Gesichtspunkte der Entwicklung programmgesteuerter Rechenanlagen in den letzten 20 Jahren. Allgem. Stat. Archiv, Heft 4, 1959, S. 334–339.

Bildnachweis

- Abb. 1: Abakus; Quelle: <http://www.topolewski.de/pascal/jufo2003/chinesischer-abakus.htm>; Topolewski
- Abb. 2: Schickard-Rechenmaschine; Quelle: <http://de.wikipedia.org/w/index.php>; Herbert Klaeren
- Abb. 3: <http://www.itdz-berlin.de/unternehmen/40-jahre-it-dienstleistungen-berlin69.html>
- Abb. 4: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Abb. 5: [http://en.wikipedia.org/wiki/File:IBM_7070_\(7074\).jpg](http://en.wikipedia.org/wiki/File:IBM_7070_(7074).jpg); Reinraum
- Abb. 6: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Abb. 7: http://en.wikipedia.org/wiki/File:lbm_pc_5150.jpg, HYPERLINK "<http://commons.wikimedia.org/w/index.php>"; Ruben de Rijcke
- Abb. 8: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Abb. 9: Museum und Stadtarchiv Sömmerda
- Abb. 10: <http://www.itdz-berlin.de/presse/fotos/index.html>; IT-Dienstleistungszentrum Berlin
- Abb. 11: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Abb. 12: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Abb. 13: Robert Michalik - EDV-Beratung

Stadtgebiet und Gliederungen

berliner statistik **150**
jahre

Einleitung

Statistiken beziehen sich immer auf ein räumlich abgegrenztes Gebiet. Bei Vergleichen über die Zeit ist es notwendig, dass das Beobachtungsgebiet unverändert – diachron stabil – ist. 150 Jahre Berliner Statistik umfassen die Zeit vom Aufstieg Berlins zu einer Weltmetropole, die langen Jahre der nationalsozialistischen Barbarei, die Zeit, als durch Berlin die Grenze zwischen dem westlichen und dem östlichen Machtblock verlief, und dann die zwanzig Jahre nach der Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR, in der Berlin die gemeinsame Hauptstadt nunmehr inmitten eines offenen Europas wurde. Im vergangenen Jahr lag die Gründung Groß-Berlins 90 Jahre zurück. Bei einem Vergleich des Weichbildes Groß-Berlins mit dem heutigen Berlin ist die Ähnlichkeit augenfällig. Dabei ist die äußere Stadtgrenze an einigen Abschnitten modifiziert worden und die innere Struktur wurde stark verändert. Diese Änderungen, soweit sie Raumabgrenzungen betreffen, sollen im folgenden Kapitel umrissen werden. Dargestellt werden soll auch die besondere Bedeutung der Raumbezüge für die kommunale Statistik.

Statistik und Raumbezug

Raumbezüge haben in der Statistik verschiedene Funktionen. Zum einen ist jede statistische Grund- und Aussagengesamtheit räumlich abgegrenzt. Üblicherweise werden Tabellen- und Diagrammüberschriften nach der Regel: „Sache – Ort – Zeit“ gebildet. Die Ortsangabe, beispielsweise Berlin, grenzt das Gebiet ab, über das etwas ausgesagt werden soll. Neben dieser Abgrenzungsfunktion, die – wenn sie entfiel – jede Aussage sinnlos werden ließe, hat der Raumbezug eine Differenzierungsfunktion durch Unterteilung des Untersuchungsgebietes in Teilräume, die untereinander verglichen werden können.

In jedem Fall geht es bei einer raumbezogenen Angabe um einen Ausschnitt der Erdoberfläche. Gesprochen wird in diesem Zusammenhang von Ort, Gebiet, Region oder Raum. Am allgemeinsten ist die Bezeichnung Raum. Der Raumbezug stellt zwischen der konkreten Ausprägung des Raumes und der Statistik eine Beziehung her.

Die Herkunft des Wortes Gebiet verweist etymologisch („gebieten“) auf Machtbefugnisse und Einflussbereiche, die sich auf ein bestimmtes Territorium erstrecken. Gebiete können Länder, Kreise und Gemeinden sein, die als administrative Gliederungen in der föderalen amtlichen Statistik eine konstitutive Rolle spielen. Administrative Gliederungen sind poli-

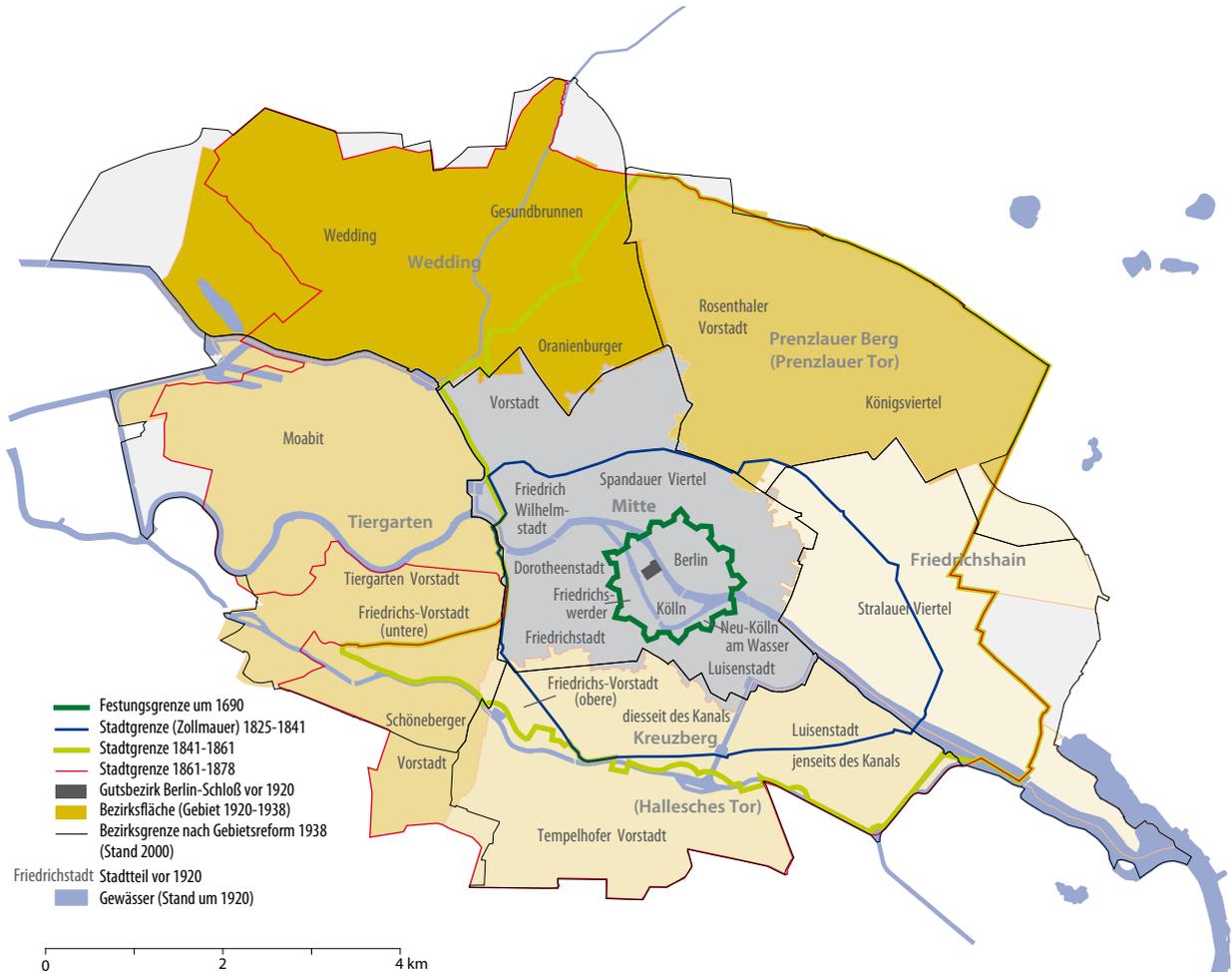
tisch ausgehandelt und in ihrer Umgrenzung gesetzlich festgelegt. Der Amtliche Gemeindeschlüssel (AGS) und der Regionalschlüssel (RS), die bundesweit von der amtlichen Statistik geführt werden, sind hierfür die fest eingeführten Raumklassifikationen. Gebiete können aber auch das Einzugsgebiet einer Schule oder Fördergebiete im Städtebau sein. In einem Fall werden Schüler von einer Schule „angezogen“, im anderen Fall fließen Fördermittel; in beiden Fällen geht es um Einflussbereiche. Der Terminus Gebiet scheint mit dieser Bedeutung immer noch stärker konnotiert zu sein als die neutrale Bezeichnung Raum.

Die Verwaltungsgliederung Berlins kennt neben der Landesebene die Bezirke. Unterhalb der Bezirksebene verwendet die Statistik (wie auch die planende Fachverwaltung) sogenannte kleinräumige Gliederungen, um eine weitere räumliche Differenzierung zu erreichen. Die kleinräumigen Gliederungen sind nach analytischen Gesichtspunkten gebildet worden und deshalb mit den Ortsteilen – die in der breiten Öffentlichkeit besser bekannt sind, auch weil sie historische Herkunftsbezüge aufweisen – nicht kompatibel.

Gebietsentwicklung Berlins zwischen 1862 und 1920

Als das städtische Statistische Büro 1862 gegründet wurde, war das Berliner Stadtgebiet gerade bedeutend erweitert worden. Die verschiedenen Phasen der Berliner Stadtentwicklung zeigt Abbildung 1, und zwar ausgehend von der Bildung Groß-Berlins 1920 in der Zeit vor- und zurückschreitend. Im Zentrum der Karte in Abbildung 1 ist die sternförmig gezackte Festungsanlage mit Wällen, Wassergräben und Bastionen eingezeichnet, die die Städte Berlin, Kölln, Friedrichswerder und die Siedlung Neu-Kölln am Wasser umfasste. Selbst im heutigen Straßenverlauf und der Führung der S-Bahn-Trasse läßt sich in Teilen die Struktur der Befestigungen noch erahnen. Der historische Kern Berlins setzt sich aus diesem Areal mit der ehemaligen Doppelstadt Berlin/Kölln zusammen, die 1709 gemeinsam mit den drei Städten Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt durch Erlass zur Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin formiert wurde. Eine wesentliche Erweiterung der Stadt wird durch das von der – im 18. Jahrhundert angelegten – Zollmauer (Akzismauer) umgrenzte Gebiet beschrieben. Die Stadt umfaßte das Areal zwischen Oranienburger und Prenzlauer Tor im Norden, Hallesches und Cottbus-

Abb. 1 Räumliche Entwicklung Berlins – Stadtgebiet vor 1920 / Innenbezirke nach 1920



ser Tor im Süden, Brandenburger Tor im Westen und Frankfurter bzw. Stralauer Tor an der Oberbaumbrücke im Osten. 1861 – im Jahr vor der Gründung des Statistischen Büros – kamen Wedding, Gesundbrunnen, Moabit, Teile von Schöneberg und Tempelhof zum Berliner Stadtgebiet hinzu.

In Abbildung 1 sind die Flächen, die die inneren Verwaltungsbezirke nach der Gründung Groß-Berlins 1920 bis zur Gebietsreform 1938 einnahmen, farblich hervorgehoben, um den Bezug zur vertrauteren Gestalt der Berliner Bezirke herzustellen.

1871 wurde das Deutsche Reich gegründet und Berlin wurde deutsche Reichshauptstadt. Die folgenden Jahre, die Gründerzeit, haben die Stadt mit ihrem rasanten Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum nachhaltig geprägt. Die ausgedehnten gründerzeitlichen Mietshausbestände sind Zeugnisse dieser Zeit.

Die erste bedeutende Erweiterung der Stadtfläche nach 1861 erfolgte 1878 mit der Einbeziehung des städtischen Vieh- und Schlachthofes im Osten; Tiergarten einschl. Zoologischer Garten im Westen folgten 1881. Erst 1915 erfolgte mit der Hinzunahme des Geländes um den Plötzensee im Nordwesten die nächste wesentliche Erweiterung.

Die Volkszählung 1910 weist als innere Struktur Berlins 21 Standesamtsbezirke und 31 Stadtteile aus, die noch weiter nach Stadtbezirken als „örtlicher Einteilung“ untergliedert sind.

1912 wurde der kommunale Zweckverband Groß-Berlin gegründet, um die Stadt- und Verkehrsplanung in der Region besser abstimmen zu können. Der Zweckverband scheiterte an den Partikularinteressen; er erwies sich als wenig geeignet zur Lösung der Aufgaben in der rasch wachsenden Region und war lediglich eine Zwischenstation auf dem Weg zur Gründung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Gelieben ist vom Zweckverband die Reservierung von weitläufigen Dauerwäldern in Grunewald, Tegel und Köpenick als Naherholungsflächen, die auch heute noch fest zur großstädtischen Lebenswelt gehören.

Gründung Groß-Berlins 1920

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs als Folge des verlorenen Krieges, der Novemberrevolution 1918 und der Gründung der Weimarer Republik 1918/19 verabschiedete die Preußische Landesversammlung am 27. April 1920 das „Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“, das am 1. Oktober 1920 in Kraft trat. In den bisherigen Stadtkreis Berlin wurden die sieben Stadtgemeinden Charlottenburg, Cöpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Wilmersdorf sowie 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke eingemeindet. Von den eingemeindeten Städten hatten Spandau und Köpenick bereits seit dem Mittelalter Stadtrechte. Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln (bis 1912 Rixdorf), Wilmers-

Tab.1 **Bevölkerungszuwachs Berlins 1920 nach Erweiterungsgebieten**

| Gebiete | Fläche | Bevölkerung |
|-----------------------|-----------------|--------------------------------|
| | km ² | (Volkszählung 8. Oktober 1919) |
| Alt-Berlin..... | 65,86 | 1 903 000 |
| 7 Stadtgemeinden..... | 147,62 | 1 176 000 |
| 59 Landgemeinden..... | 428,22 | 711 000 |
| 27 Gutsbezirke..... | 236,4 | 17 000 |
| Groß-Berlin | 878,1 | 3 804 000 |

dorf und Lichtenberg hatten ebenfalls Stadtrechte. Mit dem Gesetz wurde auch der Gutsbezirk des Stadtschlusses Berlin Teil der neuen Gemeinde. Die Bildung der Einheitsgemeinde Berlin war die größte Erweiterung des Stadtgebietes in der Berliner Geschichte.

Die Bevölkerungszahl stieg von 1,9 Mill. um noch einmal 1,9 Mill. und die Fläche wuchs von 65,9 km² auf 878,1 km². Groß-Berlin wurde in 20 Verwaltungsbezirke gegliedert: die sechs inneren Bezirke der Kernstadt und die 14 umgebenden Bezirke, von denen 11 zur Stadtgrenze reichten. In den Folgejahren gab es verschiedene Gebietsänderungen. So wurden 1928 vom südlich an Zehlendorf angrenzenden Rittergut Düppel 5,4 km² eingemeindet.

1938 wurde eine innerstädtische Gebietsreform durchgeführt, bei der Gebietsänderungen durchgeführt und Begradigungen von Gebietsgrenzen vorgenommen wurden. Einige Jahre zuvor, 1933, war Friedrichshain, neben Wedding eine Hochburg der Arbeiterbewegung in der untergegangenen Weimarer Republik, in Horst-Wessel-Stadt umbenannt worden; diese Umbenennung wurde 1945 rückgängig gemacht.

Gebietsgliederung im Nachkriegs-Berlin

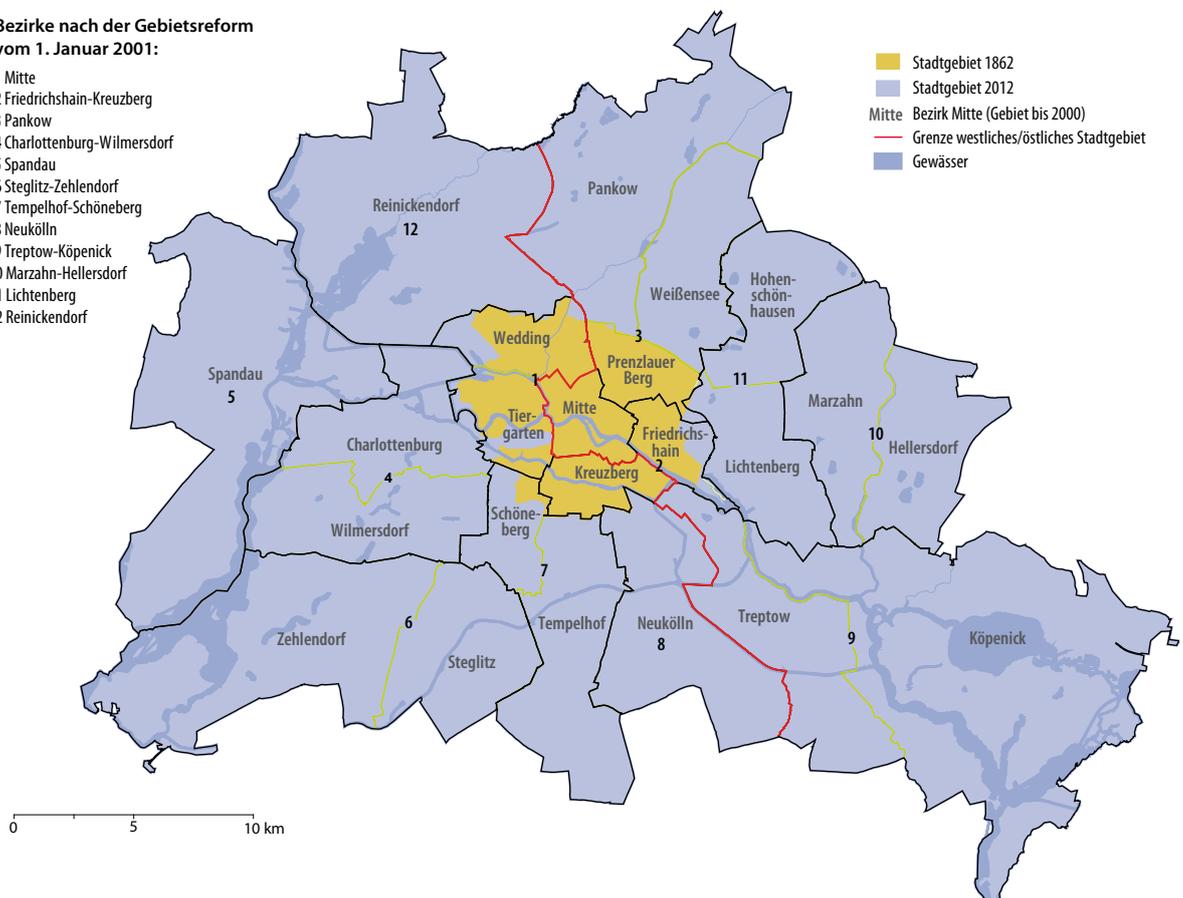
1945 wurde Groß-Berlin in vier Sektoren aufgeteilt. Zum amerikanischen Sektor gehörten Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und Zehlendorf. Der britische Sektor umfasste Charlottenburg, Spandau, Tiergarten und Wilmersdorf. Reinickendorf und Wedding bildeten den französischen Sektor. Die restlichen acht Bezirke mit Friedrichshain, Köpenick, Lichtenberg, Mitte, Pankow, Prenzlauer Berg, Treptow und Weißensee waren Teil des sowjetischen Sektors. 1945 kam es zu einem Gebietsaustausch zwischen den Besatzungsmächten. Der westliche Teil von Staaken kam zum sowjetischen Sektor, der Flugplatz Gatow, Teile von Groß Glienicke und der Seeburger Zipfel kamen zum britischen Sektor.

Neue Stadtbezirke im östlichen Teil Berlins waren Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf. Im Jahr 1979 wurde der Stadtbezirk Marzahn im Wesent-

Abb.2 **Berliner Stadtgebiet 1861 bis heute**

Bezirke nach der Gebietsreform vom 1. Januar 2001:

- 1 Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf



Tab. 2 **Vergleich von Fläche und Bevölkerung in Berlin 1919 mit 2000**

| Gebiet | Stichtag | Fläche | Bevölkerung |
|------------------|------------|-----------------|-------------|
| | | km ² | |
| Groß-Berlin..... | 08.10.1919 | 878,10 | 3 804 000 |
| Berlin..... | 31.12.2000 | 891,69 | 3 382 000 |

lichen aus Lichtenberger Gebietssteilen gegründet; diesem neuen Stadtbezirk wurde auch ein kleineres Areal von Weißensee zugeschlagen. 1985 erfolgte die Gründung des Stadtbezirks Hohenschönhausen – überwiegend aus Flächen von Weißensee, sonst aus Lichtenberger Gebietsteilen. Als Ausgleich dafür erhielt Weißensee Gebietsteile von Pankow. Im Jahr 1986 entstand durch Abtrennung von Marzahner Gebietsteilen der Stadtbezirk Hellersdorf. Die neue Struktur basierte hauptsächlich auf einer Aufteilung Lichtenbergs.

Gebietsentwicklung im neuen Berlin

Im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 31. August 1990 wurde die Vereinigung der östlichen Stadtbezirke mit den westlichen Bezirken zum Land Berlin geregelt. In Artikel 1 Absatz 2 heißt es „Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin“. Die Grenzen folgten dem Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 mit seinerzeit 20 Bezirken und zwischenzeitlich durchgeführten Gebietsänderungen sowie der Regelung, dass alle Gebiete, in denen nach dem 7. Oktober 1949 eine Wahl zum Abgeordnetenhaus oder zur Stadtverordnetenversammlung von Berlin stattgefunden hatte, Bestandteile der Bezirke von Berlin wurden.

Die Regelung bewirkte, dass die vom Senat mit der Deutschen Demokratischen Republik getroffenen Vereinbarungen über die Außengrenzen des West-Berliner Teils der Stadt fortbestanden und alle zuvor existierenden Exklaven nunmehr zum Land Brandenburg gehören. Das gleich nach dem Krieg dem britischen Sektor zugeschlagene Gebiet in Gadow und Kladow verblieb im Land Berlin und das damals dafür abgetretene Gebiet von West-Staaken wurde wieder Teil des Bezirks Spandau. Ebenfalls Bestandteil des Landes Berlin wurden die an die Bezirke Marzahn und Hellersdorf angrenzenden und von dort verwalteten Neubaugebiete Ahrensfelde-Süd und Hönow-West. Größere Umgestaltungen hatten im Zusammenhang mit der Gründung der drei neuen Stadtbezirke Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf bereits vorher stattgefunden.

Das vereinte Berlin umfasst eine Fläche von 892 km² und ist damit größer als die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Die größte Ausdehnung in Nord-Süd-Richtung beträgt 38 km und in Ost-West-Richtung 45 km.

2001 wurden die Bezirke neu gegliedert. Mit der am 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Gebietsreform wurden aus den 23 Bezirken durch Zusammenlegung von jeweils zwei bzw. drei Bezirken zwölf neue Bezirke gebildet. Die neuen Verwaltungseinheiten weisen eine – zwischen 215 000 und 350 000 liegende – annä-

hernd gleiche Einwohnerzahl auf. Die schon immer bevölkerungsstarken Bezirke Spandau, Neukölln und Reinickendorf blieben in ihren bisherigen Grenzen erhalten, die anderen 20 fusionierten zu neun Bezirken. Dabei wurden keine neuen Bezirksgrenzen gezogen, alte vielmehr durch die Verschmelzung aufgehoben. Zwei der neuen Bezirke – Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte – vereinen Gebiete des ehemaligen Ost- und Westteils der Stadt.

Die Ortsteile haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Wie in den 1920er Jahren haben sie für viele Berliner eine Orientierungs- und Identifikationsfunktion. Anfangs – nach der Bildung von Groß-Berlin – spiegelten sich in ihnen die Stadt- und Landgemeinden bzw. Gutsbezirke der eingemeindeten Gebiete wider.

Kleinräumige Gliederungen

Unter Kleinräumigen Gliederungen werden Aufgliederungen unterhalb der Bezirksebene verstanden, wie beispielsweise Planungsräume oder – noch differenzierter – Blöcke. In einem Grundlagenpapier des Deutschen Städtetages (1991) heißt es dazu:

„Die Kleinräumige Gliederung als Lokalisierungs- und Zuordnungssystem ist ein unverzichtbares Organisationsmittel der Kommunalverwaltung für Statistik, Planung und Verwaltungsvollzug. Sie gründet sich auf Straße und Hausnummer, d. h. auf die Adresse, als Ortsangabe und eine bis zum Baublock und zur Blockseite differenzierte räumliche Gliederung des Gemeindegebietes.“

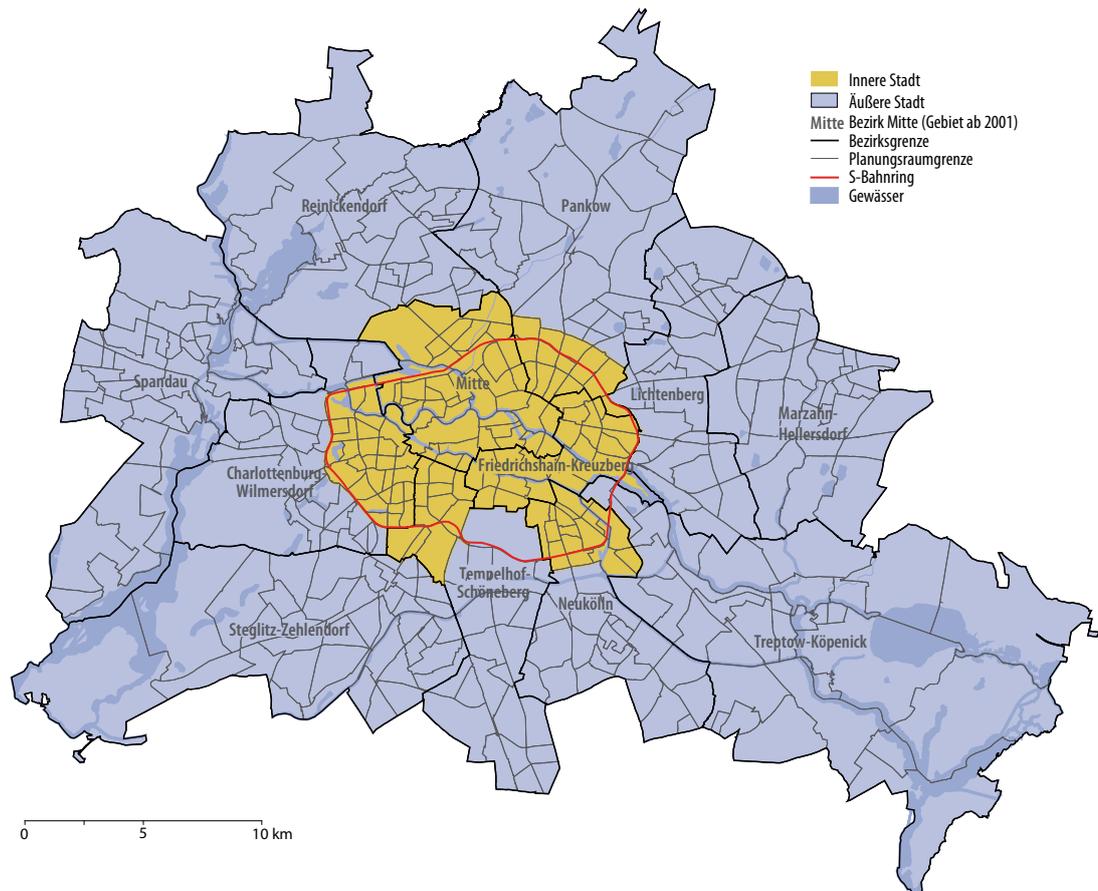
Eine feinräumige Differenzierung mit 7800 Wohnblöcken wurde in Berlin-West 1950 für die Volks- und Wohnungszählungen eingeführt. Dazu wurde ein von drei oder vier Straßen begrenztes Gebiet abgegrenzt und nummeriert. Nummeriert wurden anschließend auch die Straßen und Plätze in einer Straßenkartei. Im März 1961 wurde die Fläche Berlin-West in 97 Statistische Gebiete eingeteilt und in eine Kartei übernommen. Beim Zuschnitt der Statistischen Gebiete überwogen wirtschaftsstatistische Gesichtspunkte. Als weitere Bezugsräume wurden Mitte der 70er Jahre die Verkehrszellen vom Senator für Bau- und Wohnungswesen für die Verkehrsplanung konzipiert. Bei den verkehrlichen Überlegungen kam der gleichen Flächengröße, der Siedlungsstruktur, der Flächennutzung sowie dem Verkehrsaufkommen eine große Bedeutung zu. Die Verkehrszellen wurden auch für nicht verkehrliche Fragestellungen verwendet, wenn die Gliederung der Statistischen Gebiete zu grob und die Blockdarstellung zu fein waren.

Nach der Wiedervereinigung wurden für Berlin-Ost nach den gleichen Kriterien 98 Statistische Gebiete gebildet. Damit alte Datenbestände weitergenutzt werden konnten, wurde der Zuschnitt an den Wohnbezirken des Territorialen Grundschlüssels

Tab. 3 **Traditionelle kleinräumige Gliederung Berlins**

| Bezeichnung | Abkürzung | Anzahl Einheiten |
|-------------------------|-----------|------------------|
| Statistische Gebiete | StG | 195 |
| Verkehrszellen..... | VKZ | 338 |
| Teilverkehrszellen..... | TVZ | 891 |

Abb. 3 Berliner Stadtgebiet 2012 nach Bezirken und Lebensweltlich orientierten Planungsräumen



(TGS) orientiert. Ebenfalls für den Ostteil Berlins wurden bis Mitte der 90er Jahre die Verkehrszellen und deren Untergliederung – die Teilverkehrszellen – festgelegt, die für Berlin-West bereits Anfang 1970 für Analysen und Prognosen von Verkehrsströmen aufgenommen wurden.

Für die Gebietseinteilung und die Schlüsselvergabe der Verkehrszellen ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zuständig.

Die Statistischen Gebiete, Verkehrszellen und Teilverkehrszellen sind hierarchisch aufeinander bezogen und bilden Ebenen unterschiedlicher Differenzierung. Zu dieser Raumhierarchie gehören als obere Ebene das Land und die Bezirke. Räumliche Hierarchien eignen sich gut für Drill-Down-Analysen, um die Binnenstruktur größerer Überblicksgebiete untersuchen zu können.

Für die räumliche Abgrenzung und die Zuordnung von kleinräumigen Daten zu den in Berlin relevanten Bezugsräumen ist im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg das „Regionale Bezugssystem“ (RBS) zuständig. Dort wird eine Client-Server-Anwendung gleichen Namens betrieben, mit der die Richtigkeit dieser Zuordnungen sichergestellt wird.

Lebensweltlich orientierte Räume (LOR)

Statistische Gebiete und Verkehrszellen sind über die Jahre weitgehend unverändert geblieben. Ausgenommen natürlich die Wiedervereinigung, als die Gliederungssystematik auch für den Ostteil der Stadt eingeführt wurde. Die zeitliche Konstanz bietet den

Vorteil der längsschnittlichen Vergleichbarkeit statistischer Werte über einen langen Zeitraum hinweg. In den Folgejahren zeigte sich jedoch immer mehr, dass die Statistischen Gebiete, Verkehrszellen und Teilverkehrszellen die sozialräumliche Realität nicht mehr differenziert und valide wiedergaben. Der Wandel der Stadt hatte die traditionellen Gebietseinteilungen obsolet werden lassen.

Eine 2005 eingesetzte Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Senatsverwaltungen, Bezirken und dem damaligen Statistischen Landesamt Berlin konnte einen Neugliederungsvorschlag erarbeiten, der 2006 mit einem Senatsbeschluss gültige Planungsgrundlage wurde. Die neuen sogenannten „Lebensweltlich orientierten Räume“ (LOR) sind Bestandteil des Regionalen Bezugssystems des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

In die Abgrenzung der LOR gingen die folgenden Kriterien ein:

- Homogenitätsprinzip (ähnliche Bau-, Sozial- und Milieustruktur),
- Barriereorientierung (Verkehrs- und Bahntrassen, Wasserwege als Raumgrenzen),
- Vorgabe von Einwohnerunter- und -obergrenzen und
- Kompatibilität mit Block- und Bezirksgrenzen.

Die LOR sind hierarchisch organisiert und umfassen drei Ebenen: Prognoseräum, Bezirksregion und Planungsraum. In der feinsten Untergliederung – den Planungsräumen – bestehen die LOR aus 447 Raumeinheiten, die das Gebiet des Landes Berlin flä-

Tab. 4 Ebenen der „Lebensweltlich orientierten Räume“

| Bezeichnung | Abkürzung | Anzahl Einheiten | Mittlere | | Anwendung vorrangig für ... |
|-----------------|-----------|------------------|------------------------------|---------------------------------|---|
| | | | Einwohnerzahl am 31.12. 2010 | Flächengröße in km ² | |
| Prognoseräume | PGR | 60 | 56 000 | 14,8 | ... Prognose |
| Bezirksregionen | BZR | 138 | 25 000 | 6,4 | ... die ämterübergreifende Verwaltungsorganisation und Berichterstattung (Bezirksregionenprofile) |
| Planungsräume | PLR | 447 | 7 600 | 2 | ... Analyse und Planung (Monitoring Soziale Stadtentwicklung, Sozialstrukturatlas) |

chendeckend unterteilen. Die Planungsräume sind die wichtigste teilräumliche Ebene. Als Bezirksregion wird die mittlere Ebene bezeichnet, die 138 Einheiten umfasst.

Adressiert werden die Teilräume über einen zusammengesetzten Schlüssel, der je Ebene zwei Stellen lang ist. Auf der Ebene der Planungsräume ist dieser Schlüssel 8-stellig, Bezirksregionen werden über die ersten sechs Stellen und Prognoseräume über die ersten vier Stellen identifiziert. Die ersten zwei Stellen enthalten die Bezirksnummer.

Die Unterteilung der Gesamtfläche des Landes führt nahezu zwangsläufig dazu, dass es einige Planungsräume gibt, die im Wesentlichen durch Forst-, Brach- oder Wasserflächen gebildet werden; auch können Wohngebiete vorkommen, in denen keine Gewerbe und keine freien Berufe gemeldet sind. Bei Analysen werden diese Regionaleinheiten daher häufig ausgeklammert.

Das Berliner Stadtgebiet mit zwölf Bezirken und 447 LOR-Planungsräumen zeigt Abbildung 3. Farblich hervorgehoben ist die Innere Stadt; die typologische Unterscheidung Innere/Äußere Stadt basiert auf den LOR-Bezirksregionen. Eingezeichnet ist der S-Bahnring („Hundekopf“) als markante Struktur der Stadttopographie.

Für die Datenbereitstellung wurde ein fachlich abgestimmter Datenpool erarbeitet, der aktuell um weitere Daten und eine webbasierte Ergebnispräsentation bzw. Arbeitsumgebung erweitert wird.

Kleinräumige Gliederungen und Regionales Bezugssystem

Zum Kern des kommunalstatistischen Arbeitsprogramms gehört die Erschließung und Bereitstellung kleinräumiger Daten. Unter kleinräumigen Daten werden unterhalb der Bezirksebene aufbereitbare Daten verstanden, wie beispielsweise Planungsraumdaten. Ohne ein Regionales Bezugssystem (RBS) wären kleinräumige Datenaufbereitungen grundsätzlich nicht möglich, da zur kleinräumigen Darstellung der Daten die Beziehung zwischen dem Adress- oder Koordinatenbezug im statisti-

schen Ausgangsmaterial und der (klein-) räumlichen Nachweisebene hergestellt werden muss. Dieser Bearbeitungsschritt wird als Georeferenzierung bezeichnet, wenn einer Adresse eine Koordinate zugewiesen wird, oder als Regionalisierung, wenn einer Adresse Bezugsräume zugeordnet werden. Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Raumelementen, wie Adresse/Koordinate, Blockseite, Block, Planungsraum, Wahlbezirk, Einschulbereich, Quartiersmanagementgebiet, Sanierungsgebiet usw., sind im RBS gespeichert. Das RBS des Statistischen Amtes Berlin-Brandenburg ist ein komplexes Verzeichnis aller Berliner Adressen, der damit verbundener Straßen und räumlichen Gliederungen sowie raumbezogener Attribute, wie beispielweise der Postleitzahl oder dem Mittelpunkt eines Straßenabschnittes. Die Herstellung kleinräumiger Bezüge ist nur ein Anwendungsfeld des RBS. Das RBS wird fortlaufend aktualisiert und umfasst als wichtigste Elemente:

| RBS-Elemente | Anzahl |
|---|---------|
| Adressen..... | 380 000 |
| Blöcke..... | 15 560 |
| Blockseiten..... | 75 900 |
| Straßen (einschließlich Gewässer und Autobahnabschnitte)..... | 14 600 |
| Straßenabschnitte..... | 44 200 |
| Kreuzungen (einschließlich Straßenendpunkten)..... | 33 800 |
| Bezirke..... | 12 |
| Ortsteile..... | 95 |
| Postleitzahlgebiete..... | 190 |
| Lebensweltlich orientierte Prognoseräume..... | 60 |
| Lebensweltlich orientierte Bezirksregionen..... | 138 |
| Lebensweltlich orientierte Planungsräume..... | 447 |
| Statistisches Gebiete..... | 195 |
| Verkehrszellen..... | 338 |
| Teilverkehrszellen..... | 891 |
| Urban Audit-Gebiete..... | 129 |
| Einschulbereiche..... | 340 |
| Spielplatzversorgungseinheiten..... | 1 340 |
| Polizeidirektionen..... | 6 |
| Polizeiabschnitte..... | 38 |
| Polizeikontaktbereiche..... | 1 209 |
| Amtsgerichtsbereiche..... | 12 |
| Finanzamtsbereiche..... | 17 |
| Arbeitsamtsbereiche..... | 5 |
| Wahlkreisverbände..... | 12 |
| Bundestagswahlkreise..... | 12 |
| Abgeordnetenhauswahlkreise..... | 78 |
| Briefwahlbezirke..... | 536 |
| Wahlbezirke/Stimmbezirke..... | 1 736 |
| Abstimmgebiete..... | 1 174 |
| Quartiersmanagementgebiete..... | 41 |
| Stadtumbaugebiete..... | 35 |
| Sanierungsgebiete (aktive)..... | 10 |
| Aktive Zentren..... | 6 |
| Städtebaulicher Denkmalschutz..... | 10 |
| Gemeinschaftsaufgabe Fördergebiete..... | 339 |

Tab. 5 Zusammensetzung LOR-Schlüssel

| LOR-Schlüssel Planungsraum | Teilschlüssel | | | |
|----------------------------|---------------|---------------------|----------------------|---------------------|
| | Bezirk | Prognose-raum (PGR) | Bezirks-region (BZR) | Planungs-raum (PLR) |

01011101.....01 Mitte 01 Zentrum 11 Tiergarten Süd01 Stülerstraße

Die meisten teilräumlichen Gliederungen decken das gesamte Stadtgebiet ab. Einzelne Förderkulisen und Programmgebiete betreffen nur Teile der

Gesamtstadt. Quartiersmanagement- oder Stadtbaugebiete gehören hierzu.

In der Statistik wird das RBS bei der Berichtskreispflege, das ist der Kreis der zu Befragenden, für die Anschriftprüfung und die Organisation von flächenbezogenen Vollerhebungen oder Stichproben sowie bei der Ergebnisaufbereitung benötigt. Bei der fachstatistischen Regionalisierung werden Sachdaten – z.B. aus der Einwohnerregisterstatistik – Raumbezügen zugeordnet, die eine Ergebnisdarstellung auf der Ebene von Wahlgebieten, Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) oder von Quartiersmanagementgebieten ermöglichen.

Erhebungsbezogene Anwendungen in der Statistik:

- Validierung von Adressen für die Erhebung statistischer Daten,
- Unterstützung bei der Stichprobenziehung,
- Organisation von Interviewereinsätzen.

Auswertungsbezogene Anwendungen in der Statistik:

- Regionalisierung/Georeferenzierung von Einzeldatensätzen,
- Abbildung statistischer Daten auf unterschiedliche Gliederungsebenen und Teilräume,
- Unterstützung bei geostatistischen Auswertungen.

Das RBS als zentrales datenbankgestütztes Verzeichnis von Adressen, Straßen und Bezugsräumen wurde in Berlin Anfang der 80er Jahre aufgebaut. Vorläufer waren die Adress- und Blockseitenkartei sowie die Straßendatei, die für das automatisierte Einwohnermeldewesen benötigt wurde.

Elemente des RBS Statistische Blöcke

Die kleinste räumliche Unterteilung des Berliner Stadtgebietes im RBS ist der statistische Block – im Regelfall eine Fläche, die von Straßen umgeben ist. Eine Blockeinteilung des Stadtgebietes wurde erstmals 1950 für Berlin-West vorgenommen. Mit der Volkszählung 1970 erfolgte eine erste digitale Erfassung, die bei der Volkszählung 1987 erheblich verbessert wurde.

In den Jahren 1989/90 wurde im Auftrag des Magistrats von Berlin eine Blockeinteilung auch für Berlin-Ost erstellt, an der die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz beratend mitwirkte. Als Ausgangsbasis zur Einteilung dienten die Wohnbezirke des Territorialen Grundschlüssels (TGS).

Obwohl Blockänderungen sehr restriktiv behandelt werden, hat die Zahl der Blöcke nach der Vereinigung – im Wesentlichen bedingt durch das Bauschehen in der Stadt – stark zugenommen.

Neben der Abgrenzung zum Straßenland können auch andere Kriterien (Nutzungsarten, ordnungsrechtliche Gründe) in die Abgrenzung einfließen, so dass Blöcke auch aneinandergrenzen können, ohne dass eine Straße dazwischen verläuft. Jeder Block besteht aus einer zusammenhängenden und geschlossenen Fläche. Benachbarte Blöcke können einander nicht überlappen. Im Gegensatz zu anderen Kommunen werden in Berlin sogenannte Nettoblöcke gebildet, die nicht die Gesamtfläche der Stadt bedecken, sondern Verkehrsflächen freilassen.

Blockgrenzen werden gebildet von:

- Straßenbegrenzungslinien (in der Regel Baufuchtlinien bzw. Grundstücksgrenzen),
- Topografien (z. B. Bahntrassen, Gewässer),
- Verwaltungsgrenzen (Bezirksgrenzen).

Folgende Blocktypen werden entsprechend der vorherrschenden Nutzung unterschieden:

- Baublock,
- Wasserblock,
- Straßenblock,
- Bahnblock.

Abbildung 4a zeigt beispielhaft eine Blockstruktur in Berlin, die freigelassenen Zwischenräume lassen die Verkehrsflächen hervortreten. In Abbildung 4b werden benachbarte Blöcke mit gemeinsamer Grenze und an Bahntrassen (Bahnblöcke) und Wasserwege (Wasserblöcke) angrenzende Blöcke dargestellt. Durch die Blockdarstellung wird die topografische Grobstruktur eines Gebietes sehr gut erkennbar.

Abb. 4a Block von Straßen umgeben

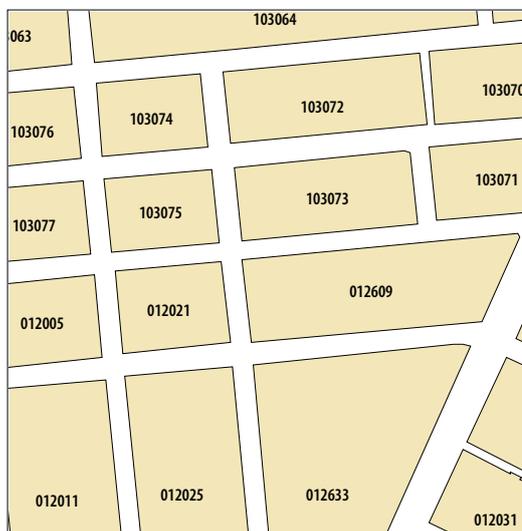
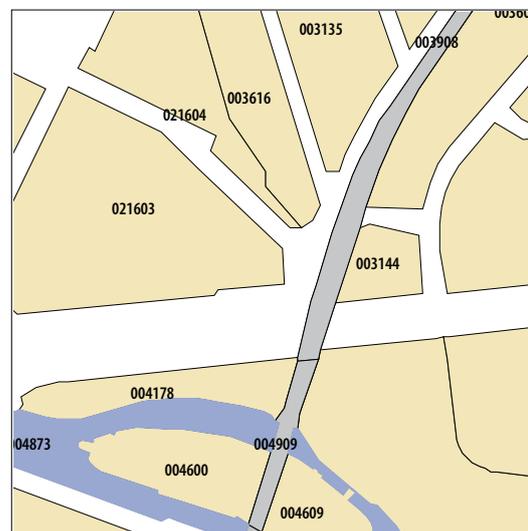


Abb. 4b Benachbarte Blöcke und an Bahntrassen sowie an Wasserwegen angrenzende Blöcke



Der eindeutig identifizierende Blockschlüssel, der vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vergeben wird, setzt sich aus drei Stellen für das Statistische Gebiet und drei weiteren Stellen zusammen, die fortlaufend vergeben werden. Die Schlüssellänge beträgt sechs Stellen.

In den Abbildungen 4a und 4b haben alle Blöcke einen 6-stelligen Schlüssel.

Blockänderungen werden seitens des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg möglichst restriktiv gehandhabt, sie sind aber zeitlich nicht unveränderlich. Ändert sich die Struktur eines Blockes (z.B. durch Bebauung oder durch Anlage einer gewidmeten Straße im Block), muss dieser neu eingeteilt werden. Zwischenstände werden nach Möglichkeit nicht abgebildet. Zusammengelegte oder geteilte Blöcke erhalten generell eine neue Blocknummer. Bei Änderungen des Blockumrisses im Zuge von Korrekturen ändert sich die Blocknummer nicht.

Als Raumeinheit ist der Block für die Speicherung von statistischen Daten nur dann geeignet, wenn ein einzelnes Bestandsdatum gespeichert werden soll und somit die synchrone Betrachtung im Vordergrund steht, während eine sich wiederholende Speicherung jeweils neuer Bestandsdaten über einen längeren Zeitraum, aufgrund der Vielzahl der Blockänderungen, zu zeitlich (diachron) nicht verknüpfbaren Daten führt.

Blockseite

Die Blockseite ist eine der Kanten, die einen Block begrenzen. Sie entspricht im Normalfall einer Straßenseite. Unterteilungen der Blockseiten erfolgen beim Wechsel von Straßennamen. Blockseiten können aus technischen Gründen geteilt werden, um eine bessere Verteilung der berechneten (interpolierten) Adressen zu erzielen, und zwar gemessen an der realen Lage der Adressen im Block. Bei Sackgassen kann, bedingt durch die Zählweise der Adressen, ebenfalls eine Teilung erforderlich sein.

Die ersten sechs Stellen des 15-stelligen Schlüssels sind identisch mit der Blocknummer, die nächsten fünf Stellen werden durch die Straßenummer und

die letzten vier Stellen werden durch eine fortlaufende Nummer (Blockseitenfolgennummer) gebildet.

Straße

Öffentliche Straßen sind nach §2 des Berliner Straßenverkehrsgesetzes Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Zum Straßenkörper gehören „... b) Fahrbahnen, Gehwege, Radwege, Bushaldebuchten, Taxihalteplätze, Parkflächen einschließlich der Parkhäuser, Grünanlagen sowie Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen.“ Im RBS sind Straßen abstrakter in Form von Teilstücken (Straßenabschnitte) als Linienzug einer Mittelachse gespeichert. Diese haben immer einen Endpunkt und sind durch Kreuzungen verbunden. Die Straßenabschnitte werden im RBS ebenfalls über einen eindeutigen Schlüssel identifiziert. Durch den Straßenschlüssel können Straßen in Berlin eindeutig identifiziert werden, was über den Namen nicht möglich ist, da gleichnamige Straßen häufig vorkommen.

Straßen werden in das RBS aufgenommen, wenn sie amtlich (gewidmet) sind oder wenn – bei Privatstraßen – ein städtisches Interesse an einem Nachweis der Straße besteht. Die berlinweit eindeutigen fünfstelligen Straßenummern werden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vergeben. Neue und umbenannte Straßen erhalten eine neue Nummer, frei verwendete Nummern werden nicht wiederverwendet. Schlüsselnummern erhalten auch sogenannte Nummernstraßen (z.B. Straße 160), Brücken, Autobahnabschnitte, Wege, Plätze, Bahnhöfe, Kleingartenanlagen (KGA) und andere für die Sicherung des öffentlichen und privaten Lebens relevante Objekte.

In den Jahren nach der Wiedervereinigung stieg auch die Zahl der Straßen und der Adressen in Berlin, als Folge des einsetzenden Baubooms, deutlich an. Seit der Wiedervereinigung sind in Berlin etwa 500 Straßen teil- oder ganz umbenannt worden. Weitere Straßen, ehemals durch die Grenze unterbrochen, waren neu zu verschlüsseln, behielten aber ihre Namen.

Straßenabschnitt

Straßen bestehen im RBS aus mindestens einem Straßenabschnitt, der als Straßenmittelachse digitalisiert ist und durch zwei Kreuzungspunkte begrenzt wird. Plätze werden durch Kreuzungen oder durch Straßenabschnitte repräsentiert. Große Plätze bestehen aus mehreren Kreuzungen (z.B. Ernst-Reuter-Platz mit 5 Kreuzungen). Plätze innerhalb von Blockflächen werden durch einen eigenen Straßenabschnitt repräsentiert.

Die Straßenabschnittsnummer setzt sich aus dem Straßenschlüssel (fünfstellig) und der Abschnittsfolgennummer (vierstellig) zusammen. Die Abschnittsfolgennummer ist fortlaufend in 10er Schritten je Straße durchnummeriert (Abbildung 7a). Abbildung 7b zeigt Blöcke und das Straßennetz mit den jeweiligen Schlüsseln.

Kreuzung

Kreuzungen begrenzen und verbinden im RBS die Straßen (-abschnitte). Sie sind damit Knoten und Endpunkte im Straßennetz (Abbildung 8). Die ersten

Abb. 5 Block mit Blockseiten

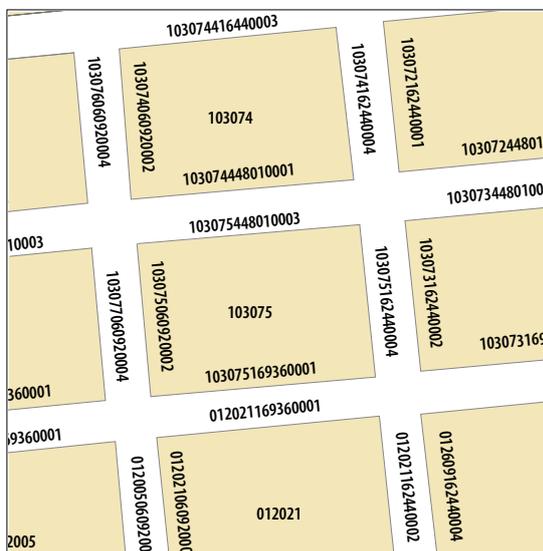
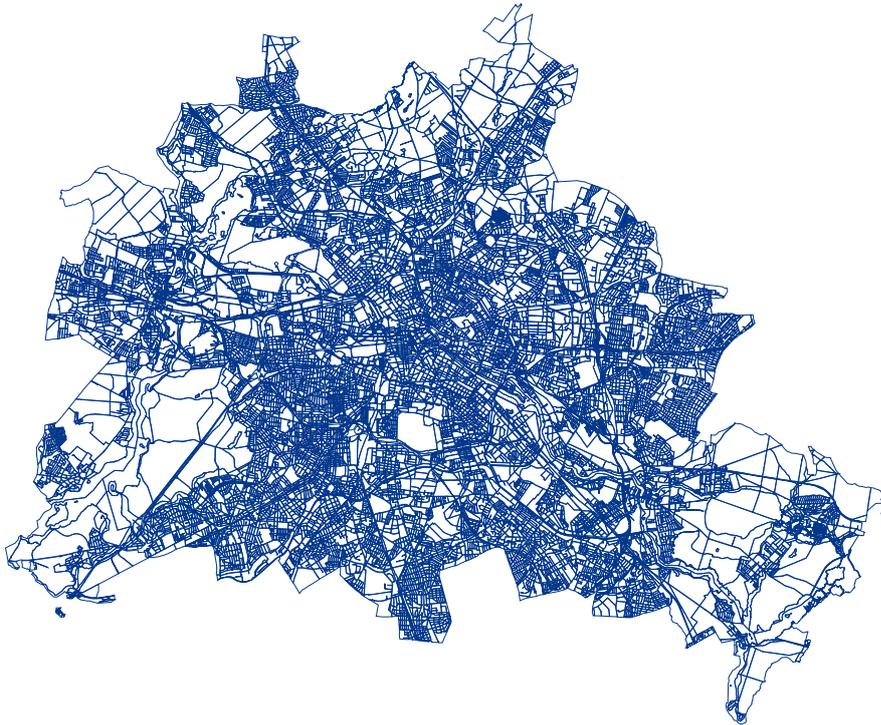


Abb. 6 Blockstruktur des Berliner Stadtgebietes 2012



vier Ziffern der Kreuzungsnummer dienen gleichzeitig der groben geografischen Lokalisation. Dazu wurde das Gitter des amtlichen 10 000er und 1 000er Kartenwerks zugrunde gelegt und die Streifen mit von Westen nach Osten und von Süden nach Norden fortlaufende Nummern versehen. Die fünfte und sechste Stelle des Schlüssels ist eine fortlaufende Nummer der 1 000er Kartenblätter (Abbildung 9). Die Vergabe der Kreuzungsnummern erfolgt durch das RBS im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Adresse

Über die sogenannte Grundstücksnummer (hier auch als Adresse oder Hausnummer bezeichnet) – Postleitzahl, Straße, Hausnummer und Hausnum-

mernzusatz – werden Personen, Unternehmen und andere Objekte im Raum lokalisiert. In der Nummerierungsverordnung heißt es in §1: „Für die an Straßen angrenzenden oder von Straßen aus zugänglichen Grundstücke sind Grundstücksnummern festzusetzen.“ Grundstücksnummern werden auch für unbebaute Grundstücke vergeben.

Adressen zur Lagebezeichnung, statt Lagebeschreibungen, Haus- oder Hofnamen, sind in Berlin erst spät eingeführt worden. Der Historiker Anton Tantner (2004) schreibt in seiner Dissertation: „Relativ spät wird die Hausnummerierung in Berlin vorgeschlagen: Der Polizeipräsident Johann Philipp Eisenberg ist es, der 1798 in seinem Nummerierungsprojekt die Durchnummerierung der gesamten Stadt vorschlägt, wobei die durchlaufende Zahlenkette sich immer entlang der vom Betrachter rechts stehenden Häuser erstrecken soll. Der preußische König lehnt diese Methode ab; 1799 verfügt er, dass die Nummerierung straßenweise zu erfolgen hat. So geschieht es dann auch, die Nummerierung fängt auf der rechten Seite des belebteren oder wichtigeren Teils der Straße an, zieht sich auf derselben Seite bis hin ans Ende der Straße und läuft dann auf der linken Seite zurück.“

Adressen werden im RBS mit einem eindeutigen Schlüssel gespeichert. Der neunstellige RBS-Adressschlüssel setzt sich aus der Straßennummer (fünf Stellen), der Grundstücksnummer (drei Stellen)

Abb. 7a Straßen mit Straßenabschnittsnummern

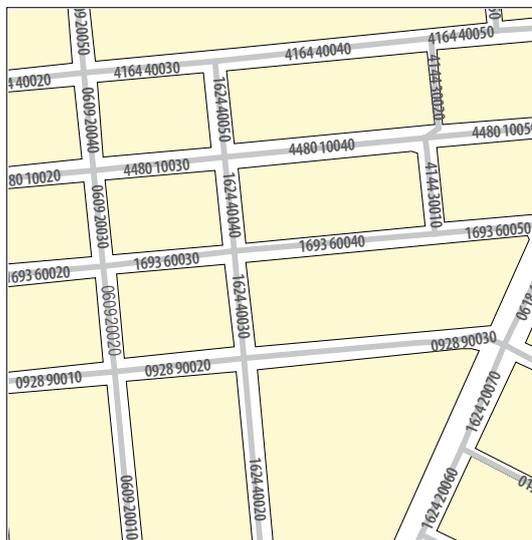
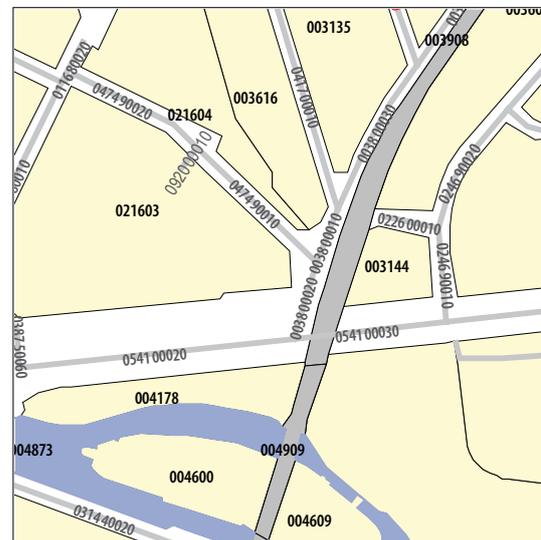


Abb. 7b Straßen und Blöcke



und dem eventuellen Grundstücksnummernzusatz (Buchstabe) zusammen.

Die Vergabe der Hausnummer – durch die Bezirksvermessungsämter – ist in §2 der Nummerierungsverordnung nach folgenden Grundsätzen geregelt:

- „(2) Die Grundstücke an Straßen, die in Richtung vom historischen Stadtkern Berlins nach außen führen, sind in der gleichen Richtung zu nummerieren. Grundstücke an den übrigen Straßen sind im Sinne der Drehung des Uhrzeigers mit dem Stadtkern als Drehpunkt zu nummerieren.
- (3) Die Grundstücke sind wechselseitig zu nummerieren. Die ungeraden Zahlen sind für Grundstücke an der linken, die geraden Zahlen für Grundstücke an der rechten Seite der Straße zu verwenden.
- (4) An Plätzen können die Grundstücke abweichend von den Absätzen 2 bis 3 auch fortlaufend im Sinne der Drehung des Uhrzeigers mit der Platzmitte als Drehpunkt nummeriert werden. (...)
- (6) Bei der Festsetzung oder Neufestsetzung (Umnummerierung) von Grundstücksnummern kann von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 abgewichen werden, wenn dadurch die Änderung bestehender Grundstücksnummern vermieden oder das Ausmaß der Änderung wesentlich eingeschränkt werden kann“.

Die zwei Ansätze ergeben Nummern, die aufsteigend sind, aber auf den beiden Straßenseiten in entgegengesetzter Laufrichtung (Hufeisennummerierung), oder beidseitig aufsteigend, aber auf jeder Straßenseite getrennt nach geraden und ungeraden Nummern (Zickzacknummerierung). Von diesen Grundregeln gibt es berlinweit zahlreiche Ausnahmen. Die Letztere ist zweckmäßiger, wie Hans Wigand anmerkte, weil sowohl eine Verlängerung der Straße ohne Nummernänderung erfolgen kann und weil die Kenntnis des Anfangspunktes der Nummerierung ausreicht, „um jedes Haus mit Leichtigkeit ohne Umwege zu erreichen.“

Bei vereinfachter Schreibweise mehrerer benachbarter Grundstücke mit Von-bis-Angaben ("–" oder "/"), wird im RBS jeweils die Anfangs- und Endnummer aufgenommen. Das Bindezeichen geht dabei verloren. Nachteilig ist hierbei, dass nur noch die einzelne Nummer auf ihre Existenz geprüft werden kann.

Bei Eckgrundstücken sind oftmals Adressen für beide angrenzenden Straßen vorhanden. Für Nichtwohngebäude (z.B. Firmenanschriften, Kioske in U-Bahnhöfen) existieren neben den amtlichen Adressen auch nicht-amtliche Hausnummern, die den Postdienstleistern dann als Anschrift dienen.

Um Forstabschnitte (auch Jagen genannt) und Gewässer für eine Adresssuche nutzbar zu machen, werden diese im RBS auch mit Adressschlüsseln versehen.

Abb. 8 Kreuzungen mit Kreuzungsnummern



Abb. 9 Nummernvergabebesystem der Kreuzungen in Berlin

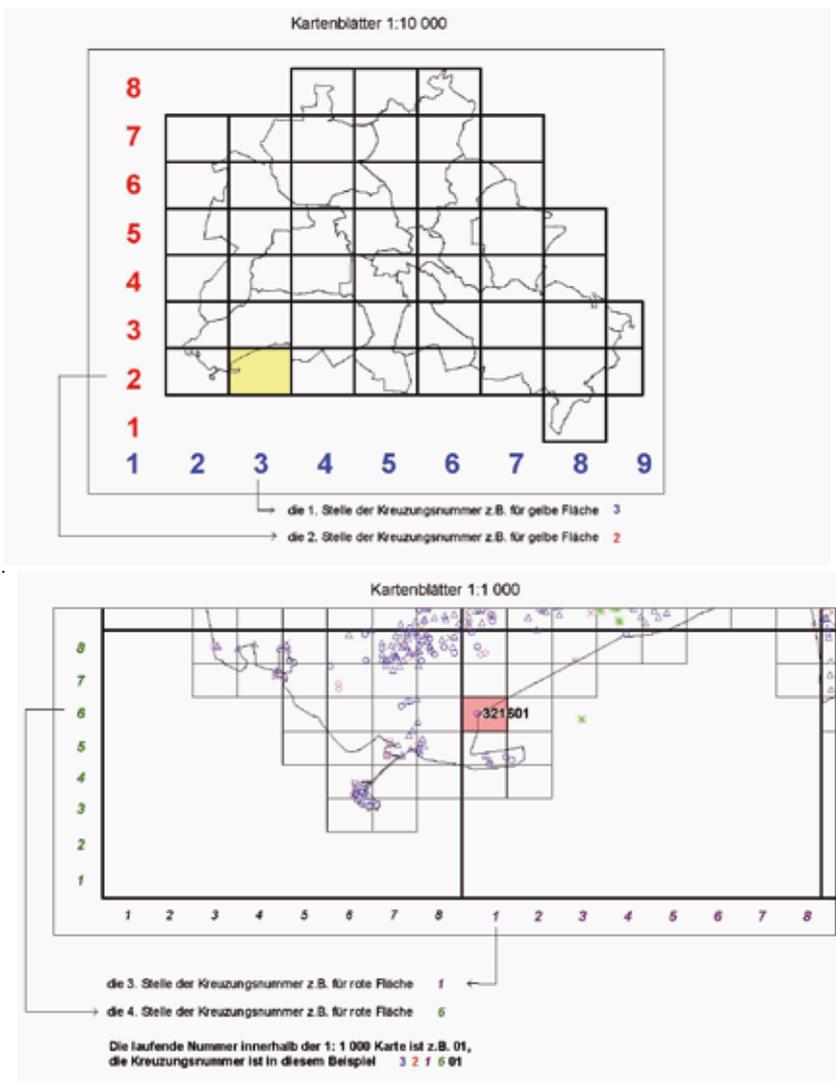
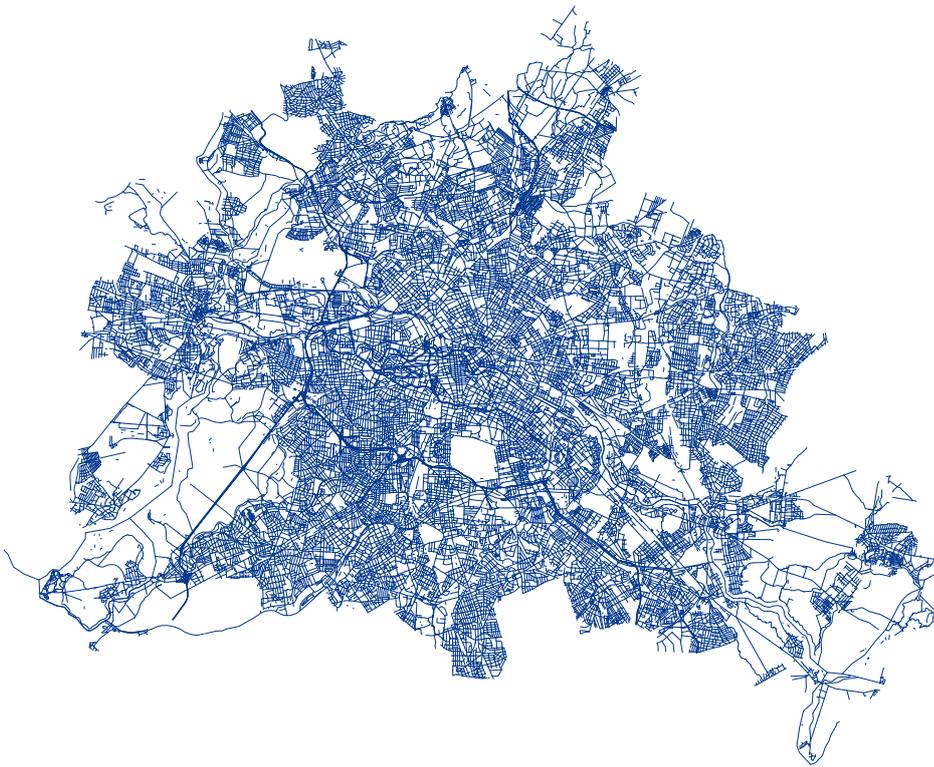


Abb. 10 Berliner Straßennetz



Über ihre geografischen Koordinaten (in Berlin werden hier meist noch die sogenannten Soldner-Koordinaten verwendet) können die Adressen im Raum verortet werden und damit auch den dazugehörigen Räumen zugeordnet werden. Dies geschieht mit Hilfe von Geografischen Informationssystemen und den dazugehörigen Software-Werkzeugen. Im RBS werden je Adresse zwei Adresskoordinaten geführt, und zwar eine durch Interpolation berechnete Koordinate (die Adressen werden gleichmäßig entlang der Blockseite verteilt) und eine lagetreue Koordinate, welche von den bezirklichen Vermessungsämtern über die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

und Umwelt geliefert werden. Abbildung 11a zeigt berechnete Adresskoordinaten, die regelmäßig entlang einer Blockseite verteilt sind. In Abbildung 11b ist der gleiche Kartenausschnitt mit lagetreuen Koordinaten dargestellt. Die Adressen liegen in dieser Abbildung auch in der Blockfläche und konzentrieren sich an manchen Stellen stärker als an anderen. Die lagetreuen Adressen kommen der Realität am nächsten.

Als historische Besonderheit bleibt anzumerken, dass Staaken-West bis 1989 zur DDR gehörte und erst nach der Wiedervereinigung zu Spandau kam. Dort gelegene Adressen und Teilräume haben das Re-

gionalattribut „Berlin-Ost“. Die raumhistorische politische Dichotomie Ost/West unterscheidet sich hier von der geografischen Aussage östlich/westlich.

Als historische Besonderheit bleibt anzumerken, dass Staaken-West bis 1989 zur DDR gehörte und erst nach der Wiedervereinigung zu Spandau kam. Dort gelegene Adressen und Teilräume haben das Re-

gionalattribut „Berlin-Ost“. Die raumhistorische politische Dichotomie Ost/West unterscheidet sich hier von der geografischen Aussage östlich/westlich.

Regionalisierung

Als Regionalisierung bezeichnet man den Vorgang der Zuordnung von adressbezogenen statistischen Daten (z.B. des anonymisierten Statistikabzugs des Einwohnerregister) zu bestimmten Bezugsräumen (Planungsraum, Quartiersmanagementgebiet usw.). Im RBS werden dazu die beschriebenen RBS-Adressen und RBS-Attribute, wie Blocknummer, Schlüssel des Lebensweltlich orientierten Raumes, Nummer

Abb. 11a Durch Interpolation berechnete Adressen an Blockseiten



Abb. 11b Lagetreue Adressen aus der bezirklichen Vermessung



des Quartiersmanagementgebietes usw. verwendet. Die Daten des Regionalen Bezugssystems werden, da ihr Nutzen den unmittelbaren Zweck innerhalb des statistischen Produktionsprozesses übersteigt, in großem Umfang für verschiedene Anwendungen in der Berliner Verwaltung und für externe Kunden bereitgestellt. Das folgende Beispiel zeigt für die Adresse des AfS-Standortes Berlin, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin die verfügbaren Attribute mit ihren Werten:

Autor: *Hartmut Bömermann*

| Bezeichnung | Schlüssel/ Wert | Name |
|-----------------------------------|--------------------|---|
| Bezirk..... | 11 | Lichtenberg |
| Ortsteil..... | 1101 | Friedrichsfelde |
| Postleitzahl..... | 10315 | |
| LOR-Prognoseraum..... | 1104 | Lichtenberg Mitte |
| LOR-Bezirksregion..... | 110410 | Friedrichsfelde Nord |
| LOR-Planungsraum..... | 11041027 | Tierpark |
| Statistisches Gebiet..... | 148 | Tierpark |
| Verkehrszelle..... | 1481 | Tierpark |
| Teilverkehrszelle..... | 14811 | |
| Block..... | 148005 | |
| Finanzamt..... | 32 | Finanzamt Lichtenberg Amtsgericht |
| Amtsgerichtsbezirk..... | 4 | Lichtenberg |
| Grundschuleinzugsbereich..... | 1109 | Bgm.-Ziethen-GS |
| Spielplatzeinzugsbereich..... | 0 | |
| Bundestagswahlkreis..... | 87 | |
| Abgeordnetenhauswahlkreis..... | 1105 | |
| Stimmbezirk..... | 11509 | |
| Abstimmbezirk..... | 501 | |
| Wohnlage..... | 5 | mittel mit Lärm |
| Quartiermanagementgebiet..... | - | |
| Sanierungsgebiet..... | - | |
| Stadtumbau..... | SO1104 | WB Friedrichsfelde |
| Gemeinschaftsaufgabe Fördergebiet | C | |
| Kontaktbereich..... | 6424 | |
| Straßennummer..... | 44843 | Alt-Friedrichsfelde |
| X-Koordinate (Soldner)..... | 332180 | |
| Y-Koordinate (Soldner)..... | 202562 | |

Quellennachweis

- „100 Jahre Berliner Statistik. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes“; hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin, 1962.
- Berliner Straßengesetz (BerlStrG) in der Fassung vom 13. Juli 1999 (GVBl. S. 380), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dez. 2005 (GVBl. S. 754); URL: www.stadtentwicklung.berlin.de/service/gesetzestexte/de/download/verkehr/berlstrg062006.pdf, letzter Aufruf am 12.1.2012.
- Luisenstädtischer Bildungsverein e.V.: „Berlin von A bis Z“; URL: www.luise-berlin.de, letzter Aufruf am 12.1.2012.
- Bömermann, H. / Nelius, K. / Jahn, S.: „Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt ‚Vereinheitlichung von Planungsräumen‘“; „Berliner Statistik“, Monatschrift des Statistischen Landesamtes Berlin, H. 8/2006, S. 366–371; URL: www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/lor/download/BerlinerStatistik0608.pdf, letzter Aufruf am 12.1.2012.
- Elsner, E. / Mummelthey, R.: „Vom Ende der Gründerzeit bis zur Neuorganisation der Hauptstadt. Zur Bevölkerungsentwicklung im Raum Groß-Berlin“; „Berliner Statistik“, Monatschrift des Statistischen Landesamtes Berlin, Heft 3/2006, S. 131–135.
- „Kommunale Gebietsgliederung. Empfehlungen zur Ordnung des Straßen-/Hausnummernsystems und Gliederung des Gemeindegebiets nach Gemeindeteilen, Blöcken und Blockseiten sowie DV-Organisation“. Neu bearbeitet vom Verband Deutscher Städtestatistiker auf der Grundlage der geltenden Empfehlungen des Deutschen Städtetags; Deutscher Städtetag, Reihe H, DST-Beiträge zur Informationsgesellschaft und Stadtforschung, Heft 39, Köln 1991.
- Clara Krause: „Das Berliner Stadtgebiet im Wandel der Zeiten“; Berliner Wirtschaftsberichte, hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, 5. Jg., Heft 1, 7.1.1928.
- Schwenk, H.: „Es hing am seidenen Faden. Berlin wird Groß-Berlin“; in: Berlinische Monatschrift, Heft 6/2000, S. 5–15; URL: www.luise-berlin.de/bms/, letzter Aufruf am 12.1.2012.
- Anton Tantner: „Ordnung der Häuser, Beschreibung der Seelen – Hausnummerierung und Seelenkonskription in der Habsburgermonarchie“; Universität Wien, 2004; URL: othes.univie.ac.at/28/, letzter Aufruf am 12.1.2012.
- Verordnung über die Grundstücksnummerierung (Nummerierungsverordnung – NrVO) vom 9. Dez. 1975 (GVBl. S. 2947), zuletzt geändert durch § 6 Nr. 1 Buchstabe b des Gesetzes vom 10./11. Dezember 1990 (GVBl. S. 2289/GVABl. S. 534); URL: www.berlin.de/ba-spandau/verwaltung/gesetze/nrvo.html, letzter Aufruf am 12.1.2012.
- Hans Wigand: „Die deutsche Stadt“, Bd. 6; Reinhard Welz Vermittler-Verlag: Mannheim 2007, S. 484.

Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes

berliner statistik **150**
jahre

Die Jahre 1862 bis 1919

Gut fünf Jahre, nachdem das Statistische Bureau Berlins seine Tätigkeit aufgenommen hatte, galt es eine erste große bevölkerungsstatistische Aufgabe zu bewältigen: die Volkszählung am 3. Dezember 1867 (siehe Beitrag „Volkszählungen in Berlin seit Bestehen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin“ von K. Tag, K. Voy). Erste Ergebnisse wurden unter der Leitung des damaligen Direktors, Prof. Dr. Hermann Schwabe, veröffentlicht, u.a. im „Gemeinde-Kalender und Städtisches Jahrbuch für 1868“ [1]. Die Gesamtbevölkerungszahl, die zum Zählungstichtag für Berlin ermittelt worden war, wurde mit 702 400 Einwohnern beziffert. Ausgewiesen wurde die Bevölkerung für Stadtbezirke und Stadtteile zunächst nur der Gesamtzahl nach. Der Band des Folgejahres 1869 enthielt dann die wesentlich detaillierteren Ergebnisse [2].

Neben den Zahlen zum Bevölkerungsbestand waren auch Mitteilungen über die Bewegung enthalten. Nachgewiesen wurden im o.g. Jahrbuch 1868 für das Berichtsjahr 1866 insgesamt 27 354 Geburten (einschl. Totgeburten), 7050 Trauungen, 25 100 Todesfälle sowie 128 ausgewanderte und 552 eingewanderte Personen. Im Band von 1869 sind die gesamten Zuzüge und Fortzüge nach Angaben des königlichen Polizeipräsidiums enthalten, und zwar gleich für mehrere Jahre. Für das Jahr 1866 sind 72 900 Zu- und 72 200 Fortzüge ausgewiesen.

Gesondert ausgewiesen wurden Angaben über die „Bevölkerung der Hospitäler, Siechenhäuser und Midicinal-Anstalten“.

Die nächste Volkszählung fand nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 noch im Jahr des Friedensschlusses am 1. Dezember 1871 statt. Zwischenzeitlich wurde bis zur Publikation der neuen Zählungsergebnisse im Jahrbuch von 1872 jeweils auf die Zahlen des Bevölkerungsbestandes aus der Zählung von 1867 verwiesen. Mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 wurden für die Stadt Berlin 826 300 Personen der „ortsanwesenden“ Bevölkerung registriert [3].

Eine Fortschreibung des Bevölkerungsstandes wurde im Rahmen der Berliner Bevölkerungsstatistik im „Berliner Städtischen Jahrbuch“ erstmals im Band des Jahres 1875 erwähnt [4]. Dabei addierte man auf die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 den „Überschuss der Geborenen über die Gestorbenen“ und den „Überschuss der Zugezogenen über die Fortgezogenen“, eine Methode, die auch noch heute in der Bevölkerungsstatistik angewandt

wird (Abbildung 1). In dem Jahrbuch wurde auf diese Weise auch der Stand der Bevölkerung jeweils zum Ende der darauffolgenden Jahre 1872, 1873 und 1874 taxiert.

Abb.1 Grundzüge der Bevölkerungsfortschreibung

Derartige Berechnungen stellte man zudem für die Jahre seit 1861 an. Aber es wurde im Begleittext auch konstatiert, dass die Resultate

„mit den unzweifelhaft glaubwürdigeren Angaben der Volkszählung niemals gestimmt haben“, und weiter: „... so bleibt nichts Anderes übrig, als solche Berechnungen lediglich in der Wartezeit vor einer Volkszählung anzustellen, sie hingegen für die Nichtzählungsjahre zu verwerfen, sobald die neue Volkszählung stattgefunden hat.“

Im selben Jahrbuch wurde ferner auch die retrospektive Aufbereitung des Bevölkerungsstandes bis ins Jahr 1709 zurück publiziert. Dazu heißt es im Begleittext ([4], S. 51) : „Am 17. Februar 1873 faßte die Statistische Deputation auf Antrag des Stadtverordneten Dr. Neumann den Beschluß, daß dem Statistischen Bureau der Stadt Berlin als eine seiner nächsten und Hauptaufgaben eine authentische Zusammenstellung über Stand und Bewegung der Bevölkerung über einen möglichst weit zurückgehenden Zeitraum, und zwar im Bereich des jetzigen Communalbezirks, aufgegeben werde. (...) In Folge dieses Beschlusses wurde November 1873 von Seiten des Directors Dr. Schwabe der Dr. jur. et phil. Huppé (Anm. der Redaktion: Stellvertreter des Direktors) mit den bezüglichen Untersuchungen beauftragt.“ Huppé kam bei seiner Arbeit zu der Erkenntnis, „dass die künftigen jährlichen Veröffentlichungen über die Volkszahl von der Zählung des Jahres 1861 zu beginnen haben, weil erst von diesem Zeitpunkt ab ein sicheres Verhältniß zwischen einem sich gleichbleibenden Territorialbezirk und einer wachsenden Bevölkerung coordinatisch zu verfolgen ist.“ Verwiesen wird auf die Tatsache, dass das Stadtgebiet („Weichbild“) von 1861 Teile von vormaligen anderen, nicht differenzierbaren Gemarkungen enthielt. Diese wären in „in ihrem Bevölkerungsverhältniß niemals fixirt worden. (...) Bis 1855 wurden häufig die Volkszählun-

Bevölkerung am Anfang eines Zeitraumes
+ Geburten
- Sterbefälle
im Verlauf des Zeitraumes
+ Zuzüge
- Fortzüge
= Bevölkerung am Ende eines Zeitraumes

gen für den engeren Polizeibezirk Berlin angestellt, welcher keineswegs mit dem Weichbild der in städtischer Selbstverwaltung lebenden Residenz Berlin übereinstimmt ...“ Die im Jahrbuch veröffentlichte Zeitreihe des Bevölkerungsbestandes der Zählungsjahre 1709 bis 1861 ist somit vom Aussagewert her eingeschränkt.

In der Folgezeit wurden einige Verbesserungen in der Erhebung der Bevölkerungsbewegung erzielt, namentlich wurden neben der Polizei die Standesämter in die Berichterstattung einbezogen. Die Bevölkerungsfortschreibung wurde von einem jährlichen auf einen monatlichen Turnus umgestellt.

In dem im Jahre 1920 erschienenen Jahrbuch der Stadt Berlin [5] wurde die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 1709 zurück als Zeitreihe wiedergegeben, zwar teilweise geschätzt, jedoch lückenlos von 1775 an (siehe Abbildung 2). Die Reihe endet mit dem vorletzten Jahr des Ersten Weltkrieges bei 1917. Gleichzeitig endet mit dem Band auch die Berichterstattung für den bisherigen Stadtkreis Berlin. Durch das Groß-Berlin-Gesetz vom 27. April 1920 wurde am 1. Oktober 1920 aus sieben umliegenden selbstständigen Städten so-

wie 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken aus den Landkreisen Niederbarnim, Teltow und Osthavelland die Stadtgemeinde „Berlin“ (Groß-Berlin) gebildet (siehe Beitrag „Stadtgebiet und Gliederungen“ von H. Bömermann). Aber bereits zuvor wurde in der Berliner Statistik Zahlenmaterial der Nachbargemeinden zusammengestellt. In der Festschrift „100 Jahre Berliner Statistik“ ([6], S. 76) wird dazu für das Jahr 1910 ausgeführt: „Mit Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Rixdorf ... war damit ein bevölkerungsstatistisches »Groß-Berlin« von rund 3 650 000 Seelen geschaffen worden, dessen 63 250 ha umfassende Gesamtfläche fast das Zehnfache der Stadtgebietsfläche vom damaligen Berlin ausmachte.“

Für den Zeitraum vom Gründungsjahr des Berliner Statistischen Amtes bis zur Bildung des Gebietes Groß-Berlin entwickelte sich die Bevölkerungszahl für das Berliner Stadtgebiet wie folgt: Ende 1862 wurde eine Bevölkerungszahl von 567 600 Personen festgestellt (Abbildung 2). In den folgenden Jahrzehnten stieg die Zahl der Einwohner stetig an und übersprang im Jahr 1877 die 1-Mill.-Marke. Zum Jahresende 1912 wurde mit 2 095 000 Personen der höchste

Abb. 2

I. 1. Stand der Bevölkerung in Berlin.

3

1. Stand der Bevölkerung in Berlin.

A. Die Bevölkerung der Stadt Berlin seit 1709.

(Die eingeklammerten Zahlen beruhen auf Schätzung, die übrigen auf Zählung oder Fortschreibung).

Die erste Volkszählung fand in Berlin im Jahre 1709 statt, dem Jahr der Wiedervereinigung der Städte Berlin und Kölln unter Beitritt der Städte Friedrichswerder, Neustadt und Friedrichstadt.

| Jahr | Bevölkerung am Jahres-schluß | | | Jahr | Bevölkerung am Jahres-schluß | | |
|------|------------------------------|----------|-----------|------|------------------------------|----------|-----------|
| | männl. | weibl. | zus. | | männl. | weibl. | zus. |
| 1709 | . | . | (57 000) | 1804 | 95 023 | 87 134 | 182 157 |
| 1740 | . | . | (81 100) | 1805 | 80 626 | 86 570 | 167 196 |
| 1750 | . | . | 113 289 | 1806 | (81 000) | (87 000) | (168 000) |
| 1755 | . | . | 126 661 | 1807 | (78 000) | (83 500) | (161 500) |
| 1760 | . | . | (101 600) | 1808 | (70 650) | (77 850) | (148 500) |
| 1765 | . | . | (125 139) | 1809 | (79 250) | (80 750) | (160 000) |
| 1770 | . | . | (133 520) | 1810 | 80 661 | 82 310 | 162 971 |
| 1775 | . | . | (136 137) | 1811 | 85 569 | 84 194 | 169 763 |
| 1776 | (71 080) | (66 388) | (137 468) | 1812 | (86 200) | (84 800) | (171 000) |
| 1777 | 72 972 | 67 747 | 140 719 | 1813 | 81 090 | 85 554 | 166 644 |
| 1778 | 57 930 | 67 093 | 124 963 | 1814 | 82 178 | 91 414 | 173 592 |
| 1779 | 71 255 | 66 970 | 138 225 | 1815 | (97 500) | (95 500) | (193 000) |
| 1780 | 72 849 | 67 776 | 140 625 | 1816 | 100 700 | 94 890 | 195 590 |
| 1781 | 74 005 | 68 370 | 142 375 | 1817 | 99 115 | 94 585 | 193 700 |
| 1782 | 74 107 | 68 991 | 143 098 | 1818 | 100 185 | 95 675 | 195 860 |
| 1783 | 74 577 | 69 647 | 144 224 | 1819 | 101 995 | 96 825 | 198 820 |
| 1784 | 74 845 | 70 176 | 145 021 | 1820 | 103 060 | 96 450 | 199 510 |
| 1785 | 75 740 | 70 907 | 146 647 | 1821 | 104 630 | 98 900 | 203 530 |
| 1786 | 76 057 | 71 281 | 147 338 | 1822 | 106 525 | 99 784 | 206 309 |
| 1787 | 74 929 | 71 298 | 146 267 | 1823 | 108 413 | 101 621 | 210 034 |
| 1788 | 77 239 | 72 055 | 149 274 | 1824 | 110 674 | 103 821 | 214 495 |
| 1789 | 77 258 | 72 617 | 149 875 | 1825 | 118 523 | 106 445 | 219 968 |
| 1790 | 77 686 | 73 117 | 150 803 | 1826 | 116 217 | 109 058 | 225 275 |
| 1791 | 80 916 | 74 205 | 155 211 | 1827 | 118 789 | 111 624 | 230 413 |
| 1792 | 81 396 | 76 138 | 157 534 | 1828 | 122 110 | 114 384 | 236 494 |
| 1793 | 80 529 | 76 592 | 157 121 | 1829 | 123 886 | 118 536 | 242 422 |
| 1794 | 73 647 | 76 355 | 150 002 | 1830 | 125 100 | 122 400 | 247 500 |
| 1795 | 79 615 | 76 603 | 156 218 | 1831 | 126 720 | 121 476 | 248 196 |
| 1796 | 82 699 | 78 034 | 160 733 | 1832 | 128 690 | 123 890 | 252 520 |
| 1797 | 85 075 | 79 903 | 164 978 | 1833 | 131 950 | 127 070 | 259 020 |
| 1798 | 87 464 | 81 555 | 169 019 | 1834 | 134 917 | 129 673 | 264 590 |
| 1799 | 87 234 | 82 430 | 169 664 | 1835 | 139 365 | 132 640 | 272 005 |
| 1800 | 89 967 | 83 165 | 173 132 | 1836 | 143 005 | 135 560 | 278 565 |
| 1801 | 89 738 | 83 250 | 172 988 | 1837 | 146 175 | 136 965 | 283 140 |
| 1802 | 91 079 | 84 950 | 176 029 | 1838 | 152 656 | 142 060 | 294 716 |
| 1803 | 92 976 | 85 590 | 178 566 | 1839 | 159 985 | 148 005 | 307 990 |

1*

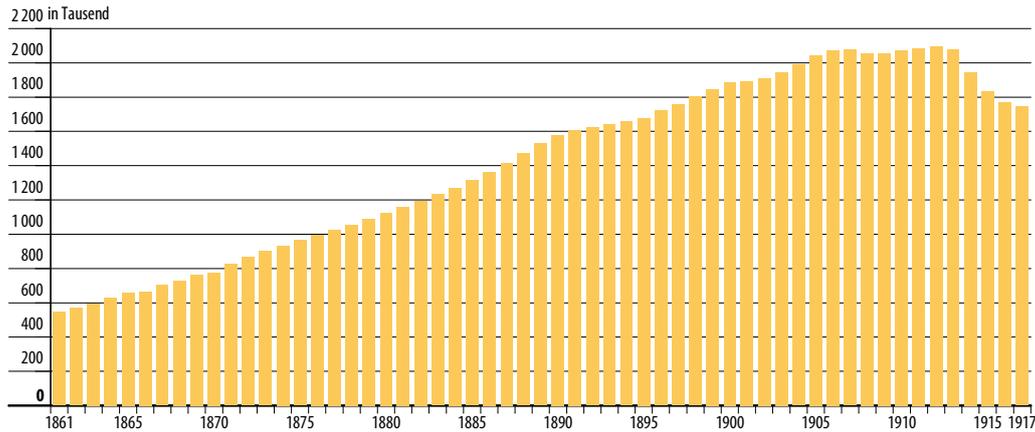
4

I. 1. Stand der Bevölkerung in Berlin.

Noch A. Die Bevölkerung der Stadt Berlin seit 1709.

| Jahr | Bevölkerung am Jahres-schluß | | | Jahr | Bevölkerung am Jahres-bezw. Monatsschluß | | |
|-------------------|------------------------------|---------|-----------|-----------|--|-----------|-----------|
| | männl. | weibl. | zus. | | männl. | weibl. | zus. |
| 1840 | 168 936 | 153 690 | 322 626 | 1890 | 757 963 | 820 553 | 1 578 516 |
| 1841 | 173 122 | 159 480 | 332 602 | 1891 | 768 643 | 837 974 | 1 606 617 |
| 1842 | 176 391 | 162 762 | 339 153 | 1892 | 772 777 | 849 700 | 1 622 477 |
| 1843 | 181 390 | 167 780 | 349 110 | 1893 | 781 069 | 859 925 | 1 640 994 |
| 1844 | 188 280 | 175 144 | 363 424 | 1894 | 786 093 | 869 981 | 1 656 074 |
| 1845 | 197 074 | 182 966 | 380 040 | 1895 | 797 868 | 881 056 | 1 678 924 |
| 1846 | 205 907 | 190 628 | 396 535 | 1896 | 817 980 | 903 875 | 1 721 855 |
| 1847 | 213 638 | 196 478 | 410 116 | 1897 | 831 768 | 924 630 | 1 756 398 |
| 1848 | 214 925 | 196 584 | 411 509 | 1898 | 855 572 | 947 639 | 1 803 211 |
| 1849 | 214 541 | 197 904 | 412 445 | 1899 | 878 389 | 967 828 | 1 846 217 |
| 1850 | 216 857 | 201 876 | 418 733 | 1900 | 901 847 | 986 466 | 1 888 313 |
| 1851 | 218 721 | 205 849 | 424 570 | 1901 | 899 710 | 994 231 | 1 893 941 |
| 1852 | 215 512 | 205 976 | 421 488 | 1902 | 907 477 | 1 004 151 | 1 911 628 |
| 1853 | 217 461 | 208 098 | 425 559 | 1903 | 927 687 | 1 018 389 | 1 946 076 |
| 1854 | 218 790 | 210 599 | 429 389 | 1904 | 953 119 | 1 035 623 | 1 988 742 |
| 1855 | 221 972 | 212 271 | 434 243 | 1905 | 985 093 | 1 057 309 | 2 042 402 |
| 1856 | 225 964 | 216 034 | 441 998 | 1906 | 1 002 518 | 1 071 003 | 2 073 521 |
| 1857 | 230 046 | 219 485 | 449 531 | 1907 | 999 919 | 1 076 518 | 2 076 437 |
| 1858 | 234 321 | 224 290 | 458 611 | 1908 | 985 355 | 1 071 919 | 2 057 274 |
| 1859 | 242 897 | 231 867 | 474 764 | 1909 | 985 615 | 1 071 995 | 2 057 610 |
| 1860neues Weichb. | (252 715) | 240 714 | 493 429 | 1910 | 994 297 | 1 077 610 | 2 071 907 |
| | (270 334) | 258 542 | 528 876 | 1911 | 1 001 229 | 1 082 816 | 2 084 045 |
| | 280 381 | 266 819 | 547 200 | 1912 | 1 004 423 | 1 090 607 | 2 095 030 |
| | 290 923 | 276 636 | 567 559 | 1913 | 990 935 | 1 088 221 | 2 079 156 |
| | 307 474 | 288 866 | 596 340 | 1914 | 864 140 | 1 081 544 | 1 945 684 |
| | 325 927 | 306 570 | 632 497 | 1915 | 735 861 | 1 092 712 | 1 828 573 |
| | 336 955 | 320 723 | 657 678 | Jan. 1916 | 734 594 | 1 093 036 | 1 827 570 |
| | 335 419 | 330 213 | 665 632 | Febr. | 724 482 | 1 090 131 | 1 814 613 |
| | 352 668 | 350 505 | 703 173 | März | 719 903 | 1 085 862 | 1 805 765 |
| | 365 613 | 363 388 | 729 001 | April | 717 360 | 1 082 054 | 1 799 414 |
| | 383 183 | 379 992 | 763 175 | Mai | 713 348 | 1 077 958 | 1 791 306 |
| | 379 897 | 394 601 | 774 498 | Juni | 709 826 | 1 074 897 | 1 784 723 |
| | 415 228 | 409 256 | 824 484 | Juli | 705 618 | 1 074 112 | 1 779 730 |
| | 439 838 | 424 417 | 864 255 | Aug. | 701 443 | 1 073 361 | 1 774 804 |
| | 458 735 | 441 613 | 900 348 | Sept. | 696 979 | 1 074 236 | 1 771 215 |
| | 470 727 | 461 865 | 932 592 | Okt. | 693 028 | 1 076 380 | 1 769 408 |
| | 483 722 | 480 817 | 964 539 | Nov. | 693 864 | 1 076 697 | 1 770 061 |
| | 494 452 | 503 250 | 997 702 | Dez. | 688 879 | 1 078 755 | 1 767 634 |
| | 502 767 | 521 448 | 1 024 215 | Jan. 1917 | 688 263 | 1 078 685 | 1 766 948 |
| | 514 048 | 540 678 | 1 054 726 | Febr. | 686 315 | 1 075 094 | 1 761 409 |
| | 528 407 | 560 675 | 1 089 082 | März | 680 639 | 1 070 268 | 1 750 907 |
| | 542 794 | 580 955 | 1 123 749 | April | 676 706 | 1 065 161 | 1 741 867 |
| | 557 810 | 600 749 | 1 158 559 | Mai | 669 415 | 1 063 138 | 1 732 553 |
| | 574 735 | 621 470 | 1 196 205 | Juni | 666 171 | 1 061 560 | 1 727 731 |
| | 591 792 | 640 924 | 1 232 716 | Juli | 666 517 | 1 063 568 | 1 730 085 |
| | 609 774 | 661 903 | 1 271 677 | Aug. | 665 669 | 1 066 119 | 1 731 788 |
| | 630 859 | 684 806 | 1 315 665 | Sept. | 665 888 | 1 072 450 | 1 738 338 |
| | 654 598 | 708 622 | 1 363 220 | Oct. | 666 842 | 1 077 243 | 1 744 085 |
| | 680 269 | 734 700 | 1 414 969 | Nov. | 666 144 | 1 076 890 | 1 743 034 |
| | 707 164 | 764 808 | 1 471 972 | Dez. | | | |
| | 734 925 | 793 756 | 1 528 681 | | | | |

Abb. 3 Bevölkerungbestand in Berlin von 1861 bis 1917



Bevölkerungsstand dieser Zeitspanne ermittelt, er war damit beinahe um das Vierfache größer als 1862. In den Jahren des Ersten Weltkrieges schrumpfte die Bevölkerungszahl deutlich. Im Jahr 1917 endet die Berichterstattung mit einer Bevölkerungszahl von 1 743 000 Personen, das waren 16,4 % weniger als im damaligen Spitzenjahr 1912.

Die Jahre 1920 bis 1945

Das nächste Jahrbuch, das unter dem Titel „Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin“ herausgegeben wurde, erschien erst wieder für das Jahr 1924 [7]. Die darin ausgewiesene aktuelle Bevölkerungszahl von 3 804 000 Personen umfasst das Gebiet von Groß-Berlin und basiert auf der Volkszählung vom 8. Oktober 1919. Gleichzeitig werden auch Bevölkerungszahlen vorheriger Zeitpunkte präsentiert, wie groß sie nach dem Gebietsstand von 1920 gewesen wären.

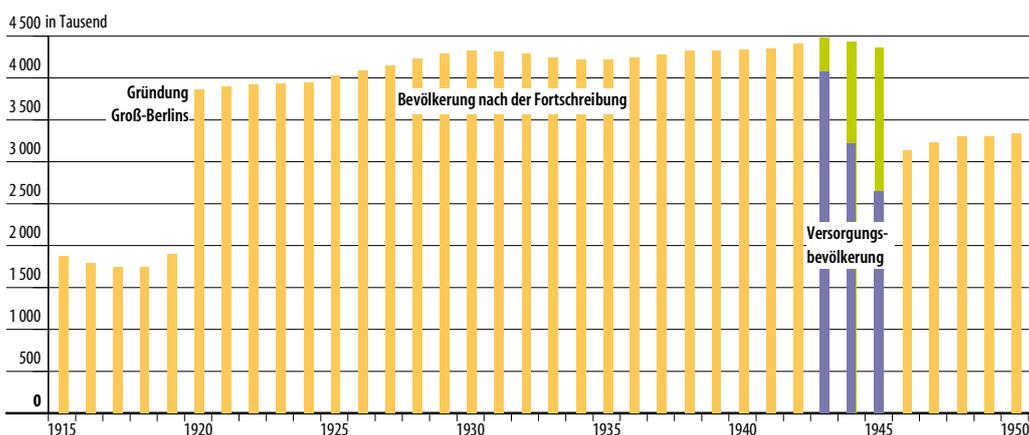
Die erste Volkszählung während der Zeit des Nationalsozialismus wurde am 16. Juni 1933 durchgeführt. Das Thema „Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich“ wird in Heft 7 des Jahres 2001 der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik des Statistischen Bundesamtes ([8], S. 588 ff.) erörtert. Der Beitrag setzt sich mit der Frage der Einflussnahme seitens Staat und NSDAP auf die amtliche Statistik und dem Vorwurf auseinander, dass die Bevölkerungsstatistik sich mit der darauf folgenden Volkszählung 1939 und der gesonderten Erfassung von Juden und jüdischen

„Mischlingen“ der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) eine Kartei zur Durchführung der Deportationen zur Verfügung gestellt habe. In dieser Zeit wurde der Bevölkerungsstand auch in der bisherigen Weise fortgeschrieben.

Die Bevölkerungszahl von Groß-Berlin, so wie sie durch die Fortschreibungsmethode ermittelt wurde, stieg den Jahren 1920 bis ins Kriegsjahr 1943 tendenziell an. Im Jahr 1925 überstieg sie die Marke von vier Mill. (4 032,0 Tsd. Personen, Abbildung 4). 1943 hatte Berlin aufgrund der Fortschreibung mit 4 478,1 Tsd. Personen die höchste jemals ermittelte Einwohnerzahl. In den letzten beiden Kriegsjahren ging der Bestand auf 4 361,4 Tsd. Personen zurück. Dass die von der Fortschreibung ausgewiesene Bevölkerungszahl insbesondere während der letzten Kriegsjahre wohl überhöht war, wird in folgender Veröffentlichung dargelegt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Jahr 1947 der 14. Jahrgang des Taschenbuches „Berlin in Zahlen“ herausgegeben, das im Wesentlichen die Zeit von 1925 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges umfasst [9]. Im Vorwort heißt es zunächst: „Die Ausgabe einer solchen Zahlensammlung erwies sich als notwendig, weil durch die Kriegereignisse so gut wie alles statistische Material über Berlin vernichtet worden ist.“ In der Vorbemerkung zum Kapitel „Bevölkerungsstand“ wird auf die Problematik der fortgeschriebenen Bevölkerung hingewiesen (S. 51): „Die

Abb. 4 Bevölkerungbestand in Berlin bzw. Groß-Berlin von 1915 bis 1950



während des Krieges auf Grund der polizeilichen An- und Abmeldungen fortgeschriebene Bevölkerung ergab, namentlich in den letzten Kriegsjahren, nicht mehr die ortsanwesende Bevölkerung, weil zahlreiche Einwohner aus kriegsbedingten Gründen Berlin verließen, ohne sich polizeilich abzumelden. Ebenso wenig ist sie die in Berlin beheimatete Wohnbevölkerung, weil bei einem Teil der während des Krieges Fortgezogenen der Fortzug eine dauernde Aufgabe ihres Wohnsitzes in Berlin bedeutete. Die fortgeschriebene Bevölkerung stellt also, je länger der Krieg dauerte, um so weniger die wirkliche Einwohnerzahl Berlins dar. Daher wurde neben der fortgeschriebenen Bevölkerung die Versorgungsbevölkerung ermittelt, das ist die Zahl der in die Lebensmittel-, (Fett-)versorgung einbezogenen Einwohner einschl. der Selbstversorger, aber ohne die von der Wehrmacht und anderen Formationen außerhalb der zivilen Versorgung gepflegten Personen. Die Versorgungsbevölkerung stellt die tatsächliche Einwohnerzahl dar, aber nicht die Wohnbevölkerung, weil in ihr die des Krieges wegen sich vorübergehend außerhalb der Stadt aufhaltenden Einwohner fehlen“. Abbildung 4 zeigt, dass im Jahr 1945 die Versorgungsbevölkerung mit 2 645,9 Tsd. Personen um fast 40 % unter der Fortschreibungszahl lag (4 361,4 Tsd. Personen). Die schon gleich nach dem Ende des Krieges durchgeführte Volkszählung am 12. August 1945 wies für die „anwesende Bevölkerung“ nur noch einen Bestand von 2 807,4 Tsd. Personen nach.

Die Jahre 1946 bis 1989
Nachkriegsstatistik

Schon sehr bald wurde die nächste Volkszählung durchgeführt, nämlich zum Stichtag 29. Oktober 1946. Für Groß-Berlin ergab sie eine Einwohnerzahl von 3 187,5 Tsd. Personen, die damit deutlich über der im August ermittelten „anwesenden Bevölkerung“ lag. Eine Aufteilung des Einwohnerbestandes erfolgte auch auf die von den Alliierten gebildeten Regionen Sowjetischer Sektor (1 073,8 Tsd. Personen), Amerikanischer Sektor (846,1 Tsd. Personen), Britischer Sektor (510,7 Tsd. Personen) und Französischer Sektor (376,7 Tsd. Personen). Die Ende November 1948 vollzogene Zweiteilung der Berliner Verwaltung in Berlin-West und Berlin-Ost (sowjetisch besetzter

Sektor) führte auch zu einer Teilung des statistischen Dienstes in Groß-Berlin.

Während in den ersten Jahren nach der Teilung noch von beiden Verwaltungen parallel Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung für Groß-Berlin herausgegeben wurden, beschränkte sich die Berichterstattung ab Anfang der 50er Jahre auf den jeweils eigenen Teil der Stadt. Sowohl in Berlin-Ost als auch in Berlin-West wurden Volkszählungen durchgeführt und in der Zwischenzeit die Bevölkerungszahl nach der nahezu gleichen Methode fortgeschrieben. Während für Berlin-West jedoch die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung in vollem Umfang veröffentlicht wurden, gab es für Berlin-Ost nur spärliche Informationen für die Öffentlichkeit. Nach der Vereinigung beider Teile Deutschlands konnten die Informationen aus den Archiven gehoben, ausgewertet und bekannt gemacht werden.

Ende des Jahres 1950 lag die Bevölkerungszahl in Berlin-Ost bei 1 189,1 Tsd. Personen und sank dann in den Folgejahren kontinuierlich bis zum Jahr 1961 auf 1 055,3 Tsd. Personen. In der daran anschließenden Zeit stieg der Bevölkerungsbestand von Berlin-Ost bis zum Jahr 1988 und erreichte mit 1 284,5 Tsd. Personen den jemals höchsten Wert während des Bestehens der DDR. Im Jahr des politischen Umbruchs und der durchlässig gewordenen Grenzen zum Ende des Jahres 1989 ging die Einwohnerzahl in diesem Teil der Stadt auf 1 279,2 Tsd. Personen zurück.

Die Bevölkerungszahl von Berlin-West betrug Ende 1950 rund 2 147,0 Tsd. Personen. Von einem anfänglichen Anstieg bis Ende der 50er Jahre abgesehen, sank die Bevölkerungszahl tendenziell und lag im Jahr 1986 mit 1 879,2 Tsd. Personen deutlich unter der Zweimillionen-Marke. Durch die Volkszählung im Jahr 1987 stellte sich allerdings heraus, dass die Fortschreibung der vorangegangenen Jahre die tatsächliche Bevölkerungszahl deutlich unterzeichnet hatte. Mit der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählungsergebnisse vom 25. Mai 1987 wurde für das Jahresende desselben Jahres ein Bevölkerungsstand von 2 028,7 Tsd. Personen errechnet. Zum Zählungstichtag betrug die Differenz zur bisherigen Fortschreibung knapp 132 000 Personen, das heißt, dass die tatsächliche Einwohnerzahl von Berlin-West um 7,5 % höher war [10], als sie durch die Fortschrei-

Abb. 5 **Bevölkerungsbestand in Berlin 1940 bis 2010**

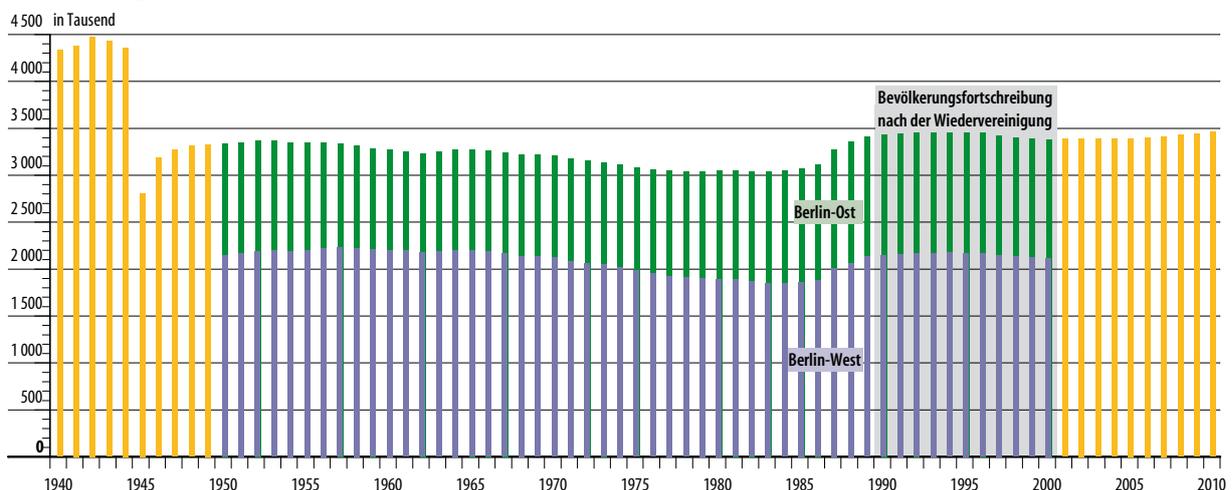
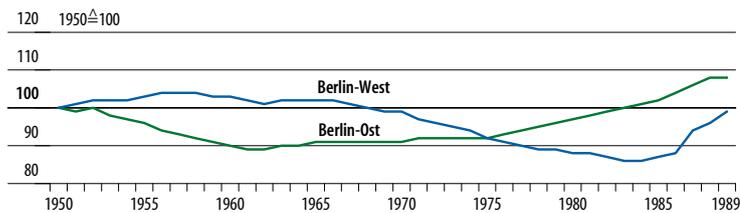


Abb. 6 Entwicklung der Bevölkerungszahl in Berlin-West und in Berlin-Ost von 1950 bis 1989



bung zuvor ausgewiesen worden war. Bis zum Ende des Jahres 1989 stieg der Bevölkerungsbestand auf 2 130,5 Tsd. Personen. In der Summe der Fortschreibungsergebnisse von Berlin-West und Berlin-Ost ergab sich für die ganze Stadt eine Einwohnerzahl von 3 409,7 Tsd. Personen. Das war der bis dahin höchste Stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die Jahre von 1990 bis heute

Die Umstellung der Bevölkerungsstatistik und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten nach der politischen Wende in Deutschland wurden in einem Artikel der Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Berlin aus dem Jahr 1992 beschrieben. Dort heißt es: „Im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist die DDR-Statistik im Bereich der Bevölkerungsstatistik übergangslos, also von einem zum anderen Tag, durch die Bundesstatistik abgelöst worden. Vom 3. Oktober 1990 an galt also auch für das Gebiet von Berlin (Ost) das Bevölkerungsstatistische Gesetz ([11], S. 224 ff.).“ Um den Bevölkerungsbestand laufend auch für das Beitrittsgebiet fortschreiben zu können, wurde festgelegt, dass der Bevölkerungsstand des eingangs erwähnten zentralen Einwohnerregisters mit Stand vom 3. Oktober 1990 dem Ergebnis einer „letzten allgemeinen Zählung“ gleichzusetzen war. Außerdem waren die Erhebungspapiere und Berichtswege den im Bevölkerungsstatistikgesetz vorgeschriebenen Normen anzupassen und im Beitrittsgebiet einzuführen. Zudem waren die für die Bevölkerungsstatistik berichtspflichtigen Standesämter und Meldebehörden dort gerade erst im Entstehen. Auch die Statistischen Ämter der fünf neuen

Bundesländer befanden sich noch im Aufbau. Durch diese Prozesse waren statistische Unschärfen unausweichlich, deren Ausmaß sich aber nicht quantifizieren lässt.

Zum 31. Dezember 1990 wies die Bevölkerungsfortschreibung für die gesamte Stadt einen Bevölkerungsbestand von rund 3 433,7 Tsd. Personen aus. Die weitere Entwicklung verlief recht wechselhaft.

Zu Beginn der 90er Jahre stieg die Bevölkerungszahl auf 3 475,4 Tsd. Personen im Jahr 1993. In den Folgejahren setzte ein Schrumpfungsprozess ein, der bis ins Jahr 2000 anhielt. Seit dem Jahr 2005 steigt die Einwohnerzahl kontinuierlich an und erreicht im Jahr 2010 mit 3 460,7 Tsd. Personen den nunmehr höchsten Stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Nach der Vereinigung konnte für Berlin die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 noch für Berlin-West und Berlin-Ost getrennt ausgewiesen werden. Dies war insofern von Bedeutung, da die unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung in beiden Teilen beobachtet und gegebenenfalls beeinflusst werden sollte. Außerdem waren es auch spezielle Gebiete staatlicher Förderung, für deren Mittel die Bevölkerungszahl als Zuweisungsschlüssel diente. Mit der Bezirksreform im Jahr 2001 ist die Zahl der bis dahin 23 Berliner Bezirke auf nur noch zwölf Bezirke reduziert worden. Dabei kam es auch zur Bildung von (Neu-) Bezirken, die sich aus ehemaligen „Westbezirken“ und „Ostbezirken“ zusammensetzten. Da der Bezirk die kleinste darstellbare regionale Einheit in der Bevölkerungsfortschreibung ist, konnte die bis dahin für Berlin-West und Berlin-Ost getrennt mögliche Berichterstattung nicht fortgeführt werden.

Mit Beginn des Jahres 2007 endete mit der Gründung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg die Existenz eines eigenständigen Berliner Statistischen Amtes. Dieses neue Amt mit Hauptsitz in Potsdam bearbeitet seither an seinem Berliner Standort die komplette Bevölkerungsstatistik für die Länder Berlin und Brandenburg.

Autor: Jürgen Paffhausen

Quellennachweis

- [1] Gemeinde-Kalender und Städtisches Jahrbuch für 1868.
- [2] Berlin und seine Entwicklung – Statistisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang 1869, herausgegeben vom Statistischen Bureau der Stadt Berlin.
- [3] Berlin und seine Entwicklung – Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, herausgegeben vom Statistischen Bureau der Stadt Berlin 1872.
- [4] Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 2. Jahrgang des Werkes: „Berlin und seine Entwicklung“ 8. Jahrgang; herausgegeben von Dr. jur. & Dr. phil. Huppé, Stellvertreter des Direktors im Statistischen Bureau der Stadt, Berlin 1875.
- [5] Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, 34. Jahrgang, enthaltend die Statistik der Jahre 1915 bis 1919 sowie Teile von 1920, im Auftrag des Magistrats herausgegeben von Prof. Dr. H. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Berlin 1920.
- [6] Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes von 1962: „100 Jahre Berliner Statistik – 1862 bis 1962“.
- [7] Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin 1924, herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin.
- [8] Wielog, Jutta: „Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich“; Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik /2001.
- [9] Berlin in Zahlen 1947 – Taschenbuch; Herausgeber: Hauptamt für Statistik, Berlin-Wilmersdorf.
- [10] Paffhausen, Jürgen: „Die Notwendigkeit einer Volkszählung zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen – Eine Betrachtung aus Sicht der Berliner Demografieberichterstattung“; „Statistik Berlin Brandenburg – Zeitschrift für amtliche Statistik“, Heft 4/2011.
- [11] Sinnig, Sabine; Umstellung der Bevölkerungsstatistik und Entwicklung des Bevölkerungsstandes 1990; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift, Heft 9/1992.

Direktoren des Statistischen Amtes Berlin 1862 bis 2012



1865 – 1874

Dr. Hermann Schwabe

Direktor des Statistischen Bureaus Berlin

... war der erste Direktor des Berliner Statistischen Bureaus und richtete tatkräftig und einfallsreich in kurzer Zeit den statistischen Dienst für Berlin ein. Seine zahlreichen, glänzend geschriebenen Beiträge brachten die statistischen Veröffentlichungen des Amtes zu hohem Ansehen. Auf ihn geht u. a. das „Schwabsche Gesetz“ zurück. Ein früher Tod beendete im Jahre 1874 seine zehnjährige Amtsleitung.



1875 – 1902

Dr. h. c. Richard Böckh

Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin

... der „Altmeister der Berliner Statistik“ war ein tiefgründiger, unbeirrbar die Wahrheit suchender Wissenschaftler und Methodiker. Während seiner langen Tätigkeit als Direktor des Amtes gab er dessen Arbeiten die wissenschaftliche Grundlage. Seine Erkenntnisse und Veröffentlichungen sowie seine akademische Lehrtätigkeit befruchteten die deutsche und die internationale Statistik für Jahrzehnte.



1903 – 1906

Prof. Dr. Ernst Hirschberg

Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin

... übte, obwohl er nur von 1903 bis 1906 Direktor des Amtes war, einen nachhaltigen Einfluss auf die nach ihm kommende Zeit aus. Er gestaltete das Statistische Jahrbuch neu und machte es zu einem periodischen Nachschlagewerk.



1907 – 1923

Dr. Heinrich Silbergleit

Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin

... leitete das Amt von 1907 bis 1923 und trug wesentlich zur Vervollständigung des statistischen Arbeitsprogramms und zur Verfeinerung der Erhebungsverfahren bei. Er bemühte sich tatkräftig um das Zustandekommen der Groß-Berliner Statistik.



1923 – 1943

Dr. Oskar Büchner

Direktor des Statistischen Amtes der Reichshauptstadt Berlin

... war als Direktor des Amtes von 1923 bis 1943 ein unermüdlicher Gestalter der Groß-Berliner Statistik. Er passte die Organisation den erweiterten Angaben des jetzt für Groß-Berlin zuständigen Amtes an. Von ihm stammen bemerkenswerte subtile Untersuchungen über soziale und ökonomische Zusammenhänge.



1943 – 1945

Dr. Oskar Kürten

Direktor des Statistischen Amtes der Reichshauptstadt Berlin

... fiel nach dem plötzlichen Tode Büchners im Jahre 1943 die schwierige Aufgabe zu, die Weiterführung der Amtsarbeiten im Kriege und nach dem Zusammenbruch bis zum Herbst 1945 zu sichern. Er löste sie mit großem Erfolg. Darüber hinaus erwarb er sich als Schriftleiter große Verdienste: Ihm sind vor allem die Schriftreihen „Berliner Wirtschaftsberichte“ und „Berliner Statistik“ mit zahlreichen viel beachteten eigenen Beiträgen zu verdanken.



1945 – 1954

Dr. Kurt Treitschke

**Direktor des Hauptamtes für Statistik und Wahlen
und ab 1951 des Statistischen Landesamtes Berlin**

... war von 1945 bis 1954 Leiter des Amtes, baute es bis zur Spaltung der Berliner Verwaltung weiter aus. Er sorgte dafür, dass das Amt unter Beibehaltung der kommunalen Aufgaben in den Statistischen Verbund der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland einbezogen wurde. Er verbesserte das Veröffentlichungsprogramm und förderte vorausschauend die maschinellen Einrichtungen des Amtes, um diesem die technischen Voraussetzungen für die Erfüllung der kommenden Aufgaben zu geben.



1954 – 1956

Prof. Dr. Friedrich Kürbs

Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin

... wurde nach einer beruflichen Laufbahn im Reichswirtschaftsministerium und im Statistischen Reichsamt zum Professor für Betriebswirtschaftslehre und Statistik an die Handelshochschule Königsberg berufen. Von den Nationalsozialisten 1933 vertrieben, musste er nach Peru emigrieren, wo er die Reorganisation und Leitung des statistischen Dienstes übernahm. Nach seiner Rückkehr Mitte der 50er Jahre zum Statistischen Landesamt Berlin wurde er 1954 zum Direktor berufen. Er setzte sich vor allem für die Ausgestaltung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Berlin-West ein und erwies sich in zahlreichen Arbeiten als profilierte Persönlichkeit.



1957 – 1969

Dipl.-Mathematiker Karl Heinz Katsch

Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin

... stieß erst nach dem Kriege zur amtlichen Statistik, zunächst im Statistischen Landesamt Württemberg-Baden, dann zum Statistischen Bundesamt. Hier galten seine besonderen Interessen den Index- und Stichprobenmethoden sowie den Sozial- und den Baustatistiken. Als Leiter des Statistischen Landesamtes Berlin setzte er sich mit den speziellen Problemen der geteilten Stadt auseinander, verfasste Beiträge zur Stadtsoziologie und Städtestatistik und vermittelte in seiner 1966 erschienenen Veröffentlichung „Berlin – Struktur und Entwicklung“ ein umfassendes Bild seiner Heimatstadt.



1969 – 1980

Prof. Dr. Günter Hanisch

Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin

... war zunächst im Statistischen Bundesamt für die Abteilung „Handel und Verkehr“ sowie für die Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verantwortlich. Er hat am Aufbau der Input-Output-Rechnung mitgewirkt. Unter seiner Leitung wurde im Statistischen Landesamt Berlin mit dem Aufbau der Struktur- und Planungsdatenbank begonnen. Als Landeswahlleiter hatte er die Verantwortung für die Durchführung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin.



1980 – 2000

Prof. Günter Appel

Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin

... trat bereits 1967 nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in den Dienst des Statistischen Landesamtes und wirkte zunächst in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Er leitete die Entwicklung der Statistischen Datenbank und den Aufbau der Struktur- und Planungsdatenbank. Ferner sorgte er für die Modernisierung der IT-Technik und steuerte das Amt durch die schwierige Zeit der Volkszählung 1987. Als Landeswahlleiter verantwortete er u.a. die Durchführung der ersten Gesamtberliner Wahlen 1990. Unter seiner Leitung wurde das Amt durch die Übernahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Ost-Berlin vergrößert und die Statistik Berlins ab 1990 wieder im ganzen Stadtgebiet durchgeführt. Zugleich wirkte er als Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin.



2000 – 2003

Prof. Dr. Eckart Elsner

Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin

... studierte Maschinenbau sowie Luftfahrzeug- und Flugkörperbau und war wissenschaftlicher Assistent am Institut für Raumfahrttechnik an der Technischen Universität Berlin. 1970 promovierte er über Marstransporte und wurde 1971 Lehrbeauftragter für Systemtechnik und Raumfahrtplanung. Seine Tätigkeit im Statistischen Landesamt Berlin begann er 1975 als Referatsleiter. 1977 erhielt er einen Lehrauftrag „Statistik“ an der Technischen Universität Berlin. 1980 wurde er zunächst Abteilungsleiter im Statistischen Landesamt Berlin, 1981 dann stellvertretender Amtsleiter. Im Jahre 1983 wurde er zum Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin ernannt.



2003 – 2006

Seit 2007

Prof. Dr. Ulrike Rockmann

Direktorin des Statistischen Landesamtes Berlin

und ab 2007

Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

... studierte Mathematik und Sportwissenschaft an der Freien Universität Berlin sowie Informatik an der Technischen Fachhochschule Berlin. Sie promovierte 1985 und habilitierte sich 1991 an der Freien Universität Berlin. Nach einigen Berufsjahren in der Wirtschaft und an der Universität Oldenburg kehrte sie 2001 nach Berlin zurück und wurde 2003 Direktorin des Statistischen Landesamtes Berlin. Sie fusionierte die Berliner und Brandenburger Statistikeinrichtungen und übernahm die Leitung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Streiflichter und Persönlichkeiten zur Geschichte der Statistik in Berlin vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts

berliner statistik **150**
jahre

Vom Zeitpunkt der Gründung des Statistischen Bureaus (1862) aus werden rückblickend bis zum Ende des 17. Jahrhunderts die Entwicklung der amtlichen Statistik und die ihrer wichtigsten Protagonisten dargestellt, aber auch ein Vorausblick wird bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts gewagt.

Diese janusköpfige Darstellung offenbart uns erstaunliche Kontinuitäten, aber auch einschneidende Veränderungen, die durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen diktiert werden. Es waren außergewöhnliche Charakterköpfe und hervorragende Statistiker in ihrer Zeit, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts die amtliche Statistik Berlins nachhaltig beeinflusst haben. Neumann, Schwabe, Böckh und andere legten das Fundament für nachfolgende Generationen in der amtlichen Statistik.

Wurzeln der Statistik

Statistik war in der Vergangenheit und ist in der Gegenwart ein wichtiges Informationsmittel eines Verwaltungsstaates bzw. einer Kommune. Information und Regulierung bilden dabei eine enge Beziehung. Das Sammeln von statistischen Informationen verlangte eine Organisation und als Voraussetzung dafür müssen wissenschaftliche Grundlagen gelegt werden. Historisch sind vier Wurzeln für den sich herausbildenden Prozess der Informationsgewinnung und die methodischen Ansätze im nachmittelalterlichen Deutschland zu erkennen:

1. Die beschreibende Staatenkunde bzw. Statistik (Conring, Schmeitzel, Achenvall, Schlözer u.a.), die im 17. Jahrhundert und im 18. Jahrhundert an deutschen Universitäten („Universitätsstatistik“) entstand und weit bis in das 19. Jahrhundert hineinwirkte. In dieser ausgeprägten Form war das eine spezifisch deutsche Entwicklung.
2. Die „Politische Arithmetik“, die Vertreter arbeiteten quantifizierend, indem sie soziale und demografische Daten sammelten und analysierten. Die „Politische Arithmetik“ hatte in England (Petty, Graunt, Halley u.a.) ihren Ursprung und fand im Laufe des 18. Jahrhunderts auch in Kontinentaleuropa ihre Vertreter.
3. Die methodischen Ansätze der Vertreter der mathematischen Statistik und Wahrscheinlichkeitstheorie von Pascal, Moivre, Bernoulli, Bayes bis Gauß fanden bis Mitte des 19. Jahrhunderts kaum Eingang in die Amtsstuben der statistischen Büros.
4. Der Verwaltungsstaat bzw. die städtischen Kommunen waren bei bestimmten Anlässen und Ereignissen wie Krieg, Pest, Cholera, Hungersnöten u.a.

gezwungen, sich einen Überblick über Ressourcen und Bevölkerung in Form von statistischen Tabellen zu verschaffen. Diese prozess erzeugten Daten dienten als Grundlage der Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik des absolutistischen Staates.

Aus der Beziehung zwischen Herrscher und Untertanen und zum Schutze des eigenen Landes gegenüber dem Auslande waren im 18. Jahrhundert die gesammelten statistischen Informationen häufig streng geheim. Nur die „Cabinet-Minister“ und der preußische König besaßen freien Zugang zu den Verwaltungsdaten, sodass später der Begriff „Cabinetstatistik“ entstand. Arkanum und Öffentlichkeit waren in der Geschichte der Statistik ein entscheidendes Begriffspaar. Bis zum heutigen Tag spielen in den wissenschaftlichen Diskursen Verheimlichung von Daten und Transparenz eine Rolle.

Die Stein-Hardenbergschen Reformen, insbesondere die Städtereform, lösten in Preußen am Anfang des 19. Jahrhunderts zwar eine industrielle Revolution aus, jedoch wurde kein moderner demokratischer Verfassungsstaat geschaffen. Die gescheiterte 1848-Revolution verzögerte die politische Entwicklung zu einem demokratischen Staat. Im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts stand der partiell-mündige Bürger noch in beträchtlicher Abhängigkeit zur Obrigkeit. Unter diesen Voraussetzungen und in diesem Rahmen agierten die Verwaltungsbeamten, die gewählten Vertreter, die Statistiker in den statistischen Büros. Elisabeth Noelle-Neumann (1916–2010), die Gründerin des Allensbacher Institutes für Demoskopie, traf die Aussage: „Statistik ist das Informationsmittel der Mündigen“ [1]. Wäre dieser Leitgedanke im 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts formuliert worden, hätte er eine höchst politisch-programmatische Brisanz besessen.

„Menschen achte ich vor dem größten Reichthum!“ [2]

Nach dem verheerenden 30-jährigen Krieg (1618–1648) mit seinen extrem hohen Bevölkerungsverlusten wurde eine fast beispielelose „Peuplierungspolitik“ seitens der Herrscher des brandenburgisch-preußischen Staates betrieben. Berlin hatte im Jahre 1619 ca. 12 000 und im Jahre 1661 nur noch ca. 7 000 zivile Einwohner [3]. Der **Große Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620–1688)** begann mit der Ansiedlung von Juden, Waldensern und Hugenotten, später kamen noch Böhmen, Holländer, Schweizer, Salzburger und Einwanderer aus anderen deutschen Staaten hinzu. Um einen Überblick zu bekommen, mussten Daten

Abb. 2 Monatliche Todesursachentabelle nach Gohl für Berlin von 1724

| | Januar | Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Summa |
|-------------------------------------|--------|---------|------|-------|-----|------|------|--------|-----------|---------|----------|----------|-------|
| 2. Feminae scorfim defunctae | | | | | | | | | | | | | |
| Passione hysterica | 1 | 1 | — | — | — | — | — | — | 1 | — | — | — | 3 |
| In puerperio | 2 | 2 | 4 | 1 | — | 5 | 3 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 22 |
| Difficili partu | — | 1 | — | — | 1 | — | — | — | 2 | — | — | — | 5 |
| 3. Infantes scorfim | | | | | | | | | | | | | |
| Fetus mortui, no. | 3 | 4 | 4 | 1 | 1 | 5 | 3 | 1 | 4 | 1 | 2 | 1 | 30 |
| Ex debilitate à partu | 9 | 8 | 9 | 7 | 9 | 12 | 8 | 7 | 5 | 9 | 3 | 11 | 97 |
| Achoribus & Crusta lactea | — | 1 | 1 | 1 | 1 | — | — | — | 1 | — | — | — | 5 |
| Difficili dentitione | 10 | 10 | 15 | 5 | 3 | 17 | 15 | 16 | 23 | 9 | 11 | 10 | 144 |
| Epilepsia & Convulsionibus | 44 | 67 | 68 | 47 | 27 | 84 | 65 | 68 | 85 | 60 | 36 | 34 | 685 |
| Rachitide | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | — | — | 1 |
| Atrophia | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 2 | — | — | 2 |
| 4. Morbis externis. | | | | | | | | | | | | | |
| Erisipelate gangrenascente | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Febre vulneraria | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | — | — | 1 |
| Vulnere | — | — | — | 1 | 1 | — | — | 1 | 1 | 2 | — | — | 6 |
| Abfcessibus externis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Sphacelo | — | 2 | — | 1 | 1 | 2 | — | 2 | — | — | — | — | 9 |
| Hernia | — | — | — | — | — | — | 2 | — | — | — | — | — | 2 |
| Fractura pedis | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| — Costarum | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 | — | — | 1 |
| Ulcere serpente | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Cancri | — | 1 | — | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | 2 |
| Subluxatione. Verbrechen. | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| 5. Casa fortuita. | | | | | | | | | | | | | |
| In fluentem lapsi, no. | — | — | 1 | — | 1 | — | — | — | 1 | — | — | — | 3 |
| — se precipitans | — | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | 2 | — | 3 |
| Ex casu ab alto | — | — | 1 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Curtu conquassatus | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Lapsu | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| Ludifodina oppressus | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 1 |
| addo | | | | | | | | | | | | | |
| No. 1. Morbis promiscue | 101 | 102 | 160 | 124 | 87 | 173 | 87 | 98 | 94 | 93 | 117 | 94 | 1357 |
| 2. Morbis Foeminarum | — | — | 4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 30 |
| 3. Infantum | 61 | 81 | 93 | 60 | 40 | 115 | 88 | 92 | 111 | 78 | 53 | 59 | 945 |
| 4. Externis | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 32 |
| Summa Summarum | | | | | | | | | | | | | |
| | 169 | 199 | 258 | 192 | 134 | 258 | 164 | 197 | 220 | 174 | 197 | 155 | 2375 |

Es sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass Friedrich Wilhelm I. für die administrative Leitung des Staates wichtige Voraussetzungen schuf. Er sorgte für die Ausbildung von fähigen Verwaltungsbeamten, indem er 1727 an der Viadrina in Frankfurt/O. und an der Universität in Halle/Saale Lehrstühle für Kameralia einrichten ließ. Die Verbesserung der Volksgesundheit, insbesondere die seiner Soldaten, geschah im Rahmen des bonum commune des Staates. Das veranlasste den preußischen König im Jahre 1725 zur Neuorganisation des Collegium medicum (gegründet 1685) und zur Gründung des Collegium sanitatis im Jahre 1719. Die Pfarrer und Küster wurden angewiesen, in den Sterberegistern auch die Todesursachen aufzuführen. In Berlin erfolgte dies ab etwa 1720 [12]. Die Todesursachenstatistik stand nun an dritter Stelle in der statistischen Erhebung. Der Berliner Arzt Johannes Daniel Gohl (1665–1731), Herausgeber der Zeitschrift „Acta medicorum Berolinensium“, veröffentlichte für Berlin als Erster brauchbare medizinisch-statistische Tabellen von 1721 bis 1724, in der die Todesfälle mit Angaben der Todesursachen verzeichnet waren (Abbildung 2).

Im Jahre 1754 erschien vom Hofarzt **Johann George Lesser (1707–1778)** eine Todesursachentabelle, mit saisonbedingten Sterblichkeitsursachen. Der Begründer der Bevölkerungsstatistik in Deutschland, Pfarrer, Probst, Konsistorialrat und Akademiemitglied **Johann Peter Süßmilch (1707–1767)**, hat in seinem Hauptwerk: „Die Göttliche Ordnung (...)“ ein detailliertes Erfassungsmuster der Todesursachen vorgeschlagen [13]. Der Leibarzt des preußischen Königs Friedrich II. **Johann Carl Wilhelm Möhsen (1722–1795)** verfasste zum Ende des 18. Jahrhunderts erstmalig eine Statistik mit der zusätzlichen Angabe von Suiziden [14]. 1796 erschien von dem Berliner Arzt **Ludwig Formey (1766–1823)** eine medizinische Topographie von Berlin, in der neben vielen statistischen Angaben und Analysen auch eine Todesursachenanalyse enthalten ist [15]. Der Berliner Professor **Johann Ludwig Casper (1796–1864)** war einer der Ersten, der 1825 sozialhygienisch-statistische Untersuchungen durchführte und eine schichtenspezifische Sterblichkeitsanalyse mit statistischen Mitteln beschrieb [16]. An dieser Stelle sei ebenfalls die medizinische Topographie von **Herrmann Wollheim (1817–1855)** aus dem Jahre 1844 erwähnt, da sie bis zur Zeit Virchows großen Einfluss ausübte [17]. Auch der Regierungs- und Medizinalrat Eduard Müller hat im „Bericht des Statistischen Amtes im Königlichen Polizeipräsidium zu Berlin“ für das Jahr 1854 auf Daten der genannten Topographie zurückgegriffen.

Mit **Rudolf Virchow (1821–1902)** und **Richard Böckh (1824–1907)** brach eine neue Ära in der Mortalitätsursachenstatistik an (Abbildung 3). Insgesamt kann man in der Zeit von Gohl bis Virchow mindestens sechs Veränderungen in der Erfassungsmethodik zur Todesursachenstatistik registrieren. Im Jahre 1842 reichte der bei dem Berliner Einwohnermeldeamt angestellte Sekretär Dr. F. Schneider dem Ministerium der Geistlichen Angelegenheiten zum ersten Mal eine Tabelle ein, in welcher der Einfluss der Witterung auf die einzelnen Todesursachen dargestellt war. Schneider hatte seit 1834 meteorologische Messungen in Berlin vorgenommen. Diese Zusammenstellung ist höchst wahrscheinlich auf Anraten von **Alexander von Humboldt (1769–1859)** erfolgt, der gemeinsam mit dem Arzt **Johann Schönlein (1793–1859)** für eine medizinische-meteorologische Statistik plädierte. Hierin spielte Berlin in Preußen eine Vorreiterrolle, besonders wenn man bedenkt, dass seit 1706 an der preußischen Akademie meteorologische Messungen durchgeführt wurden.

Abb. 3 Ausschnitt des Todesursachenschemas nach Virchow nach Virchow mit Bemerkungen von Böckh um 1885

Von Friedrich II. bis zum Ende des Alten Preußen

Hinsichtlich der Volkszählung sollten mit dem Regierungsantritt von Friedrich II. im Jahre 1740 entscheidende Veränderungen eintreten. Der preußische König sorgte dafür, dass die Zentralgewalt gestärkt und in Berlin die Selbstverwaltung, insbesondere nach dem „Rathäufigen Reglement“ von 1747, stark eingeschränkt wurde. Mit der Berufung von Carl David Kircheisen (1704–1771) zum Polizeipräsidenten (1742), der direkt dem König unterstellt war, wurde ausschließlich die Polizeibehörde mit einer jährlichen Zählung betraut. Die Polizei hatte man nach Pariser Muster neu organisiert. Kircheisen teilte Berlin anfangs in 18 Kommissarbereiche, mit der Erweiterung der Stadt erhöhte sich später deren Anzahl. Jeder Polizeikommissar war in seinem Bereich für die Zählung der Zivilpersonen, Häuser und der Textilfabrikanten verantwortlich. Der „Generalextract“ dieser Zählung, die sogenannte städtische „Historische Tabelle“, musste „immediate“ und schnellstens vom Polizeipräsidenten dem König übergeben werden (Abbildung 4).

Der König war an dieser Zusammenstellung sehr interessiert und hoffte, dass Berlin bald 100 000 Einwohner besitzen würde, was wahrscheinlich 1754 eintrat. Berlin sollte hinter Wien die größte Stadt im Reich werden (Abbildung 5). Die Zählung der Militärangehörigen der Berliner Garnison erfolgte im 18. Jahrhundert bis zur Volkszählung von 1867 durch das Militärgouvernement und unterlag strengster Geheimhaltung. Selbst der Geheime expedierende Sekretär im Generaldirektorium Friedrich August Wilhelm Bratring (1772–1829) musste eine Sondergenehmigung erwirken, um in die Tabellen mit den Zählungen der Garnisonsangehörigen einzusehen. Nur so war es möglich, die Gesamtwohnbekölkerung von Berlin zu bestimmen. Es wohnten



Abb. 4 Anweisung zur Ausfüllung der Daten beim Zensus Berlin 1804



Abb. 5 Generalextract der Einwohner- und Berufszählung 1789 von Berlin

General-Extract
der Einwohner- und Berufszählung 1789 von Berlin

| Unter welchen Art | | Wohnort (Stadt) | | Wohnort (Land) | | Wohnort (Dorf) | | Wohnort (Wald) | | Wohnort (Wasser) | | Wohnort (Sonstige) | | Wohnort (Gesamt) | |
|-------------------|------|-----------------|------|----------------|----------|----------------|-----|----------------|-----|------------------|-----|--------------------|-----|------------------|-----|
| Stadt | Land | Dorf | Wald | Wasser | Sonstige | Gesamt | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... |
| ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... | ... |
| Summe | | | | | | | | | | | | | | | |

im Jahre 1783 laut Zählung die beträchtliche Anzahl von 33 088 Militärangehörigen (exklusive der Beurlaubten) und 111 136 Zivilpersonen in Berlin [18], (Abbildung 6).

Die wöchentlichen Meldungen der Getauften, der Trauungen und Verstorbenen wurden im 18. Jahrhundert beim Berliner Magistrat gesammelt und ausgewertet [19]. Ab 1848 erfolgte dies teilweise bei den Berliner Gerichten und nach 1874 registrierte man die Daten der Bevölkerungsbewegungen bei den Standesämtern.

Wie wichtig am Ende des 18. Jahrhunderts die Entwicklung der Bevölkerung eingeschätzt wurde, lässt sich daraus erkennen, dass Friedrich Wilhelm II. noch als Kronprinz eine umfangreiche Vorlesung in Bevölkerungsstatistik und Bevölkerungspolitik von seinem späteren Minister **Johann Christoph Wöllner** (1729–1801) erhielt [20]. Nach der Jahrhundertwende wurden Stimmen laut, dass in der Stadt Berlin zwischen infrastruktureller Entwicklung und Bevölkerungswachstum eine Diskrepanz bestand. Der Stadtrat Lieder beklagte einen Mangel an zuverlässigen Informationen, da er Anzeichen einer Überbevölkerung in Berlin festzustellen glaubte [21].

Der Zensus 1810 in Berlin sollte mit Unterstützung des Berliner Magistrats durchgeführt werden, scheiterte jedoch am Kräftermangel. Schließlich übernahmen die Polizeikommissare des Polizeipräsidiums die Volkszählung. Offensichtlich waren bei der Durchführung zahlreiche Mängel entstanden. Bratring kritisierte bei der Durchsicht der Familientabelle: „Es ist kaum fast glaublich, daß die Revierkommissarien oder ihre Sergeanten

Abb. 6 Seelenliste der Garnison in Berlin 1783

Seelen-Liste
wie stark die Berlinische Garnison (am 22. Decbr. 1783) ist an Ober-Officers, Unter-Officers, Spiel-Leuten und Gemeinen, deren Frauen und Kinder.
 (Königl. Hausarchiv in Charlottenburg. Mss. Nr. 227.)

| Truppengattungen | Das Regiment ist stark an | | | | Das Regiment ist stark an | | | | Summe aller Köpfe. | | | | | |
|---|---------------------------|----------------|-------------|--------------|---------------------------|---|------------|------------|--------------------|--------------|-------------|-------------|--------------|--------------|
| | Ober-Officers | Unter-Officers | Spiel-Leute | Gemeine | an Officers: | an Unter-Staff, Unter-Officers, Spiel-Leute, Gemeine: | Frauen | Söhne | | | | | | |
| A. incl. derer Beurlaubten | | | | | | | | | | | | | | |
| Gen. Lieut. Herzog Friedrich von Braunschweig | 50 | 118 | 49 | 1978 | 16 | 12 | 14 | 3 | 17 | 950 | 630 | 662 | 1292 | 4491 |
| Gen. Lieut. von Müllendorff | 51 | 118 | 42 | 1978 | 26 | 4 | 7 | 1 | 8 | 1025 | 702 | 721 | 1423 | 4675 |
| General Major von Braun | 50 | 118 | 42 | 1978 | 26 | 4 | 1 | 1 | 2 | 1181 | 888 | 859 | 1747 | 5148 |
| General Major von Woldeck | 50 | 118 | 42 | 1978 | 26 | 9 | 12 | 7 | 19 | 2141 | 741 | 794 | 1535 | 4918 |
| General Major von Bornstedt | 51 | 118 | 42 | 1978 | 26 | 6 | 6 | 6 | 12 | 1105 | 735 | 786 | 1521 | 4859 |
| General Major von Thynn | 52 | 118 | 48 | 1978 | 20 | 5 | 7 | 8 | 15 | 1012 | 706 | 676 | 1382 | 4630 |
| General Major von Pfuhl | 51 | 118 | 42 | 1978 | 26 | 5 | 3 | 7 | 10 | 988 | 715 | 661 | 1376 | 4594 |
| Garde du Corps | 7 | 16 | 2 | 174 | 4 | 7 | 2 | — | — | 72 | 42 | 35 | 77 | 352 |
| Gens d'armes | 40 | 70 | 12 | 720 | 25 | 1 | 2 | 1 | 3 | 383 | 277 | 272 | 549 | 1803 |
| General von Ziethen i. Bataill. Husaren | 25 | 55 | 5 | 660 | 12 | 3 | 3 | 2 | 5 | 393 | 261 | 214 | 475 | 1633 |
| Fuß-Artillerie-Corps | 214 | 581 | 66 | 7842 | 59 | 41 | 30 | 42 | 72 | 4186 | 3046 | 3205 | 6251 | 20312 |
| Cadets | 8 | 26 | 6 | 227 | 4 | 2 | 3 | 2 | 5 | 19 | 16 | 12 | 28 | 325 |
| Ecole Militaire | 11 | — | — | 21 | 3 | 8 | 12 | 5 | 17 | 3 | 2 | 6 | 8 | 71 |
| Pontoniers | 2 | 3 | — | 24 | — | 2 | 2 | 1 | 3 | 18 | 16 | 12 | 28 | 80 |
| Berl. Land Regiment | 32 | 84 | 21 | — | — | 19 | 14 | 8 | 22 | 73 | 57 | 33 | 90 | 341 |
| Invaliden | 14 | 38 | 6 | 579 | 9 | 10 | 5 | 11 | 16 | 145 | 48 | 54 | 102 | 919 |
| Gouvernement | 2 | — | — | — | 2 | — | — | — | — | 2 | 3 | 1 | 4 | 10 |
| Summe | 710 | 2699 | 425 | 24093 | 284 | 131 | 121 | 105 | 226 | 12705 | 8885 | 9003 | 17888 | 59161 |
| B. excl. derer Beurlaubten | | | | | | | | | | | | | | |
| Gen. Lieut. Herzog Friedrich von Braunschweig | 50 | 118 | 49 | 1124 | 16 | 12 | 14 | 3 | 17 | 443 | 318 | 291 | 609 | 2438 |
| Gen. Lieut. von Müllendorff | 51 | 118 | 42 | 1292 | 26 | 4 | 7 | 1 | 8 | 539 | 325 | 341 | 666 | 2746 |
| General Major von Braun | 50 | 118 | 42 | 1124 | 26 | 4 | 1 | 1 | 2 | 609 | 439 | 437 | 86 | 2841 |
| General Major von Woldeck | 50 | 118 | 42 | 1124 | 26 | 9 | 12 | 7 | 19 | 511 | 317 | 358 | 675 | 2574 |
| General Major von Bornstedt | 51 | 118 | 42 | 1124 | 26 | 6 | 6 | 6 | 12 | 556 | 339 | 383 | 722 | 2657 |
| General Major von Thynn | 52 | 118 | 48 | 1124 | 20 | 5 | 7 | 8 | 15 | 542 | 358 | 333 | 691 | 2615 |
| General Major von Pfuhl | 51 | 118 | 42 | 1274 | 26 | 5 | 3 | 7 | 10 | 516 | 386 | 384 | 770 | 2842 |
| Garde du Corps | 7 | 16 | 2 | 162 | 4 | 7 | 2 | — | — | 72 | 42 | 35 | 77 | 340 |
| Gens d'armes | 40 | 70 | 12 | 460 | 25 | 1 | 2 | 1 | 3 | 220 | 154 | 144 | 298 | 1129 |
| General von Ziethen i. Bataill. Husaren | 25 | 55 | 5 | 400 | 12 | 3 | 3 | 2 | 5 | 219 | 167 | 119 | 286 | 1010 |
| Fuß-Artillerie-Corps | 214 | 581 | 66 | 4062 | 59 | 41 | 30 | 42 | 72 | 4678 | 3563 | 221 | 2377 | 10150 |
| Cadets | 8 | 26 | 6 | 227 | 4 | 2 | 3 | 2 | 5 | 19 | 16 | 12 | 28 | 325 |
| Ecole Militaire | 11 | — | — | 21 | 3 | 8 | 12 | 5 | 17 | 3 | 2 | 6 | 8 | 71 |
| Pontoniers | 2 | 3 | — | 24 | — | 2 | 2 | 1 | 3 | 18 | 16 | 12 | 28 | 80 |
| Berl. Land Regiment | 32 | 84 | 21 | — | — | 19 | 14 | 8 | 22 | 73 | 57 | 33 | 90 | 341 |
| Invaliden | 14 | 38 | 6 | 579 | 9 | 10 | 5 | 11 | 16 | 145 | 48 | 54 | 102 | 919 |
| Gouvernement | 2 | — | — | — | 2 | — | — | — | — | 2 | 3 | 1 | 4 | 10 |
| Summe | 710 | 2699 | 425 | 14121 | 284 | 131 | 121 | 105 | 226 | 6195 | 4133 | 4164 | 8297 | 33088 |

die Aufnahme der Einwohner aller Reviere selbst besorgt haben, denn die Namen selbst bedeutender oder allgemein bekannter Personen sind oft so entstellt und verstümmelt, daß die Auffindung eines Individuums oft unmöglich seyn muß.“ Es folgten dann viele fehlerhafte Namensbeispiele. Fehlerhaftigkeit trat auch nach Auffassung von Bratring bei den Berufsangaben auf. Die harsche Kritik endet in der Feststellung: „Jeder Polizeikommissarius oder wer auch die Listen anfertigen mag, hat hier seine eigene Ansicht und mancher vielleicht nicht einmal einen richtigen Begriff von dem eigentlichen Zweck einer Aufnahme, daher die große Verschiedenheit in der Form und Brauchbarkeit der einzelnen Meldungszeitel, wenn gleich ihnen ein gedrucktes Schema zur Norm dient.“ [22]

Nachsichtig sollte man bedenken, dass bei den preußischen Untertanen häufig noch Schwächen in der Rechtschreibung bestanden, ein Zensus gleichzeitig steuerlichen Zwecken diene und die Zählung von 1810 in die Napoleonische Besatzungszeit fiel. In allen Ständen herrschte eine große „Unwillfährigkeit und Misstrauen.“ Bei der Zählung von 1810 wurde als Novum die Religionszugehörigkeit als Erfassungsmerkmal eingeführt. Abgesehen von kleinen inhaltlichen Veränderungen, hat bis 1861 das Polizeipräsidium die Volkszählungen in Berlin nach bisherigem Muster durchgeführt.

Abb. 7 Ausschnitt der täglichen Marktpreise des Getreides Dezember 1801

Tägliche Marktpreise des Getreides in Berlin, zu Lande und zu Wasser, vom Monat Decr. 1801

| Datum | Getreide Sorten | Zu Lande | | | | Zu Wasser | | | |
|----------------------|-----------------|----------|------|------|-------|-----------|------|------|--------|
| | | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Montag den 7 | Weizen | 2 20 | 2 15 | 2 19 | 8 | 2 08 | | | 8 1/2 |
| | Roggen | 1 20 | | | 2 1/2 | 1 21 | | 1 08 | 10 1/2 |
| | große Gerste | 1 10 | | | 2 | 1 23 | | | 17 |
| | kleine Gerste | 1 12 | 1 8 | 6 | 3 | 1 5 | | | 23 9 |
| | Hafer | 1 8 | 6 | 1 8 | 2 | 1 14 | | | 10 1/2 |
| | Erbsen | | | | | 1 20 | | | 6 1/2 |
| | Summa | | | | 15 | | | | 42 6 |
| Dienstag den 8 | Weizen | 2 20 | 2 14 | | 32 | 2 10 | | | 2 |
| | Roggen | 1 21 | 1 19 | | 14 | 1 18 | | | 6 1/2 |
| | große Gerste | 1 17 | 1 15 | | 10 | 1 13 | | | 31 1/2 |
| | kleine Gerste | 1 13 | 1 10 | | 10 | 1 5 | | | 5 |
| | Hafer | 1 9 | 1 6 | | 11 | | | | |
| | Erbsen | | | | | | | | |
| | Summa | | | | 77 | 12 | | | 65 3 |
| Mittwoch den 9 | Weizen | 2 20 | 2 10 | | 43 | 2 14 | 2 10 | | 9 1/2 |
| | Roggen | 1 21 | 1 18 | | 31 | 1 18 | 1 17 | | 18 1/2 |
| | große Gerste | 1 17 | 1 14 | | 15 | 1 12 | | | 4 |
| | kleine Gerste | 1 14 | 1 8 | | 17 | | | | |
| | Hafer | 1 9 | 1 6 | | 10 | 1 2 | | | |
| | Erbsen | 2 6 | | | 1 | | | | |
| | Summa | | | | 120 | 12 | | | 52 3 |
| Donnerstag den 10 | Weizen | 2 20 | 2 15 | 2 10 | 28 | 2 10 | | | 2 1/2 |
| | Roggen | 1 21 | 1 14 | | 19 | 1 17 | | | 6 1/2 |
| | große Gerste | 1 18 | 1 12 | | 15 | 1 10 | | | 2 5 |
| | kleine Gerste | 1 15 | 1 10 | | 14 | | | | |
| | Hafer | 1 8 | 1 7 | | 11 | 1 4 | | | 9 1/2 |
| | Erbsen | 2 2 | | | 1 | 1 12 | | | |
| | Summa | | | | 86 | 12 | | | 45 9 |
| Freitag den 11 | Weizen | 2 20 | 2 12 | 2 8 | 41 | 2 6 | | | 2 |
| | Roggen | 1 21 | 1 18 | | 29 | 1 10 | 1 15 | | 45 3 |
| | große Gerste | 1 19 | 1 15 | 1 9 | 24 | 1 8 | | | 11 1/2 |
| | kleine Gerste | 1 16 | 1 11 | | 18 | | | | |
| | Hafer | 1 8 | 1 4 | | 10 | 1 4 | | | 2 1/2 |
| | Erbsen | | | | | | | | |
| | Summa | | | | 128 | 12 | | | 62 |
| Samstag den 12 | Weizen | 2 20 | 2 17 | 2 7 | 10 | 1 12 | | | |
| | Roggen | 1 21 | 1 20 | | 9 | | | | |
| | große Gerste | 1 18 | 1 17 | | 2 | | | | |
| | kleine Gerste | 1 13 | 1 9 | | 12 | | | | |
| | Hafer | 1 8 | 1 6 | | 7 | 1 12 | | | |
| | Erbsen | 2 12 | | | 2 | 1 12 | | | |
| | Summa | | | | 50 | | | | |

Bemerkungen zur Wirtschaftsstatistik in Berlin bis 1862

Von 1722 bis 1808 leitete das Generaldirektorium fast alle Erfassungen im wirtschaftlichen Bereich. In der ihm untergeordneten Kurmärkischen Kammer wurde eine Reihe von Wirtschaftsdaten erhoben, die auch Berlin betrafen. Diese statistischen Daten entstanden aus den Verwaltungsakten der Behörden. Es ist schon kurios, dass Minister im 18. Jahrhundert ihre Unterlagen nach Hause nehmen durften, sodass wir heute im Archiv in den Nachlässen ehemaliger Minister ganze Aktenbestände mit statistischen Unterlagen zum Berliner Wirtschaftsleben und zur Berliner Bevölkerungsstatistik finden. **Carl Otto von Voß (1755–1823)** sei beispielhaft dafür erwähnt [23].

Mit der Gründung des 5. Departements im Generaldirektorium im Jahre 1740, betroffen waren davon die Akten von Fabriken, Commerciens und Manufakturen, wurde durch den dirigierenden Minister **Samuel von Marshall (1683–1749)** die Wirtschaftsstatistik systematisiert. Die Fabrikentabellen, die auch für Berlin er-

arbeitet wurden, charakterisieren den erfolgreichen Aufbau einer Wirtschaftsstatistik im Ancien Regime. Es wurde alles registriert und kontrolliert, was gemäß der Polizeiwissenschaft empfohlen wurde, z.B. Feuerlöschwesen, Armenwesen, Bettelei, kriminelle Delikte und die täglichen Nahrungsmittel [24], (Abbildung 7). Im §29 des Polizeireglements der hiesigen königlichen Residenz Berlin vom 28. Februar 1787 heißt es: „(...) die Vorratslisten vom Brotgetreide monatlich aufzunehmen, und bey dem Generaldirectorio, imgleichen der Churmärkischen Krieges- und Domänenkammer einzureichen sind.“ 100 Jahre später hat Richard Böckh darauf zurückgegriffen und Preise von Lebensmitteln mit der Heiratsfrequenz über längere Zeiträume statistisch analysiert. Subsistenzkrisen waren für das Ancien Regime typisch. Nach der europäischen Hungerkatastrophe von 1772, die zu einem Bevölkerungsrückgang in Berlin führte, wurden verstärkt monatliche „Nachweise und Bilan-

zen von den in der Stadt eingegangenen Lebensmitteln“ einschließlich der Bevorratung erstellt [25]. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts produzierten Wirtschaftsverbände halbamtliche statistische Informationen über wirtschaftliche Vorgänge. Doch die Mehrzahl von statistischen Tabellen entstand in den verschiedenen Verwaltungsebenen. Zum Teil wurden Berliner Wirtschaftsdaten im Königlich Preußischen Statistischen Bureau, das 1805 von **Johann Leopold Krug (1770–1843)** gegründet und 1811 von **Johann Gottfried Hoffmann (1765–1847)** reorganisiert wurde, gesammelt und publiziert. Im „Jahresbericht des Statistischen Amtes im Königlichen Polizei-Präsidio zu Berlin für das Jahr 1853“ sind die gewerblichen Verhältnisse in den metallischen Fabriken und Hüttenwerken sowie die Lohnverhältnisse in den Gewerken und Innungen publiziert.

Salomon Neumann und die Volkszählungen von 1861 und 1864

Im Jahre 1861 konnte eine nachhaltige Reform der Volkszählung erfolgen. Zum ersten Mal in Berlin führten Kommunalbehörden gemeinsam mit der Polizeibehörde einen Zensus durch. Dabei fand die Zählung innerhalb festgelegter Grenzen der Stadt Berlin statt. Zu diesem Zweck wurde eine städtische Volkszählungskommission mit Gilow, Zelle, Delbrück, Salomon Neumann, Schneider und dem Polizeidirektor Saeger gebildet. Der Stadtrat Gilow und der Berichterstatter der Kommission, der Arzt **Dr. Salomon Neumann (1819–1908)**, haben sich besondere Verdienste bei der Organisation der Zählung erworben. Als Grundlage für den Zensus dienten 40 Polizeiviertel, aus diesen wurden die Zählbezirke gebildet. Für die Volkszählung im Jahre 1864, die nach dem gleichen Muster wie die von 1861 durchgeführt wurde, agierten am Zählungstag 1449 Distriktkommissare und 6090 Zählungsrevisoren in ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Haushaltsvorstände füllten in Gegenwart der Dis-

trikt-kommissare die Formulare aus, die von den Zählungsrevisoren überprüft wurden. Im Durchschnitt hatte ein Distriktkommissar 97 Haushaltungen und 451 Personen zu erfassen. Auf einen Revisor entfielen 21 Haushalte mit ca. 100 Personen, gleichzeitig wurden Gebäude, Wohnungen und Wohnverhältnisse registriert. Diese Volkszählung war ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Entwicklung einer kommunalen Sozialstatistik. Neumann schuf die erste Wohnungsstatistik Berlins. Er nutzte in der Folgezeit die Wohnungsdaten, um – wenn auch vergeblich – ein Verbot von Kellerwohnungen zu fordern. **Ernst Engel (1821–1890)**, Direktor des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, äußerte sich lobend über die Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Zählungsergebnisse und über die Vorreiterrolle, die Berlin damit übernommen hatte [26]. Und noch 50 Jahre später bezeichnete sie der Leiter des Berliner Statistischen Amtes **Heinrich Silbergleit (1858–1939)** als muster-gültig „mit allen Unterscheidungen, deren die moderne hygienische und sozialpolitische Forschung bedarf.“ [27] Auch im Ausland fand die Volkszählung von 1861 als „wahres Muster“ der Lokalstatistik Anerkennung [28]. Sanitätsrat Salomon Neumann blieb der Berliner Statistik eng verbunden, denn ab 1867 war er noch 38 Jahre lang Mitglied in einem Beratergremium für die Berliner Statistik, in der gemischten städtischen Deputation für Statistik. Er war über Jahrzehnte mit Rudolf Virchow befreundet und engagierte sich gemeinsam mit ihm für sozialmedizinische und sozialhygienische Belange in der Stadt Berlin. Als Armenarzt kannte er die Nöte der Armen und Benachteiligten. Medizin galt für ihn als eine Sozialwissenschaft. Neumann besaß einen prinzipienfesten Charakter, der ihm in seinem Leben so manchen Nachteil verschaffte. Im Jahre 1853 verweigerte ihm der Berliner Polizeipräsident **Carl Ludwig von Hinckeldey (1805–1856)** die Zulassung zur Physikatsprüfung, da er das Angebot von Hinckeldey, Mitarbeiter des Statistischen Amtes des Polizeipräsidiiums zu werden, wegen der Bedingung der Konversion vom Judentum zum Christentum ausschlug. Neumanns Ansichten hinsichtlich eines möglichen Datenmissbrauchs besitzen eine erstaunliche Aktualität, als er schrieb: „Es empfiehlt sich daher, daß in dem Volkszählungsgesetz die ausdrückliche Garantie gegen eine missbräuchliche Verwertung der individuellen Censurdaten dadurch gegeben werde, daß jede anderweitige allgemeine statistische Benutzung verpönt werde.“ [29], (Abbildung 8).

Hermann Schwabe und die Gründung des Statistischen Bureaus 1862

Im Jahre 1856, nach dem Tod des Polizeipräsidenten Hinckeldey, regte der Leiter der Berliner Armendeputation **Franz Naunyn (1799–1860)** ohne Erfolg an, ein städtisches Statistisches Bureau zu gründen. Ebenso erfolglos beantragten der Stadtrat **Hermann Dunker (1817–1860)** und der Stadtverordnete Salomon Neumann beim Magistrat, ein solches selbstständiges Statistisches Bureau zu etablieren. Erst 1862 bewilligte der Magistrat die Gründung des städtischen Statistischen Bureaus, wenn auch mit geringer finanzieller Unterstützung. Im Jahre 1865 wurde **Hermann**

Abb. 8 **Dr. Salomon Neumann (1819–1908)**



Schwabe (1830–1874) für drei Jahre als Leiter angestellt, obwohl er schon 1862 einen Plan für die Sammlung des statistischen Materials vorgestellt hatte (Abbildung 9).

Es folgt ein kurzer Abriss seiner Laufbahn. Am 4. April 1830 in Buttstädt im Großherzogtum Sachsen – Weimar geboren, erlernte er zunächst den Beruf eines Landvermessers, um danach in Jena Jura und Staatswissenschaften zu studieren. Der Auditor Schwabe trat noch unter Wilhelm Dieterici als Hilfsarbeiter in das Preußische Statistische Bureau ein. Unter Ernst Engel wurde er dort Bibliothekar und zeitweise mit administrativer Statistik betraut. Wichtige Erfahrungen sammelte Schwabe bei Auslandsreisen u. a. zum Statistischen Kongress 1860 nach London, die auch in seine Arbeit einfließen. Am 15. April 1865 trat er in den Kommundienst als Leiter des Berliner Statistischen Bureaus ein und war bis zu seinem frühen Tode 1874 dort tätig. 1867 hatte er die Herausgabe des „Berliner Stadt- und Gemeinde-Kalenders“ und ab 1874 des „Berliner Städtisches Jahrbuches für Volkswirtschaft und Statistik“ begonnen. Die Publikation bestand aus drei Teilen. Der erste Teil beinhaltete populärwissenschaftliche Abhandlungen. Es gelang ihm, dafür ausgewiesene Wissenschaftler zur Mitarbeit zu gewinnen, beispielsweise Ernst Engel oder den aus der Indextheorie bekannten Statistiker **Etienne Laspeyres (1802–1883)**, den Meteorologen **Heinrich Wilhelm Dove (1803–1879)** und den Berliner Stadtarchivar und Historiker **Ernst Fidicin (1802–1883)**, um nur einige zu nennen. Schwabe schrieb über „Berliner Kellerwohnungen“ (1871), über das „Nomadenthum in der Bevölkerung“ (1874), über die „Colonie Friedenau“ (1874) und über „die Einblicke in das innere und äußere Leben der Berliner Prostitution“ (1874). In diesen Beiträgen kritisierte er die Missstände der Berliner Wohnverhältnisse und die sozialhygienischen Zustände in der Stadt. Damals kam der Slogan auf: „Berlin ist keine Stadt mehr, Berlin ist eine Welt!“ Jedoch Berlin schickte sich an, eine Stadt mit 1 Million Einwohner und die größte Mietskasernenstadt Europas zu werden. In seinem damals vielbeachteten Beitrag „Betrachtungen über die Volksseele von Berlin“ verband Schwabe anschaulich für ein breites Publikum statistische Fragestellungen mit den zu untersuchenden Themen.

Der zweite Teil des Statistischen Jahrbuchs umfasste eine wohlgegliederte Statistik von Berlin.

Der dritte Teil des Jahrbuches, unter dem Titel „Berliner Chronik“, beinhaltete u. a. neben Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung, Bildungs- und Gesundheitsangelegenheiten, Lohnverhältnisse der Arbeiter, städtische Angelegenheiten und sogar Kurzbiografien von verdienstvollen Berliner Bürgern.

Im Gemeinde-Kalender und städtischen Jahrbuch für 1868 veröffentlichte Schwabe eine außerordentlich wichtige Abhandlung unter dem Titel: „Das Verhältniß von Miethe und Einkommen in Berlin, Beiträge zu Consumtionsstatistik“ [30]. Der letzte Satz der statistischen Untersuchung lautete: „In diesen Zahlenreihen ist der Satz: je ärmer Jemand ist, desto größeren Theil seines Einkommens muß er für Wohnung verausgaben, mathematisch dargestellt.“ Dieser Erfahrungssatz ist später als sogenanntes „Schwabe’sches Gesetz“ in Anlehnung an das „Engel’sche Gesetz“ in die Wirtschaftswissenschaft eingegangen.

Abb. 9 Prof. Dr. Hermann Schwabe (1830–1874)



Schwabe verfasste in seiner Amtszeit die Volkszählungsberichte von 1867 und 1871. Insbesondere der Zensusbericht von 1871 ist für Historiker bis zum heutigen Tage informativ und lesenswert.

Kurz nach seiner Ernennung zum Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin verstarb Schwabe – nach 10-jähriger Amtszeit am Berliner Statistischen Bureau.

Nach einjähriger interimistischer Leitung des Statistischen Bureaus unter Huppé wurde 1875 **Richard Böckh (1824–1907)**, einer der bedeutendsten Statistiker des 19. Jahrhunderts, Direktor des Berliner Statistischen Bureaus (ab 1881 Statistisches Amt zu Berlin). An dieser Stelle wollen wir uns mit der außergewöhnlichen Persönlichkeit Böckhs etwas beschäftigen.

Richard Böckh und das Berliner Statistische Amt – Wissenschaftlichkeit und Wahrheit

Am 24. März 1824 wurde Richard Böckh als Sohn des Altphilologen und Altertumsforschers **August Böckh (1785–1867)** in Berlin geboren (Abbildung 10). August Böckh lehrte an der 1810 gegründeten Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Er war Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Ehrenbürger von Berlin und Träger des Ordens Pour le Mérite für Wissenschaft und Künste. Die Familie Böckh verkehrte u. a. mit den Brüdern Humboldt und der Familie Mendelssohn. Mit dem Musiker **Felix Mendelssohn-Bartholdy (1809–1847)** fühlte sich der junge Richard Böckh freundschaftlich verbunden. Die bildungsbürgerliche Erziehung und Kontakte prägten Richard Böckh nachhaltig. In seiner Gymnasialzeit zeigte er für Geographie, Mathematik und Sprachen großes Interesse. Schon als 16-Jähriger kartografierte er die Stadt Stettin mit bewunderungswürdiger Genauigkeit. Auf Wunsch der Eltern studierte er Jura und Staatswissenschaft an der Berliner Universität, u. a. unter Dieterici. Nach dem ersten juristischen Examen trat er als Kammergerichtsauskulturator in den preußischen Staatsdienst. Im Frühjahr 1847 ging er als Regierungsreferendar zur Regierung nach Potsdam und 1849 in gleicher Eigenschaft nach Erfurt. Böckh

Abb. 10 Prof. Dr. h. c. Richard Böckh (1824–1907)



bestand im Frühjahr 1852 das Regierungsassessor-examen. Um seine Sprachkenntnisse zu verbessern, trat er eine längere Auslandsreise an. Im Herbst 1852 sehen wir ihn in dem von Dieterici geleitete Königlichen Preußischen Statistischen Bureau. Seine Tätigkeit beschrieb er folgendermaßen: „Es hatte sich (unter Hoffmann und Dieterici, d. Verf.) ein reger Verkehr mit auswärtigen Statistikern und Bureaus entwickelt, durch das auswärtige Departement gingen dem Bureau zahlreiche Bücher und Nachrichten aus der Statistik auswärtiger Staaten zu; es war die Nothwendigkeit hervorgetreten (...), daß das Material der auswärtigen Statistik geordnet, vervollständigt und für Zwecke des Bureaus nutzbar gemacht werde.“ [31]

Böckh löste diese Aufgabe mit Akribie und wissenschaftlicher Genauigkeit [32]. Von 1855 bis 1861 war er auf Wunsch von Dieterici in der Regierung in Potsdam tätig, um u. a. einen Plan der Regionalstatistik zu entwerfen. Es sollten für alle Regierungsbezirke, für die einzelnen Kreise und Kommunen statistisch-topografische Beschreibungen erarbeitet werden. Er selbst erstellte für den Regierungsbezirk Potsdam eine Ortschaftsstatistik unter Beifügung einer historisch-geographisch-statistischen Übersicht [33]. In diesem Werk ging er über die allgemein übliche elementare Behandlung hinaus und stellte Mortalitätstafeln für die Jahre 1846 bis 1857 auf, die er später in seinen Untersuchungen zu den Sterblichkeitsverhältnissen der Kurmark mit methodisch bedeutsamen Ergänzungen erweiterte. Aus dieser Zeit resultierte sein tiefes Verständnis für kommunale Statistik. Als Ernst Engel 1860 die Nachfolge von Dieterici im Preußischen Statistischen Bureau antrat, sammelte er befähigte Mitarbeiter um sich, unter ihnen befand sich von 1861 bis 1875 Böckh. Er wurde von Engel beauftragt, für den 1863 in Berlin stattfindenden Internationalen Statistischen Kongress eine Geschichte der amtlichen Statistik des preußischen Staates zu verfassen [34].

Zur selben Zeit beschäftigte sich Böckh mit einer statistischen Untersuchung, in der die Bedeutung der Volkssprache als Kennzeichen der Nationalität im Mittelpunkt stand. Insbesondere in der Veröffentlichung „Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet“ aus dem Jahre 1869 bewies er sein Multitalent in Statistik, in Sprachen, in Geographie und Geschichte. In dieser Abhandlung, die **Ernst Moritz Arndt (1769–1860)** gewidmet war, sprach er sich generell zugunsten der Anerkennung des Nationalitätsprinzips aus. Er schrieb im Vorwort: „In grundsätzlichen richtiger Auffassung muß die Anerkennung des Na-

tionalitätsprinzips im gemeinsamen Interesse aller Völker liegen. Keinem Volke ist die ihm eigenthümliche Geistgabe zum Zweck der Unterdrückung anderer verliehen und keinem kann diese Unterdrückung wahren Nutzen bringen; in deutlichen Beispielen zeigt die Geschichte früherer und neuer Zeit, wie von einem herrschenden Volke geübte Unterdrückung ihm selbst wenig fruchte, wie im Gegentheil der Unterdrückte, indem er selbst in den Geist der unterdrückten Nation hinübergeht, dort ändernd und verderbend eingreifen und sogar zum unerwünschten und tyrannischen Führer der herrschenden Nationalität werden kann.“ Für Böckh war die Sprache das entscheidende Kriterium zur Bestimmung einer Nation. Seine Auffassung wurde im 20. Jahrhundert heftig diskutiert und später auch von dem Statistiker **Wilhelm Winkler (1884–1984)** vertreten. Anschließend an diese Arbeit hat Böckh mit Heinrich Kiepert als Separatum 1870 eine historisch-geographische Karte für Elsaß/Lothringen mit dem Gebietsstand im 17./18. Jahrhundert erstellt, auf der die territorialen Veränderungen klar zu erkennen sind [35]. In der Zeit der Reichsgründung und nach dem Deutsch-Französischen-Krieg 1870/71 hat diese Arbeit eine außerordentliche politische Relevanz erfahren, insbesondere bei der Grenzziehung zwischen Frankreich und Deutschland anlässlich der Einverleibung von Elsaß und Lothringen ins Deutsche Reich.

Sein Hauptarbeitsgebiet blieb die Bevölkerungsstatistik. Die Tätigkeit im Preußischen Statistischen Bureau wurde in den Jahren 1864 und 1871 durch eine Delegierung nach Schleswig bzw. nach Straßburg im Elsaß unterbrochen, wo er nach Beendigung der Kriege die ersten Volkszählungen in den neu gewonnenen Gebieten zu leiten hatte. Im Juni 1875 wurde er zum Direktor des Berliner Statistischen Bureaus berufen. Dieses Amt übte er 28 Jahre prägend und nachhaltig aus, bis er Ende 1902 im Alter von 78 Jahren in den Ruhestand trat. Böckh erfuhr eine Reihe von Ehrungen, so verlieh ihm die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen in Würdigung seiner Verdienste für die Volkszählung 1875 und seiner nationalitätsstatistischen Arbeiten den Ehrendoktor. Im Jahre 1885 wurde er zum Geheimen Regierungsrat ernannt. Nach einem ungewöhnlich reichen Arbeitsleben verstarb er am 5. Dezember 1907 in Berlin.

Richard Böckh – der Altmeister der amtlichen Statistik

Die Leistungen von Böckh für die amtliche Statistik können an dieser Stelle nur kurz gewürdigt werden.

Der erste von ihm herausgegebene Volkszählungsbericht war der über die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875. Der Bericht ist als Standardwerk in die Geschichte der Berliner Statistik eingegangen und bestimmte Jahrzehnte hindurch maßgebend die gesamte amtliche Statistik [36]. Bestechend war, mit welcher Gründlichkeit, Gedankentiefe und ausgefeilter wissenschaftlicher Methodik er zu Werke ging. Der Einzug der wissenschaftlichen Statistik in das Statistische Amt unter Verwendung einwandfreier, anspruchsvoller, replizierbarer Methoden war ein großes Verdienst von Böckh.

Entscheidend war bei all seinen statistischen Vorhaben im Berliner Statistischen Amt nicht nur was bearbeitet, sondern wie es bearbeitet wurde. Darin begründet sich die Nachhaltigkeit seines Wirkens bis ins 20. Jahrhundert hinein. Ein Statistisches Amt sollte objektiv, unabhängig und wissenschaftlich arbeiten. Damit versuchte er, das von Leibniz geforderte „Registraturamt“ in die Tat umzusetzen. Zu einer wissenschaftlichen Institution gehört bekanntermaßen eine Bibliothek. Bei seinem Antritt ließ Böckh eine Bibliothek einrichten, deren Bestand sich noch in seiner Amtszeit beträchtlich erweiterte.

Wissenschaftliche Methoden sollten auch bei den in den Statistischen Jahrbüchern veröffentlichten Tabellen angewandt werden, denn ohne sie würden die Jahrbücher mehr dem Irrtum als der Wahrheit dienen. Statistische Grundsätze sollten in allen Zweigen menschlicher Tätigkeit systematisch angewendet werden.

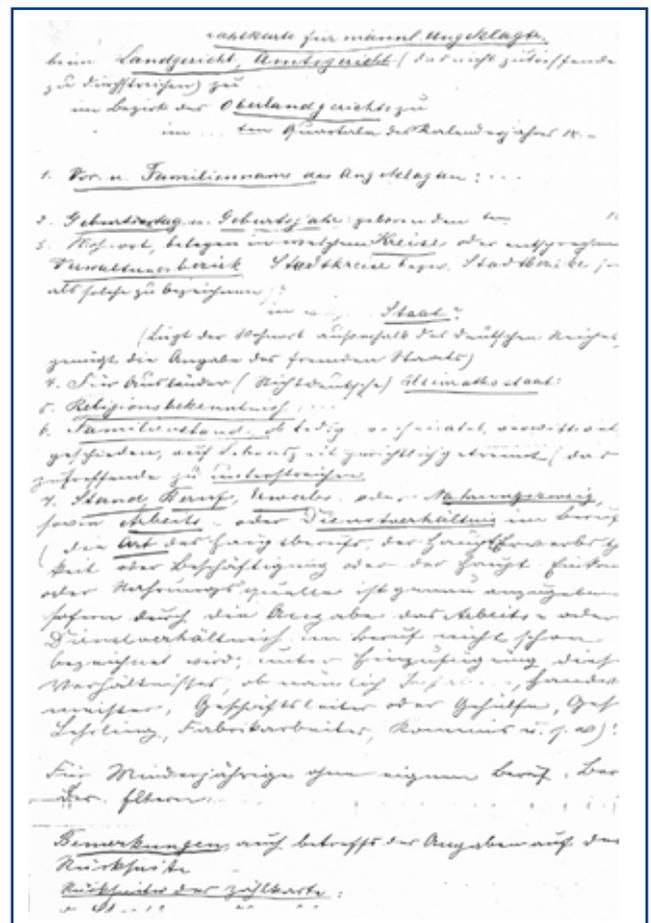
Besonders lag ihm die Unabhängigkeit und Neutralität der Statistik gegenüber der Tagespresse am Herzen. So schreibt Böckh im Vorwort des Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin für das Jahr 1878: „(...), daß die Tagespresse Partei ist, während die Statistik über den Parteien steht; soll die statistische Forschung wahrhaft nützlich sein, so muß sie in ihren Untersuchungen von aller Zeitströmung frei bleiben; sie muß derselben voraus sein, denn schon der Umstand, daß eine Frage ad hoc gestellt wird, trübt die Quellen der Statistik.“ [37] Wenn aber ein ungerechtfertigter Angriff auf den Herausgeber des Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin erfolgt, „so wächst auch dem Statistiker der Stadt Recht und Pflicht, solchen Angriff gebührend zurückzuweisen“. Die Brisanz seiner Meinung sollte sich schon im Jahrgang 1879 des Statistischen Jahrbuches im Zusammenhang mit dem von **Heinrich von Treitschke (1834–1896)** ausgelösten „Berliner Antisemitismusstreit“ darstellen. Große Teile des Berliner Bildungsbürgertums beteiligten sich an diesem Streit, der mit statistischen Argumenten unterlegt wurde. Auch Salomon Neumann und **Theodor Mommsen (1817–1903)** nahmen gegen Treitschkes antisemitistische Haltung Stellung [38]. Böckh reagierte, weil ein anonymes Verfasser behauptete, dass die von ihm im Jahrbuch veröffentlichten statistischen Daten zur Kriminalität der Juden eine „directe Fälschung der Wahrheit“ seien. Böckh widerlegte die Auffassung in seinem typischen sachlichen Stil und fühlte sich bestätigt in seinem von ihm formulierten Grundsatz: „daß die Nationalität durch die Sprache bestimmt wird und dies von der internationalen Statistik anerkannt ist“. Sein Grundsatz sei „ein Sieg wahrer Humanität und die antisemitische Intoleranz undeutsch.“ Böckh stellte an sich und die Gesellschaft hohe Ansprüche. In seiner statistischen Arbeit im Amt musste er aber auch Kompromisse eingehen. Da waren die statistische Deputation, der Magistrat, das Polizeipräsidium, die Abgeordnetenversammlung, die Einfluss nahmen und andere Berliner Verwaltungsbehörden und Vereine, von denen er statistische Informationen erhielt.

Für das Statistische Jahrbuch von Berlin war Böckh nicht nur der Herausgeber, sondern es wurden von ihm persönlich auch große Teile erarbeitet. In seinem publizistischen Wirken dominierte die Bevölke-

rungsstatistik, die, nach unseren heutigen Vorstellungen etwas überdimensioniert, an die erste Stelle im Jahrbuch rückte. Sein Hauptverdienst lag in der neuartigen Berechnung von Bewegungsmassen (Einbeziehung von Zu- und Abgängen) bei allen zählbaren menschlichen Erscheinungen. Schon 1865 lehrte er die nach ihm benannte „Böckh'sche Methode“ in der Mortalität, insbesondere bei der Aufstellung von Sterblichkeitstafeln. Diese Berechnungsmethode fand in allen Statistischen Ämtern des Deutschen Reiches Eingang. Seine Berechnungsmethode wandte er nicht nur bei der Berechnung der wahrscheinlichen Lebensdauer an, sondern auch bei Ehedauer, bei der Fertilität, bei der Ermittlung einer Kriminalitätsziffer und bei Berechnungen der Arbeitslosigkeit und der Ermittlung der Alters- und Sterblichkeitsverhältnisse der Direktoren und Oberlehrer in Preußen (Abbildung 11). So wurden die Ergebnisse einerseits in Form einer Absterbeordnung durch Tod und Invalidität und andererseits einer Eintrittsordnung zur Feststellung der durchschnittlichen Anstellungsdauer der genannten Berufsgruppe dargestellt [39].

Böckhs Rolle als Kommunikator und Multiplikator in Sachen städtischer Statistik kann man gar nicht hoch genug veranschlagen. Am 6. Oktober 1879 fand unter seinem Vorsitz die erste Tagung der Deutschen Städtestatistiker in Berlin statt. Er wurde Vorsitzender dieser Vereinigung, aus der sich der 1903 gegründete

Abb. 11 Handschriftlicher Entwurf von Böckh für eine Zählkarte: Männlicher Angeklagter um 1880



Verband Deutscher Städtestatistiker entwickelte. Mit seinem Breslauer Kollegen **Moritz Neefe (1851–1925)** versuchte er, die Zusammenarbeit der Städtestatistiker zu intensivieren. 1890 wurde das erste „Statistische Jahrbuch Deutscher Städte“ von Neefe zusammen mit einer Reihe von Städtestatistikern, u. a. Böckh, herausgegeben. Fortan leitete er die Arbeiten bei den Abschnitten über Bevölkerung im „Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte“ und gehörte der „Konferenz der Direktoren der Statistischen Bureaus deutscher Städte“ an, die sich mit der Vorbereitung der in den Städten durchzuführenden Erhebungen befasste. Auch im internationalen Rahmen vertrat Böckh die Berliner Statistik bzw. deutsche Statistik. Auf den internationalen Tagungen des Hygienisch-Demographischen-Kongresses stellte er in französischer Sprache seine neueste Forschung vor. Seit Errichtung des Internationalen Statistischen Instituts im Jahre 1885 war er dessen Mitglied. Mit dem Amtsleiter des Statistischen Büros in Budapest **Joseph Körösi von Szanto (1844–1906)** unterhielt er eine rege wissenschaftliche Korrespondenz und nahezu freundschaftliche Beziehungen.

Er entfaltete eine rege Vortragstätigkeit, beispielsweise sprach er vor Mitgliedern des 1859 von Lette neugegründeten Berliner Handwerkervereins zu sozialstatistischen Themen. Er gehörte als Ausschussmitglied dem „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Preußen“ an. Böckh wurde auch zum Stadtverordneten gewählt, gehörte mehrere Jahre der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung an und war Mitglied der Schuldeputation von Charlottenburg.

Böckh als Lehrer der statistischen Wissenschaft

Bei seinen überragenden Fähigkeiten war Böckh nahezu prädestiniert, sein Wissen und die langjährigen Erfahrungen an andere weiterzugeben. Seine Lehrtätigkeit als Dozent übte er von 1862 bis 1881 gemeinsam mit Engel im Statistischen Seminar des Preußischen Bureaus aus. Schwerpunkt seiner Seminare waren die Bevölkerungszählungen, ihre Auswertung und andere bevölkerungstatistische Fragestellungen. Zusätzlich leitete er die Beteiligung der Seminarteilnehmer bei den laufenden Arbeiten des Statistischen Bureaus. Als Engel 1880 nach einer politischen Kontroverse mit **Otto von Bismarck (1815–1898)** aus dem Preußischen Statistischen Bureau ausschied, war die Fortführung des Seminars gefährdet. Seit seiner Berufung zum a. o. Professor an der Berliner Universität (1881) hielt er Übungen und Vorlesungen über Theorie und Praxis der Statistik ab. Richard Böckh, der Finanzökonom **Adolph Wagner (1835–1917)**, der Nationalökonom **Gustav von Schmoller (1838–1907)** und der Statistiker **Adolph Meitzen (1822–1910)** stellten gemeinsam 1882 einen Antrag zur Gründung des staatswissenschaftlich-statistischen Seminars an der Universität, das 1886 seine Arbeit aufnahm. Böckh war in der Gründungsphase der Initiator und wurde einer der Direktoren dieses Seminars, das Weltgeltung erlangte, denn fast die Hälfte der Studenten kam aus dem Ausland. 1895 wurde Böckh zum Ordentlichen Honorarprofessor ernannt. Im Sommersemester las er über „Allgemeine theoretische Sta-

tistik“ und im Wintersemester über „Angewandte Statistik“. Die „Allgemeine theoretische Statistik“ behandelte Begriff, Objekt, Aufgabe und Methoden der Statistik. In seinen Vorlesungen zur „Angewandten Statistik“ beschäftigte er sich mit der Geschichte der Statistik, den Quellen der Bevölkerungsstatistik, Darstellung aller messbaren Erscheinungen in der Gesellschaft, Stand und Bewegung der Bevölkerung, aber auch mit Bildung, Arbeitslosigkeit, Berufsstruktur, Säuglingssterblichkeit und Säuglingsernährung. Besonderes Augenmerk legte er auf die Sterblichkeitstafeln und ihre Bedeutung im Versicherungswesen, auf Fertilitätsentwicklungen und Migration, auf Geburten, Heiraten und Scheidungen. Überdies las er über Nationalitätsstatistik. Noch eine Woche vor seinem Tode hat er in seiner Wohnung private Seminare abgehalten. Eine ganze Generation von Statistikern wurde von ihm in Berlin ausgebildet. Und häufig haben sie in Statistischen Ämtern oder in der Wissenschaft die methodischen Ansätze von Böckh propagiert bzw. weiterentwickelt. Einer seiner Schüler war **Robert René Kuczynski (1876–1947)**, der auch den wissenschaftlichen Nachlass von Böckh erwarb [40]. Kuczynski, später Amtsleiter des Statistischen Amtes in Schöneberg, erweiterte die methodischen Ansätze von Böckh in der Fertilitätsforschung. **Ferdinand Tönnies (1855–1936)** zählte ebenfalls zu seinen Schülern, er gründete die soziologische Gesellschaft und war 1911 Mitbegründer der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Das Erbe Böckhs in der Leitung des Berliner Statistischen Amtes trat **Ernst Hirschberg (1859–1906)** von 1903 bis 1906 an. Er war in Böckhs Amtszeit von 1884 bis 1897 statistischer Hilfsarbeiter und später Directorialassistent in diesem Amt. Von 1897 bis 1903 leitete Hirschberg das neugegründete Statistische Amt der Stadt Charlottenburg. Sein Nachfolger im Berliner Amt wurde Heinrich Silbergleit, der zuvor von 1887 bis 1890 als dritter wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Berliner Statistischen Amt tätig war. Beide können gewissermaßen als Schüler von Böckh angesehen werden. Silbergleit würdigte Richard Böckh in einem Nachruf euphemistisch als den „Darwin der Bevölkerungsstatistik“. Er verlagerte in seiner Amtszeit von 1906 bis 1923 die Akzente von der Bevölkerungsstatistik zur Sozialstatistik. Seine Arbeiten zur Säuglingssterblichkeit und zu Ernährungsfragen größerer Populationen, die besonders im 1. Weltkrieg in Berlin bittere Realität wurden, sind besonders wert hervorgehoben zu werden [41]. In seiner Amtszeit wurden bei der Volkszählung von 1910 zum ersten Mal Hollerith-Maschinen zur Auszählung herangezogen. Nach der Gründung von Groß-Berlin im Jahre 1920 mussten inhaltlich und organisatorisch neue Wege beschritten werden. Es blieb vorwiegend **Oskar Büchner (1879–1943)** vorbehalten, der von 1923 bis 1943 die Geschicke als Direktor des Statistischen Amtes in Berlin leitete, eine neue Organisationsstruktur der Megastadt Berlin aufzubauen.

Autor: *Jürgen Wilke*

Dr. sc. oec. Jürgen Wilke war als wissenschaftlicher Mitarbeiter der GESIS an der Universität Köln tätig.

Quellennachweis

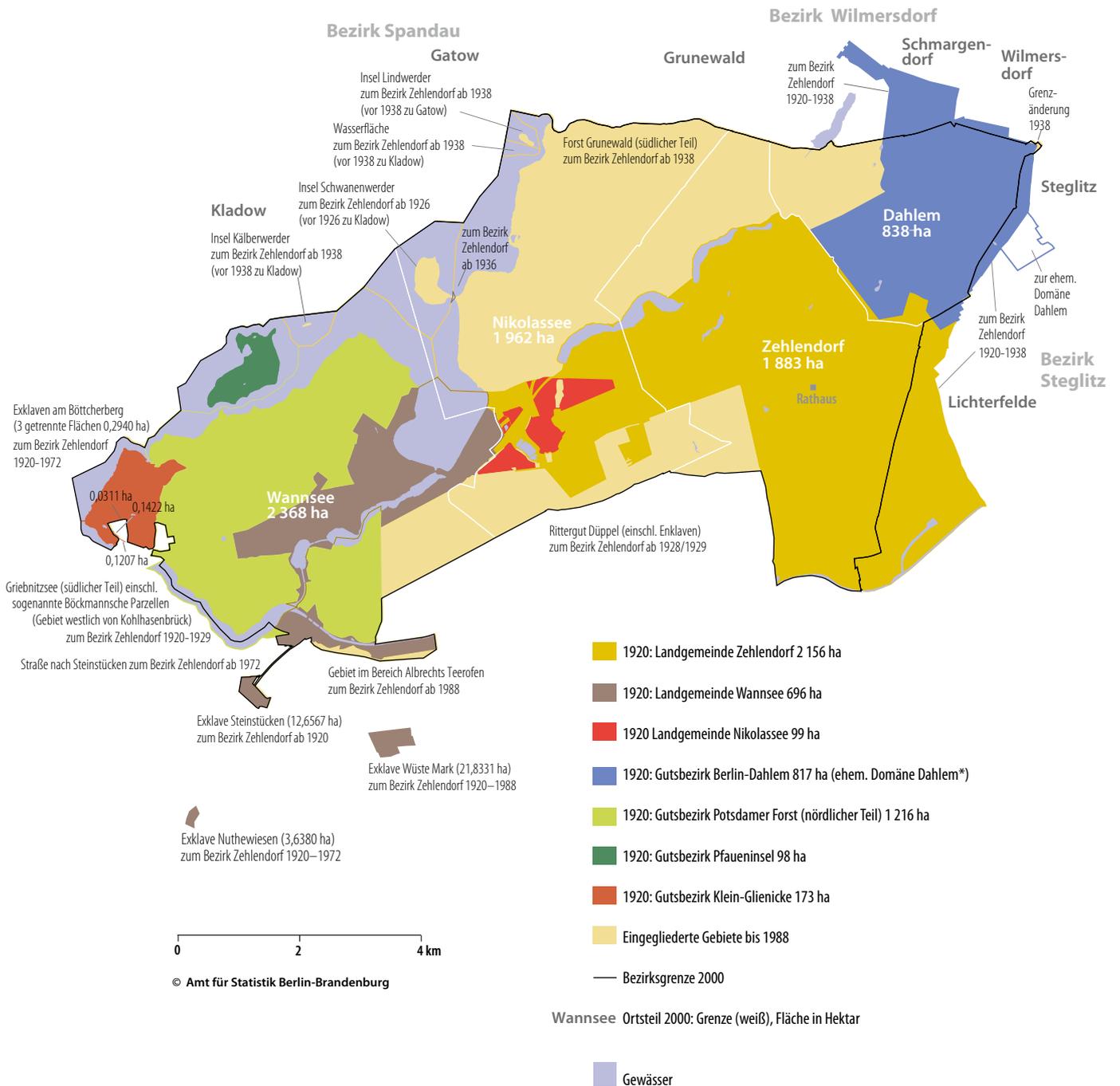
- [1] Vgl. 100 Jahre Städtestatistik in Braunschweig 1905–2005, hrsg. Stadt Braunschweig, S. 133.
- [2] Vgl. Der Ausspruch stammt vom Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. anlässlich der Ansiedlung der Salzburger. Vgl. Die Briefe Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten Leopold von Anhalt – Dessau, bearb. von O. Krauske, Berlin 1905, S. 212.
- [3] Vgl. Johann Peter Süßmilch; Die königlich Residenz Berlin und die Mark Brandenburg im 18. Jahrhundert, hrsg. von Jürgen Wilke, Akademie Verlag Berlin 1994, S. 396–397.
- [4] Vgl. GStA (Pk) Berlin Rep. 122 Nr. 49 Französische Kolonieliste von 1718.
- [5] Vgl. Wilhelm Dieterici; Die Waldenser und ihre Verhältnisse zu dem Brandenburgisch – Preußischen Staate, Berlin 1831.
- [6] Vgl. Das älteste nachweisbare Registerbuch Berlins befand sich im heutigen Berlin-Buch. Die Register begannen schon 1498, also Jahrzehnte vor der Reformation. 1573 wurde durch die Visitations- und Constorial – Ordnung Vorschriften zur ordentlichen Führung der Kirchenbücher erlassen.
- [7] Vgl. O. Klopp. (Hrsg.); Die Werke von Leibniz, Vol. 5, Berlin 1927, S. 320–326: Vorschlag zu einer Medizinal Behörde, 1680; S. 326–337: Essay de quelques raisonnemens nouveaux sur la vie humaine et sur le nombre des hommes ; Questiones calculi politici circa vitam et cognatae, 1682; S. 303–314: Staatstabellen; S. 315–320: Allgemeines Registraturamt.
- [8] Vgl. GStA (Pk) Berlin, Rep. 94 II A 11, Verzeichnis der Anzahl der Feuerstellen für das Jahr 1564.
- [9] Vgl. Landesarchiv Berlin Collectanea II HS 32° (1349–1782) Bl. 85; Es wurden 54 267 Personen und 4 107 Häuser gezählt. Richard Böckh hat 1890 im Statistischen Jahrbuch des Berliner Statistischen Bureaus die Zahlen leicht nach oben korrigiert. Weitere Erläuterungen vgl. Johann Peter Süßmilch, Fußnote 3 S. 398.
- [10] Vgl. Deutsche Staatsbibliothek (Pk) zu Berlin, Handschriftenabteilung, Ms. Boruss. Oct. 6, Bl. 2–26 und Bl. 29–32.
- [11] Vgl. GStA (Pk) Berlin, Rep. 92 Nachlaß Borgstede; auch Borgstede; Statistisch-topographische Beschreibung der Kurmark Brandenburg, Th. 1 Berlin 1788. S. 172.
- [12] Vgl. Helga Schultz; Berlin 1650–1800, Sozialgeschichte einer Residenz mit einem Beitrag von Jürgen Wilke, Akademie-Verlag Berlin 1987.
- [13] Vgl. Johann Peter Süßmilch; Die Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung ..., Bd. 1–Bd. 3; Berlin 1775/1776.
- [14] Vgl. Johann Carl Möhsen; in J. P. Süßmilch; die Göttliche Ordnung 33 ..., Dritter Teil, hrsg. Christian Jacob Baumann, Berlin 1776, S. 52, Tab. 35.
- [15] Vgl. Ludwig Formey; Versuch einer medicinischen Topographie von Berlin, Berlin 1796.
- [16] Vgl. Johann Ludwig Casper; Beiträge zur medizinischen Statistik und Staatsarzneikunde, Berlin 1825–1835.
- [17] Vgl. Herrmann Wollheim; Versuch einer medicinischen Topographie und Statistik von Berlin, Berlin 1844.
- [18] Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam Rep. 16 Nr. 422 Nachlass Bratring; Otto Behre, Geschichte der Statistik in Brandenburg – Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905, S. 200.
- [19] Vgl. Landesarchiv Berlin; Die Wöchentlichen Meldungen für alle Kirchspiele Berlins über Geburten, Trauungen und Sterbefälle, Nr. 1 (1758), Nr. 2 – Nr. 10 (1762–1770), Nr. 11 – Nr. 20 (1773–1782), Nr. 21 (1785), Nr. 22 – Nr. 24 (1788–1790).
- [20] Vgl. GStA (Pk) Berlin, Rep. 92 Nachlaß Wöllner, Vorlesung Bevölkerung.
- [21] Vgl. GStA (Pk) Berlin Generaldirektorium Kurmark Tit. CCLXV Statistische Nachrichten Nr. 40, Aufsatz des Stadtraths Lieder über die Zunahme der Volksmenge in Berlin und die Mittel solche zu vermindern (1801).
- [22] Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam; Rep. 16, fol. Nr. 422, Nachlaß Bratring, Bemerkungen bei der Durchsicht der Familientabelle der Residenz Berlin, 18. Dezember 1810.
- [23] Vgl. GStA (Pk) Rep. 92, Nachlaß Voß.
- [24] Vgl. Landesarchiv Berlin, Rep. 30 Berlin A (Polizei) Nr. 472–476 Getreidepreise.
- [25] Vgl. GStA (Pk) Generaldirektorium Kurmark Tit. CCLXV Statistische Nachrichten, Nr. 24, Vol. 1.
- [26] Vgl. Ernst Engel; Zeitschrift des statistischen Bureaus, Bd. III, Nr. 2 u. 3.
- [27] Vgl. Heinrich Silbergleit; Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862–1912, Berlin 1912, S. 27.
- [28] Vgl. Xavier Heuschling; Moniteur, 1863 Nr. 140.

- [29] Vgl. Günter Regneri, Salomon Neumann, Sozialmediziner-Statistiker – Stadtverordneter, Jüdische Miniaturen, Berlin 2011, S.30.
- [30] Vgl. Gemeinde-Kalender und städtisches Jahrbuch für 1868 S. 264 - 266.
- [31] Vgl. Richard Böckh; Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des preußischen Staates, Berlin 1863, S. 67 - 68.
- [32] Vgl. Richard Böckh; Allgemeine Übersicht der Veröffentlichungen aus der administrativen Statistik der verschiedenen Staaten, Berlin 1856.
- [33] Vgl. Richard Böckh; Ortschafts-Statistik des Regierungsbezirks Potsdam mit der Stadt Berlin, unter Beifügung einer historisch – geographisch-statistischen Übersicht, Berlin 1861.
- [34] Vgl. Richard Böckh; Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des Preußischen Staates, Berlin 1863.
- [35] In der Staatsbibliothek Berlin liegen mehrere Exemplare dieser Karte. Ein Exemplar ist mit Kommentaren und Bemerkungen von Böckh versehen.
- [36] 100 Jahre Berliner Statistik, 1862 8. Februar 1962, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Berlin, Berlin-Schöneberg 1962.
- [37] Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin, herausgegeben von Richard Böckh, Berlin 1880, Vorwort S.V.
- [38] Vgl. Salomon Neumann; Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung, Ein Kapitel aus der preussischen Statistik, Berlin 1880; ders. Zur Statistik der Juden in Preussen von 1816 bis 1880, Zweiter Beitrag aus den amtlichen Veröffentlichungen, Berlin 1884.
- [39] Vgl. Richard Böckh; Die Alters- und Sterblichkeitsverhältnisse der Direktoren und Oberlehrer in Preussen: Denkschrift der vom Herrn Minister der Unterrichts-Angelegenheiten eingesetzten Kommission, Halle a. S., 1901.
- [40] Ein umfangreicher Nachlaß von Böckh u. a.; seine Vorlesungen und Kollegs befinden sich im Nachlass von R. Kuczynski, Zentral- und Landesbibliothek Berlin.
- [41] Vgl. Heinrich Silbergleit; Die Sterblichkeit in Berlin im Kriege und später, Berlin 1920; ders. Statistische Beiträge zu Frage der Lebensmittelversorgung in deutschen Großstädten, Berlin 1912.

Weitere Literatur

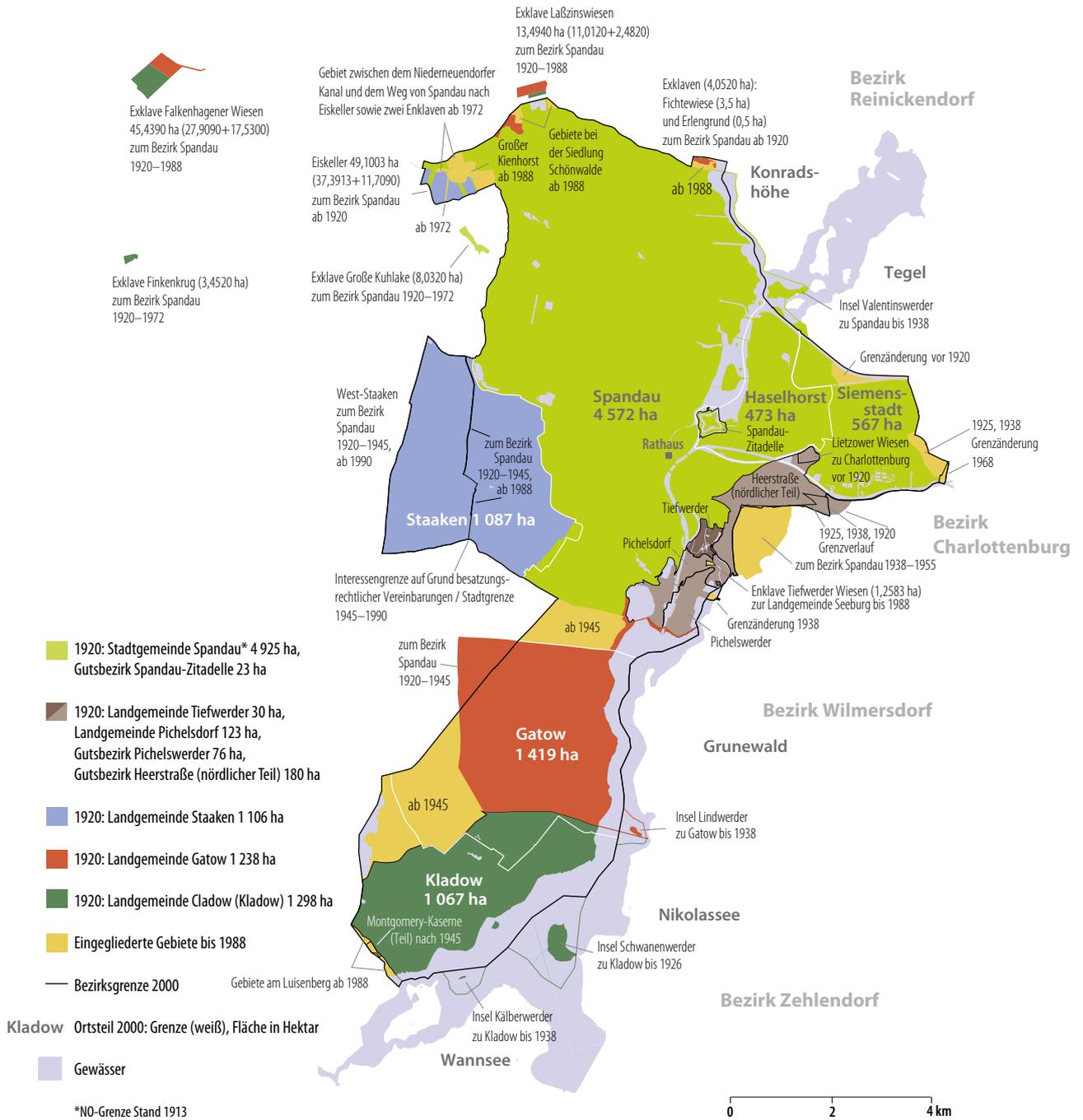
- Zur Erinnerung an Richard Böckh, Geh. R. u. Prof. d. Statistik an der Universität Berlin: Reden bei der Trauerfeier am 9. Dezember 1907; Lebensgang und Schriftenübersicht Halensee: Zipplitt, 1907.
- Otto Behre, Geschichte der Statistik in Brandenburg – Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905.
- Richard Böckh, Nachruf auf Hermann Schwabe, in: Berliner Städtisches Jahrbuch für Volkswirtschaft und Statistik, 2.Jahrg. 1875, S. IX ff.
- Heinrich Silbergleit, Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862 – 1912.
- Heinrich Silbergleit, Nachruf auf Richard Böckh, Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. 31. Jahrgang, Berlin 1909, S.III ff.
- Die Berliner Volks-Zählung vom 3. December 1861, Bericht der städtischen Central-Commission für die Volkszählung, Berlin 1863.
- Die Berliner Volks-Zählung vom 3. December 1864, Bericht der städtischen Volks-Zählungs-Kommission, Berlin 1866.

▣ **Bezirk Zehlendorf von Berlin**
1920 bis 2000



* 1901: 531 ha/Aufteilung; 1955: 62,5 ha, 31.Dezember 1976: Auflösung

▮ **Bezirk Spandau von Berlin 1920 bis 2000**



0 2 4 km